

Die Roten am Land

Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich



MUSEUM INDUSTRIELLE ARBEITSWELT

Kurt Greussing (Hg.)
Die Roten am Land

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Stadt Steyr und der Sozialistischen Partei Oberösterreichs

Vor hundert Jahren haben sich in den Dörfern und Kleinstädten Österreichs dramatische Wendungen vollzogen: sozial, politisch, kulturell. Denn durch Bahnbau und Industrialisierung ist in die ländlichen Gebiete unseres Landes eine Schneise geschlagen worden, die die alten Verhältnisse teilweise gründlich erschüttert, teilweise aber auch harten Widerstand gegen das Neue herausgefordert hat.

Diese Umwälzungen nährten bei vielen den Wunsch nach besseren, gerechteren, solidarischeren Verhältnissen; andere sahen Gefahr: die Gefahr des Umsturzes der alten Ordnung, der alten Machtverhältnisse, der Sicherheit des gewohnten Lebens und der vermeintlich immer schon gelebten sozialen Beziehungen. Allemal waren es Hoffnungen auf eine andere Gesellschaft, die viele Männer und Frauen, sozialdemokratische ebenso wie katholische, bei ihrer politischen Tätigkeit beflügelt haben: Es ging um die Heimat Dorf, um Lebensbilder und Zukunfts(t)räume.

Der vorliegende Text-Bild-Band schildert weniger die Entwicklung der politischen Organisationen als vielmehr die Lebensmilieus, die sich Arbeiterinnen und Arbeiter – oft Zuwanderer – aufgebaut haben, abseits der konservativen dörflich-kleinstädtischen Kultur und oft in massivem Gegensatz zu ihr. Mit seinen 180 Abbildungen und 18 Textbeiträgen ist der Band nicht nur eine historische Dokumentation, sondern eine spannende Sozialreportage – bis in die Gegenwart.

Die Roten am Land

*Arbeitsleben und Arbeiterbewegung
im westlichen Österreich*

Kurt Greussing (Hg.)

MUSEUM INDUSTRIELLE ARBEITSWELT

STEYR 1989

Graphische Gesamtkonzeption und Bild-Umbruch: Sigrid Augeneder, Wien

Text-Umbruch: Harald K. Kremsner, Linz, mit Apple® Macintosh II®

Satz: Verein Museum Arbeitswelt, Steyr

Wissenschaftliche Mitarbeit, Bild- und Archivrecherche:

Hubert Auer, Innsbruck

Markus Barnay, Bregenz-Freiburg/BRD

Eveline Böckle, Dornbirn-Innsbruck

Werner Dreier, Bregenz

Josef Enzendorfer, Salzburg

Karl Flanner, Wiener Neustadt (Verein für
Geschichte der Arbeiterbewegung)

Hildegard Fraueneder, Salzburg

Hanns Haas, Salzburg

Gabriele Heger, Linz (Museum Industrielle
Arbeitswelt, Steyr)

Irene Hinum, Innsbruck

Rosi Hirschegger, Innsbruck

Hubert Hummer, Thürnau-Linz

Andrea Mayr, Innsbruck

Johann Mayr, Linz (Museum Industrielle
Arbeitswelt, Steyr)

Wolfgang Meixner, Patsch/T.

Reinhard Mittersteiner, Hard-Wien

Bernhard Natter, Innsbruck

Barbara Oberwasserlechner, Innsbruck

Wolfgang Quatember, Traunkirchen/OÖ
(Widerstandsmuseum Ebensee)

Margot Rauch, Innsbruck

Andreas Resch, Scharnstein/OÖ

Gerhard Schäffer, Bürmoos/Sbg. (Ludwig-
Boltzmann-Institut für Geschichte der
Arbeiterbewegung, Salzburg)

Franziska Schneeberger, Salzburg

Gene Sensenig, Salzburg (Ludwig-Boltz-
mann-Institut für Geschichte der Arbeiter-
bewegung, Salzburg)

Sabine Smolik, Salzburg

Karl Starke, Vöcklabruck

Franz Steinmaßl, Grünbach/OÖ

Henriette Stevens, Volders/T.

Josef Stockinger, Steyr

Christoph Thanei, Innsbruck

Erika Thurner, Linz-Salzburg

Harald Walser, Altsch/Vbg.

Thomas Weidenholzer, Salzburg

Udo B. Wiesinger, Steyr/OÖ (Museum
Industrielle Arbeitswelt, Steyr)

Hans-Jörg Wittner, Linz (Institut für
Wissenschaft und Kunst – Oberösterreich).

© Museum Industrielle Arbeitswelt, Steyr 1989

Alle Rechte vorbehalten

Titelmotiv: Auf dem Weg zum 1.-Mai-Aufmarsch in Lenzing/OÖ 1966

Herstellung: Druckerei Rudolf Trauner Ges.m.b.H., Linz

Printed in Austria

ISBN 3-900971-01-3

Inhalt

Vorwort

Josef Weidenholzer

7

Land im Wandel – Das langsame Ende der Vergangenheit

8

Harald Walser

„Lieber mit Hindernissen Jahre kämpfen und dann...“
Reformansätze im Brengenerwald zur Zeit Franz Michael
Felders (1839-1869)

13

Baustellen als Bruchstellen – Bahnen der Hoffnung

18

Wolfgang Meixner

„... daß es keine dümmere Phrase gibt, als zu sagen, es
war immer so“

Johann Filzer – Sozialistische Bauernagitation in Tirol
und Vorarlberg um 1900

22

Hanns Haas

Schubkraft der Utopien, Schwerkraft der Verhältnisse
Der Salzburger landwirtschaftliche Wanderlehrer Anton
Losert zwischen Urchristentum, Sozialdemokratie und
Anarchismus

29

Arbeitszuwanderung – Verschubmassen der Konjunktoren

35

Margot Rauch

Die Aisenponeri
Italienische Arbeitsmigranten in Tirol vor dem Ersten
Weltkrieg

39

Soziale Struktur – politische Bewegung

43

Josef Stockinger

Arbeiter im Industrie-Dorf: Simulanten, Aufwiegler,
Socialisten
Arbeitsbedingungen und Arbeiterschaft im Zweigwerk
Letten der Österreichischen Waffenfabriksgesellschaft

50

Udo B. Wiesinger

„Ihr wißt es, was der erste Mai will“
Maifeiern in Oberösterreich 1890 bis 1918

57

Land-Los: Knechte, Mägde, rote Inseln

73

Franziska Schneeberger

„Der Druck kumt von oben...“
Eine „Dienstbotenkarriere“ im Salzburger Pinzgau

75

Andreas Resch

„Rotes Gsott“ und christlichsoziale Bauern
Der Steyrer Landarbeiterstreik im Jahre 1922

81

Johann Mayr

„... die schwieligen Arbeitshände zum Bunde gereicht“
Leopold Reiter – Karl Spielbüchler: Sozialdemokratische
Politik für Bauern und Arbeiter

84

Hubert Hummer

„Waun heit mei Vota aufstand, der sogat, ihr hoabts den
Hümmi auf der Welt. Des haum mir erkämpft...“
Ein Bericht zu politischen Sozialisation im
Kohlenbergbau-Revier

93

Schick dich in die Welt hinein...

Christliche Arbeiterbewegung

99

Bernhard Natter

Ein „Schutzdamm gegen die Sturmesfluten des Sozialismus“

Zur politischen Funktion der Bildungs- und Kulturarbeit der katholischen Arbeiterbewegung in Tirol vor 1934

106

Bruchlinien der Gesellschaft:

Antisemitismus, Sittlichkeit, Heimat

111

Eveline Böckle

Landfremd, sozialdemokratisch, jüdisch

Die dreifache Ausgrenzung des Samuel Spindler

114

Andrea Mayr

„Geh deine Bahn und laß die Leute schwätzen“

Leben und Politik der Tiroler Landtagsabgeordneten

Maria Ducia (1875-1959)

126

Markus Barnay

„Echte Vorarlberger“ und „fremde Bettler“

Bildung von Landesbewußtsein und Ausgrenzung von Zuwanderern in Vorarlberg im 19. und 20. Jahrhundert

133

Wehr der Heimat –

Schutz der Republik

138

Wolfgang Quatember

Generalstreik im Dorf

Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes im Februar 1934 in Ebensee

145

Franz Steinmaßl

Scheidewege

Der Februar 1934 und die Folgen: Drei politische Lebensbilder aus dem Unteren Mühlviertel

148

Vom Proletarier zum Soldaten der Arbeit

156

Nach 1945: Die Roten am Land –

zu Hause?

166

Erika Thurner

Vom proletarischen Insel-Dasein zum Leben im „Roten Salzburg“

Salzburger Impressionen nach dem Zweiten Weltkrieg

173

Einsichten. Aussichten.

179

Hildegard Fraueneder

Arbeite, Frau, die Freude kommt von selbst!

Frauenalltag von 1945 bis heute

182

Bildquellen

191

Autorinnen und Autoren

193

Die Begleittexte zu den Bildern und den Beiträgen sind vom Herausgeber.

Vorwort

Über den augenfälligen historischen Erfolgen der Arbeiterbewegung und den spektakulären Auseinandersetzungen in den großstädtischen und großindustriellen Regionen Österreichs wird leicht eines übersehen: daß die Entwicklung der gesamten sozialdemokratischen Bewegung in Gebieten maßgeblich mitentschieden wurde, wo sie gerade keine Mehrheit erringen konnte und wo selbst innerhalb der Arbeiterschaft die politische Arbeit immer wieder auf Schwierigkeiten stieß.

Der Text-Bild-Band „Die Roten am Land“ schildert diesen Prozeß mit reichhaltigem Material: die Entstehung sozialdemokratischer Lebensmilieus in den ländlichen Regionen „entlang der Westbahn“, die Veränderung der Arbeitsverhältnisse, die Beharrungskraft der konservativen Kultur – und die Hoffnung auf eine neue Gesellschaft, die viele Männer und Frauen bei ihrer politischen Tätigkeit beflügelt hat.

Der Band ist aus den Vorbereitungen zu einer großen Ausstellung im Museum Industrielle Arbeitswelt in Steyr – mit demselben Thema – hervorgegangen. Das Buch stellt Material, aber auch Autorinnen und Autoren vor, die für eine Sozialgeschichtsschreibung zu den ländlichen und kleinstädtischen Regionen Österreichs wichtige neue Impulse geben: Der Verein Museum Arbeitswelt ist froh, solchen Unternehmungen eine Plattform zu bieten. Den Förderern der Publikation, der Stadt Steyr und der Sozialistischen Partei Oberösterreichs, sei auch deshalb für ihre Unterstützung gedankt.

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Vorsitzender des Vereins Museum Arbeitswelt
im August 1989

Land im Wandel – Das langsame Ende der Vergangenheit

Zusammen mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts haben sich auch in der ländlichen Arbeitswelt tiefgreifende Änderungen vollzogen. Der Bauer wurde durch die modernen Verkehrsmittel endgültig in die internationalen Märkte eingebunden: Abwanderung und Verschuldung waren die Folgen. Daß sich das Bewußtsein dieses Wandels nur langsam verbreitete, hatte besonders mit der Kirche und der Schule zu tun: Beide waren Garanten der Tradition und der althergebrachten Verhältnisse (Volksschule Paß Thurn, Salzburg, 1913).





Bäuerliche Arbeitswelt – undenkbar ohne die Arbeit der Frauen: Sie trugen, keineswegs unsichtbar wie die „Nur-Ehefrau“ im Haushalt der bürgerlichen Familie, deutlich zum Überleben des Betriebes bei – zum Beispiel bei der mühsamen Arbeit des Kornschneidens mit der Sichel und beim Aufstellen der „Kornmandel“ (Saalfeldner Becken im Mittelpinzgau, vor 1914).

An der Oberfläche blieb lange Zeit scheinbar vieles beim alten – bis in die Mitte unseres Jahrhunderts. Eine brüchige Idylle: Bauern beim Eggen (Saalfeldner Becken im Mittelpinzgau in Salzburg, vor 1914).



In der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre kehren viele aus Not in die Landwirtschaft zurück – meist als Hilfskräfte auf fremdem Boden. Der freilich bleibt karg: In der großen Krise gibt es nicht einmal für die Landwirtschaft eine kleine Konjunktur (Pflügen am Seilsitzberg bei Hüttschlag in Salzburg).



Daß die Krise der Landwirtschaft nur ganz allmählich zu politischen Konsequenzen führte – nämlich zu einer Auflösung des konservativen Milieus –, hat mit gemeinschaftsbildenden Lebensformen am Land zu tun: etwa der „gemeinsamen Schüssel“, wie beim Rauriser Schütt-Bauern in der Zwischenkriegszeit, wo Angehörige der Bauernfamilie und Dienstboten gemeinsam beim Essen sitzen.





Die Bergbauern waren vom wirtschaftlichen Wandel am schnellsten und nachhaltigsten betroffen: Wo aus ökonomischen oder technischen Gründen weder tierische noch maschinelle Zugkraft einsetzbar war oder wo Arbeitskräfte knapp sind – nicht nur, wie hier im Bild, während des Zweiten Weltkriegs (1943) –, dort ziehen Frauen den Pflug, der von einem alten Mann geführt wird (in Juns bei Tux im hinteren Zillertal).

Ein archaisches Bild, das die Jahrhunderte bis in die 1940er Jahre überdauert hat: Ackern mit dem Ochsespann und anschließende Aussaat, zum Beispiel im oberösterreichischen Mühlviertel. Ein Beleg für ungebrochene Tradition?



Diese Tradition freilich ist oft eine Erfindung. Wo man spürt, daß es mit dem Bauertum zu Ende geht, dort wird es für den Fremdenverkehr und für das Bewußtsein der Bevölkerung neu inszeniert. Etwa auf dieser gestellten Postkarte einer Heuernte im Bregenzerwald (Vorarlberg), wo schon um die Jahrhundertwende die harte landwirtschaftliche Arbeit zum idyllischen Auftritt einer Trachtengruppe wird.



Harald Walser

„Lieber mit Hindernissen Jahre kämpfen und dann...“

Reformansätze im Bregenzerwald zur Zeit

Franz Michael Felders (1839–1869)

Ende April 1844 wurde in der kleinen Vorarlberger Bauerngemeinde Sulzberg im Bregenzerwald der Schreiner Joseph Anton Huber verhaftet. Huber war erst wenige Wochen zuvor von der Walz zurückgekehrt und wurde von einem Spitzel angezeigt: Er habe in der Schweiz an Veranstaltungen kommunistischer Vereine teilgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden dann tatsächlich etliche „aufrührerische Schriften“ gefunden: der „kleine Katechismus der Sozialreform“, Eintrittskarten für die volkstümlichen Gewerbevereine in Lausanne, Genf und Yverdon sowie deren Statuten, ein Exemplar von Wilhelm Weitlings Blatt „Die junge Generation“.

Besonders bedenklich aber erschien den Behörden ein Brief Hubers an seinen Vater, denn dieser enthalte „ein treues Bild kommunistischer Grundsätze“.¹

Diese behördlichen Recherchen wären nicht weiter erwähnenswert, gäbe es da nicht eine Reihe zusätzlicher Indizien dafür, daß sich im Bregenzerwald in der Mitte des vorigen Jahrhunderts etliche Aufklärer und Sozialreformer bis hin zu Sozialisten befanden. Und das ist ein erstaunlicher Befund für die doch eher abgelegene Gebirgsregion. Diese den modernen sozialen und politischen Strömungen offen gegenüberstehenden Menschen waren zudem keine „Zugewanderten“, sondern durchwegs Einheimische.

Wie konnte es in der von der Landwirtschaft dominierten Gesellschaft des Bregenzerwaldes, wo es praktisch kein Proletariat gab, dazu kommen?

Die Abgeschiedenheit der Täler und die Macht des Überlieferten haben reformerisches Handeln in bäuerlichen Gegenden nicht verhindert. Im Gegenteil: Die soziale und wirtschaftliche Krise des Bauerntums wurde durchaus wahrgenommen, und es entstanden in Theorie und Praxis Gegenstrategien: aufklärerisches Denken, Genossenschaftsgründungen, politische Bewegung. Das war ein Prozeß, der ganze Dörfer an den Rand der Spaltung bringen konnte – wie die Berggemeinde Schopperrau im Bregenzerwald (Vorarlberg), den Heimatort des Bauern, Dichters und Sozialreformers Franz Michael Felder.

Im Jahre 1884 schrieb der Franzose Jules Gourdault nach einem Besuch im Bregenzerwald:

„Jene, die keinen Platz an der Sonne haben oder für die es keinen Platz in der Herberge gibt, sind deshalb nicht in Verlegenheit. Leichten Fußes wandern sie aus, die Mehrzahl als Gipser (Stukkateure), andere wieder als Holzarbeiter. ... Die Frauen sticken gern Vorhänge aus feinem Nessel Tuch. Die Region hat keine echten Fabriken, aber in zahllosen Häusern, selbst in einfachen Hütten im ganzen Bregenzerwald entdeckt man Handarbeiten, Stickrahmen, wie im Schweizer Kanton Appenzell.“²

Die Idylle war ein Trugbild des Reisenden: Die Armut war allgegenwärtig. Die Frauen stickten in den meisten Fällen nicht „gern“, sondern aus Not. Die Männer wanderten in der Mehrzahl nicht „leichten Fußes“, sondern oft schweren Herzens. Gerade in der Mitte des 19. Jahrhunderts waren Nebenerwerbsmöglichkeiten nur mehr beschränkt vorhanden, da mit der Mechanisierung der Spinnereien und später der Webereien das textile Heimgewerbe verdrängt wurde.

Der Bettel nahm im Tal immer mehr zu, sodaß sich einzelne Gemeindevorstellungen beziehungsweise die Pfarreien in großen Schwierigkeiten befanden. Im Jahre 1860 schreibt beispielsweise Aloys Stockmayr, der Pfarrer von Schoppernau, in seiner Pfarrchronik:

„Dieses Jahr zeichnete sich besonders durch die vielen Gassenbettler, namentlich Handwerksburschen, Vagabunden etc. aus; an manchen Tagen kommen mehr als 20 Bettler zur Pfarrtüre, im Durchschnitt kann ich annehmen täglich 5.“³

Reformbestrebungen – „Partei der Gleichberechtigung“

In dieser Situation gärte es unter der armen Bevölkerung, aber auch etliche Wohlhabende sahen sich zu Reformvorschlägen veranlaßt.

Zu ihnen gehörte der Lithograph und spätere Landtagsabgeordnete der Liberalen Josef Feuerstein. Sein Vater hatte die größte Tabakproduktion in Vorarlberg betrieben und seinem Sohn ein bedeutendes Vermögen hinterlassen. Feuerstein beerbte zudem seinen Onkel Franz Xaver Feuerstein und erhielt so eine Steindruckerei in Bregenz. 1858 heiratete er die Tochter des vermögenden Landrichters von Bezau, dem Hauptort des Bregenzerwaldes. Er machte deren Elternhaus, den „Gasthof zur Sonne“, zum Mittelpunkt der Intellektuellen und Reformer des Tales.⁴

Vermutlich über Vermittlung des Bezauer Gemeindearztes Dr. Gallus Greber kam Feuerstein mit dem Bauern und Dichter Franz Michael Felder aus Schoppernau, am Ende des Bregenzerwaldes, und dessen Schwager Kaspar Moosbrugger in Kontakt. Es entwickelte sich eine persön-

liche und politische Freundschaft, die allerdings auch von erheblichen inhaltlichen Differenzen geprägt war.

Zum einen konnte und wollte Feuerstein den „antikirchlichen“ Vorstellungen Felders und vor allem Moosbruggers nicht folgen.⁵ Feuerstein war von seiner Herkunft und von seiner ökonomischen Stellung her, aber auch als „Realpolitiker“ – Bürgermeister von Bezau und liberaler Landtagsabgeordneter – in der Kirchenfrage wesentlich konzilianter.

Zum andern unterschied sich Feuerstein von seinen Mitstreitern in der Beurteilung der „sozialen Frage“ und deren Lösung. Während Felder auf der Linie des deutschen Sozialistenführers Lassalle wirkte, den er als „meinen Mann“ bezeichnete und dessen theoretische Auseinandersetzungen er genau verfolgte⁶, vertrat Feuerstein eher bürgerlich-liberale Vorstellungen und mahnte zur Vorsicht. So in einem Brief vom 7. August 1866:

„Wäre des nicht besser gethan, wenn man nach dem Beispiele der Pionire zuerst im kleinen u. sicher vorgehen würde. Wenn man Consum Vereine gründen würde aber vorerst ganz im kleinen d. h. nur mit ein paar Gegenständen z. B. Salz, Kaffee, Gerste. Welch eine Menge Salz bedarf der Bregenzerwald, u. wie werden die Bauern übervorteilt, oft bei einem einzigen Sake um zwei Gulden! ...“

Der Consum Verein wäre für das Volk eine Schule genoßenschaftlichen Strebens und man könnte so nach u. nach auf schwierigere Unternehmungen wie der Käsehandlung übergehen.“⁷

Felder hatte für solche Konsumgenossenschaften nur Spott übrig: Er wollte das Volk „rührig“ wissen und nicht zum „sparenden Philister“ erziehen:

„Lieber mit Hindernissen Jahre kämpfen und dann etwas tüchtiges, zeitgemäßes, als mit kleinen Vereinen, die dem Meinen sicher von selbst folgen wie der Troß dem Fürstenwagen, die besten Kräfte im Land zersplittern und entzweien.“

Felder wies in seinem mehrseitigen Antwortschreiben vom 10. August 1866 auch auf die systemstabilisierende Kraft solcher „Philistervereine“ hin, wie sie vom deutschen Ökonomen Schulze-Delitzsch propagiert worden waren und wie sie auch von Feuerstein vertreten wurden:

„Da stand Schulze auf und predigte vom Sparen, vom im kleinen anfangen, von Consum und Vorschußvereinen. So wurde die Angst der deutschen Geldsäcke glücklich zerstreut. Dankbar dafür schenkten sie Herrn Schulze von Delitzsch 45.000 Thaler, wofür er nun wirken muß.“⁸

Im hintersten Teil des Bregenzerwaldes traten also mit Felder und Moosbrugger Männer auf, welche die theoretischen Auseinandersetzungen über die Lösung der „sozialen Frage“ verfolgten und selbst Partei ergriffen. Nicht nur das: Felder, Moosbrugger und Feuerstein gründeten

schließlich sogar die erste Partei auf dem Gebiet der damaligen Monarchie, die sich ausdrücklich als Partei der arbeitenden Bevölkerung verstand – die „Vorarlbergische Partei der Gleichberechtigung“.

Die Bezeichnung „Partei“ stand allerdings in keinem Verhältnis zur Zahl der Mitglieder. Dennoch hofften die drei Männer, ihre „Partei“ werde über kurz oder lang die stärkste des Landes.⁹

Wenden wir uns kurz den programmatischen Vorstellungen Felders und Moosbrugger zu:

„Gleichheit der Menschen ist das Princip unserer gesammten Kultur. Gleichheit des Rechts ist nur eine Consequenz desselben. Es ist daher ein ehrenhafter Zug unserer Zeit, Gleichberechtigung für Alle kräftig anzustreben, die unter Einem Rechtszustand (in Einem Staat) zusammenleben...“

Diese aufrührerisch anmutenden Worte schrieb Kaspar Moosbrugger in der programmatischen Schrift der Partei „Ruf aus Vorarlberg um Gleichberechtigung“¹⁰. Eine Konsequenz daraus war für Moosbrugger die Forderung nach „Associationen der Arbeiter zu eigenen Unternehmungen (Produktiv-Associationen)“, deren Gründung vom Staat zu unterstützen sei.¹¹

Wie konnten solche Gedanken in einem abgeschlossenen, bäuerlich geprägten Tal entstehen?

Felder, Moosbrugger und mit ihnen etliche andere Bewohner des Bregenzerwaldes wurden nicht zuletzt durch die vielen „Fremdler“, wie man die saisonalen Auswanderer nannte, mit der „sozialen Frage“ und den modernen sozialreformerischen Ideen bekanntgemacht. So finden sich im Nachlaß Felders viele „Fremdlerbriefe“,¹² wie jener Josef Natters aus Geneuille vom 1. Juli 1866. Natter beschreibt darin die Wohnsituation der Arbeiterinnen und Arbeiter – und zieht politische Konsequenzen:

„Bei uns würde man Bedauern mit Ziegen oder Schweinen haben, die man in solche Ställe hinein thun müßte. Doch Du weißt das gut genug, aber man muß es gesehen haben, ehe man sich eine richtige Vorstellung davon machen kann. Wenigstens auf mich hat dieser Anblick einen viel stärkeren Eindruck gemacht, als alle statistischen Zahlen. Doch zeigen diese doch die fürchterliche Menge an, die in solchen Zuständen lebt. Da thut Abhilfe wahrlich noth u. jeder Mensch mit gesundem Verstand soll denen danken, die sich bemühen, diesem Übelstande abzuhelpen, u. das Seinige dazu beitragen. Ich habe aufs Neue den Vorsatz gemacht, für die Grundsätze unseres verehrten u. leider zu früh verblichenen Meisters zu leben und zu sterben. Eben darum freut's mich so, daß die Wälder noch zur rechten Zeit dem Übel zu steuern anfangen...“¹³

Der „Meister“ war niemand anderer als Ferdinand Lassalle, und die Freude Natters über die „Steuerung“ des Übels im Bregenzerwald bezieht sich auf Felders Idee einer

Käsegenossenschaft. Damit wären wir bei der dritten Antwort – neben der frühkommunistischen und der liberalbürgerlichen – auf die soziale Frage im Bregenzerwald: der hauptsächlich an Lassalle orientierten Genossenschaftsidee.

Diese Idee unterschied sich prinzipiell von den Vorstellungen des Liberalen Josef Feuerstein. Der Käsehandel wurde damals vom Gemeindevorsteher von Schnepfau, dem Adlerwirt Gallus Moosbrugger, und seinen Brüdern beherrscht. Er besaß die größte Käsehandlung Vorarlbergs und unterhielt Geschäftsbeziehungen vor allem nach Mailand. Gallus Moosbrugger beherrschte zugleich den Import aller wesentlichen Güter in den Bregenzerwald und hatte somit praktisch ein Import- und Exportmonopol errichtet.¹⁴ Das sollte durch die Gründung von Genossenschaften gebrochen werden.

Felder und Kaspar Moosbrugger wollten mit ihren „Productions-Genossenschaften“ auch das Bewußtsein der Bauern verändern. Im November 1866 verschickten sie ihre Programmbroschüre an alle Landtagsabgeordneten und Gemeindevorsteher Vorarlbergs. Anfang 1867 ließ Moosbrugger anonym seine Schrift „Klarstellung der Vorarlbergischen Partei der Gleichberechtigung“ erscheinen. Von ihr meinte der Bregenzer Polizeikommissär Johann Hammer:

„Diese Klarstellung ist rein nur den Schriften und Tendenzen der Roth-Republikaner Lasalle und Proudhon entnommen und daher dem Geiste unseres Vorarlberger Volkes verderblich, wiewohl ich andererseits die feste Überzeugung mir auszusprechen getraue, daß in der großen Maße desselben diese Tendenz-Druckschrift gewiß keine günstige Aufnahme findet.“¹⁵

Die beiden Schriften Moosbruggers führten – da hatte Hammer recht – zu keinen größeren positiven organisatorischen Konsequenzen für die „Partei“. Doch immerhin gab es Diskussionen: Während das katholisch-konservative „Vorarlberger Volksblatt“ die Schriften mit Spott und Hohn übergieß,¹⁶ sah die liberale „Feldkircher Zeitung“ durchaus Gemeinsamkeiten und hielt „eine gegenseitige Verständigung über die anzustrebenden Ziele nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern sogar durch die Sache selbst begründet...“¹⁷

„Die Fackel des Aufbruchs ... in diese Gemeinde getragen“

Im Bregenzerwald selbst gingen die Wogen hoch: Die Geistlichkeit predigte in einer bislang nicht gekannten Aggressivität gegen Felder und Moosbrugger. Auch der liberale Landtagsabgeordnete und Ortsvorsteher von Bezau Josef Feuerstein mußte sich von der Kanzel herunter die kleri-

kale Gegenpropaganda anhören. Die von Felder gegründete und öffentlich zugängliche Bibliothek wurde von „Experten“ auf ihre „Tendenz“ untersucht, und über Felder selbst verbreitete der Pfarrer von Schoppernau, Johann Georg Rüscher, er verleihe „Hurenbücher“.¹⁸

Insbesondere die Kapuziner stellten sich in den Dienst der „frommen Sache“, warnten öffentlich vor Felders Schriften und übten solange Druck auf die Frau Josef Feuersteins aus, bis dieser den Druck von Felders neuestem Werk „Gespräche des Lehrers Magerhuber mit seinem Vetter Michel“ einstellte.

Der Konflikt eskalierte soweit, daß Felder sogar tätlich angegriffen wurde. Pfarrer Rüscher war nicht zum Einlenken bereit und verbreitete weitere Lügen über den Dichter und Sozialreformer. Am 7. Mai 1867 mußte Felder schließlich mit seiner Frau aus Schoppernau über das Faschinajoch nach Bludenz zu seinem Schwager Kaspar Moosbrugger fliehen. Daraufhin bekannte sich Moosbrugger öffentlich zu seiner Schrift und bat „alle Eiferer“, ihn „zu packen“ und „dem bisher wild verfolgten Dichter Satisfaction zu leisten“.¹⁹

Noch im Mai zeigte Felder Pfarrer Rüscher wegen Ehrenbeleidigung und Bedrohung der persönlichen Sicherheit an und kehrte dann – nachdem die Behörden seine persönliche Sicherheit garantiert hatten – nach Schoppernau zurück. Von Au bis nach Schoppernau wurde er von der Auer Blasmusik begleitet.²⁰

Felders Position wurde gestärkt. Die Anzeige gegen Rüscher hatte er zwar zurückziehen müssen, politisch aber gab es etliche Erfolge: Ein Käseverein, ein Handwerkerverein samt der Leihbibliothek und ein Viehversicherungsverein florierten und fanden in wachsender Zahl Mitglieder.

Im Zuge der Gemeinderatswahlen in Schoppernau eskalierte der Konflikt erneut: Felder und sein Vetter, der Uhrenmacher und ehemalige „Fremdler“ Johann Josef Felder, wurden in einem Gasthaus von Anhängern des Pfarrers tätlich angegriffen. Am Wahltag bedrohten die mit Prügel bewaffneten Anhänger des Pfarrers die Wahlkommission, sodaß Felder die Wahl anfocht und vor Gericht Recht bekam.

Unter großen Sicherheitsvorkehrungen gewann dann die „Felder-Partei“ die Wiederholungswahl, worauf der Pfarrer verkünden ließ, dreihundert der fünfhundert Schopperner seien freimaurerisch.²¹

Doch die politischen Weichen waren nicht so gestellt, wie Felder und Moosbrugger das gehofft hatten: Das ehemals liberale Vorarlberg wurde „schwarz“. Die Kasinobewegung und das übrige katholische Vereinswesen, eine politisierte Geistlichkeit und das „Vorarlberger Volksblatt“ als publizistisches Organ bewirkten diese Veränderung der politischen Situation.²²

Fortschrittliche Reformansätze wie jene Felders und Moosbruggers wurden geächtet. Der Bauernstand geriet zunehmend in die Defensive und in das Schlepptau der Christlich-Konservativen. Die Arbeiterbewegung hingegen orientierte sich in den folgenden Jahrzehnten am Programm von Karl Marx und Friedrich Engels und verwarf zunehmend die Vorstellungen Lassalles:

„Felder war der letzte gewesen, der sich die Solidarität von Agrikultur und Industrie zu weiter, allseits segensreicher Entwicklung hatte vorstellen können.“²³

Der politische Katholizismus wollte mit den Bregenzerwälder Reformern selbst über deren Tod hinaus nichts zu tun haben. Noch 20 Jahre nach dem frühen Tod Felders, der – im Alter von nicht einmal 30 Jahren – 1869 verstorben war, mußte eine Feier zu dessen 60. Geburtstag vom Heimatort Schoppernau in die Nachbargemeinde Au verlegt werden. Schon 1875 hatte der Schopperner Pfarrer Georg Rüscher die Aufstellung eines Felder-Denkmales auf dem Friedhof untersagt. Das Denkmal war daraufhin gegen den Willen des Pfarrers an der Friedhofsmauer – in der Nähe von Felders Grab – aufgestellt worden. Nun, am 1. September 1889, war es der nicht minder fanatische Nachfolger Rüschers, Pfarrer Josef Gschließer, der eine Gedenkfeier verhinderte. Rüscher damals in seiner Predigt in der Pfarrkirche wörtlich:

„Ein Mann ist aufgestanden, der in unverschämter Frechheit es wagte, seinen Seelsorger mit Wort und Schrift zu verhöhnen und sich als Richter über ihn aufzuwerfen. – Gott hat ihn abberufen aus diesem Leben, er hat ihm bei Gerichte ohne Zweifel die Frage gestellt, warum er sich so frech hinausgesetzt habe über die Warnung ‚rühre mir meinen Gesalbten nicht an‘. – Allein sein Geist lebt fort in seinen Gesinnungsgenossen. ... Jenes Denkmal draußen auf dem Friedhofe, das eine das Gesetz verachtende Rotte gegen die geistliche Obrigkeit gesetzt hat, es überliefert den unseligen Namen des Mannes, der die Fackel des Aufruhrs gegen die Seelsorger in diese Gemeinde getragen hat.“²⁴

Auch Felders Mitstreitern Moosbrugger und Feuerstein erging es nicht besser. In das Sterbebuch von Bezau trug der dortige Pfarrer hinter den Namen des im Dezember 1903 verstorbenen ehemaligen Gemeindevorstehers und liberalen Landtagsabgeordneten Josef Feuerstein, der zeitweilig praktizierender Katholik gewesen war, „Sozialdemokrat“ ein.²⁵

Anmerkungen

¹ Tiroler Landesarchiv, Gub. Präsidiale ad No. 2892-78 II aus 1844; zit. n. Oberkofler, Gerhard: Anfänge – Die Vorarlberger Arbeiterbewegung bis 1890, in: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 22-72, hier S. 34.

² Gourdault, Jean: Sommertage im Bregenzerwald, in: Bregenzerwä-

- der Reisebilder des 19. Jahrhunderts. Beiheft des Franz-Michael-Felder-Vereins 3, Bregenz 1979, S. 20-30, hier S. 26.
- ³ Zit. n. Methlagl, Walter: Die Entstehung von Franz Michael Felders Roman „Reich und Arm“, Habilitationsschrift Univ. Innsbruck 1977, S. 83.
- ⁴ Siehe Meusbürger, Wilhelm: Zwei Bregenzerwälder Lithographen des 19. Jahrhunderts, in: Biblos, Jg. 35 (1986), II, S. 160-173.
- ⁵ Siehe den Briefwechsel Feuersteins mit Felder, in: Felder, Franz Michael: Briefwechsel 1856-1869, 1. Teil, hrsg. von Walter Methlagl. Bregenz 1981, z.B. S. 215 und S. 278 ff.
- ⁶ Ebd., S. 215.
- ⁷ Ebd., S. 214.
- ⁸ Ebd., S. 218.
- ⁹ Vgl. Methlagl (wie Anm. 3), S. 161 ff.
- ¹⁰ Zit. n. Franz Michael Felder – Kaspar Moosbrugger: Briefwechsel. Kommentar. Anmerkungen, Dokumente, Personen-, Werk- und Sachregister von Walter Methlagl. Bregenz 1975, S. 325 f.
- ¹¹ Ebd., S. 336.
- ¹² Siehe Methlagl (wie Anm. 3), S. 75 ff.
- ¹³ Felder (wie Anm. 5), S. 203.
- ¹⁴ Vgl. Methlagl (wie Anm. 3), S. 67 ff.
- ¹⁵ Bericht Hammers vom 24.2.1867; zit. n. Felder – Moosbrugger (wie Anm. 10), S. 363 f. Pierre Joseph Proudhon (1809-1865) war ein radi-

- kaler französischer Publizist, Soziologe und Ökonom und begründete theoretisch eine Form des Anarchismus. Ferdinand von Lassalle (1825-1864) war einer der Gegenspieler von Karl Marx. Er war Initiator und Mitbegründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1863) und Vertreter einer sozialreformistischen Linie.
- ¹⁶ „Vorarlberger Volksblatt“, 16.11.1866 und 28.5.1867, in: Felder – Moosbrugger (wie Anm. 10), S. 338 f und 368 f.
- ¹⁷ „Feldkircher Zeitung“, 17.11.1866, zit. n. Felder – Moosbrugger (wie Anm. 10), S. 339.
- ¹⁸ Vgl. Methlagl (wie Anm. 3), S. 167.
- ¹⁹ „Feldkircher Zeitung“, 15.5.1867, zit. n. Felder – Moosbrugger (wie Anm. 10), S. 365.
- ²⁰ Vgl. Methlagl (wie Anm. 3), S. 175.
- ²¹ Vgl. Methlagl, Walter: Der Traum des Bauern Franz Michael Felder. Bregenz 1984, S. 97 ff.
- ²² Vgl. Haffner, Leo: Die Kasiner. Vorarlbergs Weg in den Konservatismus. Bregenz 1977, S. 26; Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert. Bregenz 1988, S. 202 ff.
- ²³ Methlagl (wie Anm. 21), S. 115.
- ²⁴ Zit. n. Methlagl (wie Anm. 21), S. 5.
- ²⁵ Siehe Meusbürger (wie Anm. 4), S. 172.

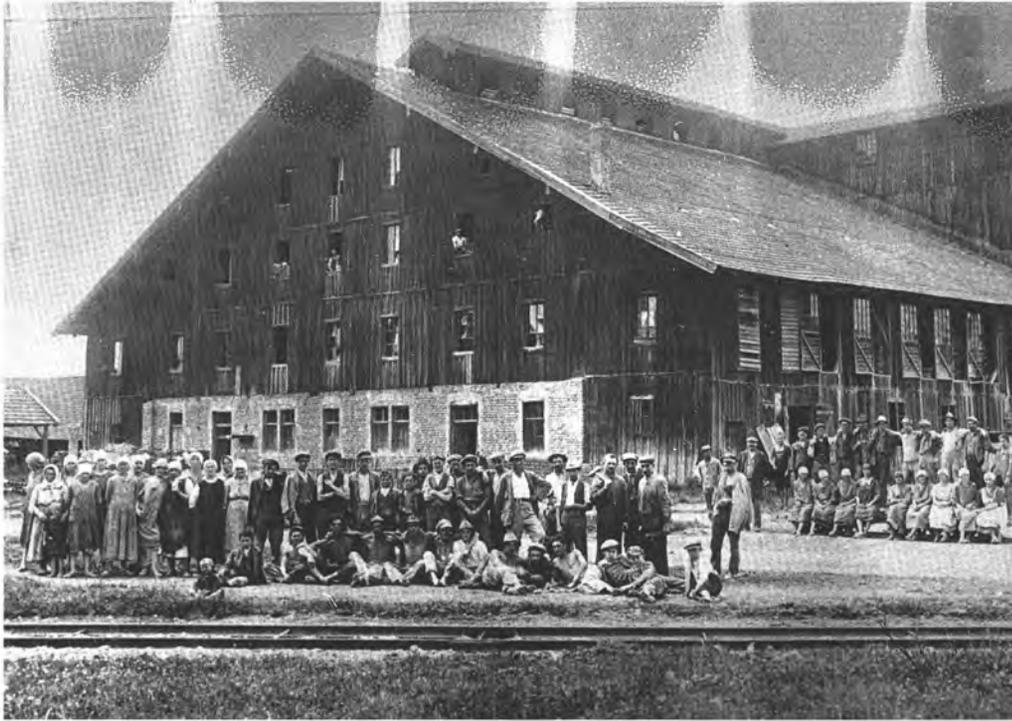


Franz Michael Felder (1839-1869),
Aufnahme im Jahr 1867.

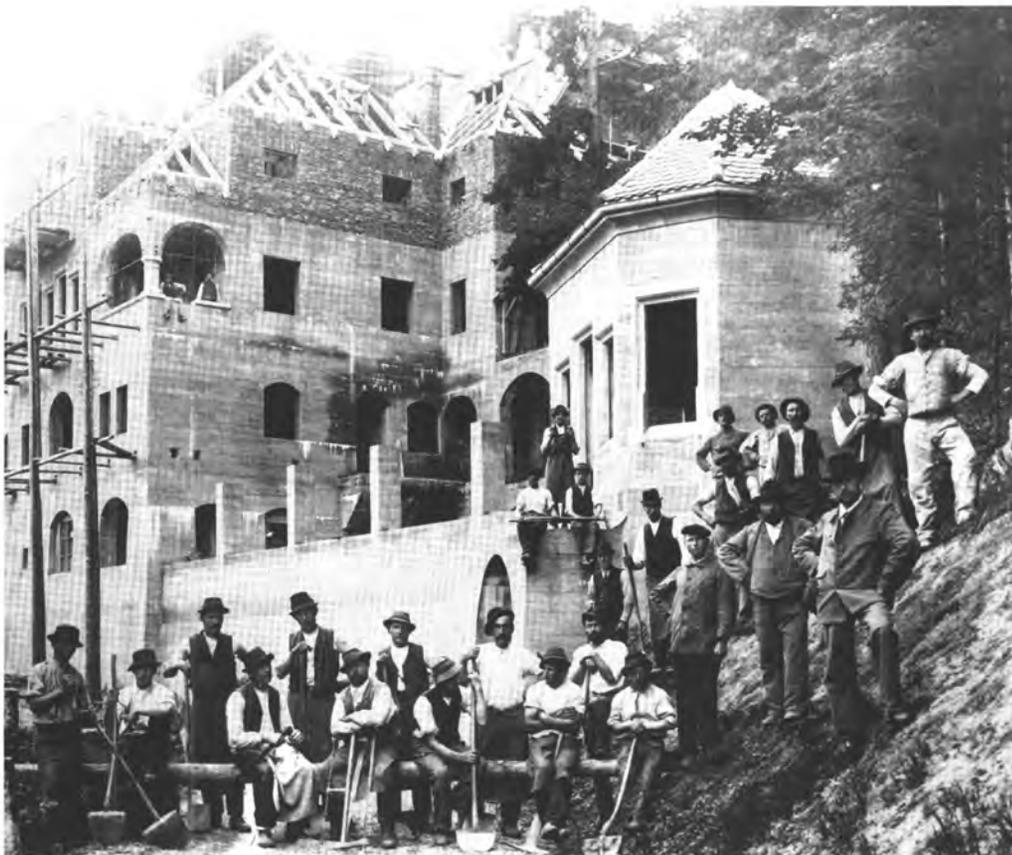
Baustellen als Bruchstellen – Bahnen der Hoffnung



Landleben – das heißt nicht nur Landwirtschaft. Selbst Bauern führten oft eine Doppelsexistenz als Landwirte und Arbeiter in Gewerben mit oft langer Tradition: Beschäftigte eines Metallbetriebs (Schleiferei) in Neuzeug bei Steyr/Oberösterreich, um 1910.

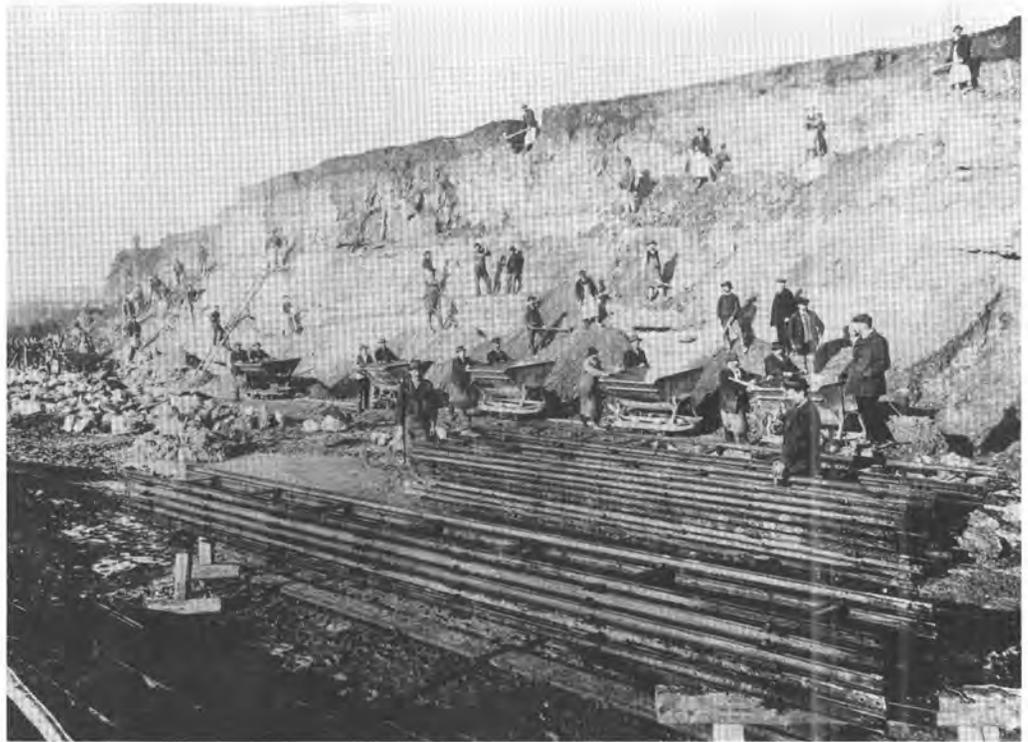


Gleichzeitig entwickelten sich, infolge von Bahnbau, Industrialisierung und Wachstum der Städte, im ländlichen Milieu neue Schichten von abhängig Erwerbstätigen, die freilich noch oft mit einem Fuß in der Landwirtschaft standen: etwa Ziegelerbeiterinnen und Ziegelerbeiter (Ziegelei Waha im salzburgischen Bürmoos, Anfang der dreißiger Jahre).



Und „die Fremden“ kamen – als Maurer und Bauhilfsarbeiter, als Bahnarbeiter und Erdarbeiter. Sie stammten aus den armen Randgebieten der Monarchie, etwa aus dem Trentino (Italienisch-Tirol), wie wahrscheinlich zum Teil diese Bauarbeiter in Kufstein um 1900.

Durch den Bahnbau wurden gewaltige Menschenmassen in Bewegung gesetzt, vor allem aus den tschechisch- und aus den italienischsprachigen Teilen der Monarchie. Kaum eine Bahnbaustelle ohne tschechische oder italienische Arbeiter. Die Photographen freilich waren anfänglich weniger von den arbeitenden Menschen fasziniert als von der Technik und den Leistungen der Ingenieure, die ganze Landschaften in Bewegung setzten: Ausbau der Schickkurve in Oberndorf, Salzburg, um 1905.



Durch den Bahnbau ist in die ländlichen Gebiete Österreichs eine Schneise geschlagen worden, die die alten Verhältnisse teilweise gründlich erschüttert, teilweise aber auch harten Widerstand gegen das Neue herausgefordert hat (rechts: Tunnelbau bei der Tauernbahn Böckstein-Mallnitz, ungefähr 1907).

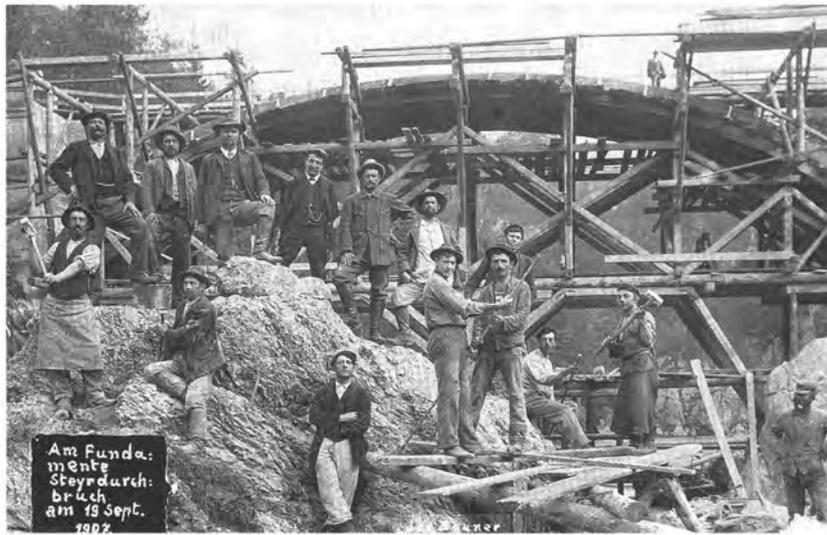
Für die einen waren das Bahnen der Hoffnung, die zu besseren, gerechteren, solidarischeren Verhältnissen führen würden; für viele andere bedeutete die Bahn Gefahr: so beim Vorhaben einer Bahn für das Bregenzerwaldtal, wo die Konservativen schon den deutschen Sozialistenführer August Bebel auf dem Vormarsch sahen.

Bebel und die Wälderbahn

Das „große“ Werk der Wälderbahn,
 Das schreitet rüstig jetzt voran;
 Zwar will ich nicht polemisieren
 Und nicht im Mind'sten kritisieren
 Der Dampfroßfreunde guten Glauben;
 Doch eine Frage mir erlauben:
 Vor kurzem war in manchen Blättern
 Zu lesen mit gesperrten Lettern
 Ein Ausspruch des „berühmten“ Bebel
 „Das Dampfroß ist für uns ein Hebel,
 Mit dessen Hilf' es uns gelingt,
 Das uns're Sache vorwärts dringt.“
 Ihr Helden von der Wälderbahn
 Gefällt Euch dieser Spruch? Sagt an!

„Vorarlberger Volksblatt“,
 1. November 1895





Oberbaupartie bei der Errichtung der Lokalbahnstrecke Salzburg–Lamprechtshausen im Dezember 1920: Durch den Bahnbau vollzogen sich in den Dörfern und Kleinstädten Österreichs dramatische Wendungen: sozial, politisch, kulturell. Sozial, weil mit Eisenbahnern und Bahnarbeitern eine neue Berufsgruppe auftrat. Politisch, weil die Eisenbahner vielfach sozialdemokratisch organisiert waren. Kulturell, weil die Menschen mobiler wurden und sich alte Bindungen an die konservative Kultur zu lösen begannen.

Großbaustellen waren in den ländlichen Regionen Österreichs immer auch Bruchstellen der alten Verhältnisse: Arbeiter beim Kraftwerksbau Steyrdurchbruch, Oberösterreich, 1907, und zugewanderte Bauarbeiter beim Fabriksbau der Firma F. M. Hämmerle in Dornbirn (Vorarlberg).

Wolfgang Meixner

„...daß es keine dümmere
Phrase gibt, als zu sagen,
es war immer so“

Johann Filzer – Sozialistische Bauernagitation
in Tirol und Vorarlberg um 1900¹

Die neuen Großbauten ließen auch die Existenz der Bauern nicht unberührt. Viele verdingten sich als Saisonarbeiter und wanderten zu diesem Zweck oft über Monate hinweg aus ihrer engeren Heimat aus. Die Erfahrungen dieser prekären Doppexistenz als Bauer und Arbeiter prägten um die Jahrhundertwende auch das Denken eines Mannes aus Kitzbühel, der als „roter Bauerphilosoph“ nicht nur lokalen Ruf erlangte.

Johann Maximilian Filzer wurde am 16. Oktober 1858 in Griesenau bei Kitzbühel als Sohn des Kleinbauern Johann Filzer und der Maria Filzer, uneheliche Tochter der Maria Obergarleitner, geboren.

Sein Geburtsjahr fiel in eine Zeit grundlegender struktureller Veränderungen der Tiroler Wirtschaft. Die Eröffnung der ersten Eisenbahnlinie des Landes – zwischen Innsbruck und Kufstein – im Jahre 1858 brachte den Niedergang des Fuhrgewerbes und der davon abhängigen Zulieferhandwerke. Die auf regionalen Märkten gehandelten heimischen landwirtschaftlichen Produkte erhielten Konkurrenz von Waren, die nun mit dem neuen Transportmittel billiger ins Land kamen.

Von all dem spürte Johann Filzer in seinen ersten Lebensjahren wenig. Wie im ländlichen Raum üblich, behandelte ihn sein Vater als zukünftigen Hoferben und wollte ihn zum „echten Bauern heranwachsen sehen. ... so mußte der junge Hans mit fünf bis sechs Jahren Ziegenhirt, Wasserträger usw. sein“.²

Nach sechseinhalb Jahren Schule arbeitete er als Gehilfe auf dem Hof seines Vaters, allerdings nur bis der nächstälteste Bruder herangewachsen war und Hans mit 17 Jahren eine Lehre als Zimmermann beginnen konnte. Ab 1878 unterbrach der Militärdienst, den er in Bosnien abdiente, seinen beruflichen Werdegang.

Danach war Johann Filzer in Tirol und Salzburg als Zimmermann tätig und wurde um 1884 auch Meister; 1885 übernahm er die väterliche Landwirtschaft.

Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts waren in Tirol noch immer zwei Drittel der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Es gab keine nennenswerte Industrie. Bauer zu sein bedeutete in Tirol vorwiegend, in einem Klein- oder Mittelbetrieb unter zehn Hektar zu wirtschaften, wobei die „Selbstausbeutung“ der eigenen Familienmitglieder – der weichenden Geschwister und Kinder – den wirtschaftlichen Zusammenbruch verhindern sollte. Zahlreiche Anwesen waren hoch verschuldet – allein 1895 wurden in Tirol 1400 Höfe versteigert. Ein beträchtlicher Teil der ländlichen Bevölkerung war somit zur Abwanderung gezwungen und versuchte in anderen Branchen und Regionen Arbeit zu bekommen.

Dieses Schicksal sollte auch Hans Filzer ein Leben lang begleiten – immer wieder mußte er zwischen einer Existenz als Bauer und als unselbständiger Arbeiter pendeln.

Johann Filzer begann schon in seiner Jugend, intensiv Bücher und Schriften zu lesen. Dabei eignete er sich nicht nur ein umfangreiches naturwissenschaftliches Wissen an – vor allem in Astronomie und Gesteinskunde –, sondern er interessierte sich auch für soziale Probleme. Der Inhalt der Werke von Marx, Engels und Lassalle wurde ihm durch die Veröffentlichungen Kautskys zugänglich. Die Ideen dieser Denker sollten ihn zeitlebens nicht mehr loslassen.

Filzer gehörte somit zur Gruppe jener „Bauernphilosophen“ – ähnlich dem Vorarlberger Franz Michael Felder oder dem Oberösterreicher Konrad Deubler –, die sich, entgegen landläufigen Klischees vom „dummen Landvolk“, autodidaktisch Bildung und Wissen anzueignen vermochten.

„Schon als Geselle“ – so der Wiener Dichter Alfons Petzold – „hatte er viele Zeitungen und Bücher gelesen und sein beschränktes Wissen zu vertiefen gesucht. Nun als freier Bauer trachtete er erst die Lücken seiner Bildung auszufüllen. Die Arbeitspausen in den langen Kitzbüheler Wintern gaben ihm richtige Zeit dazu.“³

Theoretiker, Agitator und Sozialreformer

1895 gab Filzer im Selbstverlag sein Buch „Anschauungen über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von ihrem Urzustande bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung des Bauernstandes“ heraus.⁴

Filzer beginnt seine „Anschauungen“ mit der Darlegung der menschlichen Gesellschaftsentwicklung, in starker Anlehnung an die Arbeiten Morgans, Engels und Lafargues. Im Hauptteil beschäftigt er sich mit der Situa-

tion der Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und Bauern im Zeitalter des Kapitalismus. In der daran anschließenden Diskussion der Lösungsvorschläge verwirft er sowohl die Ideen Schulze-Delitzschs – „Selbsthilfe“ mittels Spar- und Darlehenskassen – als auch die Bestrebungen der Anarchisten, welche für ihn Ausdruck „blinden Klassenhasses und (der) Verirrung“ (S. 131) einer fehlgeleiteten Gruppe von Menschen waren.

Einzig in der organisierten Arbeiterbewegung sieht er eine Möglichkeit zur Überwindung der „bodenlos fehlerhaften Wirtschaftsordnung“ (S. 135). Als ein wunder Punkt dieser Wirtschaftsordnung gilt ihm die „furchtbare Arbeitsverschwendung“, die es mit sich bringe, daß „eine Unmasse von Waren erzeugt (wird), die keinen mit der Vernunft in Existenz zu bringenden Zweck erfüllen“ (S. 135 f.).

Zum Schluß geht er noch eigens auf die wirtschaftliche Krise des alpinen Kleinbauerntums ein. Deren Ursachen sieht er in den „primitiven Produktionsverfahren“, welche zu „niedrigen“ Arbeitsprodukten führen, in der Konkurrenz von Waren, die mittels der Eisenbahn billiger ins Land kämen und die Preise heimischer Produkte ins bodenlose sinken ließen, und im Umstand, daß „das Arbeitsprodukt des Landmannes zum Spielball des Großkapitals geworden“ sei (S. 156).

Filzer bedauert in seinem Buch besonders, daß dem „Landmann meistens tiefere Einsichten in die socialen Zustände fehlen“ und er daher nur allzuoft die „Schuldigen“ seines Niederganges am falschen Ort suche, indem er „den Juden zum Schuldträger“ mache – für Filzer ein „geistiges Armutszeugnis“ (S. 7).

Eine Änderung dieser Zustände erschien ihm – und hier war er in gewisser Weise „ethischer Sozialist“ – nur durch die Hebung des Bildungsstandes der ländlichen Bevölkerung möglich:

„Das einzig sichere Mittel, um eine wirkliche Besserung unserer Gesellschaftszustände herbeizuführen, ist nur in einer höheren Bildung ... in einem umfassenden Wissen, auf möglichst viele Individuen vertheilt, zu suchen.“

Ansonsten, so seine Meinung, wären die besten Reformen vergebens. Die erforderlichen Mittel seien in den „Riesensummen, die heutzutage die barbarische Institution des Militarismus verschlingt“, vorhanden.⁵

Schon zu seiner Gesellenzeit war Filzer „Funktionärs-multi“ geworden; unter anderem bekleidete er das Amt des Obmannes der Gehilfen in der Handwerker-Genossenschaft, er war Vorsitzender in deren Krankenkasse, Mitbegründer der Kitzbüheler Sennereigenossenschaft und – ab 1893 – Leiter des dortigen Volksbildungsvereins.

1891 rief Filzer – zusammen mit anderen Bauern seiner Heimatstadt Kitzbühel – die „Raiffeisenkasse Kitzbühel-

Land“ ins Leben, deren Obmann er bis 1898 war. Dies mag nicht ganz in Einklang mit seiner sozialistischen Gesinnung gestanden sein – Filzer trat 1894 der vier Jahre zuvor gegründeten Tiroler Sozialdemokratie bei⁶, entsprachen doch die Vorstellungen Raiffeisens nicht der Absicht der Sozialisten lassallescher Richtung, durch selbstverwaltete Produktionsgenossenschaften die Gesellschaft umzugestalten. Johann Filzer war aber nie starrer Dogmatiker, sondern wick – um seine Vorhaben verwirklichen zu können – schon einmal von der „reinen Theorie“ ab.

„Große Politik“...

Ab 1894 nahm Johann Filzer an Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie teil. Seine Wortmeldungen bezogen sich stets auf die Probleme der Agitation im ländlichen Raum, da er es für notwendig hielt, „den Bauernstand aus den Klauen der Machthaber (zu) entreißen.“⁷

Am Linzer Parteitag von 1898 beispielsweise ging Filzer auf die Lage der ländlichen Bevölkerung ein, wobei er es als unmöglich ansah, „den Kleinbauernstand ganz in die proletarische Bewegung einzubeziehen“. Denn die Bauern versuchten, solange sie Besitzer seien, sich der „Macht des proletarischen Gedankens zu entziehen“. Eine Zusammenarbeit von Sozialisten und Bauern schien ihm einzig dann möglich, wenn letztere erkennen würden, „daß sie nur mehr in der Einbildung Besitzende sind“, und kein Interesse mehr an der „Erhaltung der gegenwärtigen Ordnung“ hätten.⁸

1911, am Innsbrucker Parteitag, befaßte sich Filzer neuerlich mit der ländlichen Agitation. Unter dem Eindruck der zunehmenden Verteuerung der ländlichen Produktion und der wachsenden Verschuldung der Höfe bedauerte er, daß bis „weit hinauf in den ländlichen Mittelstand ... der Kampf ums Dasein von Jahr zu Jahr schwerer“ werde. Die Ursachen dieser Krise sah er in der mangelnden Schulbildung der ländlichen Bevölkerung, im unzulänglichen Einsatz des technischen Fortschrittes in der landwirtschaftlichen Produktion sowie im Unverständnis der politisch Verantwortlichen für die Probleme der Bauern.⁹

Auch hier hob Filzer – wie bereits Jahre zuvor in seinem Buch – die Wichtigkeit der Vermittlung von Bildung und Wissen für die ländliche Bevölkerung hervor; dies zu leisten, sah er als eine Hauptaufgabe sozialistischer Aufklärungsarbeit an.

... und „kleine Welt“

Filzers klassenkämpferische Töne der Parteitagsreden stießen in der ländlichen Bevölkerung eher auf Ablehnung. Deshalb beschränkte er sich – bei seiner Agitationsarbeit

in Tirol und Vorarlberg – meistens darauf, politische Mitbeteiligung durch ein allgemeines Wahlrecht zu verlangen. Außerdem erwuchs den Sozialisten in den 1890er Jahren durch die Christlichsozialen eine ernsthafte Konkurrenz bei der Landagitation. Die Konservativen verstanden es hervorragend, von den „Roten“ angesprochene Themen zu verdrehen: So gelang es dem Klerus – als die Sozialisten die Eigentumsfrage stellten –, die verunsicherten Kleinbauern glauben zu machen, die „Sozi“ würden ihnen den Hof wegnehmen. Ebenso bezichtigten die Christlichsozialen die Sozialdemokraten, wegen deren Losung „Religion ist Privatsache“, der Gottlosigkeit. Nicht ohne Grund beklagte sich Filzer daher auf den Parteitagen über die Agitationskonkurrenz von seiten der „Pfaffen“, die die Sozialdemokraten häufig als „Schandbauern“ schmähen würden.¹⁰

Johann Filzer sprach um die Jahrhundertwende auf zahlreichen Veranstaltungen der Sozialdemokraten.

Am 16. Jänner 1898 trat er als Redner im Innsbrucker „Adambrau“ auf. Die Versammlung galt dem Thema „Die politische Situation und das Wahlrecht in den Landtag“ und hatte großen Zulauf. Über diese Veranstaltung berichteten mehrere Tiroler Zeitungen – so auch das „Tiroler Tagblatt“, das Organ der liberalen Partei, vom 18. Jänner 1898:

„Der Bauer Filzer aus Kitzbühel sprach zum ersten Theil der Tagesordnung und beleuchtete in 2stündiger Rede, nach einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung der capitalistischen Produktionsweise, dem dadurch entstandenen Massenelend, ausführlich die politische Lage, das Verhalten der gegenwärtigen Parteien zu einer gerechten Wahlreform in den Reichsrath und Landtag. Der Redner, welcher seine Ausführungen häufig mit drastischen Beispielen würzte, erntete stürmischen Beifall.“¹¹

Sein agitatorisches Vermögen beeindruckte auch so manchen gegnerischen Zeitungsredakteur. Anlässlich einer „sozialdemokratischen Versammlung“, welche am 23. Jänner 1898 in Hall im Gasthaus „zum Neuwirth“ stattfand, hieß es im klerikalen „Unterinnthaler Boten“:

„Der ‚Bauer‘ Filzer von Kitzbühel ... sprach wohl durch mehr als 2 Stunden. Daß seine Rede sowohl sprachlich wie inhaltlich gleicher Weise unbedeutend und nichtssagend war, hindert uns nicht zu glauben, daß der Mann für die unteren Schichten des Volkes etwas Einnehmendes haben kann.“¹²

Bei diesen Veranstaltungen kam es immer wieder zu wortreichen Gefechten mit anwesenden Geistlichen, so auch auf der Volksversammlung vom 26. Feber 1899 in Wörgl, wo Filzer zum Thema „Christlichsozial und sozialdemokratisch“ referierte. In seiner Rede sprach er der „kapitalistisch gewordenen“ Kirche – die „einstens eine Hoffnung der Armen und Unterdrückten war, heute (aber) vielfach

als Mittel zur Unterdrückung und Verdummung des Volkes mißbraucht“ werde – jedes Recht auf „Erlösung“ der Arbeiterklasse ab. Weiters vertrat Filzer die Ansicht, daß „die heutigen Lehren der Kirche den echten Satzungen der Christuslehre nicht getreu geblieben sind“, und versuchte dies anhand geschichtlicher Beispiele und Bibelzitate zu beweisen. Diese Aussagen erregten bei der christlichsozialen Zuhörerschaft Mißfallen. Daraufhin ergriff der eigens aus Hall angereiste Beneficiat Engel das Wort und wies Filzers Gedanken heftig zurück. Engel appellierte – in der Hoffnung, daß es im „glaubensstarken Tirol kein(en) Boden für die revolutionären Bestrebungen der Sozi“ geben werde – vor allem an den „Patriotismus“ der Zuhörer. Für die sozialistische „Volkszeitung“ war allerdings Johann Filzer der Sieger dieses Wortduells:

„... und wer Ohren hatte zu hören und fähig war zu denken, mußte überzeugt sein, daß der rothe Bauer aus Kitzbühel in Socialwissenschaften und in Anwendung geschichtlicher Ereignisse Herrn Engel weit über ist und daß die Behauptungen des Letzteren klar widerlegt, oder auf das richtige Maß zugeschnitten wurden.“¹³

Trotz seiner umfangreichen Agitationstätigkeit gelang es Filzer nicht, in die oberste Führungsschicht der Tiroler Sozialdemokratie vorzustoßen. Anlässlich der „VIII. Landesconferenz der sozialdemokratischen Partei für Tirol und Vorarlberg“, welche am 30. Oktober 1898 in Innsbruck stattfand, wurde er zwar ins Konferenzpräsidium, jedoch nicht in die Landesparteileitung gewählt.¹⁴

Ein Jahr später war Johann Filzer in Vorarlberg als Landespartei sekretär im Gespräch. Aber auch dieses Amt blieb ihm vorenthalten: Die dortigen Genossen sahen in ihm einen „sympathischen ‚Spinner‘, dem man die Leitung der Organisation nicht anvertrauen wollte“¹⁵.

Johann Filzer als Arbeiter und Agitator in Vorarlberg

In den 1890er Jahren arbeitete Johann Filzer zeitweise in Vorarlberg – zunächst beim Bau des Neuen Rheins, später in einer Zündholzfabrik –, versuchte aber auch, politisch tätig zu sein.

Zwar geben die diversen Meldungen über Aktivitäten des „Genossen Filzer“, dessen Vornamen sowohl mit „Josef“ als auch mit „Johann“ an, Titel und Inhalte der erwähnten Veranstaltungen lassen aber den Schluß zu, daß es sich um ein und dieselbe Person handelt. So erwähnte das „Vorarlberger Volksblatt“ im Oktober 1898 – im Bericht von einer Versammlung, die in Hard bei Bregenz zum Thema „Lebensmittel-Vertheuerung und ... Niedergang des Bauernstandes und dessen Ursachen“

stattgefunden hatte – als Redner einen gewissen „Josef Filzer, gebürtig von Kirchdorf in Tirol, wohnhaft in Hard“.¹⁶ Zwei Monate später führte dasselbe Blatt, in einem Bericht über eine Volksversammlung in Hohenems am 6. Dezember, einen „Bauern aus Kitzbühl in Tirol, Namens Filzer,“ als Referenten an.¹⁷

Das „Vorarlberger Volksblatt“ hob zwar stets den schwachen Besuch dieser Veranstaltungen sowie die Phrasenhaftigkeit der Ausführungen hervor, war sich aber über die Wirkung der Agitation Filzers auf die Bevölkerung doch nicht so ganz im klaren, sodaß es ihm sicherheitshalber immer wieder unmißverständliche Drohungen nachschickte:

„Dem Filzer rathen wir daher in Güte, seine sozialistische Weisheit für sich zu behalten und in unseren Mauern in gebührender Bescheidenheit zu verharren. Denn trotz seiner ‚Weisheit‘ imponiert er der Bevölkerung von Hard absolut nicht. Sie braucht den Filzer gewiß nicht. Diese paar Zeilen möge er sich bestens zu Gemüthe führen.“¹⁸

Filzers politische Tätigkeit in Vorarlberg gipfelte in der Abfassung eines sozialistischen Programmes, welches anlässlich einer Bauernkonferenz am 16. April 1899 in Fußach am Bodensee beschlossen wurde. Der Inhalt dieses „Fußacher Programms“ lehnte sich an das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs an.

Es enthielt die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, das Verlangen nach gerechter Steuerverteilung, wobei das Einkommen progressiv zu besteuern sei, sowie nach Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle auf lebensnotwendige Güter. Ferner sollte der Staat für eine ausreichende Invaliden- und Altersversorgung, den obligatorischen, weltlichen und unentgeltlichen Volksschulunterricht sowie für eine unentgeltliche Rechtspflege und für kostenlosen Rechtsbeistand bei Berufungen in Strafsachen sorgen. Verlangt wurde auch die Einführung der unentgeltlichen ärztlichen Hilfe, einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Das Programm schloß mit der Forderung nach Abrüstung des Heeres und Errichtung einer Volkswehr an dessen Stelle sowie mit dem Verlangen, alle Gesetze abzuschaffen, durch welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung eingeschränkt oder unterdrückt würden.¹⁹

Im – von Kirche und Christlichsozialen dominierten – „Ländle“ konnte dieses Programm kaum Breitenwirkung erzielen. Immer wieder machte sich das „Vorarlberger Volksblatt“ über den schwachen Besuch der sozialistischen Versammlungen und damit auch über deren geringe Bedeutung lustig. Zu einer Volksversammlung, die am 29. Mai 1899 in Höchst bei Bregenz im Gasthaus „Zum Schiff“ stattgefunden hatte, wußte das Blatt sichtlich zu-

frieden zu berichten, daß nur „30-35 Theilnehmer“ anwesend waren und davon kaum ein Dutzend „wirkliche Höchster“ gewesen seien.²⁰

Johann Filzer wurde bei seinen Agitationsversuchen nicht nur mit Worten angefeindet, er bekam auch die Macht des Gesetzes sowie der Arbeitgeber zu spüren.

Im Herbst 1899 wurden Filzer und zwei weitere Genossen vor das Innsbrucker Bezirksgericht geladen. Ihnen wurde vorgeworfen, unerlaubt einen sozialistischen Aufruf verteilt zu haben. Filzer – der aufgrund einer Anzeige durch den christlichsozialen Brixentaler Schulmeister angeklagt war – kam mit einem Freispruch davon, der mitangeklagte Genosse G. Bordatto erhielt allerdings fünf Tage Arrest.²¹

Filzers Tätigkeit bei einer Vorarlberger Zündholzfabrik endete 1901 mit seiner Entlassung. Polemisch berichtete das „Vorarlberger Volksblatt“ darüber, prophezeite Filzer aber keine lange Arbeitslosigkeit, da seine

„Sozifreunde in Innsbruck und Wien ... sicher schon vorgearbeitet“ hätten, um den „Hauptagitator und Verfasser des Fußacher-Bauernprogrammes leicht irgendwo unterbringen (zu können), vielleicht als Schriftsteller für die Parteizeitung, oder als Wanderapostel für confuse Ideen“.²²

Johann Filzer dürfte nach seiner Entlassung aus der Zündholzfabrik 1901 Vorarlberg verlassen haben. Jedenfalls bedauerte der Obmann des Arbeiterbildungsvereines Hard, Johann Baptist Kalb, die Abreise Filzers und sprach die Hoffnung aus, daß die verbliebenen Genossen imstande sein würden, die Lücke auszufüllen.²³

Am 16. Mai 1904 heiratete Johann Filzer – 45jährig – die Westendorfer Bauerntochter Maria Riedmann und ließ sich endgültig in Tirol nieder.

Wieder in Tirol: Vom Agitator zum Politiker

Anläßlich der 11. Landeskonferenz der Tiroler Sozialdemokraten, am 20. April 1902, forderte Johann Filzer eine effizientere Aufmachung des Parteiorgans „Volkszeitung“. Das Niveau des Blatts, welches um 1900 eine Auflage von nur knapp 2000 Stück hatte, sollte gehoben werden, damit es in Tirol die „politische Führerrolle“ erlangen und in diesem Sinne „erziehend und belehrend“ wirken könne.²⁴

In der Folge scheint Filzer versucht zu haben, an der „Volkszeitung“ mitzuarbeiten. Ab Jahresende 1902 erschien im Blatt eine Rubrik unter dem Titel „Bauern-Zeitung“, deren Artikel mit „-F-“ signiert sind. Es kann angenommen werden, daß Filzer ihr Verfasser war. Offenbar in Konkurrenz zur im selben Jahr gegründeten christlichsozialen „Tiroler Bauernzeitung“ versuchte Filzer, durch

die Einrichtung dieser Spalte neue Leser für das sozialistische Organ zu gewinnen. Die Artikel zur genossenschaftlichen Organisation des Bauernstandes sollten vor allem Menschen aus dem ländlichen Bereich ansprechen.²⁵

Nachdem Johann Filzer bereits 1887 erfolglos für den Reichsrat kandidiert hatte, trat er zu den Reichsratswahlen von 1907 wieder an – mit einem eigenen, von ihm verfaßten Zehnpunkteprogramm, das sich im großen und ganzen an das „Fußacher Programm“ anlehnte, jedoch die zusätzliche Forderung nach „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen“, enthielt.²⁶

Johann Filzer unterlag jedoch seinem prominenten christlichsozialen Gegner, dem späteren Tiroler Landeshauptmann Dr. Franz Stumpf, deutlich mit 991 zu 4237 Stimmen.

Für die Tiroler Sozialdemokratie insgesamt war die Wahl aber ein Erfolg: Nach einer Stichwahl zogen Simon Abram aus Innsbruck und August Avancini aus Trient in den Reichsrat ein.²⁷

Auch anläßlich der Reichsratswahlen von 1911 kandidierte Johann Filzer auf der Liste der Tiroler Sozialisten, vermochte aber wiederum nicht gegen seinen christlichsozialen Konkurrenten zu gewinnen.

In den folgenden Jahren zog sich Johann Filzer immer mehr aus der politischen Basisarbeit zurück. Er trat zwar noch als Redner bei sozialistischen Schulungen auf, verfaßte aber nun vor allem heimatkundliche Aufsätze; unter anderem beleuchtete er das Schicksal der Kitzbüheler Wiedertäufer und der Bergarbeiter aus dieser Gegend.²⁸

Als nach dem Ersten Weltkrieg die „Provisorische Tiroler Nationalversammlung“ gebildet wurde, durften die Sozialdemokraten acht der 42 Mitglieder stellen; darunter befand sich – überraschend – Johann Filzer.

Durch die ersten Wahlen zum Tiroler Landtag 1919 wurden die Sozialdemokraten mit elf Mandaten – hinter den Christlichsozialen mit 38 – zweitstärkste Fraktion.

Im neukonstituierten Landesparlament besetzte Johann Filzer für die Sozialisten die Ausschüsse für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten sowie für Forstwirtschaft und Bauwesen. Als dienstältester Abgeordneter leitete er auch die Angelobung der Mandatäre.²⁹

Filzer dürfte bei seiner parlamentarischen Tätigkeit eher ein „Hinterbänkler“ gewesen sein. Schon bald nach der Aufnahme der Geschäfte durch den Landtag ließ er sich öfters – krankheitshalber – beurlauben. Er meldete sich, falls überhaupt im Landtag anwesend, nur selten zu Wort. Seine wenigen Anträge waren durchwegs den Problemen der Kleinbauern gewidmet.

Ein Grund für das nunmehr eher ruhige politische Dasein Filzers war sicher sein fortgeschrittenes Alter – er war inzwischen bereits 60 Jahre alt geworden – und sein

angegriffener Gesundheitszustand infolge eines früheren Unfalls.

Mit der Neuwahl am 26. Mai 1925 endete Filzers letzte Periode im Tiroler Landtag.

„Sozialist im gemäßigten Sinne...“

Johann Filzer, der seine letzten Lebensjahre überwiegend auf seinem Hof bei Kitzbühel verbrachte, wurde bereits zu Lebzeiten legendär. Dazu trug nicht unwesentlich sein markantes Äußeres bei – weißes, langes und wirres Bart- und Haupthaar. Um seine Erscheinung als „Bauernphilosoph“ rankten sich Gerüchte und Geschichten, und sein Ruf als „Spinner“ sollte ihn bis in seinen Tod begleiten.

Filzer wählte – soviel läßt sich heute feststellen – nach dem 25. November 1930 den Freitod, indem er im Schwarzsee nahe Kitzbühel „ins Wasser ging“. Anfälle von Schwermut scheinen ihn zu diesem dramatischen Schritt bewogen zu haben. Seine Leiche wurde erst am 3. Dezember aufgefunden und einige Tage darauf geborgen.

Über seinen Tod berichteten sowohl lokale als auch überregionale Zeitungen. Allgemein wurden sein Wissen und seine Ausnahmerecheinung als Bauer und (roter) Philosoph gewürdigt. So schrieben die konservativen „Kitzbüheler Nachrichten“:

„Das was an Filzers Gestalt besonders Achtung und Wertschätzung erheischend erscheint, ist sein selbsterrungenes Wissen. ... Als Sozialist im gemäßigten Sinne ließ sich der einfache Bauer und Zimmermann in gelehrte Auseinandersetzungen mit den großen Führern der Bewegung ein. War er in jungen Jahren manchmal ein Stürmer, so zeitigte das Alter in ihm eine objektivere Weltanschauung...“³⁰

Hans Filzer vereinigt in sich einige Brüche und Widersprüche der Tiroler Sozialdemokratie. Das lohnt es, sich mit seiner Person und seiner Rolle in der Tiroler und Vorarlberger Arbeiterbewegung zu befassen.

Der Bauer Filzer war der Prototyp eines Autodidakten, für den die Maxime „Wissen ist Macht“ Geltung hatte. Er war aber auch – infolge der besonderen Lage der Kleinbauernschaft in Tirol – stets mit dem „Absinken“ in die Arbeiterschaft konfrontiert. Seine Wanderjahre und seine Arbeitsaufenthalte außerhalb Tirols brachten ihn in Kontakt mit „fremden“ Ideen. Bei der Umsetzung dieser Gedanken – insbesondere seinen Versuchen einer sozialistischen Bauernagitation – scheiterte er allerdings. Zwar wurde ihm immer wieder agitatorisches Vermögen bekundet, doch blieb seine Wirkung recht beschränkt. Einzig seine Bemühungen um die Gründung von Genossenschaften, vor allem der Raiffeisenkasse in Kitzbühel, waren erfolgreich – vielleicht gerade deshalb, weil sie sich nicht in traditionell sozialistischen Bahnen bewegten.

Auch mit seinen Versuchen, in den Institutionen der Sozialdemokratischen Partei Fuß zu fassen – als Parteisekretär in Vorarlberg oder als Mitarbeiter der „Volkszeitung“ in Tirol –, hatte Filzer kein Glück. Es folgte der Rückzug auf schriftstellerische Tätigkeiten im Bereich der Heimatkunde.

Filzers Entsendung in den Tiroler Landtag durch die Sozialisten war schließlich eher ein Ausdruck des Respekts für sein langes politisches Engagement als ein Erfolg eigenen Wirkens.

Anmerkungen

¹ Zitat im Titel aus Filzer, Johann M.: *Anschaungen über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von ihrem Urzustande bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung des Bauernstandes*. Kitzbühel 1895, S. 177.

² „Volkszeitung“, 3.12.1897, in einer „Lebensskizze“ zu Johann Filzer.

³ Filzer und Petzold planten ein gemeinsames Buchprojekt, welches aber nie zustande kam (vgl. „Kitzbüheler Nachrichten“ Nr. 51, 13.12.1930). Ihr erstes Zusammentreffen dürfte jedoch nicht allzu freundlich verlaufen sein. In seinem Tagebuch notierte Petzold: „16 XI 1917 ... hatte heute Gelegenheit, einen Blick in die Moral eines Bauern zu tun. Da lebt in nächster Nähe von uns der sogenannte Bauernphilosoph Filzer ... er nennt sich einen Sozialdemokraten, verlangt ab(er) als solcher von armen kranken Soldaten 1.40 k. für ein Kilo schlechte Äpfel. ... Der Bauer bleibt sich in jeder Weltanschauung gleich, der Altruismus ist ihm da u(nd) dort fremd. Seine Confession ist – Bauer sein“ (zitiert nach Kirschner, Elfriede: *Die Tagebücher des Alfons Petzold 1904–1922*, Diss. Innsbruck 1984, S. 300).

⁴ Im Allgemeinen Verwaltungsarchiv in Wien befindet sich ein Brief Johann Filzers an Victor Adler mit der Bitte um Durchsicht und eventuelle Besprechung des Buches in der „Arbeiter-Zeitung“. (Diesen Hinweis verdanke ich Reinhard Mittersteiner, dem ich an dieser Stelle für die detektivische Mithilfe bei der Rekonstruktion von Johann Filzers Lebenslauf danken möchte.)

⁵ Filzer (wie Anm. 1), S. 175, Anmerkung.

⁶ Vgl. Oberkofler, Gerhard: *Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des 2. Weltkrieges* (2. Aufl.). Wien 1986, S. 56 f.

⁷ So Filzer am 4. Parteitag in Wien vom 25. bis 31. März 1894. Vgl. Oberkofler (wie Anm. 6), S. 71.

⁸ Auszüge aus Filzers Rede in der „Volkszeitung“ Nr. 17, 9.6.1898, S. 2.

⁹ Auszüge aus Filzers Rede am Innsbrucker Parteitag vom 29.10 bis 2.11.1911 in Mayr, Johann: *Sozialdemokratie und Agrarpolitik*. Linz 1987, S. 158 und S. 183 f.

¹⁰ Vgl. „Volkszeitung“ Nr. 17, 9.6.1898 (wie Anm. 8).

¹¹ Auch die sozialistische „Volkszeitung“ Nr. 3, 28.1.1898, S. 3 und die liberalen „Innsbrucker Nachrichten“ Nr. 12, 17.1.1898, S. 3 berichteten von dieser Veranstaltung.

¹² „Untereinthalter Bote“ Nr. 4, 28.1.1898, S. 7; das Blatt mußte eingestehen, daß die Veranstaltung „gut besucht“ war, vermerkt aber, daß „viele (davon) Neugierige“ gewesen seien (ebd.).

¹³ „Volkszeitung“ Nr. 8, 10.3.1899, S. 3.

¹⁴ „Volkszeitung“ Nr. 32, 11.11.1898, S. 1 f.

¹⁵ So Mittersteiner, Reinhard: *Peripherie und Sozialismus. Die Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg (1889–1918)*, Diss. Wien 1988, S. 39.

¹⁶ „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 230, 11.10.1898, S. 4.

¹⁷ „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 281, S. 5 f.

¹⁸ „Vorarlberger Volksblatt“ wie Anm. 16; eine ähnliche Drohung findet sich auch in der Nummer 281 desselben Blattes.

¹⁹ „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 123, 31.5.1899, S. 3 f., welches auch berichtete, daß dieses Programm „in den letzten Tagen überall in Höchst

auf den Wegen und Straßen auf rothem Papier gedruckt zu finden war“ (S. 3).

²⁰ „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 125, 3.6.1899, S. 5. Laut demselben Blatt sollen auch an der Hohenemser Veranstaltung vom 6.12.1898 „nicht zehn Einheimische“ teilgenommen haben (wie Anm. 17).

²¹ „Volkszeitung“ Nr. 30, 27.10.1899, S. 5.

²² „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 128, 6.6.1901, S. 3 f. Im Artikel wird auch von den beiden Söhnen Filzers gesprochen, was mißverständlich erscheint, zumal Filzer nachweislich erst 1904 geheiratet hat.

²³ Anlässlich einer Versammlung des ABV Hard am 16.6.1901; Tiroler Landesarchiv (Innsbruck), Statth. Präs. 1901 12/507 Zl. 2809.

²⁴ Vgl. „Volkszeitung“ Nr. 17, 25.4.1902, S. 1 f.

²⁵ „Volkszeitung“ Nr. 52, 25.12.1902, S. 3 f. Ein anderer Beitrag dieser Rubrik erschien in der Nr. 15, 9.4.1903, auf Seite 1 unter dem Titel „Bauer und Sozialdemokratie“.

²⁶ „Ein offenes Wort an die Reichsratswähler“, Beilage der „Volkszeitung“, 8.5.1907; siehe auch Oberkofler (wie Anm. 6), S. 296 f.

²⁷ Vgl. Oberkofler (wie Anm. 6), S. 134 f.

²⁸ „Volkszeitung“ ab dem 18.3.1914 sowie „Tiroler Heimatblätter“ ab dem Jahr 1923, wo er unter anderem einen volkskundlichen Beitrag mit dem Titel „Mond und Bauern“ veröffentlichte, der das umfangreiche Wissen der Bauern über Abläufe und Vorgänge in der Natur festzuhalten versuchte (Heft 10/1925).

²⁹ „Stenographische Protokolle des Tiroler Landtages“, Innsbruck 1919 ff.

³⁰ „Kitzbüheler Nachrichten“ Nr. 50, 6.12.1930, S. 1 und Nr. 51, 13.12.1930, S. 2. Weitere Nachrufe: „Tiroler Grenzboten“, 6.12.1930; „Volkszeitung“, 4.12.1930; „Arbeiter-Zeitung“, 5.12.1930; „Neue Freie Presse“, 5.12.1930; „Neueste Zeitung“, 5.12.1930; „Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung 1931“.



Johann Filzer – Bauer, Zimmermann, Arbeiter auf Baustellen und in der Fabrik, Gründer und erster Obmann der Raiffeisenkasse Kitzbühel – und sozialdemokratischer Reformier mit eigenem politischen Programm. Aufnahme vor der Jahrhundertwende.

Hanns Haas

Schubkraft der Utopien, Schwerkraft der Verhältnisse

Der Salzburger landwirtschaftliche Wanderlehrer
Anton Losert zwischen Urchristentum, Sozial-
demokratie und Anarchismus

Die Sozialdemokratie hat Anfang der 1890er Jahre „einen bemerkenswerten und vielversprechenden Fang gemacht“: den Salzburger landwirtschaftlichen Wanderlehrer Anton Losert, der seine Lehrtätigkeit landauf landab zu sozialdemokratischer Aufklärungsarbeit benützte, dafür aber ordentlich „geschurigelt“ wurde – so berichtete der sozialdemokratische Parteiführer Victor Adler an Friedrich Engels.

Die Sache machte ziemliches Aufsehen. Losert war vom Landesausschuß bestellter Wanderlehrer und zugleich Sekretär der k.k. Landwirtschaftsgesellschaft. Er hatte seit 1889 die Bauern über bessere Anbaumethoden, Alpwirtschaft und Bodenqualitäten unterrichtet, als er im Sommer 1890 die gesellschaftlichen Wurzeln des Bauernelends erkannte.

Die Agrarkrise der achtziger Jahre bereitete den Bauern schlaflose Nächte, als ungarisches, russisches und amerikanisches Getreide die Absatzpreise drückte. Die Salzburger Hörndlbauern wiederum verloren viele Arbeitskräfte an die weit entfernte Industrie und die Großstädte. Sie reduzierten daher Kulturlflächen und Viehstand und bezahlten mürrisch aus den gleichfalls verminderten Erlösen der Viehverkäufe die steigenden Steuern.

Bis zum Ende der Ersten Republik 1934 fanden im ländlichen Österreich Intellektuelle nur selten den Weg zur Sozialdemokratie; Zu groß war der gesellschaftliche und politische Druck angesichts eines solchen Schritts. Zu den Ausnahmen zählt der Salzburger Landwirtschaftsfachmann Anton Losert, der in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts einen kurzen, aber kräftigen Erfolg bei der politischen Mobilisierung der Salzburger Arbeiter erzielte, mit seinen Idealvorstellungen aber persönlich scheiterte.

Losert traf seine Bauern also mitten in einer – vorläufig freilich nicht existenzbedrohenden – Anpassungskrise an die Moderne. Er ging aufs Ganze und überraschte im Sommer 1890 die lokale Öffentlichkeit mit einer kleinen Broschüre „Grundherr oder Bauer?“, die die Verstaatlichung von Grund und Boden und die Verpachtung der Staatsländereien an den Höchstbietenden propagierte. Nur der wirtschaftlich Tüchtige werde sich im freien Pachtssystem durchsetzen, wobei die Grundpacht der „natürlichen Rente in vollkommenster Form“ entspreche, „weil sich keiner einer Beschäftigung zuwenden würde, die nicht den vollen Arbeitslohn gewährte“¹. Alle fähigen Kräfte wurden als Pächter in Aussicht genommen, also bisherige Bauern gleich wie weichende Erben und Knechte. Mit einem Schlag schien ein altes Leidensthema der alpenländischen Agrargesellschaft, die Willkürlichkeit des Anerbenrechtes sowie die ererbte Hierarchie des Hofes, auflösbar. Sogar den Bauern wußte Losert seine Reform in rosigen Farben auszumalen:

„Der Bauer wird allmählig aber sicher proletarisiert, d.h. von seinem Grund und Boden getrennt.“²

War es da nicht besser, diesen Trend zu beschleunigen, auf das ohnehin fiktive Eigentum am Wenigen zu verzichten und dafür Anteil zu haben am Eigentum der Gesamtheit?

Losert entnahm die Idee einer Verstaatlichung von Grund und Boden den Werken des amerikanischen Nationalökonomens Henry George. Dessen Bücher „Progress and Poverty“ und „Social Problems“ erschienen in den 1880er und 1890er Jahren in mehreren amerikanischen und deutschen Ausgaben und erreichten ein breites Publikum. Sie führten das soziale Elend auf eine einzige Ursache – das Privateigentum – zurück, ohne allerdings eine politische Bewegung zur Änderung der Eigentumsordnung vorzuschlagen.

Apostelgeschichte als „unverfälschter Sozialismus“

Eine weitere geistige Bezugsquelle Loserts war die christliche Überlieferung. Losert war zwar antiklerikal, aber nicht Atheist. Aus der Vielfalt der Religionen stand ihm die ererbte christliche immer noch am nächsten, freilich ein Urchristentum, welches angeblich schon vor vielen Jahrhunderten mustergültig die Idee der Gleichheit verwirklicht hatte. Christus selbst galt ihm daher als „der erste große Sozialreformer“, und die ganze Apostelgeschichte als „der echte, unverfälschte Sozialismus“³. Loserts Kapitalismuskritik auf christlicher Grundlage lebte von häufigen Anleihen bei zeitgenössischen christlich-

sozialen Schriftstellern und Theoretikern, vor allem bei Prinz Liechtenstein und Pater Kolb.

Mitte der achtziger Jahre waren im katholischen Lager sozialreformerische Strömungen entstanden, die den Gedanken des Schutzes von Kleingewerbe und Arbeiterschaft mit einer zugleich industrieindlichen und antiliberalen Tendenz verschmolzen. Dieser Interessenverbindung verdankt Österreich den Beginn der Arbeiterschutzgesetzgebung der 1880er Jahre. Der sozial aufgeschlossene Flügel des politischen Katholizismus emanzipierte sich schließlich 1887 überhaupt als christlichsoziale Bewegung vom Altkonservatismus.

Schließlich erhob Papst Leo XIII. selbst in „Rerum Novarum“ 1891 seine Stimme gegen den „unersättlichen Kapitalismus“, welcher „Handwerk und Arbeit allmählich der Herzlosigkeit reicher Besitzer und der ungezügelter Habgier der Konkurrenz isoliert und schutzlos“ unterwarf und durch die „Geldkünste des modernen Wuchers“ Produktion und Handel zum Monopol von wenigen machte, die unter ihrem „sklavischen Joch“ gebeugt gingen. Die Christlichsozialen Wiens begrüßten die Enzyklika mit einer Festversammlung im Wiener Musikvereinssaal. Auf dem Dritten österreichischen Katholikentag im August 1892 in Linz traten sie selbstbewußt der konservativen Fraktion entgegen.

Diese explosive Stimmung färbte unverwandt auf Loserts Schreibweise in der „Allgemeinen Zeitung“ ab. Losert ging jedoch einen Schritt weiter als die katholische Sozialreform, die zwar staatlichen Arbeiterschutz bei Krankheit, Invalidität und Alter forderte, jedoch die Eigentumsordnung nicht berührte.

Dagegen sah Losert das Gemeineigentum durch die Bibel sanktioniert – ein reizvolles Thema seiner Auseinandersetzungen mit den Salzburger Ablegern der katholischen Sozialreform, die ihrerseits „die Religion als Schutzwehr“⁴ gegen die erstarkende Sozialdemokratie ins Treffen führten.

„Land der Finsterlinge und Rückwärtser“

Losert eroberte der Sozialdemokratie einen Stützpunkt nach dem anderen, und überall wo er im flachen Land und im Gebirge auftauchte, mobilisierte der Pfarrer in trauter Eintracht mit Bürgermeister und Lehrer die „katholische Mehrheit“ gegen die angeblich gottlose Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Verein „Zukunft“ fand häufig verschlossene Wirtshaussäle – weil der Pfarrer den Wirt unter Druck setzte. Die Ortshierarchie versuchte mit bürokratischen Tricks, die erste sozialdemokratische Versammlung in Dienten zu verhindern. Kanzelreden immunisierten das heimische Volk mit

geistiger Speise gegen die Roten. Eine in Taxenbach verbreitete Flugschrift warnte vor der „sozialistischen Schlafraffen-Gesellschaft“, welche sündhaft den Himmel auf Erden suche.⁵

Der Kooperator Schmitz kam sogar in eine Bischofshofener sozialdemokratische Volksversammlung, um die Arbeiterschaft über die vermeintliche dreieinige sozialdemokratische Lehre aufzuklären – nämlich: „Vollständige Glaubenslosigkeit, es darf nämlich niemand etwas glauben“, Gütergemeinschaft und Republik.⁶

Die Sache schien ernst, aber nicht hoffnungslos, seit die Sozialdemokraten „mit der rothen Kravatte und den Kalabresern“ daran arbeiteten, „unser Landvolk gegen alle bestehende Ordnung aufzuhetzen“ und besonders Bischofshofen „für ihre blutigen Pläne“ ausersahen.⁷

In allen sozialdemokratisch gefährdeten Orten wurden daher sogenannte „Unpolitische Katholische Arbeitervereine“ gegründet, die das Landvolk hauptsächlich mit katholischer Glaubenspflege gegen die Sozialdemokraten zu immunisieren verstanden. Der Taxenbacher Dechant Prey sprach das Anathema über Loserts Synthese von Christentum und Sozialismus:

„Die Sozialdemokratie steht mit den Lehren unseres göttlichen Heiland im Widerspruch wie Licht und Finsternis.“⁸

Diese Töne entzogen dem zarten Pflänzchen sozialdemokratischer Neutralität in Glaubenssachen den Boden. Loserts religiös eingefärbte Schreibweise mißfiel ohnehin vielen Genossen. Auf der ersten Salzburger Sozialdemokratischen Landeskonferenz am 16. April 1893 regnete es saftige Proteste gegen Loserts religiöse Formulierungen. Jakob Prähäuser – später Salzburger Parteiführer – ätzte gegen Losert:

„Wer noch Bibelzitate nötig hat, möge sich selber eine Bibel kaufen.“

Die Sozialdemokratie galt

„gerade in dem vermuckten und verpafften Land der Finsterlinge und Rückwärtser ... als Vorposten für Freiheit, Kultur, Zivilisation und wahren Fortschritt“⁹.

Kurz gesagt: Der Klassenkampf wurde am Lande zum Kulturkampf. Der Arbeiterpriester und der religiöse Sozialist sind nicht zu Grundtypen der österreichischen Geschichte geworden.

Losert selbst kam durch sein Bekenntnis zu einer radikalen Sozialreform um Amt und Würden. Er mußte auf Druck von oben aus dem sozialdemokratischen Verein „Zukunft“ unverzüglich austreten.¹⁰ Sein schriftlich eingebrachtes Lehrprogramm für die Bauern wurde nicht genehmigt, weil er wieder einmal den „Kapitalismus“ als die Ursache der bäuerlichen Not und „die Vereinigung

der Grundbesitzer zum genossenschaftlichen Betriebe der Gutswirtschaft“ als letzte Hilfe bezeichnete – nach Meinung der Landesregierung eine Aufforderung zum „Haß gegen die Ansammlung von Gütern in einer Hand“.¹¹ Losert durfte sich nur noch mit Fragen von Technik und Produktion befassen, seine Vorträge wurden von den Bezirkshauptmannschaften überwacht.¹²

Die Berichte über bedenkliche Äußerungen Loserts häuften sich. Nichts schien ihm heilig, nicht einmal das heikle Thema Krieg und Frieden. Der Krieg galt ihm

„nur als Produkt der Mächtigen, die Völker wollen sich nicht bekriegen, nur Ländergier, Herrschsucht und Hochmut einzelner rufen denselben hervor und belasten durch die ungeheuren Rüstungen das Volk“¹³.

Schließlich griff sogar der Ackerbauminister in die Auseinandersetzungen ein. Er sperrte die Subvention für die Landwirtschaftsgesellschaft, solange Losert angestellt sei. Losert wurde mit Jahresende 1892 als landwirtschaftlicher Wanderlehrer entlassen – er wurde nun „sozialdemokratischer Wanderlehrer“.¹⁴

Sein Leidensweg war damit noch nicht zu Ende. Seine Aufenthaltsgemeinde Aigen verdonnerte ihn zu einer Geldstrafe, weil er im Konkubinat lebte.¹⁵

Aufschwung mit „Zukunft“

Losert konnte sich jetzt offen zur Sozialdemokratie bekennen. In der Salzburger Bewegung gaben drei ganz unterschiedliche Aktivisten den Ton an: Egger, Prähäuser und eben Losert.

Der Tischlergehilfe Franz Egger kam aus der radikal-anarchistischen Szene der achtziger Jahre. Er hatte in Klagenfurt eine mehrjährige Haftstrafe wegen Hochverrates abgessen – weil er sich zustimmend zu politischer Gewaltanwendung äußerte. Nach seiner Ankunft in Salzburg fand er offenbar noch viele Gleichgesinnte. Salzburg war von 1872 bis zum Hainfelder Einigungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie 1889 fest in radikaler Hand.

„Radikalität“ war in den siebziger Jahren bereits mit der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht verbunden, welches der Arbeiterschaft „Staatshilfe“ erobern sollte – im Gegensatz zum „gemäßigten“ Standpunkt, der „Bildung“ als alleinigen allgemeinen Weg zur sozialen Besserstellung propagierte.

Die polizeilichen und bürokratischen Schikanen der achtziger Jahre drängten sodann die Arbeiterbewegung geradezu in den Untergrund. Welchen Wert hatte jetzt ernsthaft die Erwartung, durch Bildung zur Freiheit zu gelangen? Konnte mit dem allgemeinen Wahlrecht die

ökonomische Freiheit erobert werden? Mußte man geduldig mit den Gemäßigten die reife kapitalistische Produktionsentwicklung abwarten, um einmal in ferner Zukunft das Tor in eine sozialistische Zukunft zu durchschreiten? Konnte schließlich die politische Entwicklung nicht durch gezielte politische Gewalttaten, ja Attentate, beschleunigt werden?

Diese wirklichkeitsblinde Ungeduld führte in Wien und Niederösterreich zu einer Reihe von Attentaten und Überfällen und provozierte geradezu die Proklamierung des Ausnahmezustandes. Jetzt wichen viele Radikale nach Oberösterreich und Salzburg aus. In Oberösterreich entstand sogar eine Aktivistengruppe, die freilich polizeilich unterwandert war. Zwei prominente Salzburger Sympathisanten dieser oberösterreichischen Szene erklärten zwar, „in terroristischen Aktionen keinen Vorteil zu erblicken, und wollten sich auch von diesen Aktionen fernhalten“, sagten aber der Gruppe Hospodsky in Oberösterreich ihre Unterstützung zu. Der Einigungsparteitag von Hainfeld hat dieses radikale Grundgefühl nur überlagert. Nicht zufällig wurde der ein halbes Jahr zuvor aus der Haft entlassene radikale Egger am 26. Oktober 1890 Obmann des Salzburger Holzarbeiter-Fachvereines.¹⁶

Jakob Prähauser, der nächste wichtige Parteifunktionär, repräsentierte den Typus des „klassenbewußten Pragmatikers“, der sich in gewerkschaftlicher Organisationsarbeit und in Lohnkämpfen bewährte. Der Halleiner Steinmetzgehilfe – „Marmorschleifer“ – stand noch ganz in der Tradition der von Handwerksgesellen geprägten Arbeiterbewegung. Seine Stütze fand er in der rasch aufblühenden Gewerkschaftsbewegung, als sich von 1890 bis 1893, zusätzlich zu den bestehenden Gewerkschaften der Schneider und Schneiderinnen und der Schuhmacher, auch jene der Bäcker, der Holzarbeiter, der Eisen- und Metallarbeiter, der Bauarbeiter und der Verkehrsbediensteten bildeten. Arbeiterfortbildungsvereine entstanden jetzt auch in Thalgau (1892) und in Hallein (1890) – hier war Prähauser ab 1891 Obmann.

Anton Losert schließlich, der dritte im Bunde, hatte noch kurze Zeit zuvor Kontakte weder zur Arbeiterbewegung noch zur Arbeiterschaft gehabt. Der bürgerliche Intellektuelle suchte die Freiheit durch eine politische Radikalkur und stolperte dabei über die Sozialdemokratie. Er war ein glänzender Redner und Organisator, er kannte das Land aus seiner Berufstätigkeit, und er war schließlich arbeitslos. Losert hat der Salzburger Sozialdemokratie in wenigen Monaten neue Räume und soziale Felder erobert, das gebirgige Land und die Bergarbeiter, zuletzt sogar Eisenbahner, während die Bewegung bis dahin auf die Städte Salzburg und Hallein sowie auf die handwerklichen Gesellen des Kleingewerbes und der k.k. Staatsbahndirektion beschränkt geblieben war.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter freilich hat Losert erfolglos umworben. Hier wirkte die katholisch-konservative Immunsierungsstrategie.

Als dritter Arm der Arbeiterbewegung, neben Arbeiterbildungsverein und Gewerkschaft, entstand am 1. Jänner 1892 unter der Obmannschaft Eggers und mit Prähauser als Ausschußmitglied der politische Verein „Zukunft“ zum Zwecke der landesweiten Aufklärung und zur Aufstellung geeigneter Kandidaten für Gemeindevertretungen, Landtag und Reichsrat. Schon am 21. Jänner 1891 verlangte Losert in einer öffentlichen Vereinssitzung in Maxglan, „daß das socialdemokratische Programm hinausgetragen werden müsse ins Land“¹⁷. Der Verein „Zukunft“ wurde unter Mitwirkung Loserts zum „fliegenden Corps“ der Salzburger Arbeiterbewegung.¹⁸

Der Verein begann seine Versammlungen in Maxglan und Salzburg, sodann kamen der Flachgau und der Tennengau, Grödig, Gnigl, Eugendorf, Neumarkt, Thalgau, Straßwalchen, Niederalpin und Hallein. Schließlich drang er systematisch über Werfen, Bischofshofen, Lend, Taxenbach und Dienten ins Gebirge vor. Lend besaß strategische Bedeutung im Kommunikationssystem, war mit der Bahn aus Salzburg und aus dem Pinzgau her gut erreichbar und außerdem ein Umschlagplatz für Menschen und Waren ins Gasteinertal.

Als erstes wurden 1893/94 die weit verstreuten Handwerksgesellen des Gebirgslandes erfaßt. Losert eroberte sodann die Knappen und Hüttenarbeiter Mitterbergs und Außerfeldens – das traditionsreiche, bisher noch ganz patriarchalisch verwaltete Kupferunternehmen. Die Gewerkenarbeiter waren größtenteils Einheimische beziehungsweise Kleinbauern aus dem nahegelegenen Dienten, welche zum Wochenende auf ihre kleinen Hofstellen zurückkehrten.

Am 1. Mai 1890 kamen sie geschlossen zur Arbeit: Zum Lohn für soviel politische Bedürfnislosigkeit wurde den Hüttenarbeitern der Nachmittag des 1. Mai freigegeben, damit der Gewerkenvorstand „denselben im Wirtshause zu Außerfelden seine Anerkennung in gemüthlicher, ehrender Art beweisen“ konnte. Für die Bergarbeiter war eine spätere Feier vorgesehen. Die Kupferarbeiter hatten „bislang alle Einflüsse von Außen“¹⁹ zurückgewiesen.

Noch 1890 gab es anlässlich der Einführung der staatlichen Bergarbeiterversicherung doch einen ersten Konflikt. Die zumeist jüngeren „Renitenten“ hatten daraufhin „freiwillig offene Abbitte“ zu leisten.²⁰ In dieser Situation kamen die Mitterberger Arbeiter mit Losert in Kontakt.

„Die Frucht dieser Saat macht sich schon bald bemerkbar, als unter der bisher bekannt zufriedenen und gutmüthigen Arbeiterschaft der Gewerkschaften (also der Unternehmen, H. H.) sich die Fälle von Renitenz und Unzufriedenheit in auffälliger Weise mehren.“²¹

Losert und der Bergmann Viehauser gründeten den Dientener Arbeiterverein. Auswärtige Agitatoren kamen ins Tal, aus Salzburg und aus anderen Bergwerksorten, zum Beispiel Köflach. Gemeinde und Unternehmen sperrten die einzige ins Tal führende Straße für auswärtige Agitatoren, bis die Behörde dann doch eingriff.

Die Sozialdemokratie drang schließlich unter Mitwirkung Loserts auch in die niedrigen Ränge der Eisenbahnbediensteten ein – mit langer Verzögerung, nachdem die Westbahn bereits 1860 und die Tirolerbahn 1872 fertiggestellt waren. Man sollte übrigens die Bedeutung der Eisenbahn für die frühe Arbeiterbewegung nicht überschätzen, da sie offenbar erst in den neunziger Jahren die politische Durchdringung des Landes sowie die landesweite politische Vernetzung des Arbeitermilieus erleichterte.

1893 sind die Pongauer Eisenbahnbediensteten „in bedenklicher Anzahl bereits dem Verein Zukunft beigetreten“²². Dreihundert Versammelte „beiderlei Geschlechts, Eisenbahnbedienstete und Arbeiter“ nahmen 1894 an einer halblegalen Salzburger Versammlung teil.²³

Doch die Organisationsarbeit unter den weit verstreuten Eisenbahnern war nicht leicht: „Die hiesigen Eisenbahner (der Landeshauptstadt, H. H.) stehen fest“ zur Sozialdemokratie, schreibt Prähauser 1896 der Wiener Parteivertretung; „aber ihre Zahl ist eine zu geringe, insbesondere fehlt es an Agitations-Kräften unter ihnen, um sie den Anforderungen entsprechend im Lande verwenden zu können“²⁴.

Dazu kamen betriebliche und obrigkeitliche Unterdrückung, vor allem 1897 die Auflösung sämtlicher sozialdemokratischen Eisenbahnvereinigungen. Damit wurde ein Leerraum geschaffen, den unverzüglich die Katholisch-Konservativen und etwas später auch die Deutschnationalen ausfüllten. Der „Christliche Verkehrsbund“ bildete 1912 mit seinen 786 Mitgliedern den Grundstock der christlichen Gewerkschaftsbewegung Salzburgs, die insgesamt 1483 Mitglieder zählte.

Fabriksarbeit spielte in Salzburg nur eine geringe Rolle – in der Landeshauptstadt selbst, sodann in Hallein mit Saline, Tabak- und Zellulosefabrik und schließlich im Eisenort Thalgau. Dieses Milieu wurde von der Arbeiterbewegung erst im ausgehenden Jahrhundert erreicht. Der Thalgaauer Arbeiterbildungsverein ging nach zweijährigem Bestand 1894 wieder ein. Nur die – handwerklich ausgebildeten – Oberalmer Marmorarbeiter waren sozialdemokratisch.

Die räumliche und zahlenmäßige Ausdehnung der Sozialdemokratie mit Hilfe des Vereins „Zukunft“ erlaubte 1893 sogar die Ablösung von Oberösterreich und die Bildung einer eigenen Salzburger Landesorganisation mit den fünf Organisationsbezirken Salzburg, Thalgau, Hallein, Bischofshofen und Saalfelden.

Für die gleichzeitig so erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit und ihre Zusammenfassung zu Kronlandsorganisationen zeigte Losert allerdings kein Interesse. Er betrieb gewissermaßen Grundschulung für eine bessere Welt.

An der Sozialdemokratie faszinierte ihn nur die eine Seite, die Abkehr von der herrschenden Eigentumsordnung. Keine Versammlung des Vereins „Zukunft“ ohne die mehr oder weniger einstimmige Resolution zur Abschaffung des „Privateigentums an den Produktionsmitteln“ – nicht durch revolutionäre Gewalt, sondern ganz legal durch „Revision des bürgerlichen Gesetzbuches“.²⁵

Das Ende der radikalen Utopie – Verabschiedung ins Zirkelwesen

Den in Hainfeld abgeseigneten langsamen Weg zum Sozialismus über die soziale und kulturelle Regeneration des Proletariats und über das allgemeine Wahlrecht hat Losert nie betreten. An Hainfeld kritisierte er die Vielfalt der Etappenziele und die fehlende Konzentration auf den Endzweck. Die Gewerkschaften sollten endlich ihre „Reformelei“ aufgeben, der Kampf um den „Achtstundentag“ und das allgemeine Wahlrecht verschwende lediglich die revolutionäre Energie. Schließlich sollte die Bewegung überhaupt

„aus dem engeren Gesichtskreis der Arbeiterforderungen heraustreten und zur Vereinigung mit den sozialistisch gesinnten Elementen aller Klassen, aller Stände, zur Erreichung des einen großen Zieles: der Reform des bürgerlichen Rechts“ gelangen.²⁶

Das war Loserts Abschied von der Sozialdemokratie. Er landete am Rande der Arbeiterbewegung. Jetzt formulierte er eigene politische Ziele, unter dem Einfluß zeitgenössischer Sozialutopien, zum Beispiel Theodor Hertzkas erträumtem weißen kommunistischen „Freiland“ in Schwarzafrika.

Einmal in Fahrt, setzte Losert seine Kritik an der Sozialdemokratie konsequent fort. Er rezipierte die Argumente der lautstarken innerparteilichen Opposition der „Unabhängigen“ gegen die angeblich zentralistische, verbürokratisierte, in Wahrheit bereits verbürgerlichte Sozialdemokratie.

Victor Adler versuchte vergeblich, im persönlichen Gespräch das verlorene Schaf wieder in die sozialdemokratische Herde zurückzuführen. Auf einer Salzburger Voksversammlung im Mai 1893 erklärte Adler sein sozialdemokratisches Programm, „Schritt für Schritt“, durch soziale Gesetzgebung und politische Terraingewinne, dem Sozialismus näherzurücken. Diese Sprache verstand die Arbeiterschaft. Die „Allgemeine Zeitung“ jedoch klagte, daß Adler „die Massen durch Terrorisierung von Losert fernhalte“.²⁷

Nicht der bereits delegierte Losert, sondern Prähauser wurde als Vertreter von Salzburg und Oberösterreich zum internationalen Sozialistenkongreß nach Genf entsandt, welcher die endgültige Trennung von den Anarchisten und Sozialutopisten vornahm.

Loserts Stern in der Salzburger Arbeiterschaft erlosch also schon nach kurzem, blendendem Leuchten. Losert genoß anfangs als Märtyrer für die sozialdemokratische Sache das unbeschränkte Vertrauen der Arbeiterschaft. Doch die Nachfrage nach Utopien war nach Hainfeld ziemlich gering geworden. Losert wurde Mitte Juni 1893 von Parteigenossen förmlich „ausgelacht“.²⁸

Das so erfolgreiche Triumvirat Losert-Egger-Prähauser zerfiel. Prähauser wurde zur Leitfigur der Salzburger Sozialdemokratie im Ringen um Arbeiterschutzgesetz, Normalarbeitstag, Fabriks- und Werkstättenordnung, Sonntagsruhe, Invaliditäts- und Altersversicherung und um politische Rechte. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit galt weiterhin als kapitalistisches Grundgesetz – die Arbeiterbewegung verblutete jedoch nicht mehr an der unlösbaren Aufgabe, ihn sofort aufzuheben. Der „Reformismus“ kam sicherlich von unten, aus der Arbeiterschaft und aus den Kadern der leiderfahrenen kleinen Funktionäre. Da gab es immer noch ausreichend zu tun für klassenbewußte Tagespolitik; die sozialistische Zukunftshoffnung beherrschte die gefühlsschwangeren feiertäglichen Festrituale.

Auch beinahe alle ehemaligen Radikalen waren jetzt gut sozialdemokratisch, zum Beispiel Karl Fürst, der vor Hainfeld zu den Sympathisanten des revolutionären Terrors gezählt hatte. Von den Führungskadern folgte lediglich Egger dem Auszug Loserts aus der Sozialdemokratie. Die beiden fanden vorübergehend bei den „Unabhängigen“ eine politische Heimat.

Losert hat offenbar bis gegen Jahresende 1893 weiter an der „Allgemeinen Zeitung“ mitgearbeitet. Das Blatt geriet jetzt in den Bannkreis des antiautoritären Sozialismus. An die Stelle der straffen, angeblich entmündigenden sozialdemokratischen Partei trat die „freie Initiative der Individuen“ auf der Basis von Selbstbildung, Vernunft und Selbstbestimmung. In ferner sozialistischer Zukunft aber wartete eine Welt ohne Ausbeutung, nicht durch das Kapital, noch durch einen „Staatssozialismus“.²⁹

Damit wußten die Salzburger Arbeiter nichts anzufangen. Der Verein „Zukunft“ verlor beinahe die ganze Anhängerschaft; eine Halleiner Vereinsversammlung mußte „wegen der erregten Stimmung der Sozialdemokraten“ vorschnell abgebrochen werden.³⁰

Bald trennten sich auch Egger und Losert. Egger ging mit seiner „Allgemeinen Zeitung“ und dem Verein „Zukunft“ zu den „Theoretischen Anarchisten“. Dem Arbeiteranarchismus Eggers entzogen jedoch die sozialdemokratischen „reformistischen“ Erfolge sowie die brutalen polizeilichen Verfolgungen das schwache Lebenslicht.

Die um Egger und den aus Linz am 13. Oktober 1894 zugewanderten Schneidergesellen Hospodsky gruppierten letzten „Theoretischen Anarchisten“ waren nicht mehr als eine Tischgesellschaft. Die jetzt alleine von Egger redigierte „Allgemeine Zeitung“ wurde mehrere Male beschlagnahmt, ehe sie nach Graz übersiedelte, bis zum Jahre 1895 der allerletzte Zufluchtsort des alpenländischen Arbeiteranarchismus. Egger wurde wegen illegalen Broschürenvertriebes in Klagenfurt angeklagt, jedoch freigesprochen. Während des Verfahrens ist seine Familie nach Klagenfurt übersiedelt, und er selbst ist später nicht mehr nach Salzburg zurückgekehrt.

Losert gründete im Jänner 1894 den „Verein für Sozialreform“ und die Zeitschrift „Blätter für Sozialreform“.³¹ Die sehnlich erhoffte Revision des bürgerlichen Gesetzbuches wurde jetzt zum Gegenstand untertäniger Bitten an den Salzburger Gemeinderat und den Reichsrat. Der Verein hat 1897 seine Tätigkeit de facto eingestellt. Dann verliert sich Loserts Salzburger Spur.

Anmerkungen

¹ Losert, Anton: Grundherr oder Bauer? Salzburg 1890, S. 14.

² „Sozialdemokratische Blätter“, Nr. 1, Juli 1892.

³ „Allgemeine Zeitung“, Nr. 4, April 1893.

⁴ „Sozialdemokratische Blätter“, Nr. 6, Dezember 1892.

⁵ „Allgemeine Zeitung“, Nr. 3, März 1893.

⁶ „Sozialdemokratische Blätter“, 6.11.1892.

⁷ „Salzburger Chronik“, 30.10.1892.

⁸ „Allgemeine Zeitung“, Nr. 3, März 1893.

⁹ Angeblicher Leserbrief in „Allgemeine Zeitung“, Nr. 2, Februar 1893.

¹⁰ Salzburger Landesarchiv, Landesauschuß Nr. 8/3, 25.1.1892, Wanderlehrer Anton Losert.

¹¹ Salzburger Landesarchiv, Lds. Regierung Nr. 3892, Programm vom 1. April 1892.

¹² Erlaß abgedruckt in „Sozialdemokratische Blätter“, Nr. 1, Juli 1892.

¹³ Salzburger Landesarchiv, BH Salzburg Land, 29.9.1890.

¹⁴ „Salzburger Chronik“, 17.12.1892.

¹⁵ Brügel, Ludwig: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 4. Wien 1923, S. 385; siehe auch Steinkellner, Friedrich: Georg Lienbacher. Salzburger Abgeordneter zwischen Konservatismus, Liberalismus und Nationalismus, 1870-1896. Salzburg 1984, S. 139 f.

¹⁶ Salzburger Landesarchiv, Lds. Präs. Zl. 932/1892, liegt bei 3767/1894.

¹⁷ Salzburger Landesarchiv, Lds. Präs. 1892/150, Geheimakten, III/2.

¹⁸ Salzburger Landesarchiv, Landesregierung, 10040/VI/D/1891, amtliche Äußerung zur Vereinsgründung.

¹⁹ Salzburger Landesarchiv, Geheimakten 1852-1919, Karton Maifeiern.

²⁰ Salzburger Landesarchiv, Lds. Präs. 1890/50.

²¹ Salzburger Landesarchiv, Lds. Präs. 1893/844.

²² Salzburger Landesarchiv, Lds. Präs. 1893/144, Bezirkshauptmann, St. Johann.

²³ Salzburger Landesarchiv, Geheimakten, Sozialisten und Anarchisten 1894/95.

²⁴ Republikarchiv Wien, Sozialdemokratie, Parteistellen, Karton 100, 14.1.1896.

²⁵ „Allgemeine Zeitung“, Nr. 1, Jänner 1893, und Nr. 2, Februar 1893.

²⁶ „Allgemeine Zeitung“, Nr. 4, April 1893.

²⁷ „Allgemeine Zeitung“, Nr. 7, Anfang Juli 1893.

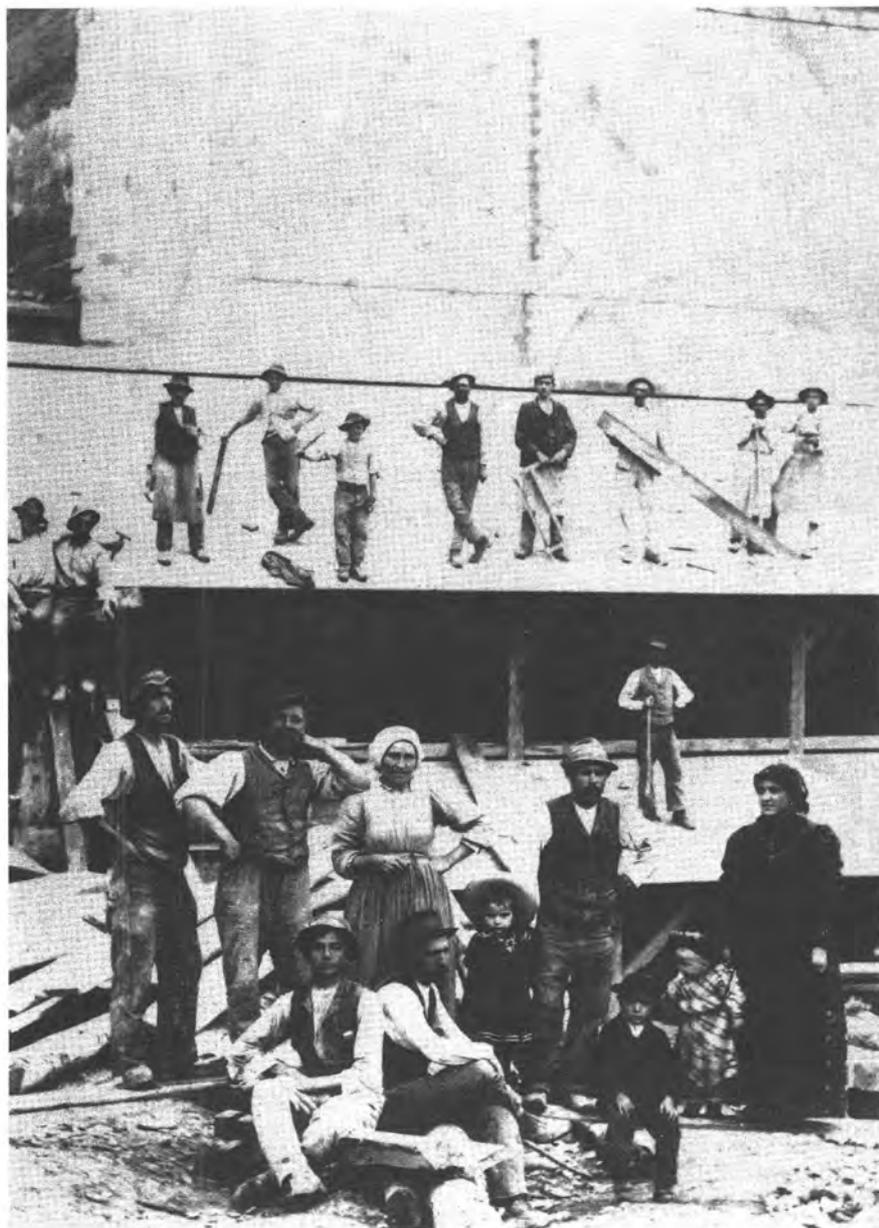
²⁸ „Allgemeine Zeitung“, Nr. 7, Anfang Juli 1893.

²⁹ „Allgemeine Zeitung“, Nr. 12-13.

³⁰ Salzburger Landesarchiv, Lds. Präs. 66/1894, Akten Egger.

³¹ Salzburger Landesarchiv, Landesregierung, 77/VI/D/1894.

Arbeitszuwanderung – Verschubmassen der Konjunkturen



Keine Industrialisierung ohne Zuwanderung: Vor 1914 waren es vor allem Menschen aus der Tschechei und aus Italienisch-Tirol beziehungsweise Italien, die vielfach durch Werber in die neu entstandenen Betriebe geholt wurden. Besonders die Bauwirtschaft und die Textilindustrie hatten einen kaum zu sättigenden Bedarf an belastbaren und billigen Arbeitskräften. „Italiener“ (im Bild auch Frauen und Kinder), die in vielen Fällen zu Zielen des Spotts und der Vorurteile der Einheimischen wurden, sind deshalb immer wieder in der aufstrebenden Bauwirtschaft anzutreffen – zum Beispiel bei den Perlmoser Zementwerken in Kirchbichl/Tirol in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts.



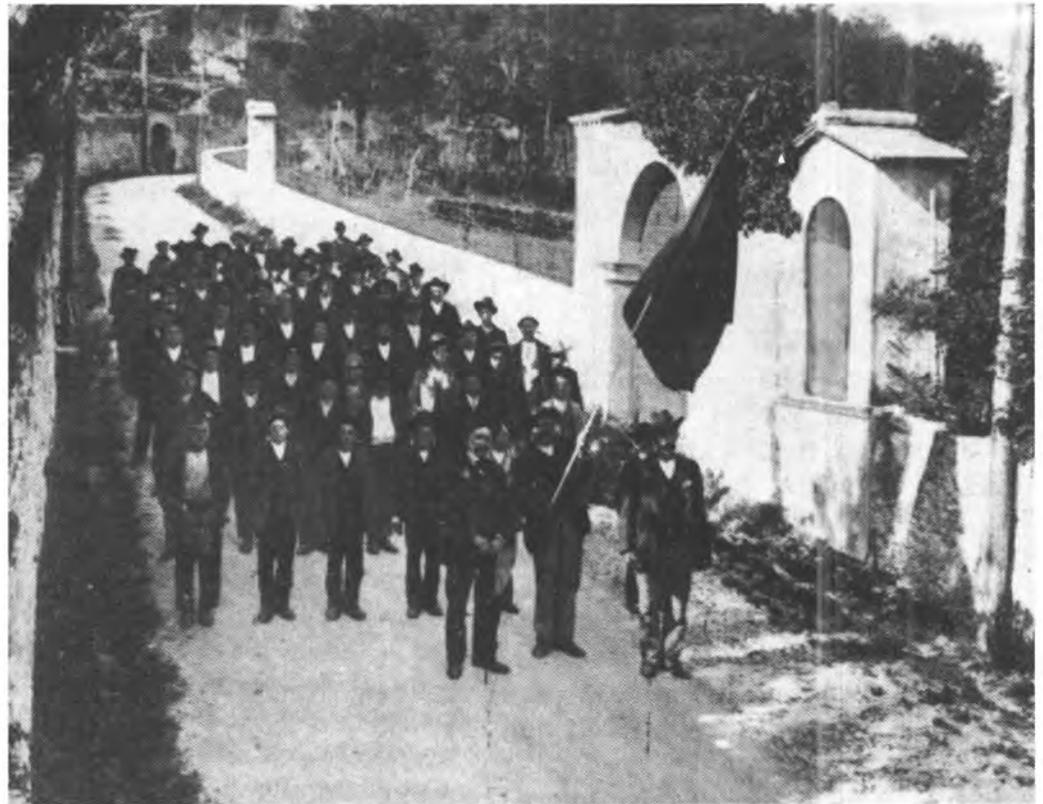
Das vom Fotografen arrangierte Bild, mit Spulen und Spindeln als Symbolen des Gewerbefleißes im Vordergrund, mag den Eindruck festgefüger sozialer Zuordnungen erwecken – das genaue Gegenteil der kapitalistischen Wirklichkeit. Wendet man sich aber den einzelnen Gesichtern zu, gerade jenen der Frauen, so sind dort Spuren eines Arbeitslebens eingegraben, die an Dramatik kaum zu überbieten sind (Teile der Belegschaft der Textilfirma Jenny & Schindler, Kennelbach/Vorarlberg, 1893 u. 1899).





Eine italienische Zuwandererfamilie in der Arbeitersiedlung der Textilfirma Ganahl in Frastanz bei Feldkirch um 1910 (linke Seite, unten) – vom Kleinkind bis zur Großmutter: Die Zuwanderung ist zur Einwanderung geworden. Immer waren es auch Frauen, die ihre Heimat verlassen und in der Fremde Arbeit suchen mußten. Sie verrichteten oft „Männerarbeit“ – wie beim Oberbau auf der Bahnstrecke zwischen Freistadt und Summerau in Oberösterreich im Kriegsjahr 1917.

Die Arbeitswanderung bleibt nicht ohne Folgen für die Herkunftsgebiete: Die Menschen beginnen sich aufgrund der Wanderungserfahrung langsam zu politisieren. Dazu tragen gerade auch die Versuche der Sozialdemokratie bei, die fremdsprachigen Arbeitswanderer in eigenen Vereinen politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. In Rovereto, einem Hauptort der Auswanderung aus dem Trentino (Italienisch-Tirol), streiken nach der Jahrhundertwende die Maurer ...



... und in Trient gibt es schon am 1. Mai 1898 einen für die dortigen Verhältnisse beeindruckenden Aufmarsch mit 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.



Margot Rauch

Die Aisenponeri

Italienische Arbeitsmigranten in Tirol
vor dem Ersten Weltkrieg

„Auswanderer, verteidigt Euch! Den vom Elend Verbannten... Aufgrund der Bequemlichkeit der Kapitalisten, Deiner Landsleute, fristet die Industrie in Deinen Städten ein kümmerliches, schwind-süchtiges Dasein; in Deinen Tälern ist sie fast unbekannt. Arbeiter der Städte und Dörfer, sobald Du mehr schlecht als recht Deine Lehre abgeschlossen hast, mußt Du Dein Bündel packen, wenn Du Dich nicht dem unzureichenden Lohn und der enormen Ausbeutung der Kleinindustrie beugen willst oder kannst. Tagelöhner oder kleiner Bergbauer, mußt Du vor der Arbeitslosigkeit fliehen oder die kargen Erträge Deiner Felder durch den im Ausland verdienten Lohn aufbessern? Flieht, flieht, italienische Arbeiter, flieht vor dem lachenden Himmel, vor den von den Ausländern bewunderten Tälern, vor den schönen Bergen, vor Euren Familien, entflieht für acht, neun, zehn Monate im Jahr der elenden Heimat.“¹

So beginnt eine Broschüre, die an italienische und trientinische Arbeiter verteilt wurde. Die Motive für die enorme jährliche Wanderungsbewegung aus dem Trentino, das vor dem Ersten Weltkrieg ein Bestandteil Tirols und damit der österreichisch-ungarischen Monarchie war, werden hier schon deutlich angesprochen.

Aus dem Trentino wanderten Ende des 19. Jahrhunderts jährlich circa 13.000 Personen aus, in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg auch schon einmal 25.000 – das waren jährlich bis zu 6,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Es handelte sich hierbei zum Teil um Emigranten, die für immer auswanderten, zum Teil um Migranten, welche zeitlich begrenzt ihre Heimat verließen. Nach dem Ersten Weltkrieg ging die Auswanderungsbewegung zurück.

Das Bild von den „wanderlustigen Italienern“ wurde nicht von den Arbeitszuwanderern selbst, sondern von den einheimischen Bürgern gezeichnet. Arbeitswanderung war angesichts der Verhältnisse in den Zielregionen alles eher denn lustig. Die Frage war, zu Hause nicht weniger als in der Fremde, wo und wie man mit der eigenen Hände Arbeit überleben würde – und welche politischen Konsequenzen aus den unbefriedigenden Verhältnissen zu ziehen waren.

Die Ziele der trientinischen Arbeitsmigration waren vor allem Tirol und Vorarlberg (1911: 9277 Personen = 84,5 Prozent der nach Europa Auswandernden), aber auch die übrigen Länder der Habsburger Monarchie, andere europäische Länder sowie Übersee.²

Im Trentino hatte es schon seit langem Formen traditioneller Wanderung gegeben: Hirten zogen in die Poebene, Kesselschmiede durch Norditalien, Scherenschleifer und Wanderhändler durch ganz Europa und die USA; Forstarbeiter waren im gesamten Habsburgerreich tätig, Sägewerksarbeiter in Deutschland; Glasbläser, Köhler, Wursthändler und Kaminkehrer zogen durch Italien. Denn die im Trentino üblichen landwirtschaftlichen Kleingüter, die sogenannten „microfondi“, machten häufig einen Nebenwerb notwendig.

Diese Migration war zumeist zeitlich begrenzt und wurde fast ausschließlich von der männlichen Bevölkerung getragen. Zwischen 1866 und 1890 wurde diese traditionelle Wanderung zur modernen, industriell bedingten Abwanderungsbewegung, die eine weitaus größere Anzahl von Menschen betraf und häufig auch zur endgültigen Emigration führte. Die Gründe für diesen Wandel lagen in einer ökonomischen Krise des Trentino. In diese Zeit fielen die Schließung des trientinischen Bergbaus, eine Krise der Seidenraupenzucht, schlechte Erträge in der Landwirtschaft und vor allem die Abtrennung der Lombardei und Venetiens von Österreich, was dem Handel durch hohe Zölle große Schwierigkeiten bereitete.

In der Zeit der Industrialisierung war das Trentino von einem agrarischen, wirtschaftlich relativ autonomen Land zu einem Randgebiet von entwickelteren Ländern geworden. Gerade die gebirgigen Gegenden eigneten sich schlecht für eine Industrialisierung und wurden deshalb von der Emigration besonders betroffen. So betrug die jährliche Auswanderung aus den Hochebenen von Lavarone und Folgaria im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts 20 Prozent der Bevölkerung. Die geringste Emigration mit nur einem Prozent der Bevölkerung hatten im selben Zeitabschnitt das Etschtal, das untere Sarca- und das Ledrotal, weil einige Industriebetriebe, eine reichere Ackerbaukultur und etwas Fremdenverkehr doch mehr Arbeitsplätze boten.

Aber neben ökonomischen spielten auch andere Motive eine große Rolle für die Emigration: Informationen aus dem Ausland förderten die Abwanderung ebenso, wie es die politischen Verhältnisse taten. Manche Trientiner wurden von Verwandten ins Ausland geholt, andere mußten nach einem Streik emigrieren, um wieder Arbeit zu finden. Auch kamen aus Industriegebieten Werbeagenten ins Land und überredeten Frauen und Männer zur Abwanderung.

Großprojekte: Möglichkeit zum Ausbruch aus den alten Verhältnissen

Wasserregulierungen, Rodungen, Entsumpfungen, Straßen- und Eisenbahnbau schufen das große Arbeitsplatzangebot für die Emigranten nach Mittel- und Westeuropa. Es entstand der Trientiner Ausdruck der „Aisenponeri“, der vom deutschen Wort Eisenbahner stammt.³

Nachdem im November 1859 die Eisenbahnstrecke Innsbruck-Kufstein und im Mai 1859 die Strecke Verona-Bozen eröffnet worden waren, begann man im Februar 1864 mit dem Bau der Brennerbahn. Dafür wurde eine große Zahl von Arbeitskräften benötigt. Im Sommer 1865 wurde die Höchstzahl der gleichzeitig verwendeten Arbeitskräfte erreicht; sie betrug 20.600 Mann. Die große Zahl der Fremdarbeiter macht ein Ereignis des folgenden Jahres deutlich: Infolge des Krieges zwischen Österreich und Italien mußten etwa 14.000 reichsitalienische Arbeiter die Baustelle verlassen.

Auch die Vergabe der 16 Baulose, in welche die Strecke geteilt worden war, zeigte ein buntes Gemisch von Bauunternehmen aus vielen Regionen. Neben einheimischen Unternehmen kamen württembergische, ungarische, venetianische und vor allem trientinische Baufirmen zum Zug. Die Strecke von Freienfeld bei Sterzing bis Bozen wurde zur Gänze von trientinischen Unternehmen beziehungsweise von der „Impresa del Trentino“ gebaut. Doch auch auf den anderen Baulosen muß die Zahl der italienischsprachigen Arbeiter recht groß gewesen sein. Denn für Einheimische galt es als Schande, beim Bahnbau zu arbeiten, und sie machten deshalb nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft aus. Die italienischsprachigen Arbeiter hingegen waren so zahlreich vertreten, daß der von der Südbahngesellschaft in Ellbögen – circa 10 km südlich von Innsbruck – für verstorbene Bahnarbeiter errichtete Friedhof als „welscher Friedhof“ in die Ortschronik einging; in der Kirche am Lueg, in Gries am Brenner, hielt Dr. Franz Egger, der spätere Bischof von Brixen, während der Bauarbeiten sonntags für Welschtiroler und italienische Arbeiter einen eigenen Gottesdienst mit Predigt.⁴

Klassenbewußtsein durch Arbeitsauswanderung

Über die Arbeitsmigranten kamen Informationen und neue Ideen ins Trentino; dadurch entstand auch langsam ein Klassenbewußtsein. Die „Aisenponeri“ galten als Vermittler einer neuen Lebensweise, denn sie hatten sich in der Fremde in ihren Auffassungen, in der Kleidung, in der Moral und in der Kultur verändert. Die zurückgekehrten Arbeitsmigranten wollten im Trentino die gleichen

Arbeitsbedingungen und Rechte einführen, die im Ausland oder im übrigen Österreich herrschten. Dort waren sie nämlich zumeist fortschrittlicher als im Trentino. So mußte die Trientiner Industriearbeiterschaft täglich 16 Stunden arbeiten statt der sonst üblichen elf. Auch Kinder unter 14 Jahren wurden zur Arbeit herangezogen, und die Reallöhne lagen meist weit unter dem österreichischen Durchschnitt. Wenn es auch fast keine Industrie im Trentino gab, so gab es doch aufgrund der Migration ein Proletariat.⁵

Über die Politisierung der italienischen Arbeiter schrieb der trientinische Sozialist Antonio Piscel in einem Brief vom 5. Mai 1898 an die Sozialdemokraten nach Wien:

„Wenn wir wollen, daß die Propaganda ... Früchte trägt, müssen wir die italienischen Arbeiter organisieren, solange sie im Ausland sind. So wurde es auch in der Schweiz gemacht, wo verschiedene Propagandareisen italienischer Genossen so stark fruchteten, daß nun 30.000 italienische Arbeiter im Sommer in der Schweiz organisiert sind... Auch wir haben mit unserer Propaganda bei den italienischen Arbeitern aus dem Trentino viel mehr gefruchtet, wenn wir sie in Bozen, Meran oder Innsbruck durchführten, als wenn wir sie in ihren Bergdörfern besucht hätten. Dank unserer Propaganda in Bozen ist fast das ganze Fleimsthal sozialistisch... Man muß unsere Männer gewinnen, wenn sie weit weg sind vom Pfarrer, von ihren Frauen und dem Gebiet ihrer Dorfherren... In Bozen, in Meran und in Innsbruck setzte sich der Umzug zur letzten 1.-Mai-Feier zum Großteil aus italienischen Arbeitern zusammen.“⁶

Trotz Piscels Zuversicht zeigten die Trientiner auch im Ausland als industrielle Hilfsarbeiter noch lange die Tendenz, ihre ländlichen Lebensgewohnheiten und ihre kleinbäuerliche Denkweise beizubehalten. Obwohl alle Auswandererbroschüren ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation hinwiesen, waren die Trientiner lange Zeit davon nicht überzeugt. 1908 waren nur acht Prozent der in der Schweiz arbeitenden Italiener gewerkschaftlich organisiert. Trientinische Gruppen bewahrten oft noch Jahrzehnte nach dem Verlassen ihrer Heimat ihre ursprüngliche ethnische und kulturelle Homogenität. Sie schlossen sich zu trientinischen Clubs und Vereinen zusammen, die einen kulturell geselligen, aber nicht direkt politischen Charakter hatten. Die größten waren die „Società di mutuo soccorso trentine“ und die „Società cattolica tirolese-italiana“.

Da ja die Trientiner Arbeiter größtenteils im Baugewerbe tätig waren, hatten sie vor allem auch wegen der Unstetigkeit ihrer Beschäftigung wenig Anschluß an die Gewerkschaften. Doch selbst im Bergbau und in der Textilindustrie erfolgte der gewerkschaftliche und politische Zusammenschluß mit den einheimischen Arbeitern erst in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Außerdem wurden

jetzt einige italienische Arbeitervereine gegründet, die zumeist reichsitalienischen Organisationen nahestanden, wie zum Beispiel die „Società dei Lavoratori e Lavoratrici Innsbruck“ in der Müllerstraße 1.

Je zahlreicher die Trientiner in einer Ortschaft vertreten waren und je länger sie sich dort aufhielten, desto mehr wurden sie auch zu einem politischen Faktor. In Vorarlberg etwa spielten italienischsprachige Arbeiter in Volksversammlungen und Streiks immer wieder eine wichtige Rolle und wurden zu einem häufigen Unruhefaktor. Bei der Reichstagswahl 1907, der ersten Wahl mit allgemeinem und gleichem Männer-Wahlrecht, erfuhren die Sozialdemokraten eine erhebliche Stärkung in etlichen Gemeinden mit italienischer Minderheit.⁷

Trientinische Arbeiterinnen: begehrt, weil billig und fügsam

Es begannen auch immer mehr Frauen und Mädchen ihre Heimat zu verlassen, um Arbeit zu finden. 1907 waren 15 Prozent aller trientinischen Auswanderer weiblichen Geschlechts. Manche von ihnen zogen in das benachbarte Deutsch-Südtirol und arbeiteten saisonal in der Landwirtschaft. Besonders begehrt waren in Bozen und Meran trientinische Dienstmädchen. In diesen Fällen wechselten die Mädchen nur zeitweilig, das heißt bis zu ihrer Heirat oder den Sommer über, den Wohnort. Sie wohnten bei ihrem Dienstgeber und blieben schon aufgrund ihrer Arbeit dem traditionellen Milieu verbunden.

Dies änderte sich, als die Mädchen nach Vorarlberg, Deutschland oder in die Schweiz gingen und in Industriebetrieben, vor allem in der Textilindustrie, arbeiteten. Diese weibliche Auswanderung wurde von christlich-sozialen und konservativen Kreisen heftig bekämpft, da sie die herkömmliche Rolle der Frau in der bäuerlichen Familienwirtschaft untergrub und einen gefährlichen Eingriff in die traditionelle patriarchalisch geordnete Agrargesellschaft darstellte. Es wanderten vor allem Mädchen und junge Frauen zwischen 16 und 30 Jahren aus. Sie hofften, der strikten familiären, nachbarschaftlichen und dörflichen Kontrolle in der alten Heimat entgehen zu können. Ebenso wurde es möglich, die Verehelichung von jenen materiellen Voraussetzungen unabhängig zu machen, die sonst in bäuerlichen Verhältnissen notwendig waren.

In Vorarlberg war um 1907 weit über die Hälfte der italienischen Industriearbeitskräfte weiblich. Weil in der Textilindustrie kaum berufliche Qualifikationen nötig waren, wurden billige fremde Arbeitskräfte herangezogen – vor allem Frauen. Die aus Welschtirol stammenden Mädchen wurden schlechter entlohnt und galten infolge ihrer Erziehung als anpassungsfähiger als die Männer.⁸

Überleben mit Polenta und Käse

Nicht nur Frauen und Mädchen arbeiteten zu extrem niedrigen Löhnen. Eine allgemeine Lebensmittelteuerung und die Masseneinwanderung ausländischer Arbeiter verschlechterte die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Tirol allgemein. Durch das Überangebot an Arbeitskräften wurden die Löhne immer mehr gedrückt. Das Accordan- und Subunternehmerwesen wurde eingebürgert, welches – wie das Gewerbeinspektorat 1899 feststellte –

„mit Löhnen arbeitet, um welche der mit der Familienerhaltung belastete einheimische Arbeiter selbst unter größten Entbehrungen nicht zu leben vermag, umso mehr als diese Einwanderer infolge des ausschließlichen Genusses von Polenta und Käse und des Übernachtens in bereitgestellten Schupfen von der Lebensmittelteuerung gar nicht berührt werden“.⁹

Waren italienische Arbeiter jedoch mit ihren Familien ins Land gekommen, wie es zum Beispiel in Vorarlberg häufig der Fall war, so konnten sie von den niedrigen Fabrik-löhnen oft nicht leben, weil sie keine zusätzliche Bauernwirtschaft hatten. Hier half manchmal nur das Betteln der übrigen Familienmitglieder gegen den drohenden Hungertod.

Eine Besserung der Situation war schwer möglich. Denn die Chancen eines beruflichen Aufstiegs waren auch bei längeren Aufenthalten in den Industriegebieten äußerst gering. 90 Prozent aller Italiener/innen in Vorarlberg waren 1910, auch wenn sie schon vor längerer Zeit eingewandert waren, über den sozialen Rang eines Hilfsarbeiters oder Tagelöhners nicht hinausgekommen.

Sobald ein Trientiner arbeitslos wurde und seinen Lebensunterhalt nicht zu bestreiten vermochte, konnte er jederzeit aus seinem Aufenthaltsort ausgewiesen und in

die Herkunftsgemeinde zurückgeschickt werden. Denn die Zuwanderer aus dem Trentino hatten zwar die österreichische Staatsbürgerschaft, doch selbst nach langjährigem Aufenthalt kein Heimatrecht in den Gemeinden, in denen sie Arbeit fanden.

Nach dem Ersten Weltkrieg und nach der Abtrennung des Trentino von Österreich-Ungarn ging die Auswanderungsbewegung zurück und die Arbeitsmigration nach Österreich hörte auf. Viele Auswanderer kehrten ins Trentino zurück. Auch Wanderhändler und fahrende Handwerker stellten allmählich ihre Wanderungen ein.¹⁰

Anmerkungen

¹ Laut einer Rezension in der Zeitung „L'Avvenire del Lavoratore“ vom 16. März 1900 stammt die Broschüre von Cesare Battisti (Auskunft von Prof. Vincenzo Calì, Trento).

² Gubert, Renzo/ Gorfer, Aldo/ Beccaluva, Umberto: Emigrazione Trentina. Trento 1978, S. 10; L'emigrazione trentina nel 1911, hrsg. vom Ufficio per la mediazione del lavoro in Rovereto. Rovereto 1912, S. 32–33.

³ Vgl. Gubert (wie Anm. 2), S. 9–20 und 32–33.

⁴ Siehe Thaler, Franz: 100 Jahre Brennerbahn, in: Sonderdruck aus „Bezirksblatt Innsbruck-Land“ (1967), S. 18–22; Sollath, Alfred/ Stöbich, Gottfried/ Stratowa, Wulf: 100 Jahre Brennerbahn 1867–1967, Festschrift der Österreichischen Bundesbahnen. Innsbruck (1967), S. 14–26.

⁵ Vgl. Rasera, Fabrizio: Per una storia del movimento operaio trentino dalle origini alla guerra: un bilancio critico, in: Materiali di lavoro 2–3. Rovereto 1983, S. 3–6; Sutterlütty, Robert: Die italienische Arbeiterschaft in Vorarlberg in der Phase der zweiten Industrialisierung des Landes (1870–1914). Hausarbeit Universität Innsbruck 1981, S. 50 ff.

⁶ Rosanelli, Maurizio: Alcune lettere inedite di Antonio Piscal a Viktor Adler, in: Materiali di lavoro 2–3. Rovereto 1983, S. 105–106.

⁷ Vgl. Sutterlütty (wie Anm. 5), S. 72–88 und 175.

⁸ Vgl. Jöhler, Reinhard: Mir parlen Italiano und spreggen Dütsch piano. Italienische Arbeiter in Vorarlberg 1870–1918. Feldkirch 1987, S. 51 und 130–132.

⁹ Bericht der k.k. Gewerbe-Inspectoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1899. Wien 1900, S. 135.

¹⁰ Vgl. Sutterlütty (wie Anm. 5), S. 127–172 und 62.

Soziale Struktur – politische Bewegung

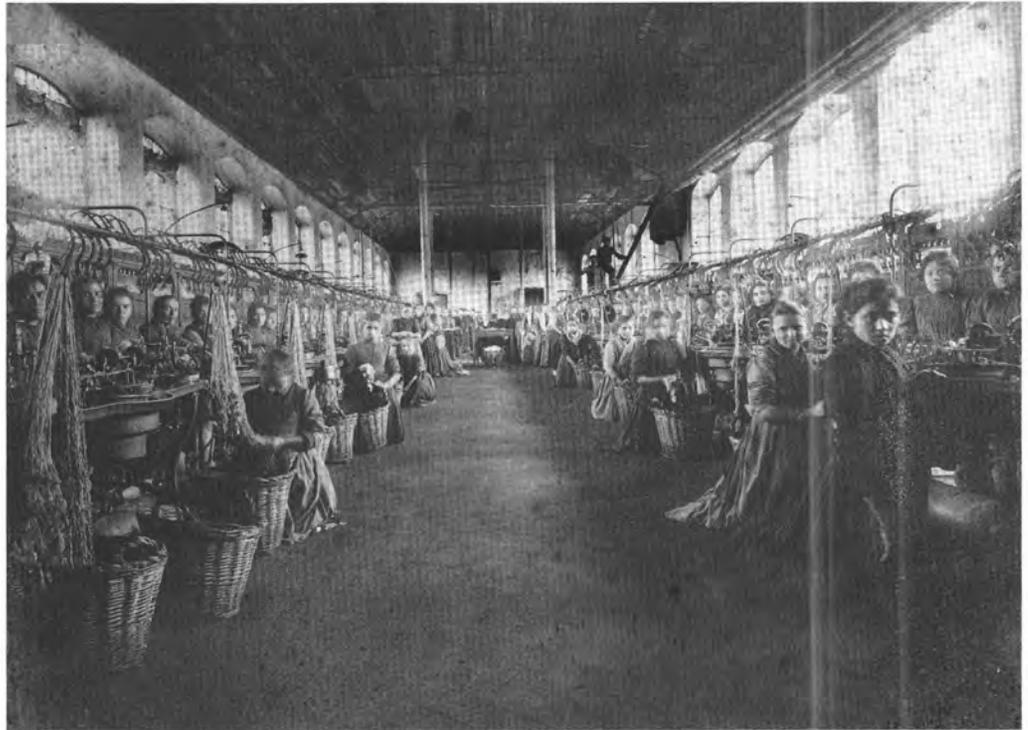


Arbeiter der Gießerei
Eisenbeiß in Enns/
Oberösterreich in den
zwanziger Jahren.

Es gibt eine Hierarchie der Arbeiterschaft, und die ist auf der untersten Stufe weiblich. Diese Hierarchie bedeutet eine ungleiche Verteilung der Chancen gewerkschaftlicher Vertretung, politischer Durchsetzungskraft, wirtschaftlichen Verdienstes und sozialen Ansehens.

Zum Beispiel Textilarbeiterinnen: Sie sind meist auf den unteren Stufen dieser Hierarchie angesiedelt, infolge schlechter Qualifikation – und wegen ihres Geschlechts. Dieser Umstand und die leichte Ersetzbarkeit an den Maschinen schwächen die Stellung auf dem Arbeitsmarkt und die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Vertretung. Dennoch: Arbeitskämpfe gab es auch hier – etwa 1901, als die Arbeiterinnen der Seidenspinnerei J. G. Ulmer in Dornbirn (oben) unter den ersten waren, die um den Zehn-Stunden-Tag streikten – indem sie nach zehn Stunden spontan die Arbeit niederlegten.

(Unten: Textilfabrik in Dornbirn in den zwanziger Jahren).





Die Hierarchie der Organisation in den Fabriken ist noch einmal vom Geschlecht bestimmt: Facharbeiter und Vorarbeiter sind männlich.

Die Textilarbeiterinnen waren im Durchschnitt jung. Nach der Verehelichung verschwinden sie oft aus dem Erwerbsleben, ihre Arbeit wird unsichtbar: Es ist Hausarbeit, landwirtschaftliche Arbeit, Dienstbotenarbeit – je nach Alter und Wirtschaftslage. Im Bild Arbeiterinnen und Arbeiter der Spinnerei Kleinmünchen bei Linz vor 1900.

Einige Stufen höher in der Hierarchie: Metallarbeiter. Ihre Arbeit war angesehen, sie waren qualifiziert und schwerer ersetzbar. Der Beruf des Sensenarbeiters ist heute praktisch ausgestorben – doch früher bildeten Sensenschmiede eine wichtige Gruppe unter den Metallarbeitern, zum Beispiel jene der Firma Redtenbacher in Scharnstein/Oberösterreich während der Zwischenkriegszeit.

Hier wirkten noch alte Zunfttraditionen, obwohl in Wirklichkeit unter den Sensenarbeitern eine starke soziale Schichtung bestand. Gut entlohnten, besonders qualifizierten Sengtschmieden und lang gedienten Arbeitern standen oft schlecht bezahlte und schlecht untergebrachte Neuzuwanderer gegenüber.

Im November und Dezember 1907 begann in allen wichtigen Sensenindustriestandorten die Agitation für einen eigenen Kollektivvertrag: Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden (statt fünfzehn und mehr zur Erfüllung des vorgegebenen „Tagwerks“), bessere Löhne, Abschaffung der „Anrede“ (Verlängerung des Vertrages nach einem Jahr nur auf ausdrücklichen Wunsch des Arbeitgebers).



Franz Sonnleithner, Lausa O.G.
 vom 29./3. 1908 (Erdkampel)
 b. 30./" "

Namensverzeichnis

Über sämtliche streikende der Firma Fr. Sonnleithner, Lausa.

Anton Hackl	Hammer Schmid	<i>Streikführer & Hauptagitator</i>
Josef Weigl	Richter	<i>Haupthetzer</i>
Ernest Döttlinger	Zainheitzer	
Heiprich Ironsek	"	
Josef Obergruber	Abrichter	<i>rot</i>
Eustachius Pachner	"	<i>Hetzer</i>
Josef Rathberger	"	<i>Haupthetzer</i>
Josef Gabor	Richter	
Josef Friess	Breitenheitzer	<i>rot & falsch</i>
Engelbert Triebmann	Beschneider	<i>Schifführer & Hetzer</i>
Karl Döttlinger	Märker	
Franz Kiasenhofer	Richter	<i>Hetzer</i>
Josef Ettlinger	Glänzer	
Leopold Pachner	Breitenheitzer	
Franz Oppenauer	"	
Friedr. Rautter	Kleinhämmerer	<i>sehr rot</i>
Josef Zingernell	Kramrichter	<i>sehr rot</i>
Karl Wenninger	Spitzformer	<i>Haupthetzer</i>
Cand. Rameis	Querschleifer	<i>schinheiliger Hetzer</i>
Josef Wetternik	Schleifer	
Josef Schinagel	Polierer	<i>sehr rot</i>
Mich. Atteneder	Richter	<i>rot, verschnitten</i>
Alex. Friess	"	<i>schinheilig & falsch</i>

Die Sensenherren lehnen den Kollektivvertragsentwurf ab: Es war klar, daß es zum Streik kommen würde. Die Sensengewerker wurden aufgefordert, streikende Arbeiter der Zentrale zu melden: Sie sollten registriert werden und in Hinkunft in ihrem erlernten Beruf keine Beschäftigung mehr finden können.

„Streikführer“, „Haupthetzer“, „sehr rot“: eine schwarze Liste der Unternehmer über streikende Sensenarbeiter. Der Streik dauerte von Jänner bis April 1908 und endete in zahlreichen Betrieben mit Einigungen.

In Scharnstein freilich, dem traditionsreichen Sensenschmiedeort, hatte sich nur ein knappes Viertel der Sensenarbeiter am Ausstand beteiligt – zu stark waren hier noch die patriarchalischen Traditionen der Betriebe.



In der Führungsschicht der sozialdemokratischen Bewegung im ländlichen Österreich spielten die drei „Sch“ eine große Rolle: Schneider, Schreiner und Schuster. Der Schneider rechts im Bild liest ungeniert die „Vorarlberger Wacht“, das Organ der dortigen Sozialdemokraten. (Lustenau nach 1910).



Die Schuster: Sie waren oft lange gewandert, waren im Ausland mit modernen Organisationsformen und -ideen bekannt geworden und verfügten, da keine große Kapitalausstattung für ihren Betrieb nötig war, über wirtschaftliche Unabhängigkeit. Meister Karl Höbarth vor seiner Werkstatt in Mauthausen/Oberösterreich in den zwanziger Jahren, mit Frau und Lehrlingen.



Schreiner und Tischler waren ebenfalls häufig unter den Funktionärskadern der Sozialdemokratie vertreten – im Bild die Belegschaft eines Tischlereibetriebs bei Linz im Jahre 1911.

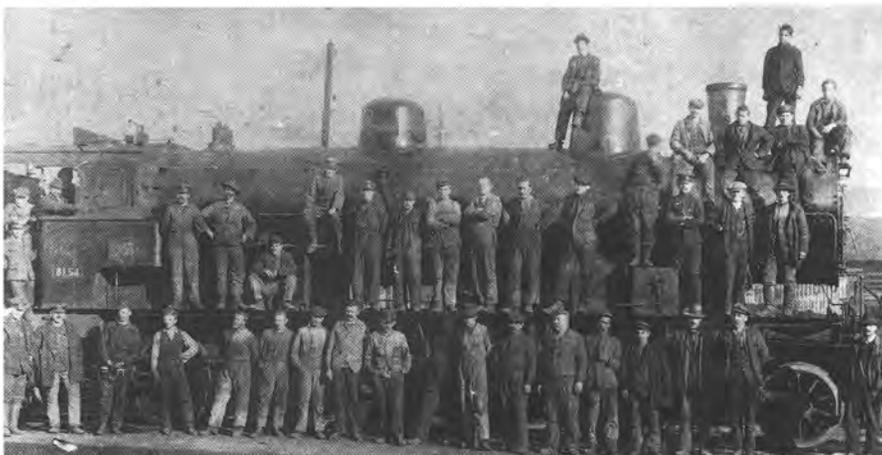




Bauarbeiter – und Bauarbeiterinnen, wie hier in Fischau/Niederösterreich um 1910 –, gehörten während der Zeit der Monarchie zu den gewerkschaftlich schwer organisierbaren Berufsgruppen. Die Gründe: hohe Fluktuation, hoher Anteil an fremdsprachigen Zuwanderern und häufiger Wechsel der Baustellen.



Das änderte sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges: Besonders die Arbeiter bei den großen Kraftwerksbauten – wie hier am Spullersee im Arlberggebiet um 1923 – verfügten über eine schlagkräftige Interessenvertretung durch die sozialdemokratische Freie Gewerkschaft.



Eisenbahner und die Roten am Land: Das eine ist schlecht ohne das andere zu denken. Eisenbahner waren meist beruflich qualifiziert, örtlich mobil, sozial angesehen und selbstbewußt: gute Voraussetzungen, um auch in einer konservativen Umgebung für die Sozialdemokratie aktiv zu werden. 1. Mai 1924 in der Eisenbahnerstadt Bludenz.

Josef Stockinger

Arbeiter im Industrie-Dorf: Simulanten, Aufwiegler, Socialisten

Arbeitsbedingungen und Arbeiterschaft im
Zweigwerk Letten der Österreichischen
Waffenfabriksgesellschaft

Wie schwierig es war, sich sozialdemokratisch zu organisieren, zeigte sich in kleineren Dörfern vor allem dann, wenn ein mächtiger Arbeitgeber das Monopol auf dem Beschäftigungsmarkt hatte – etwa in Sierning-Letten, wenige Kilometer von der Stadt Steyr entfernt, die neben Linz zur Hochburg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen in Oberösterreich wurde.

Die Ortschaft Letten, ein Teil der Gemeinde Sierning wenige Kilometer westlich der Industriestadt Steyr und umgeben von den im 19. Jahrhundert bedeutenden Messererbetrieben in Neuzeug, Grünburg und Steinbach, bildet den „Abschluß der industriellen Niederlassungen entlang des Steyrtales, eingebettet in das Plateau eines sich weithin erstreckenden Flachlandes, auf dem sich die stattlichen Anwesen der Landwirtschaft zerstreut ausdehnen“.¹

Leopold Werndl kaufte 1844 die Wasserwerke in Oberletten und errichtete hier – die Tradition der Waffenerzeugung fortsetzend – Schmiede-, Walz-, und Schleifwerkstätten. Sein Sohn Josef Werndl begann um 1850, die veralteten Familienbetriebe in Steyr und Letten mit modernen Bearbeitungsmaschinen auszustatten und nach amerikanischem Vorbild industrielle Fertigungsmethoden einzuführen. Große staatliche Aufträge für das von der „Österreichischen Waffenfabriks AG“ in Steyr entwickelte Hinterladergewehr führten nach 1867 zu einem Aus- und Umbau der Fabriksanlagen in Letten. Die Beschäftigtenzahl war wegen der Krisenanfälligkeit der Rüstungsproduktion großen Schwankungen unterworfen: In den Jahren vor 1885 waren durchschnittlich 100 Arbeiter, bis zum Ersten Weltkrieg maximal 500 Arbeiter mit der Herstellung von Gewehrbestandteilen beschäftigt.²

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte auch im regionalen Kleineisengewerbe der wirtschaftliche Niedergang ein. Durch die sich entwickelnde Großindustrie begann ein für die Kleinbetriebe tödlicher Entzug von Arbeitskräften: Trotz kürzerer Arbeitszeit konnte die Waffenfabrik oft beträchtlich höhere Löhne bieten.

Die Stammebelegschaft: invalid, pensioniert, am Arbeitsplatz gestorben

Die Arbeitergeneration, die vor 1870 in Letten eintrat, zählte mit einer durchschnittlichen Werkszugehörigkeit von 38 Jahren zu Werndls Stammenschaft.³ Die durchschnittliche Dauer aller Beschäftigungsverhältnisse zwischen 1853 und 1912 betrug hingegen nur 3,7 Jahre.

Insgesamt erlebten nur 48 Männer, das sind 1,6 Prozent der im „Arbeiterprotokoll“ zwischen 1853 und 1912 verzeichneten Beschäftigten, die Pensionierung. Dies deutet sowohl auf einen häufigen Wechsel der Arbeitsstelle als auch auf vorzeitigen Tod und Invalidität hin. Die Altersversorgung unterlag keinen gesetzlichen Regelungen. Für eine Mindestunterstützung aus dem 1884 von der Waffenfabrik eingerichteten Altersunterstützungsfonds waren 25 Arbeitsjahre notwendig.

74 Prozent der Pensionisten stammten aus dem Bezirk Steyr, 13 Prozent aus dem übrigen Oberösterreich, rund 9 Prozent aus Böhmen und 3 Prozent aus sonstigen Gebieten der Monarchie. Die meisten waren verheiratet, bei keinem wurde eine politische Tätigkeit vermerkt. Sie waren während ihrer durchschnittlich 38,6-jährigen Betriebszugehörigkeit eine wichtige Stütze des streng gegliederten Werksgefüges. Zum Zeitpunkt ihrer Pensionierung waren sie durchschnittlich 64,4 Jahre alt, bei einer deutlich geringeren Lebenserwartung als heute.

51 Jahre lang stand der aus Steinbach stammende Fabriksarbeiter Johann Sterneder hinter den Werkbänken: Er war am 12. Oktober 1869 mit 17 Jahren eingetreten und wurde am 27. Juni 1920 in den Ruhestand geschickt. Das Arbeiten bis ins hohe Alter gehörte damals zum Alltag: Der älteste Arbeiter war der aus Mondsee stammende Schlosser Josef Klaushofer. Er trat 1884 bei Werndl ein und starb, unverheiratet, am 5. Juni 1905 im Alter von 80 Jahren.

Beinahe fünf Prozent aller Arbeiter starben noch vor ihrer Pensionierung von der Werkbank weg. Ihre durchschnittliche Lebenserwartung betrug knapp 55 Jahre, bei einer Betriebszugehörigkeit von durchschnittlich 27 Jahren. Ebenso schieden 26 Invalide frühzeitig aus. Sie waren bei ihrem krankheits- oder unfallbedingten Austritt durchschnittlich bereits 33 Jahre für den Gewehrfabrikanten im Einsatz und bekamen ab 1870 vom Werk eine bescheidene

finanzielle Unterstützung. Beim Tschechen Johann Brenda wird beispielsweise angemerkt:

„Beim Abwerfen eines Riemens in der Tischlerei kam er mit der Stange in die Speichen der Drahtseilscheibe und erhielt einen Stoß in den Bauch, wovon er starb.“

Zuwanderer: Ferlacher Büchsenmacher, tschechische Maschinisten

Vor 1860 waren mit Ausnahme eines Drehers aus Böhmen, der zugleich Partieführer war, fast durchwegs Hilfskräfte der unmittelbaren Umgebung beschäftigt. Ab 1860 verstärkte sich der Zuzug tschechischer Metallfacharbeiter, der Zustrom von Arbeitern aus den lokalen Metallbetrieben Pils, Christ und Bandl sowie von Hilfskräften der Baufirma Wintermayr im benachbarten Sierning.⁴ Weitere Fachkräfte wanderten aus dem übrigen Oberösterreich und dem niederösterreichischen Industriegebiet um Wiener Neustadt zu. Unentbehrliche Gewehrspezialisten kamen aus dem Kärntner Büchsenmachergewerbe, insbesondere aus der Gegend von Ferlach sowie aus dem obersteirischen Industriegebiet.

Ab den beginnenden 1880er Jahren wurden in Letten Lehrlinge schwerpunktmäßig zu Drehern und Schlossern sowie zu Schmieden ausgebildet. Bis 1912 erlernten rund 50 Burschen in dreijähriger Lehrzeit diese Berufe. Der Großteil wurde, sofern die Wirtschaftslage es zuließ und die Gesellen es wollten, vom Betrieb übernommen. Rund ein Drittel zog es vor, sich nach abgeschlossener „Abrichtung“, das heißt Ausbildung, eine andere Arbeitsstätte zu suchen. Ein Lehrling wurde aus uns nicht bekannten Gründen entlassen, und der Schmiedlehrling Julius Marxrieser wurde 1913 mit dem Vermerk „Entlassen, Rot“ vor das Werkstor gesetzt.

Die Aufnahme ins Werk ging – ebenso wie die Entlassung, da keine Kündigungsfristen bestanden – unbürokratisch vor sich: Die Menschen, die im Werk arbeiten wollten, stellten sich auf die Fabriksbrücke und wurden vom Werkmeister durch Zurufen ausgesucht.⁵

Die Fabrik wurde vom tschechischen Werkführer Josef Schimpke und seinen 22 Partieführern nach einer strengen Rangordnung geleitet. Acht dieser Partieführer waren Dreher, Schlosser, Mechaniker oder Maschinenbauer aus Böhmen und Mähren, vier wurden im Bezirk Steyr und vier im übrigen Oberösterreich geboren, zwei stammten aus Niederösterreich und je einer aus der Schweiz und aus Schlesien. Einer machte keine Angaben.

Die Partieführer gehörten zu den bevorzugten Arbeitern, die beispielsweise bei der Vergabe der ab 1870 von der Waffenfabrik errichteten Werkwohnungen eindeutig bevorzugt wurden. Einzig der Partieführer Metzner aus

Mähren wurde 1899 wegen „Geldausborgens von Arbeitskollegen“ entlassen. Diese Vorarbeiter waren auch Garanten für die Zurückdrängung gewerkschaftlichen Denkens und der sozialdemokratischen Bewegung, die um eine Verbesserung der Situation der Arbeiter kämpfte.

Die Mehrzahl der Beschäftigten waren Hilfsarbeiter. Ihr Arbeitsplatz war am unsichersten und den Auftragschwankungen am meisten unterworfen. Bei Großaufträgen griff die Fabrik auf Hilfskräfte aus dem Einzugsgebiet der Fabrik zurück. Diese waren nach Durchführung des Auftrages auch meist wieder die ersten, die entlassen wurden. Viele von ihnen waren verheiratet. Von der Arbeitslosigkeit waren daher auch ihre Familien besonders betroffen. Der Anteil der Ledigen vergrößerte sich mit der Entfernung des Geburtsortes von Steyr. Diese konnten ungebundener ihren jeweiligen Arbeitsort wählen, waren oft nur wenige Monate im Werk und zogen dann wieder weiter.

„Agitationen über politische Zwecke“ verboten – Schwäche der Arbeiterbewegung

In Letten stoßen wir mit dem 1873 gegründeten „Arbeiterkonsumverein Oberletten-Steyr“ auf eine frühe, anfangs vom Unternehmer geförderte Organisation.⁶ Seine Aktivitäten blieben – durch eine vorübergehende Schließung zwischen 1880 und 1889 unterbrochen – auf Letten beschränkt. Erst im Mai 1921 glückte im nahen Sierning nach Überwindung des Widerstandes der örtlichen Kaufleute die Errichtung einer Konsumfiliale.⁷

In Letten gab es den ersten Arbeitergesangsverein im Bezirk Steyr und ab 1894 eine sozialdemokratische Jugendorganisation. 1897 gründete sich in Neuzeug ein Arbeiterturnverein, und 1906 errichteten die Naturfreunde ihre Ortsgruppe. Der Erfolg dieser mit viel Sorgfalt betriebenen Vereinsgründungen war allerdings, gemessen an den gewonnenen Mitgliedern, gering: Sämtliche sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen zählten mit Stichtag 30. Juni 1913 nicht mehr als 89, die Lokalorganisation in Neuzeug kam gar nur auf 28 Mitglieder.

Erst in der Republik erfolgte der Aufschwung: Bei den Gemeinderatswahlen 1919 errangen die Sozialdemokraten in der Gemeinde Sierning, zu der Letten gehört, auf Anhieb 14 der insgesamt 30 Mandate. Der Neuzeuger Messerschmied Eduard Allmannstorfer, ein altgedienter Ortsvertrauensmann, bekleidete für einige Zeit das Bürgermeisteramt in Sierning.

Der 1897 in Sierning gebildete „Katholische Arbeiter- und Handwerksverein“ war ideologisch von einem starken, gegen die Sozialdemokratie gerichteten Antisemitis-

mus geprägt. Seine Mitglieder waren Fabriksarbeiter aus dem Objekt Letten und kleinerer Metallbetriebe oder arbeiteten bei einer lokalen Baufirma.

In der Waffenfabrik war – bei sofortiger Entlassung – jede politische Betätigung verboten.⁸ Die Fabriksleitung unterschied allerdings den jeweiligen politischen Standpunkt des einzelnen Arbeiters nicht immer genau. Entlassen wurde, wer den Mut aufbrachte, Mißstände beim Namen zu nennen und sich auch für seine Arbeitskollegen einzusetzen. Die gängigsten Begründungen waren dabei: „Agitator, Hetzer, Aufwiegler und Socialist“. Entlassen wurde auch, wer nach Ansicht der Werksleitung „renitent“ und „widerspenstig“ war.

Bis 1912 können insgesamt 67 Entlassungen aus eindeutig politischen Gründen nachgewiesen werden; fast zwei Drittel der Gemaßregelten waren Facharbeiter. Die Hälfte der Entlassenen wurde im Bezirk Steyr geboren, ein Viertel hatte ihre Heimatberechtigung im übrigen Oberösterreich, in Niederösterreich oder in Wien, und ein Viertel hatte aus Böhmen sozialistisches Gedankengut mitgebracht. Die Hälfte war vor dem Eintritt in Letten im Steyrer Metallgewerbe, in den dortigen Objekten der Waffenfabrik oder bei den Messererbetrieben im Steyrtal beschäftigt gewesen. Die andere Hälfte hatte ihre beruflichen und politischen Erfahrungen in Deutschland, Ungarn, der Schweiz sowie in Industrie- und Gewerbebetrieben in und um Oberösterreich gesammelt.

Die Charakterisierungen „frech“, „keck“, „barsch“, „ordinär“, „grob“ und „roh“ konnten nicht eindeutig mit politisch begründeten Entlassungen in Zusammenhang gebracht werden. Insgesamt waren davon 15 Arbeiter betroffen. 1897 wurde der Schlosser Karl Begsteiger fristlos entlassen, da der Sierninger Unternehmer Reitter, bei dem er vor seinem Übertritt ins Objekt Letten beschäftigt gewesen war, „Beschwerde geführt hatte“.

In Letten wurden gewerkschaftliche Kampfformen erst etwa zwanzig Jahre später als im Steyrer Stammwerk angewandt. 1898 kommt es hier zur ersten Streikbewegung. Aufgrund dieser Arbeitsniederlegung wurden 16 durchwegs ledige, durchschnittlich rund 25 Jahre alte und zum Zeitpunkt des Streiks im Durchschnitt knapp über zwei Jahre im Werndlschen Fabriksetablisement beschäftigte Arbeiter entlassen. Unter ihnen waren zwei Facharbeiter, ein Eisendreher aus Neunkirchen in Niederösterreich, der aus einer Wiener Fabrik nach Letten zugezogen war, und ein „sehr frecher streikender Laufrichter“ aus dem nahen Sierning. Die übrigen waren Fabriks- oder Hilfsarbeiter.

Als häufigste Entlassungsgründe wurden „Mangel an Arbeit“, „unbrauchbar“, „Ausschuß“ sowie „liederliche“ oder „schlechte Arbeit“ angeführt. Interessant ist, daß als „schlechte Arbeiter“ vielfach zugewanderte Spezialisten bezeichnet wurden, sodaß der offizielle Entlassungsgrund

vermutlich nicht immer der Wahrheit entsprach. Auch der mehrmals erwähnte Entlassungsvermerk „wegen vorsätzlicher Ruinierung“ deutet darauf hin. In vielen Fällen wurden die Eintragungen mit dem Zusatz „Darf nicht mehr aufgenommen werden“ verstärkt.

Schlecht entlohnte „Simulanten“

Da es je nach Auftragslage starke Lohnschwankungen gab⁹, kam es zu individuellen Lohnforderungen, was meist die sofortige Entlassung der Bittsteller bedeutete. 1877 schrieb eine sozialdemokratische Zeitung:

„Lohnreduzierungen, Akkordabzüge, waren seit dem Bestand der Waffenfabrik ununterbrochen an der Tagesordnung, jedoch nie in dem Maße wie jetzt, bei den ohnehin elenden Verhältnissen, wo der Arbeiter günstigstenfalls 7 bis 8 fl. verdient, ein Verdienst, mit dem man hier nicht auskommen kann, weil die Teuerung und der Wucher mit Lebensmitteln ein enormer ist.“¹⁰

Dem ehemals selbständigen Büchsenmacher Josef Mischitz aus Ferlach reichte ebenfalls sein Arbeitslohn nicht aus: 1897 wurde er „wegen Straßenbettel“ entlassen. Auch von anderen zugewanderten Gewehrspezialisten waren vereinzelt Austritte wegen zu geringer Lohnzahlungen zu verzeichnen.

In einer Reportage über die Waffenfabrik wird von „tristen Arbeitsverhältnissen, schlechten sanitären Anlagen, extremer Hitze im Sommer und Minusgraden in den Arbeitsräumen im Winter, fehlender Ventilation und Frischluftzufuhr“ berichtet, „was zu einer starken Vermehrung der Krankheitsanfälligkeit führe“.¹¹

Nach mehreren Versuchen gelang der Arbeiterschaft in der Waffenfabrik 1890 die Durchsetzung des 10-Stunden-Tages: ein riesiger Erfolg, da in den Werkstätten der Messerer im nahen Grünburg beispielsweise 1889 noch täglich bis zu 16 Stunden gearbeitet wurde. Ebenso wurde 1890 der 1. Mai als Ruhetag für die Arbeiter freigegeben.¹²

Die Fabriksordnung legte bezüglich der Arbeitszeit eindeutig fest:

„Wenn ein in der Fabrik Bediensteter die Arbeitszeit nicht genau einhält, ... unterliegt er unter Vorbehalt der sogleichen Entlassung einer Geldstrafe“.

Eine Verkürzung der festgesetzten Arbeitszeit gab es neben den kirchlichen Feiertagen zu Ostern, zu Pfingsten und zu Weihnachten nur noch am „Sylvestertage, am Fastnachtdienstage und am Steyrer Jahrmaktsmontage“.

„Blaumachen“, „unerlaubtes Fernbleiben“ und „unerlaubter Urlaub“ stand auf den Entlassungsschreiben von insgesamt 43 Lettner Fabrikarbeitern. Das Wegbleiben an

sogenannten „abgebrachten Feiertagen“ führte zunächst zu Lohnabzug und im Wiederholungsfall ebenfalls zur Entlassung. Als „Krakeeler wegen Feiertagsarbeit“ wurde der Eisendreher Karl Grasberger am 10. Dezember 1894 ebenso aus dem Werk gewiesen wie 1897 ein bayrischer „Armaturenarbeiter“ wegen „Nichtbefolgen des Auftrages, bis 6 zu arbeiten“.

Als weitere Entlassungsgründe wurden in der Fabriksordnung angeführt:

„Wenn ein in der Fabrik Bediensteter ... betrunken ist, geistige Getränke in die Fabrik mitbringt oder bringen läßt, in Zank und Schlägerei gerät, wenn er eine ihm von seinen Vorgesetzten aufgetragene Arbeit nicht verrichtet, pfuscht, ... unnütz Gas verbrennt und sich eine Veruntreuung zu Schulden kommen läßt, unterliegt er unter Vorbehalt der sogleichen Entlassung einer Geldstrafe.“

Zwölf Werksarbeiter wurden wegen „unerlaubtem Alkoholkonsum“, einer wegen „verbotenem Rauchen“ aus der Fabrik gewiesen.

Neben den einmaligen Delikten „Schlafen als Maschinenwärter“ und „unkorrektes Vorgehen als Visitierer“ wurden 24 meist auswärtige und jugendliche Arbeiter wegen „Raufen und Stänkern“ entlassen. Ebenso wurden sogenannte „Arbeitsverweigerer“ bei minderbezahlten und gefährlichen Handlangerdiensten, „Simulanten“ und „Nichtausfertiger der Arbeit“ aus dem Werk gewiesen.

Mit Geldstrafen noch einigermaßen glimpflich kamen jene davon,

„welche sich in der Fabrik müßige Scherze erlauben, oder durch unnützes Herumstehen und zwecklose Plauschereien andere von der Arbeit abhalten“.

Anmerkungen

¹ „Steyrer Tagblatt“, 4.8.1928.

² Pfaffenwimmer, Michaela: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der „Österreichischen Waffenfabriks-Aktiengesellschaft“ unter der Leitung des Generaldirektors Josef Werndl 1869-1889. Phil. Diss., Wien 1985, S. 227.

³ Das „Arbeiterprotokoll I“ enthält von den 3006 zwischen 1853 und 1912 in das Objekt Letten aufgenommenen Arbeitern: Name und Geburtsdatum, Berufsangaben, Ein- und Austrittsdatum, Name und Adresse der Firma, bei der der Arbeiter zuletzt beschäftigt war, bzw. den Namen der Firma, zu der er abgewandert ist, die Bezeichnung der Gemeinde, die das Arbeitsbuch ausstellte sowie Vermerke zu den Entlassungsgründen.

⁴ Stockinger, Josef: Zeit die prägt. Arbeiterbewegung in Steyr. Linz 1988, S. 20.

⁵ SPÖ-Sierning, Sektion Letten (Hg.): Letten – erlebte Geschichte 1835-1963. Sierning o.J., S. 5.

⁶ Konrad, Helmut: Das Entstehen der Arbeiterklasse in Oberösterreich. Wien-München-Zürich 1981, S. 150.

⁷ Stockinger (wie Anm. 4), S. 56.

⁸ Die Fabriksordnung der Österreichischen Waffenfabriksgesellschaft

aus dem Jahr 1871 legte dazu fest: „Agitationen über politische und religiöse Zwecke dürfen in den zur Fabrik gehörigen Räumen nicht stattfinden, und haben alle wie immer gearteten Ankündigungen und Bekanntmachungen vorerst der Direction zur Einsicht vorgelegt zu werden“; zitiert bei Pfaffenwimmer (wie Anm. 2), S. 239-242.

⁹ Bericht der k.k. Gewerbeinspectoren 1888, S. 107.

¹⁰ „Die Gleichheit. Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich“, 31.5.1877.

¹¹ „Die Gleichheit. Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich“, 7.6.1877. Die Aussagen werden auch durch Anmerkungen im Lettner Arbeiterprotokoll bestätigt.

¹² Radmoser, Walter: Der lange Weg. 100 Jahre Sozialdemokratie in Steyr. Steyr 1989, S. 39.



Das Betriebsgebäude der Österreichischen Waffenfabriks AG, der späteren Steyr-Werke, in Letten bei Steyr in der Zwischenkriegszeit.

Grundmachung.

In jüngster Zeit ist auch in Oberösterreich in Kreisen von Arbeitern die Frage erörtert worden, Donnerstag den 1. Mai d. J. allgemein als Feiertag zu begehen, und sohin auch die Arbeit an diesem Tage einzustellen.

Ich sehe mich hiedurch veranlaßt, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß die **eigenmächtige Einstellung** der Arbeit am 1. Mai d. J. als an einem Werktag **ohne Zustimmung der Arbeitsgeber** gesetzlich unzulässig wäre und daß diejenigen, welche sich zu einem derartigen Bruche des Arbeitsvertrages verleiten lassen, auch die Folgen dieses gesetzwidrigen Vorgehens zu tragen hätten.

Ferner weise ich auf die Gefahr hin, welche darin gelegen ist, daß bei einer Feier der erwähnten Art unausweichlich Ansammlungen größerer Menschenmengen stattfinden, bei denen es erfahrungsmäßig selbst den in ihrer überwiegenden Mehrzahl gewiß ordnungsliebenden Arbeitern nicht immer möglich ist, strafbare Ausschreitungen seitens übelwollender Individuen zu verhindern. Ich sehe mich daher verpflichtet, einen Mahnruf an die Einsicht und Besonnenheit der Arbeiter zu richten und sie vor jedem gesetzwidrigen Beginnen, sowie vor jeder Beteiligung an irgend welchen, vielleicht durch fremde Ruhestörer hervorgerufenen Ausschreitungen zu warnen.

Den Gegenstand meiner besonderen Obforge wird es bilden, daß die Arbeiter, welche am 1. Mai die Arbeit ordnungsmäßig fortsetzen, gegen gesetzwidrige Störungen ihrer Thätigkeit vollen Schutz finden.

Linz, am 22. April 1890.

Der k. k. Statthalter:

Merveldt.

Der erste „1. Mai“ im Jahre 1890 war Auftakt und Ausdruck einer sich vereinheitlichenden Arbeiterbewegung. In ganz Österreich, auch in vielen kleineren Orten, wurde dieser Tag entweder in Form der Arbeitsruhe oder zumindest eines abendlichen Fests begangen.

Die Behörden reagierten überall mit drohenden Warnungen: Die eigenmächtige Einstellung der Arbeit am 1. Mai sei gesetzwidrig, „fremde Ruhestörer“ würden Ausschreitungen provozieren. Eine Argumentation, die später noch oft Konjunktur haben sollte: Die Ruhestörer sind „Fremde“, vaterlandslose Gesellen, die die festgefügtten Werte der Heimat bedrohen.

Arbeiterfeste zum 1. Mai hatten in den Kleinstädten Österreichs nicht jenes dichte Programm aufzuweisen wie das Arbeiterfest am 1. Mai 1892 in Linz: Doch die Mischung aus volkstümlicher Unterhaltung und anspruchsvoller „bürgerlicher“ Kultur wurde für die Festprogramme typisch – bis in die sechziger und siebziger Jahre unseres Jahrhunderts.

PROGRAMM

zu dem
am 1. Mai 1892 stattfindenden
Arbeiter-Feste.

1. Musikkapelle.

1. Luxer Schan, Marsch von *Repek.*
2. Ouverture „ *Heinrich.*
3. Maritann-Walzer „ *Dellinger.*
4. Deutsche Lieder, Potpourri . . „ *Gungl.*
5. Arabelle, Polka franç. „ *Gleissner.*
6. Divertissement aus „Tausend Häuser“ „ *R. Wagner.*
7. Traumwalzer, a. d. Operette „Der Feldprediger“ „ *Millöcker.*
8. Grand Potpourri „ *Hann.*
9. Gross aus Brünn, Polka franç. „ *Smayhal.*
10. Flanelletta, Polka Mazurka . . . „ *Raab Op. 37*
11. Blätter und Blüten, Walzer . . „ *Strauss*
12. Flotte Gellter, Polka schnell . . „ *Gleissner.*

2. Musikkapelle.

1. Souvenir de Chstozza, Marsch von *Rosenkranz.*
2. Friedenspalast, Walzer „ *Gleissner.*
3. Ouverture zu „Königs Lieutenant“ „ *Till.*
4. Grossenk Gott alle mit manda, Polka franç. „ *Zeller.*
5. Die Lilie zum Volke, Divertissement „ *Suppé.*
6. Quadrille a. d. Oper „Faust“ „ *Gunod.*
7. Auf der Wacht, Flögelhorn-Solo „ *Döring.*
8. Heiligkeken, Polka Mazurka „ *Gleissner.*
9. Theater und Kneige, Potpourri „ *Nechwalsky.*
10. Charlotta, Walzer „ *Millöcker.*
11. Saget Ihr, russisches Lied für Harmonie-Musik, bearbeitet „ *Schneider.*
12. Frauenherz, Polka Mazurka „ *Strauss.*
13. O du himmelblauer See, Lied „ *Millöcker.*
14. Diabolin Galopp „ *Fuhrbach.*

LIEDER-PROGRAMM:

1. Sängersahrt von *Karl Hunger.*
2. *Herhalten eines Chinesen „ *Jos. Scheu.*
3. Lied der Internationalen „ *Jael.*
4. Noch ist die Freiheit nicht verloren „ *H. Riva.*
5. Lied der Arbeit „ *Jos. Scheu.*

*) Text auf der Rückseite.

Udo B. Wiesinger

„Ihr wißt es, was der erste Mai will“

Maifeiern in Oberösterreich 1890 bis 1918

„Das Schauspiel des heutigen Tages wird den Kapitalisten und Grundherren aller Länder die Augen darüber öffnen, daß heute die Proletarier aller Länder in der That vereinigt sind“ (Friedrich Engels am 1. Mai 1890).

Die eigentliche Wurzel der Feier des 1. Mai als Arbeiterfeiertag liegt in den Beschlüssen des Internationalen Arbeiterkongresses Paris 1889. Es gibt jedoch eine Reihe von Vorläufern, vor allem den Generalstreik in den USA am 1. Mai 1886, der als wichtigste Parole die Forderung nach dem Achtstundentag unter der Arbeiterschaft verbreiten sollte. Aber auch bürgerliche Festformen waren schon lange mit dem Datum verbunden gewesen.¹

Bei dem Kongreß im Jahr 1889 wurde festgelegt, den 1. Mai 1890 als Weltfeiertag der Arbeiter zu begehen und in internationalen Kundgebungen vor allem für den Achtstundentag einzutreten.

1. Mai 1890: „Gesetzwidrige Störungen...“

„In jüngster Zeit ist auch in Oberösterreich in Kreisen von Arbeitern die Frage erörtert worden, Donnerstag den 1. Mai d. J. allgemein als Feiertag zu begehen, und sohin auch die Arbeit an diesem Tage einzustellen.

Ich sehe mich hiedurch veranlaßt, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß die eigenmächtige Einstellung der Arbeit am 1. Mai d. J. als an einem Werktag ohne Zustimmung der Arbeitgeber gesetzlich unzulässig wäre und daß diejenigen, welche sich zu einem derartigen Bruche des Arbeitsvertrages verleiten lassen, auch die Folgen dieses gesetzwidrigen Vorgehens zu tragen hätten.“²

Die Aufmärsche zum 1. Mai waren immer eine Leistungsschau der Sozialdemokratie über ihre organisatorischen Erfolge. Rückblickend läßt sich anhand der Parolen und der Forderungen, aber auch der behördlichen Reaktionen die Geschichte der Arbeiterbewegung am Beispiel des 1. Mai wie in einem Brennglas zusammenfassen. Zum Beispiel: Oberösterreich.

Die Vorbereitungen für diese erste Maifeier setzten schon im Herbst 1889 ein. In einem Rundschreiben des Innenministers wurde mitgeteilt, daß „bei dem internationalen socialistischen Arbeiter-Congresse (der Marxisten) in Paris“ eine Resolution beschlossen worden sei, am 1. Mai 1890 solle

„eine allgemeine Agitation (Massen-Demonstration) dafür in Scene gesetzt werden..., indem alle Socialisten und die von ihnen gewonnenen Arbeiter die Forderungen, welche diese Resolution enthält, an die Arbeitgeber stellen und dieselben mit Arbeitsstrieke unterstützen werden.“³

In den Städten und Industrieorten veranstalteten lokale Organisationskomitees Versammlungen, in denen der Ablauf der Feiern festgelegt wurde. Meist war für den Vormittag eine Volksversammlung geplant, am Nachmittag oder Abend sollten Unterhaltungen mit Musik stattfinden.

Hektisch gestalteten sich vielfach die Vorbereitungen der Behörden, die zu erwarten schienen, daß am 1. Mai die Revolution ausbricht. Diese Angst drückte sich vor allem in der Bereitstellung von Militär aus. In einem Schreiben des Corps-Commandos Innsbruck wurde der Kontakt zwischen den Bezirkshauptmannschaften und den Stationskommandanten angeordnet. Es sollten in den Tagen um den 1. Mai keine Übungen stattfinden und die Truppen derart bereitgehalten werden, „daß ein rasches Abgehen der Truppen an den bedrohten Ort ermöglicht ist“.

In Steyr lag das Militär nicht nur in der Kaserne, sondern auch im Rathaus und in einer Schule in Bereitschaft. In den Ausflugsorten der Umgebung wurden die Gendarmeposten verstärkt. Starke Truppen wurden in Mauthausen zusammengezogen, da man hier mit Unruhen unter den Steinbrucharbeitern rechnete. Im ganzen Land verliefen jedoch die Demonstrationen und Veranstaltungen ruhig und diszipliniert, sodaß es zu keinem Militäreinsatz kam.

Die Behörde führte den ruhigen Verlauf auf ihre Vorbereitungen zurück:

„... wurde sohin durch die besagten Dispositionen und insbesondere durch den moralischen Eindruck, welchen das Erscheinen der militärischen Macht zufolge hatte, die lange und sicher vorbereitete Arbeitermassendemonstration vereitelt“

– berichtet ein Beamter der Statthalterei aus Mauthausen.

Eine Bezirkshauptmannschaft beabsichtigte, einen „Massenaufzug“ der Arbeiter anlässlich des 1. Mai zu bewilligen. Nun wurde in einem Rundschreiben des Innenministeriums darauf hingewiesen, daß solche Veranstaltungen grundsätzlich zu untersagen seien. Gleichzeitig erteilte das Ministerium den Auftrag, in entsprechender Weise bekannt zu geben, daß eine eigenmäch-

tige Arbeitseinstellung unzulässig sei. Es wurde auch bezweifelt, daß die Zusicherung der Arbeiterführer, sich bei den Maifeiern streng an den gesetzlichen Rahmen zu halten, eingehalten werden könne. Es sei kaum möglich,

„den Zuzug und das Herandrängen auch solcher arbeitsscheuer Individuen zu verhindern, welche geradezu als Feinde der öffentlichen Ordnung bezeichnet werden müssen, und jeden ähnlichen Anlaß zu strafbaren und gefährlichen Ausschreitungen aller Art mißbrauchen“.

Ergebnis dieses ministeriellen Rundschreibens war die eingangs zitierte Kundmachung des k.k. Statthalters vom 22. April 1890.

Aber nicht nur die Behörden, auch die Unternehmer hatten Angst, die Arbeiter könnten am 1. Mai anderes vorhaben, als in die Fabrik zu gehen. Textilfabrikanten aus Kleinmünchen und Traun ließen gemeinsam ein Plakat drucken, in dem sie mitteilten, sie hätten beschlossen, daß der 1. Mai kein Feiertag sei. Sie erwarteten von ihren Arbeitern, daß sie ihrer Pflicht gewissenhaft nachkämen.

Schon bei dieser ersten landesweiten Solidaritätsaktion der Arbeiterschaft versuchte man es mit Entsolidarisierung. So machte etwa in der oben zitierten Kundmachung der Statthalter darauf aufmerksam, daß die Arbeiter, die am 1. Mai ihre Arbeit ordnungsgemäß fortsetzen, seinen vollen Schutz „gegen gesetzwidrige Störungen ihrer Tätigkeit“ finden würden. Es sei nämlich zu erwarten, daß es „den in ihrer überwiegenden Mehrzahl gewiß ordnungsliebenden Arbeitern nicht immer möglich (sein werde), strafbare Ausschreitungen seitens übelwollender Individuen zu verhindern“.

Dazu paßt ein Bericht des Bezirkshauptmanns von Ried/Innkreis an die Statthalterei vom 2. Mai:

„Die wenigen Elemente, welche geneigt waren, sich durch die Feier des 1. Mai an der Arbeiter-Demonstration zu beteiligen, wurden hievon teils durch das Widerstreben ihrer Genossen, teils durch den entschlossenen Widerstand der Arbeitgeber und endlich durch die ernste Kundmachung des Herrn k.k. Statthalters ... abgehalten.“

Es kam auch zu Absprachen zwischen Unternehmern und der Behörde. Bei einem solchen Gespräch mußte der Bezirkshauptmann von Wels zur Kenntnis nehmen, daß die Lederfabrikanten den Arbeitern für den Nachmittag des 1. Mai bereits freigegeben hatten. Eine Arbeiterversammlung wurde jedoch in Wels untersagt, eine Abendunterhaltung dagegen konnte stattfinden.

„In Stadl, wohin das Militär ... nur zum Schutz der Arbeiterschaft selbst gegen fremde Elemente abging, ... waren Anzeichen vorhanden, daß Arbeiterzuzüge aus Steyrermühl und Kaufing erfolgen würden.“

Der „Zuzug“ unterblieb, das Militär rückte wieder ein, die Arbeitgeber waren beruhigt.

Das Ziel der Arbeitsruhe konnte aus den angeführten Gründen nicht überall verwirklicht werden. Allerdings gab es doch viele Betriebe, die ihren Arbeitern freigaben – wohl weniger aus Verständnis für den 1. Mai, sondern eher, um nicht durch Proteste und Streiks mehr Schaden zu erleiden. Wegweisend wirkte die Steyrer Waffenfabrik, wo weder 1890 noch in den folgenden Jahren am 1. Mai gearbeitet werden mußte. Es gab jedoch auch Fälle, wo Zusagen auf Druck der Behörde zurückgezogen wurden. In zwei Gewerbebetrieben im Bezirk Braunau intervenierte die Bezirkshauptmannschaft und zwang die Arbeiter, auf die Arbeitseinstellung zu verzichten. Stolz konnte gemeldet werden:

„... sämtliche Arbeiter im Bezirke haben sich somit am 1. Mai musterhaft benommen.“⁴

Was geschah jedoch bei Verstößen, wenn also Arbeiter gegen den Willen der Unternehmer feierten? Bei einer Fabrik in St. Martin bei Linz wurde am Nachmittag versucht, die Wiederaufnahme der Arbeit zu vereiteln. Der „Hauptagitator“, der nach Zwettl zuständig war, wurde entlassen, sofort mit seiner Familie zum Bahnhof gebracht und aus Oberösterreich „abgeschafft“, das heißt ausgewiesen. Die übrigen Arbeiter wurden verwarnet.

Die Erleichterung über den ruhigen Verlauf der Maifeier ist sowohl bei den Firmeninhabern als auch bei den Behörden deutlich festzustellen. Am 4. Mai dankte die Firma Enderlin der Bezirkshauptmannschaft Linz für „die große Umsicht und umfassenden Vorkehrungen anlässlich des 1. Mai“. Die Statthalterei dankte dem 3. Infanterie-Truppen-Kommando in Linz für die „im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ gewährte Unterstützung.⁵

Insgesamt kann dieser 1. Mai 1890 als großer Erfolg der Arbeiterschaft bezeichnet werden, wobei zwar die Großveranstaltung in Wien mit geschätzten 100.000 Teilnehmern den Höhepunkt darstellte, aber auch in Oberösterreich eindrucksvolle Manifestationen stattfanden. In Steyr – durch die Waffenfabrik eine Hochburg der sozialdemokratischen Aktivitäten – gab es am Vormittag eine große Versammlung im Casino, bei der eine Petition an das Abgeordnetenhaus beschlossen wurde. Darin nahm man auf das Pariser Programm von 1889 Bezug und forderte den Achtstundentag, die Beschränkung der Frauenarbeit und andere Maßnahmen zum Arbeiterschutz. Am Nachmittag zogen etwa 2000 Arbeiter nach Sand bei Steyr, wo in den Gasthäusern gefeiert wurde. Ein von der Arbeiterschaft selbst organisierter Ordnerdienst sorgte für einen disziplinierten Ablauf.

1891 bis 1900: Kampf um Arbeitsruhe

„Hoch der Achtstundentag!
Hoch das allgemeine Wahlrecht!
Es lebe der Arbeiterfeiertag!
Es lebe der erste Mai!“⁶

Schnell wurde klar, daß der Arbeiterfeiertag 1. Mai zur Dauereinrichtung werden sollte. Allerdings kam es international zu Uneinigkeiten über die Form des Feierns, wobei vor allem die deutsche und die österreichische Sozialdemokratie gegensätzliche Standpunkte einnahmen. In Österreich bestand man auf dem Kernpunkt der Feiern, der Arbeitsruhe. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wich in dieser Frage zurück. Wohl auch deshalb nützten die Unternehmer in Österreich ihre Stärke und entließen nach der Maifeier 1891 Tausende Arbeiter, die den Fabriken ferngeblieben waren. 1892 fiel der 1. Mai auf einen Sonntag, daher stellte sich das Problem nicht. Aber auch in den folgenden Jahren wurde in den Staatsbetrieben regelmäßig die Arbeitsruhe untersagt: So wird 1896 von der Betriebsdirektion Linz der k.k. Staatsbahnen bekanntgemacht, daß am 1. Mai gearbeitet werden muß. Fernbleiben wird mit der Dienstentlassung bedroht.

Doch zahlreiche Unternehmen gaben von sich aus den Arbeitern frei. Vor allem die Steyrer Waffenfabrik und Betriebe im Linzer Stadtgebiet waren regelmäßig am 1. Mai geschlossen. Unmut erregte die Direktion der Waffenfabrik bei Behörde und Unternehmern, als sie 1893 ihre Arbeiter darüber abstimmen ließ, ob am 1. Mai freigegeben werden sollte. Die Mehrheit entschied sich für einen Feiertag, der auch tatsächlich gewährt wurde. Begründet wurde das Vorgehen damit, daß sonst viele Arbeiter eigenmächtig ferngeblieben wären; man hätte sie dann entlassen müssen, was wiederum zu beträchtlichen Unruhen geführt hätte.

Das Handelsministerium bezeichnet diesen Vorgang in einem Rundschreiben vom 6. Juni 1893 als

„im hohen Grade bedauerlich und (er) muß umsomehr befremden, als der Verwaltung in Folge der ihr behördlicherseits rechtzeitig gemachten Mitteilung bekannt war, welche Haltung die Regierung gegenüber der Maifeier einnehme“.⁷

Besonders störte den Minister, daß diese Handlung der Waffenfabrik ein Präjudiz darstellen könnte, daß also Arbeiter anderer Fabriken sich darauf berufen würden. Sie könnten dann ja auch über andere Probleme im Betrieb abstimmen wollen! In dem Rundschreiben werden die Behörden angewiesen, solchen Wünschen bei den Unternehmen „kräftigst entgegenzuwirken“.

Viel braver verhielt sich Franz Werndl, der Besitzer des Drahtzuges in Unterhimmel bei Steyr, wo am 1. Mai immer

gearbeitet werden mußte. Mit welchen Mitteln dies erzwungen wurde, stellte er ebenfalls im Jahre 1893 unter Beweis, als er einige Tage vor dem 1. Mai „6-8 socialistisch angehauchte Arbeiter“ entließ. Mehrfach kam es deswegen zu Demonstrationen der Waffenfabrikarbeiter nach Unterhimmel.

In einer Möbelfabrik in Weyer wurden im Jahr 1894 Arbeiter entlassen, die am 1. Mai fernblieben, daraufhin stellte am 2. Mai die gesamte Belegschaft die Arbeit ein. Diese Solidaritätsaktion hatte Erfolg – die entlassenen Arbeiter wurden wieder aufgenommen.

Hauptthema der Veranstaltungen blieb weiterhin die Forderung nach dem Achtstundentag, wobei als Begründung nicht nur die gesundheitliche Gefährdung durch lange Arbeitszeit angeführt wird, sondern vor allem auch das Arbeitsplatzargument.

„Bei langer Arbeit ist die Zahl der Arbeitenden gering, die Zahl der Feiernden groß. Je kürzer die Arbeitszeit, umso mehr Arbeiter müssen beschäftigt werden. Je größer aber die Nachfrage, je geringer das Angebot der Arbeitskraft, desto höher der Lohn.“

Daneben tauchte jedoch zunehmend die Frage des allgemeinen Wahlrechts in den Forderungen auf, bis im Jahr 1897 mit der Reform des Kurienwahlrechts – die jedoch noch kein gleiches, direktes Wahlrecht bringt – erstmals sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichsrat kamen. Immer stärker wird auch die internationale Solidarität betont und werden Friedensbemühungen der Sozialdemokratie in den Vordergrund gerückt.

In diesen Jahren wächst auch die Menge des verwendeten Agitationsmaterials rasch: Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Plakate, Flugschriften und Streuflugzettel propagieren die Forderungen und werben für die Veranstaltungen – verfallen aber sehr häufig auch der Konfiskation durch die Behörde. In besonderem Maße hat es die Polizei auf Fahnen und Standarten abgesehen, die meist sofort nach ihrem Auftauchen beschlagnahmt werden. Umfangreiche Erhebungen der Gendarmerie und eine Anzeige beim Bezirksgericht löste die Anfertigung einer roten Fahne für eine Veranstaltung am 1. Mai 1893 in Gmunden aus.

Immer noch bestand die Angst vor Anarchisten. Ein zufällig am 1. Mai ausgebrochener Brand einer Scheune im Bezirk Vöcklabruck wurde genau untersucht, bis erleichtert festgestellt werden konnte, daß er „mit socialistischen Umtrieben nicht im Zusammenhang“ stand. Auch bei zwei Bränden im Bezirk Braunau am 1. Mai 1892 wird berichtet, es sei nicht zu vermuten, daß sie mit der „anarchistisch-socialistischen Bewegung in Verbindung“ stünden. Aber schon die einfache Veröffentlichung eines Aufrufes zur Maifeier konnte zur Verhaftung führen – etwa in Gmunden 1894.

Konservative Blätter, die sich sonst eher bemühten, die Ereignisse um den 1. Mai zu verschweigen oder nur in kleinen Notizen darüber zu berichten, konnten mitunter nicht anders, als sich über den ruhigen Verlauf der Feiern zu wundern.

„Der Verlauf des 1. Mai, welcher durch die Demonstrationen für den Achtstundentag in den meisten Ländern Europas eine außergewöhnliche Bedeutung erhielt, rechtfertigte in wohlthuender Weise die Hoffnungen auf eine ruhige, besonnene Haltung der Arbeiter“⁸⁸

– so der Steyrer „Alpenbote“ 1892. Nach einem Hinweis auf „anarchistische Schandtaten“ wird gelobt:

„Die Organe der Polizei hatten keinen besonderen Anlaß, einzuschreiten. Unsere Arbeiterbevölkerung hat gezeigt, daß zwischen ihren Bestrebungen und dem verwerflichen Treiben der Anarchisten keinerlei Gemeinschaft besteht.“

Obwohl es Jahr für Jahr zu keinen Unruhen oder Ausschreitungen in erwähnenswertem Ausmaß kommt, werden in einigen Orten und Städten immer wieder Verstärkungen der Gendarmerieposten oder die Bereitstellung von Militärassistenzen angeordnet. Die Behörde greift auch mehrfach in den Ablauf von Veranstaltungen ein und untersagt immer wieder die Behandlung bestimmter Themen. Abweichungen vom angemeldeten Programm sind grundsätzlich unzulässig.

In Anweisungen an die Staats-Telegraphen-Stationen wird sichergestellt, daß in der Zeit vom 30. April bis 2. Mai Permanenzdienst geleistet wird, und zwar nur für den dienstlichen Verkehr. Das soll gewährleisten, daß im Falle von Ausschreitungen rasch Meldung erstattet und der Einsatz von Militär angefordert werden kann.

Doch gibt es Behördenvertreter, denen alle diese Vorsichtsmaßnahmen und das repressive Vorgehen bei den geringsten Verstößen nicht ausreichen. Der Bezirkshauptmann von Gmunden beklagt sich einmal, daß die Strafrechtspflege nicht scharf genug sei, sonst wäre es leichter möglich, die besonders radikalen Arbeiterführer „abzuschaffen“.

1901 bis 1913: Wahlrecht, Arbeiterschutz, Antimilitarismus

„Die verheerenden Wirkungen der Kriegsrüstungen, der Kriegshetze und der Kriegsgefahr, die wir in den letzten Monaten erfahren haben, befestigen in uns die Überzeugung, daß die Völker nicht im blutigen Kriege gegeneinander, sondern nur im gemeinsamen Kampfe gegen politische Knechtung und wirtschaftliche Ausbeutung sich befreien können.“⁸⁹

Zwei Themen sind es, die die Maifeiern dieser Periode beherrschen: Zuerst – bis 1906 – die Wahlrechtsagitation, die schließlich zum Erfolg führt: 1907 werden erstmals die Abgeordneten zum Reichsrat von allen Männern in freier, direkter, geheimer Wahl gewählt. Bei den Maifeiern – vor allem der Jahre 1905 und 1906 – wird sehr intensiv für die Erreichung dieses Zieles geworben.

Das zweite große Thema dieser Jahre ist die Friedensfrage, die mit dem Anwachsen der Konflikte in Europa immer mehr ins Zentrum der Aktivitäten rückt. Der Appell an die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung und der Kampf gegen Kriegsrüstung werden zum Hauptthema der Veranstaltungen – sofern die Behandlung dieser Frage nicht von der Behörde unterbunden wird, was zunehmend der Fall ist.

Weitere Themen, die bei den Versammlungen behandelt wurden, waren nach wie vor der Achtstundentag, aber auch die Frauenfrage – für die Frauen gab es auch 1907 noch kein Wahlrecht – und aktuelle Probleme, wie etwa die Unterstützung der Handlungsgehilfen bei ihrem Kampf um die vollständige Sonntagsruhe (1910) und die Forderung nach Lehrlingsschutz (1911).

Die Maifeiern verliefen meist ruhig, sogar ruhiger, als man aufgrund der sozialen und politischen Situation erwarten hätte müssen. So berichtete die Bezirkshauptmannschaft Perg, die Feier am 1. Mai 1910 – der übrigens ein Sonntag war, sodaß es keine Probleme wegen der Arbeitsruhe gab – sei „trotz der tagsvorher erfolgten Kündigung sämtlicher Steinarbeiter (circa 2000) ohne Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verlaufen“.¹⁰

Mit der Zunahme der internationalen Konflikte werden die Behörden durch die Friedensaktivitäten der Sozialdemokratie sichtlich nervöser. Im Jahr 1911 wird im Innenministerium vermutet, daß der 1. Mai auch für Wahlagitation genützt würde. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß solchen Kundgebungen entgegenzutreten sei. Vor allem sei auf die „Hintanhaltung etwaiger unzulässiger antimilitaristischer Kundgebungen Bedacht zu nehmen“.¹¹

Im Jahr 1913 fordert der Innenminister den Statthalter in Linz auf, geplante antimilitaristische Kundgebungen am 1. Mai „unter Ausnützung aller gesetzlichen Handhaben“ zu unterbinden. Entsprechende militärische Assistenzen seien sicherzustellen.

1915 bis 1918: „Allen Leiden und aller Not zum Trotz...“

„In der grausamen Schule dieses Krieges lernen die, die uns vor dem Krieg nicht hören wollten, die Richtigkeit unserer Anschauungen erkennen. So darf uns heute, allen Leiden und aller Not zum Trotz, die Zuversicht erfüllen, daß letzten Endes unsere

Sache triumphieren wird, die Sache der arbeitenden und leidenden Menschheit, die Sache der internationalen Sozialdemokratie.“¹²

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden die Möglichkeiten der Artikulation politischer Forderungen anlässlich der Maifeiern weiter eingeschränkt. Vor allem die Friedenssehnsucht konnte kaum geäußert werden, auch der Internationalismus mußte stark in den Hintergrund treten.

Im Jahr 1915 wurde vom Militärkommando darauf hingewiesen, daß in den unter militärischer Aufsicht stehenden oder dem Kriegsdienstleistungsgesetz unterliegenden Betrieben am 1. Mai jedenfalls gearbeitet werden müsse. Erreicht solle dies werden, indem man auf den „patriotischen Sinn der Arbeiter“ einwirkt. Kein Einwand besteht gegen Maiversammlungen am Abend, es dürfe nur nicht die Arbeit gestört oder gegen Verfügungen der politischen Behörden verstoßen werden.¹³

Wie eine Broschüre zum 1. Mai 1916 zeigt, war es natürlich in erster Linie der Krieg mit seinen Folgen, der die Menschen bewegte. Gleichzeitig wurde aber schon an die Zeit nach dem Krieg gedacht, die die Erfüllung aller Forderungen bringen soll.¹⁴ Unter Hinweis auf den Pariser Kongreß von 1889 wird gefordert: demokratisches Wahlrecht auch für Landtage und Gemeinden, gesetzlicher Arbeitsschutz, Koalitionsfreiheit, Achtstundentag, Ausgestaltung der Volkswehr zur Garantie des Friedens der Völker. Die Maifeier soll ein internationales Verbrüderungsfest zur Demonstration dieser Forderungen sein.

Die oben zitierte Broschüre aus dem Jahr 1916 weist etliche weiße Flecken auf. Es scheint sich dabei vor allem um die Stellung zur Friedensfrage gehandelt zu haben, die der Zensur zum Opfer fiel.

Obwohl die Arbeitsruhe am 1. Mai bereits in zahlreichen Kollektivverträgen festgehalten war, wird mitgeteilt, daß die Arbeiter 1916 – wie schon 1915 – freiwillig darauf verzichteten. Anders ist es 1917, als das Innenministerium aufgrund einer Verfügung des Kaisers Auftrag gibt, den Arbeitern, die am 1. Mai Ruhetag halten wollen, keine Schwierigkeiten zu bereiten, und zwar sogar in jenen Betrieben, die unter Militäraufsicht stehen. Allerdings werden keine allgemein zugänglichen Veranstaltungen oder Umzüge durchgeführt, sondern nur Vereinsversammlungen. Sollten trotz Verbots Versammlungen stattfinden, sei nur einzugreifen, wenn es Ausschreitungen gebe. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß mit Rücksicht auf das Ausland Konflikte vermieden werden sollen.¹⁵

Für den 1. Mai 1918 schließlich verfügt das Militärkommando in Linz, daß Kriegsgefangene keinesfalls an den Umzügen teilnehmen dürfen. Auch dürfen keine Uniformen oder Uniformteile wie Kappen getragen werden. Sollte es Zuwiderhandlungen geben, sei die Identität der

Betreffenden festzustellen und zu melden. Da wieder großer Wert auf den ruhigen Verlauf gelegt wird, bezeichnet es das Stationskommando als erwünscht, auch Konflikte bei „vereinzelt rednerischen Exzessen“ zu vermeiden.¹⁶

Am 15. April 1919 wurde durch Beschluß der Nationalversammlung der 1. Mai zum allgemeinen Ruhe- und Festtag erhoben. Der einstige „Rebellensontag“ wurde damit zum Staatsfeiertag, nachdem die Monarchie zusammengebrochen und ein neues Gesellschaftssystem errichtet worden war.

Prophetisch wirkt da der Kommentar, den die katholisch-konservative „Welser Zeitung“ nach dem – für sie überraschend – ruhig verlaufenen 1. Mai 1890 veröffentlichte:

„Der so vielfach gefürchtete Tag ist vorüber, ohne daß Blut geflossen, ohne daß der Staat in seinen Grundfesten erschüttert, die bürgerliche Gesellschaft um ihre Sicherheit gebracht worden ist... Wenn aber auch Ruhe und Ordnung an diesem Tage nicht gewaltsam gestört wurden, so darf doch niemand darüber sich täuschen, daß diese Parteinahme der überwiegendsten Arbeitermassen für die Lehren der Sozialdemokratie eine ungeheure Gefahr für die jetzige Staats- und Gesellschaftsordnung bedeutet und daß wir mit dem 1. Mai 1890 in einen neuen Abschnitt der Menschheitsgeschichte eingetreten sind.“¹⁷

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Achten, Udo: Illustrierte Geschichte des 1. Mai, 3. Aufl. Oberhausen 1985; Troch, Harald: Die Mai-Feiern der österreichischen Sozialdemokratie 1890-1918. Diss. Wien 1986; Johler, Reinhard: „Jeztz würds heall, jeztz würds liacht“ – Sozialistische Maifeiern in Vorarlberg 1890-1933, in: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung, Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 225-258; Morscher, Armin: Maifeiern in Tirol 1890-1914, Hausarbeit Univ. Innsbruck 1988; Fricke, Dieter: Kleine Geschichte des 1. Mai. Frankfurt 1980.
- ² Kundmachung des k.k. Statthalters von Oberösterreich. Oberösterreichisches Landesarchiv, Statthalterei Präsidium, Schachtel 107.
- ³ Ebd., Schachtel 110.
- ⁴ Ebd., Schachtel 107.
- ⁵ Ebd.
- ⁶ Broschüre „An alle Arbeiter und Arbeiterinnen Österreichs!“, zum 1. Mai 1893 herausgegeben; ebd., Schachtel 108.
- ⁷ Ebd., Schachtel 108.
- ⁸ „Der Alpenbote“, Steyr 5.5.1892.
- ⁹ Resolution zum 1. Mai 1913, Oberösterreichisches Landesarchiv, Statthalterei Präsidium, Schachtel 272.
- ¹⁰ Ebd., Schachtel 269.
- ¹¹ Ebd., Schachtel 270.
- ¹² Gedankengang zu einer Festrede zum 1. Mai, Wien 1916, Ebd., Schachtel 273.
- ¹³ Ebd., Schachtel 273.
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ Ebd., Schachtel 274.
- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ „Welser Zeitung“, 10.5.1890.



Im Kampf um den Acht-Stunden-Tag: 1. Mai 1902 in Saalfelden.



Armut ist kein individuelles Schicksal, sondern die Erfahrung einer ganzen gesellschaftlichen Klasse. 1920 kümmern sich die Kinderfreunde von Gnigl bei Salzburg um mangelhaft ernährte Arbeiterkinder.



Sozialdemokraten schafften sich schrittweise ihre eigene kulturelle Umgebung – abseits des christlich-konservativen oder des liberal-bürgerlichen Vereinswesens der Städte und Dörfer. Der Versuch, sich dabei an ländliche Traditionen anzupassen, ist oft nicht zu übersehen: etwa bei der Steirer-Tanzgruppe der Kinderfreunde in Itzling bei Salzburg in der Ersten Republik.

Für die Entstehung eines eigenen sozialdemokratischen Milieus war in der Regel das breit ausgefächerte Vereinswesen wichtiger als „die Partei“. Seien es Theatergruppen wie die der Kinderfreunde in Gnigl bei Salzburg mit der szenischen Darstellung „Freiheit für alle“ im Jahre 1925 ...



... oder jene im Sensenschmiedort Scharnstein (Oberösterreich) mit ihrer dezenten Kritik an der Gemeindepolitik 1931.





Die Arbeiterradfahrer sind vor der Motorisierung das „fliegende Corps“ der Sozialdemokratie. Ausfahrten, wie die der Landarbeiter von Gunskirchen nach Wels (oben), sind eine eindrucksvolle Werbung in Gegenden, in denen die Sozialdemokratie schwach vertreten ist.

Volkstümliche Musikspielgruppen, hier die der Arbeiterradfahrer in Hallein (Salzburg) beim „Ersten Halleiner Arbeiterfest“ 1923 ...

... gehören ebenso zum Vereinsleben wie wirkungsvolle öffentliche Präsentationen, etwa beim Fest der Fahnenweihe zum dreijährigen Bestehen des Arbeiter-Radfahrvereins in der roten Gemeinde Bürmoos (Salzburg) 1929.

Ein eigenes sozialdemokratisches Milieu auch im Sport: Stafettenläufe des Arbeiter-Turn- und Sportvereins wurden oft durchs bürgerliche Zentrum des Dorfes oder der Kleinstadt geführt, wie in Bludenz am 1. Mai 1924.



Die Neugier des bürgerlichen Publikums hält sich hier in Grenzen: die Einsamkeit der Langstreckenläufer...





Die Akrobatikgruppe des Arbeiter-Sportvereins (Feldkirch 1930) ist ein unverzichtbarer Programmpunkt bei Festen und ein spektakuläres Mittel der Werbung bei öffentlichen Veranstaltungen.

Maiaufmärsche wollen besonders nach dem Ende der Monarchie jeweils die Dynamik des sozialdemokratischen Lagers in der Stadt oder im Bezirk dokumentieren: Revolutionärer Schwung nach dem Ersten Weltkrieg – der 1. Mai 1919 in Vöcklabruck (Oberösterreich), ein Bekenntnismarsch für die junge Republik.



Auch die Roten im Dorf marschieren am 1. Mai. Ziel, zu Fuß oder mit der Bahn, ist meist die nächstgelegene Stadt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus dem Ort Reichraming südlich von Steyr (Oberösterreich) am 1. Mai 1924.





Aufmarsch aus dem Arbeiter-Vorort Vor-kloster ins Stadtzentrum von Bregenz in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre.



Selbst in „roten“ Orten sind sozialdemokratische Manifestationen im bürgerlichen Zentrum oft eher Bekenntnismärsche als Demonstrationen: Halleiner Arbeiterradfahrer/innen bei der „Auf-fahrt“ zum 1. Mai, um 1925 ...

... Arbeiterturnverein
Hallein beim Maiauf-
marsch Ende der zwanzig-
er Jahre ...



... Aufmarsch des Schutz-
bundes am 1. Mai 1931 in
Freistadt/OÖ ...

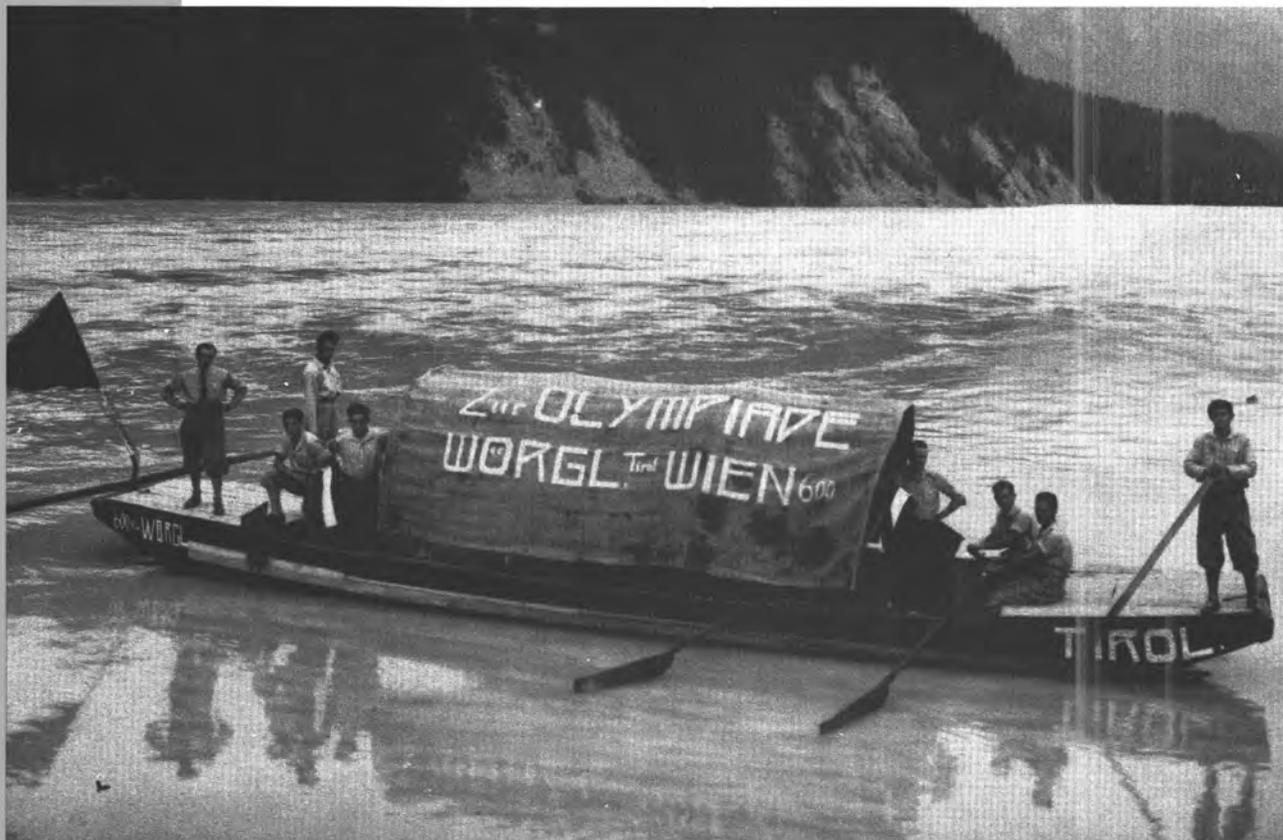




... Arbeiter-Sängerinnen
beim 1.-Mai-Aufmarsch
in Bischofshofen 1932 ...



... oder der Marsch von
Innsbrucker Schutzbündlern
zur Hungerburg um
1930: Die Dynamik der
großen Aufmärsche in
den Zentren der Sozial-
demokratie, wie Wien
oder Linz, bleibt ein uner-
reichbares Ziel.



„Pilgerfahrten“ in die Hochburgen der Sozialdemokratie, nach Wien oder gar ins Ausland, etwa nach Zürich, und zu großen Festen sind deshalb bei Sozialdemokraten in der „Provinz“ recht beliebt – auch wenn die Beförderungsmittel nicht immenso spektakulär sind wie bei dieser Fahrt von Tiroler Arbeiterjugendlichen aus Wörgl zur Arbeiterolympiade nach Wien 1931.

Land-Los: Knechte, Mägde, rote Inseln

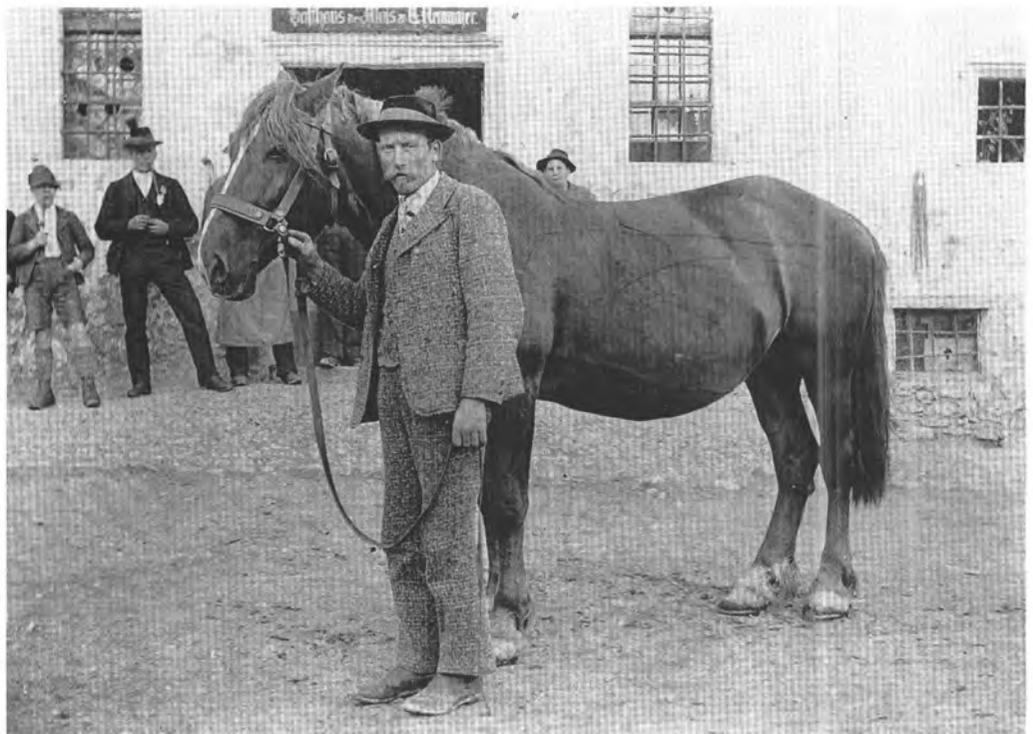


Technische Revolution auf dem Land nach der Jahrhundertwende: Der Held auf dem Photo ist die Dampfmaschine (und der Maschinist), die Dienstboten sind Statisten im Hintergrund.

Landwirtschaftliche Großbetriebe, mit zahlreichem Hornvieh, Pferden und vielen hundert Hektar Land, dominieren als Arbeitgeber auch das soziale Geschehen eines Ortes: zum Beispiel Schloß Kammer in Maishofen im Pinzgau (Salzburg), in den zwanziger Jahren ...



... mit einer Pferdepräsentation durch einen Roßknecht vor dem gutseigenen Gasthaus.



Franziska Schneeberger

„Der Druck kumt von oben...“

Eine „Dienstbotenkarriere“ im Salzburger Pinzgau

Matthias L. wird am 16. Februar 1908 in Maishofen im Pinzgau als lediges Kind geboren. Seine Mutter bringt ihn in der ehemaligen Bahnhofsrestauration von Maishofen zur Welt. Die dort wohnende Eisenbahnerfamilie gewährt der Frau für die Geburt Quartier. Die Mutter dient selbst bei verschiedenen Bauern. Sie kann deshalb ihren Sohn nicht bei sich behalten.

L. wächst in den ersten Lebensjahren bei Zieheltern auf. Dann wird er von einem Bauern zum anderen „herumgestiftet“, wie Herr L. es selbst bezeichnet. Als er zwölf Jahre alt ist, kommt Matthias L. auf Vorschlag seines Vormundes zur Familie Neumayer, einem Großbauern in Maishofen.

„Doa hoat's ghoaßn, i muaß oawigehn noach Schloß Kammer, bitt'schen soagn ums Oannehman“.¹

Herr L. beendet zunächst die Schule und wird danach „Schickbub“. Damit beginnt sein Leben als Dienstbote auf Schloß Kammer.

Der landwirtschaftliche Besitz von Schloß Kammer – der Name deutet auf seine ehemals adelige Besitzerschaft hin – umfaßte am Anfang dieses Jahrhunderts eine Fläche von über 1000 Hektar. Damit gehörte er zu den bäuerlichen Großbetrieben des Pinzgaues. Wiesen und Almen machten den Großteil der Fläche aus. Lebensgrundlage bildete die Viehzucht – mit rund 100 Stück Hornvieh und circa 20 Pferden. Schloß Kammer umfaßte neben dem landwirtschaftlichen Betrieb auch ein Sägewerk. Holzgewinnung und Holztransport nahmen zu bestimmten Zeiten zahlreiche Arbeitskräfte des Hofes und der Umgebung in Anspruch. Außerdem betrieb die Familie Neumayer seit jeher ein Gasthaus.

Die Hierarchie der Dienstboten auf dem Bauernhof war ausgeprägt. Das Gesinde entwickelte sich zu keiner eigenen politischen Kraft – zu groß war die Macht der Tradition und der persönlichen Abhängigkeiten. Versuche des Ausbruchs, kleine Fluchten: ein Bericht.

In den 1920er Jahren war Herr L. einer der über 20 Dienstboten, die alltäglich in die „Botenkammer“ von Schloß Kammer zum Essen kamen. Unter den Dienstboten waren nur vier bis fünf Frauen oder Mädchen. Dazu kamen noch vier bis fünf ständig im Sägewerk beschäftigte Arbeiter. Im Gegensatz zu den in den bäuerlichen Haushalt voll eingebundenen Dienstboten verdingten diese sich als Tagelöhner. Im Hause lebten auch noch die Kinder der Bauersleute und einige Ziehkinder.

In der Hierarchie der Dienstboten war Herr L. mit 14 Jahren noch ganz unten. Doch er stieg allmählich auf. Nach einem Jahr als Hüterbub auf der Alm sollte er das Mähen mit der Sense lernen. Nach nicht allzu langer Zeit mußte er jedoch wieder auf die Alm, da unter dem Vieh die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen war und seine Arbeitskraft dort dringend benötigt wurde.

Auf Schloß Kammer diente auch ein Knecht aus Kaprun. 1926 nahm er Herrn L. und einen anderen Dienstboten mit zu einem Bauern nach Kaprun. Damit war nach sechs Jahren der erste Dienst auf Schloß Kammer vorbei.

Der zweite Aufenthalt auf Schloß Kammer fiel kürzer aus als der erste. Am 2. Februar 1931, zu Lichtmeß, dem üblichen Datum des Dienstbotenwechsels, trat Herr L. erneut seinen Dienst auf Schloß Kammer an. Ein Streit war der Grund für das Verlassen des Hofes bereits ein halbes Jahr später. Dieser entzündete sich am Essen.

Dazu die Vorgeschichte: Bevor im Frühjahr fast alles Vieh auf die Alm getrieben wurde, sammelte man noch einige Milch in Behältern zum späteren Verzehr. In einem für diesen Zweck neu angeschafften Faß entwickelte die Milch jedoch einen unangenehm bitteren Geschmack. Die Dienstboten „meckerten“ darüber, als sie diese Milch vorgesetzt bekamen. Ein Knecht protestierte und stellte deshalb die Schüssel öfters in die Küche zurück; er gab es aber dann auf, weil ihn die anderen Dienstboten immer „hängen ließen“. Da meinte jedoch Herr L. – jetzt an dritter Stelle in der Knechthierarchie: „I redt schoa“. Als einer der Dienstboten die Schüssel wieder zurückwies, wurden sie vom Bauern zur Rede gestellt. Jetzt wollte sich ein im Sägewerk als Tagelöhner beschäftigter Arbeiter melden. Doch der Bauer entzog ihm sogleich das Wort und entließ ihn mit dem Kommentar:

„Moagst glei gehn. Du bist eh glei (nur) Tagelöhner... Du hoast nix z' redn.“

Dann kam die Reihe an Herrn L. Ihm erging es wie seinem Vorredner: „Moagst eh gehn“, meinte der Bauer auch zu ihm.

Herr L. wartete am nächsten Tag den Zeitpunkt ab, da der Bauer den anderen Dienstboten ihre Arbeitsaufträge erteilt hatte und sie bereits an ihre Arbeit gegangen waren. Man schickte ihn vor die Haustür. Der Bauer öffnete

im ersten Stock darüber das Fenster und rief hinunter: „Hias, was is?“ „Ja, gehn möcht i“, antwortete Herr L. Obwohl ihm der Bauer anbot, jetzt doch wieder bleiben zu können, nahm der Knecht ihn beim Wort: „Woas gsoagt is, is gsoagt“, und Herr L. verließ Schloß Kammer das zweite Mal. Das war im Sommer 1931.

„Dös woar a letze (schwere) Zeit, woan oana außi is bei da Tir, san zehn oandri eina.“

Matthias L. selbst habe in den 1930er Jahren bei Bauern als Melker neben anderen Dienstboten im Stall oder in der Scheune geschlafen, sagt er. In dieser Zeit verschlechterten sich die Verhältnisse auch in der Landwirtschaft, so daß Herrn L. sein letztlich konsequentes Handeln nicht leicht gefallen sein dürfte.

Matthias L. kehrte später als Knecht wieder nach Schloß Kammer zurück und diente für weitere neun Jahre als Melker. Er meint, er kenne dort jedes Stück Boden genau. Wenn Herr L. heute Besuch von auswärts bekommt, geht er gerne mit diesem nach Schloß Kammer. Für ihn stellt dieser Ort in seinem Leben als Dienstbote zugleich ein Stück Heimat dar.

Im Gespräch mit dem ehemaligen Knecht wollte ich jenen Elementen der bäuerlichen Gesellschaft nachgehen, die eine Solidarisierung unter den Dienstboten verhinderten. Denn bei der oft großen Anzahl von Dienstboten in einem Haus stellt sich für den außenstehenden Betrachter die Frage, weshalb sich hier kein gemeinsames Schicht- bzw. Klassenbewußtsein entwickelt hat. Es waren in erster Linie die strenge Hierarchie, der Vorrang der Arbeit vor der Person und die religiös verankerten Normen und Verhaltensweisen, die eine selbständige Organisierung der Dienstboten lange verhindert haben. Markante Erfahrungen von Herrn L. sollen dies veranschaulichen.

Über den Zusammenhalt unter den Dienstboten in Konfliktsituationen meint Herr L. skeptisch:

„Dös is a Ding der Unmöglichkeit. Oft oamal vertroagns si si eh nit recht mit'n Erstn (dem ersten Knecht), net, weil der, der steht in der Zwisl (Zwiespalt), der muaß soagn so und so, der muaß a streng sein oft, wo soviel Leit san, der Druck kumt von oben ..., dös woäß i selba als Melker guat, wia mia dös scho a passiert is, ja, woan du oan unterstützt hoast und hinterrucks hoams dia s'Haftl einigrennt, net.“

Das Prinzip der Hierarchie ist es, daß jedes Glied immer ein Darunter hat. Nicht nur herrschte eine Kluft zwischen Bauern und Dienstboten, sondern auch zwischen den Dienstboten untereinander.

So wurde der erste Knecht von den ihm untergeordneten Dienstboten als direkter Vertreter des Bauern angesehen. Damit war auch ein Distanzverhältnis geschaffen. Herr L. selbst erlebte sich als Melker in der Position des

Oberen. Ihm unterstand ein Gehilfe, dem er die Arbeit anschaffen mußte. Dieser setzte sich dagegen auf seine Art zur Wehr. Herr L. erinnert sich:

„Doa is oana gwen, a tüchtiga Bursch, aber nu, du hast hoalt a miaßn diktiern – so und so – ah! da is er wüd worn. Doa hoat er gsoagt: Du bist da erste, den i oabstich.“

Heute verkehren beide in freundschaftlichem Verhältnis, ohne daß sein ehemaliger Gehilfe seine Verbalattacke gegen ihn als Vorgesetzten hat wahr werden lassen.

Wie die eigene Erfahrung von Herrn L. zeigt, war es nicht einfach, Protest zu äußern. Dienstboten mußten – wagte einer es dennoch – mit allen Konsequenzen, das hieß auch Entlassung, rechnen. Der Spielraum für gemeinschaftliches Handeln war begrenzt, wollten sie kein Risiko eingehen. Gerade in den 1930er Jahren war es auch für Arbeitskräfte in der Landwirtschaft nicht so einfach, eine andere Arbeitsstelle zu finden.

Die zweifellos zwischen Bauern und Dienstboten bestehenden Unterschiede des gesellschaftlichen Ranges wurden jedoch durch ihre gemeinsame religiöse Gesinnung abgeschwächt. Nach der Dienstbotenordnung stand dem Bauern das Recht zu, die Dienstboten zum Kirchenbesuch anzuhalten. Der Bauer auf Schloß Kammer sah es gerne, „wenn die Knecht oalle, wenn möglich, in sein Stuhl (der Bauer hatte einen eigenen Kirchenstuhl) si einigsetzt haum“, erinnert sich Herr L. Zwingen freilich konnte der Bauer die Dienstboten nicht, doch es gab am Sonntag nach acht Uhr einfach kein Frühstück mehr. Die Kinder des Bauern unterlagen dessen direkter Autorität.

„Beim Kirchagehn doa woars scho aso: De Buam haum vorda seiner gehn miaßn, dös hoat genau sein miaßn.“

Heimat Arbeitsplatz

Für die meisten Dienstboten auf Schloß Kammer war ihr Arbeitsplatz zugleich ihr Zuhause. Der Großteil der Dienstboten blieb unverheiratet, die anderen heirateten spät. Im Salzburger Pinzgau betrug im Jahre 1870 der Anteil der unehelichen Kinder 36,12 Prozent. Die Bindungen zur Familie waren oft nur lose. Herr L. stellt somit keinen Einzelfall dar. Als dieser sich einmal wegen Krankheit bei seiner Mutter aufhielt, mußte er am Tag 1 1/2 Schilling bezahlen; das war mehr, als ein Dienstbote im Tagesdurchschnitt verdienen konnte. Die meisten Dienstboten kannten also kein anderes Zuhause als ihre Arbeitsstelle.

„Di net verheiratet gwen san, haum eh koa andere Hoamat ghoabt wia di, da hoats eh nix anders gebn... Mei Muata war in Saalfelden verheiratet. Di hoab i Jahre net gsehn, net, jaja, woas soll i denn machn, vergwöhnst di ja ganz, kimmst ja net in Kontakt,

net – i hab miaßn sogar nachant, wia i amoal mit di Fiaß aso z'tuan ghoabt hab, weil i amoal überhaupt net könnn hab, i hab miaßn dahoam ... zahl'n, oan Schilling fünfzig zahl'n. Wenn i net a sparsama Teifl gwen wa, hätt' i ja net amoal oan Schilling – doa hoat ja dazumoal a net amoal a jeda oan Schilling fünfzig ghoabt bein Toag; ja, doa san ja Weiwaleit gnuag gwen, di glei 15 Schilling ghoabt haum im Monat oder woas denn oder 30, 20, 30 woans a guate gwen is...“

Der geringe finanzielle Spielraum, das Fehlen eigener Familienverbundenheit, die Unmöglichkeit eigener Familiengründung – all das waren Faktoren, die bei Dienstboten die Herausbildung eines eigenen Gruppenbewußtseins erschwert haben.

Dazu kam als weiterer Faktor eine relativ hohe Mobilität. Im Regelfall wurde jährlich – mitunter auch während des Jahres – der Dienstplatz gewechselt. Maria Lichtmeß am 2. Februar war Zahltag. Der Tag davor wurde von den Dienstboten als sogenannter „Zuadeantag“ (Dazudientag) bezeichnet. Über diesen Tag ging unter ihnen der Spruch:

„Den Tag muaßt du umasist (umsonst) oarbeint für die Zeit, woas du scheißn gaunga bist.“

Am Nachmittag des 2. Februar wurden die Dienstboten in der Kammer des Bauern ausbezahlt. Bei Schnaps und neben vorbereiteter Butter, bei Käse oder „Kletzenbrot“ wurden noch ausständige Lohnzahlungen mit den scheidenden Dienstboten beglichen. Mit den neu ankommenden Dienstboten unterhielt sich der Bauer über deren künftigen Arbeitsbereich. Auch einigte man sich über die Lohnforderungen.

Die angeführten Beispiele geben keine umfassende Antwort darauf, weshalb sich die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer Salzburgs bis nach dem Zweiten Weltkrieg nicht selbständig organisierten. Sie zeigen lediglich die erschwerenden Umstände auf, wie sie in der Funktionsweise der bäuerlichen Gesellschaft und der bäuerlichen Arbeitsorganisation begründet waren.

Ein entscheidender Grund für die lange verhinderte Organisierung der unselbständig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft lag bei den selbständigen Bauern, die darin eine Bedrohung der patriarchalischen Verhältnisse sahen. Auch Mobilisierungsversuche von seiten der christlichsozialen Arbeiterbewegung scheiterten lange – nach Bundesländern jeweils in unterschiedlichem Ausmaß – am Widerstand der Bauern.

Anmerkung

¹ Zitate aus dem Interview mit Herrn Matthias L. (Pseudonym) aus Maishofen am 3. März 1989. Angaben zu Schloß Kammer verdanke ich Frau Neumayer, Interview am 31. Jänner 1989.

Wandel der ländlichen Idylle: Der Maschineneinsatz gleicht die Landarbeit der Industriearbeit an – auch äußerlich. Dampfdreschen beim „Prunnerbauer“ in Oberndorf (Salzburg), mit einer Dreschpartie im Jahre 1935.

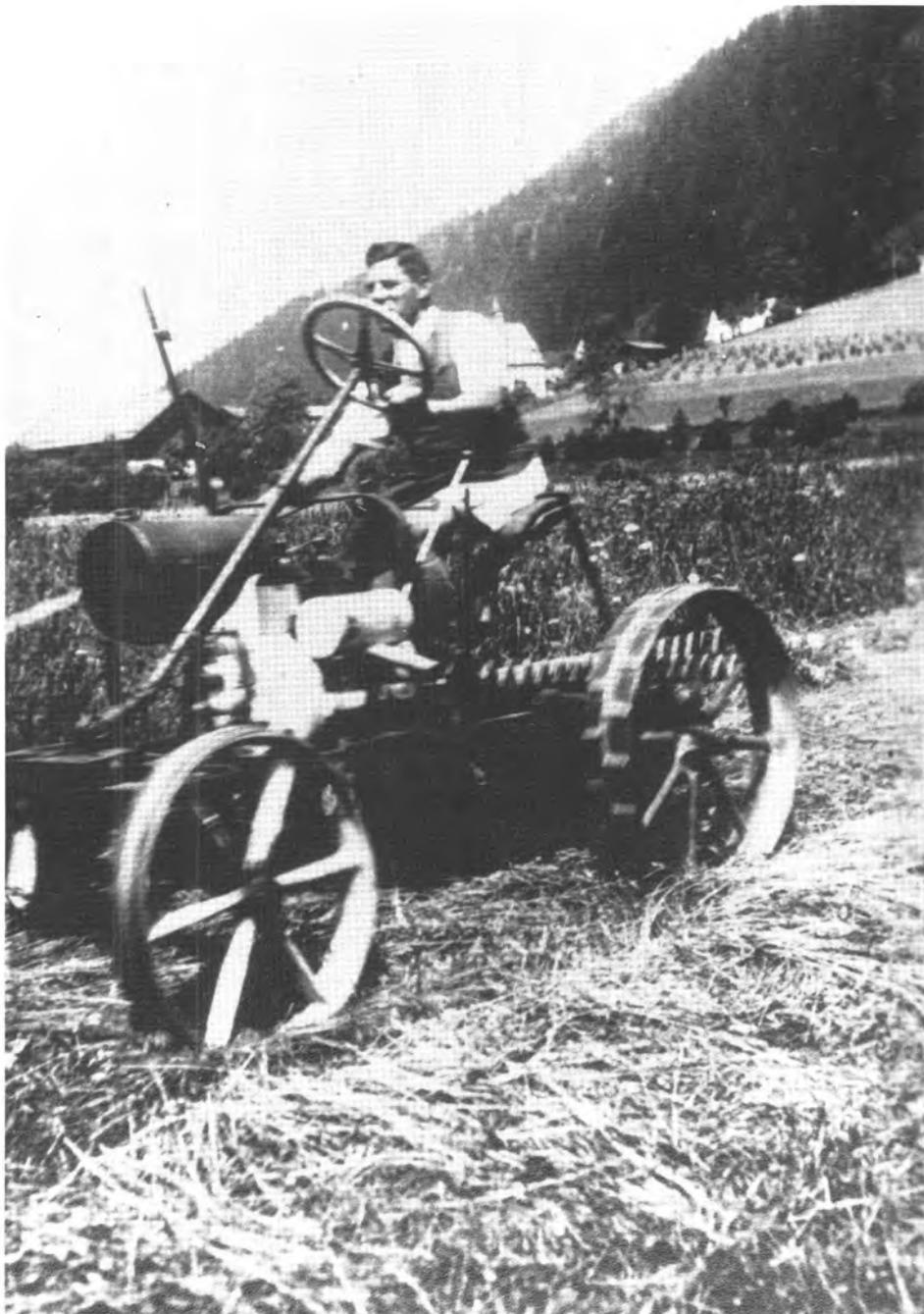


Die Landarbeiterinnen und Landarbeiter im oberösterreichischen Mühlviertel scheinen sich an Schaufel und Gabel als den Symbolen der alten Arbeitsverhältnisse festzuklammern.



Wie verändert sich das Bewußtsein angesichts solcher Umwälzungen der Produktionsbedingungen? Eine ähnliche Szenerie in Jauchsdorf bei Oberndorf, Salzburg, in der Ersten Republik.





Der Dampfmaschine folgt, als weiterer revolutionärer Schritt der Agrartechnik, der Traktor. Der erste lief in Maishofen im salzburgischen Pinzgau beim Stiegerbauern – schon vor 1928.

Wie die Industrialisierung insgesamt, entwickelte sich auch die Mechanisierung der Landwirtschaft zeitlich und örtlich nicht gleichmäßig. In den Gebirgsregionen und bei den Kleinbauern gingen die Uhren anders: eine Bauernfamilie mit Knecht in Pfarrkirchen im Mühlkreis/Oberösterreich in den zwanziger Jahren ...



... und Bauernknechte und Mägde beim Dienstbotenwechsel zu Mariä Lichtmeß im Zillertal 1929.



Andreas Resch

„Rotes Gsott“ und christlichsoziale Bauern

Der Steyrer Landarbeiterstreik im Jahre 1922

Im Jahr 1922 geriet das Lohngefüge in Österreich durch die dramatische Inflationsentwicklung in heftige Turbulenzen. Vielerorts traten Industriearbeiter in Streiks, um eine Anpassung ihrer Bezahlung entsprechend der Geldentwertung durchzusetzen.

In dieser Situation kam es zu einer der wenigen aufsehenerregenden Massenaktionen von alpenländischen Landarbeitern: zum Streik in der Steyrer Gegend im Juni 1922. Laut Angabe der Landarbeitergewerkschaft beteiligten sich etwa 300 Dienstboten an dem Ausstand.¹ Von christlichsozialer Seite wurde berichtet, daß 32 Bauernhöfe von der Arbeitseinstellung betroffen gewesen seien.²

In Oberösterreich gab es weniger landwirtschaftliche Großbetriebe als in Niederösterreich und im Burgenland. Die Agrarstruktur in den westlicheren Bundesländern brachte es mit sich, daß die Landarbeiter vorwiegend als Dienstboten beschäftigt waren. Das heißt, sie lebten zumeist im häuslichen Verband mit dem Dienstgeber und waren pro Betrieb nicht sehr zahlreich. Als Folge dieser Verhältnisse gab es in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in den westlichen Bundesländern weniger klassenkämpferische Solidarisierungsaktionen als etwa in Niederösterreich, wo die sozialdemokratische Landarbeitergewerkschaft ein Hauptaugenmerk ihrer Tätigkeit darauf legte, kollektive Aktionen unzufriedener Landarbeiter in Lohnforderungen zu kanalisieren.³

Wie konnten Landarbeiter und Dienstboten ihre Interessen vertreten? Ließen sich fortgeschrittene gewerkschaftliche Organisationsformen der industriellen Arbeitswelt in der Landwirtschaft durchsetzen? Klassenkämpfe sind Lernprozesse: ein ungewöhnlicher Versuch aus der Gegend um Steyr am Anfang der zwanziger Jahre.

Doch vereinzelt artikulierten auch die westösterreichischen Dienstboten ihre Unzufriedenheit. Ihre sozial- und arbeitsrechtliche Stellung war durch die von den Landtagen erlassenen Landarbeiterordnungen geregelt. Als besonders drückend wurde das Fehlen einer Einbindung in das Sozialversicherungssystem empfunden. So wurde etwa in Oberösterreich während der gesamten Zeit der Ersten Republik eine befriedigende Lösung dieses Problems verschleppt.⁴

In dem Gebiet, wo es zum hier dargestellten Arbeitskampf kam, wurden die Löhne zwischen den Regionalorganisationen des christlichen Landarbeiterbundes und des oberösterreichischen Bauernbundes ausgehandelt.

Der im Sommer 1920 abgeschlossene Vertrag enthielt folgende Entlohnungsbestimmungen⁵ – und gibt, auch wenn die absoluten Beträge nicht so aussagekräftig sind, einen guten Einblick in die differenzierte Dienstboten-Hierarchie:

	Sommermonate	Wintermonate
Für Hausknechte und		
Roßknechte	150 - 200 Kr.	130 - 180 Kr.
Mitarbeiter	120 - 160 Kr.	100 - 140 Kr.
kleine Mitarbeiter	110 - 150 Kr.	90 - 130 Kr.
Stallbuben (Beginn der Entlohnung mit dem 2. Dienstjahr)	50 - 80 Kr.	30 - 60 Kr.
große Dirn, Saudirn	120 - 160 Kr.	100 - 140 Kr.
erste Mitgeherin (2. Stalldirn)	90 - 130 Kr.	70 - 110 Kr.
zweite Mitgeherin	80 - 120 Kr.	60 - 100 Kr.
Für Küchenmädchen (mit Beginn des 2. Dienstjahres)		
I. Klasse	50 - 80 Kr.	30 - 60 Kr.
II. Klasse	40 - 70 Kr.	20 - 50 Kr.
Nach jedem vollen Dienstjahr hatte jeder Landarbeiter und jede Landarbeiterin Anspruch auf folgende Naturalien: ein Paar Lederschuhe (Holzschuhe ausgeschlossen) und zwei Hemden.		
Lohnsätze für Tagelöhner pro Tag	14 - 16 Kr.	10 - 12 Kr.
für Tagelöhnerinnen pro Tag	10 - 12 Kr.	6 - 8 Kr.

Als Sommermonate galten die Monate vom 1. Mai bis zum 1. November, die restlichen Monate galten als Wintermonate.

Steyr war als Industriestadt ein Zentrum der oberösterreichischen Arbeiterbewegung. Hier fanden auch viele Menschen aus der ländlichen Umgebung Arbeit. Die Stadt und ihr Umfeld wurden damit zu einer Schnittstelle zwischen ländlicher, vorwiegend christlichsozial orientierter Bevölkerung und sozialdemokratischer Arbeiterschaft. Somit war das Steyrer Gebiet dafür prädestiniert, daß es hier zu einer der ganz wenigen Aktionen kam, in der Landarbeiter mit gewerkschaftlich organisierten Industriearbeitern bei einem Arbeitskampf kooperierten.

Die streikenden Dienstboten mußten befürchten, während des Ausstandes nicht nur ihren Lohn einzubüßen, sondern auch Quartier und Nahrungsversorgung durch den Dienstgeber zu verlieren. So beschlossen die Steyrer Industriearbeiter in einer Konferenz der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner, die von derartigen Maßnahmen Betroffenen auf die Dauer des Streiks in Kost zu nehmen und ihnen Unterkunft zu gewähren.⁶

Der christlichsoziale „Landarbeiterbote“ suchte diese Zusammenarbeit mit dem Hinweis zu denunzieren, daß die Sozialdemokraten erpresserischen Druck auf die Landarbeiter ausgeübt hätten, diese Koalition einzugehen:

„Teilweise sind sie (die Landarbeiter, A. R.) wirklich überzeugte Sozialdemokraten, teilweise sind sie Kinder, Frauen oder nahe Verwandte von sozialdemokratischen Fabrikarbeitern und müssen gegen ihre innere Überzeugung im roten Land- und Forstarbeiterverein sein.“⁷

Der Verlauf des Arbeitskampfes

Die Tatsache, daß der Streik nicht nur einer spontanen Auflehnung von isoliert agierenden Dienstboten entsprang, sondern in Anlehnung an die gewerkschaftliche Organisation der sozialdemokratischen Industriearbeiter begonnen werden konnte, schlug sich auch in den Forderungen der Landarbeiter nieder: Sie stellten nicht nur Lohnforderungen, sondern wollten vor allem auch die Anerkennung der sozialdemokratischen Landarbeitergewerkschaft als Partner bei Lohnverhandlungen durchsetzen und somit das bis dahin bestehende Vertretungsmonopol des christlichen Landarbeiterbundes brechen.

Die deutschnationale „Bauernzeitung“, selbst nicht direkt in diesen Konkurrenzkampf involviert, aber deutlich antisozialdemokratisch eingestellt, berichtet über den Beginn des Arbeitskampfes:

„Am Vormittag des 14. d. M. (Juni 1922, A. R.) erhielten die Bürgermeister von Gleink, Steyr (Stein) und Wolfers gleichlautende Telegramme aus Linz, worin der Streik der Landarbeiter angekündigt wurde, falls nicht noch am selben Abend Lohnverhandlungen mit den sozialdemokratisch organisierten Landarbeitern einberufen würden. ... Die Bauernschaft ... versammelte sich ... in Steyr zu einer Beratung, in welcher sich die allgemeine Entschlossenheit kundgab, mit den sozialdemokratisch organisierten Landarbeitern keinen eigenen Lohnvertrag abzuschließen...“⁸

Die Christlichen Landarbeiter, deren Alleinvertretungsanspruch für die Dienstboten in Frage gestellt war, erklärten in ihrem „Landarbeiterboten“, daß sie „dem mutwilligen roten Streik mit Entschlossenheit“ entgegentreten würden.⁹

Der Bezirkshauptmann von Steyr, Dr. Pilshofer, verurteilte die Unterstützung der Landarbeiter durch die Steyrer Industriearbeiter als Mißbrauch des Koalitionsrechtes. So entstand in der Stadt Steyr eine hitzige Nebenfront dieser Auseinandersetzung, die am 21. Juni 1922 zu einem Krawall eskalierte, bei dem der Bezirkshauptmann von den Land- und Industriearbeitern verprügelt wurde.¹⁰

Am folgenden Sonntag, dem 24. Juni 1922, schlossen in einer Sitzung „der Bezirksorganisation Steyr des oberösterreichischen Bauernbundes und des christlichen Landarbeiterbundes ... die Bauern einen neuen Lohnvertrag mit dem christlichen Landarbeiterbund ... für alle ..., welche bis Dienstag mittags auf ihren Dienstplatz zurückkehrten. ... Der neue Lohnvertrag erhöhte sämtliche Löhne um 110 %.“¹¹

Daraufhin kam es zu Zusammenstößen zwischen zurückkehrenden Landarbeitern und Streikpatrouillen, die den Ausstand fortsetzen wollten. Aber am 10. Juli war der Streik endgültig beendet.

„Daß die Sozi ... selbst den Streik verloren geben“

Zufrieden konnten die christlichen Bauern- und Landarbeiterzeitungen das Ende des Streiks vermelden. Besonders aggressiv wurde im christlichsozialen „Landarbeiterboten“ über den Ausgang des Streiks berichtet, der ja vor allem gegen die Vorherrschaft des christlichen Landarbeiterbundes als Vertretungsorganisation der Landarbeiter gerichtet gewesen war.

In der Nummer vom 15. Juli 1922 wird berichtet, daß „der rote Streik in Steyr so jammervoll verkracht ist“, und es wird von ehemals sozialdemokratischen Landarbeitern erzählt, die anlässlich des Lohnvertrages vom 24. Juni 1922 zu den Christlichsozialen gewechselt seien.

„Die meisten kommen jetzt in den Christlichen Landarbeiterbund und sagen: ‚Mit dem roten Gsott will ich nichts mehr zu tun haben.‘“

Zum Scheitern der Bemühungen der sozialdemokratischen Landarbeiterorganisation, als Tarifpartner bei Lohnverhandlungen anerkannt zu werden, wird im gleichen Artikel voll Spott und Hohn angemerkt:

„Es soll bei den künftigen Lohnverhandlungen ein sozialdemokratischer Vertreter zu informativen Zwecken, rein als Zuhörer

ohne Stimmrecht und ohne Verhandlungsrecht beigezogen werden. ... Daß die Sozi nun schon mit einem ‚Stummerl‘ bei den Verhandlungen zufrieden wären, zeigt, daß sie selbst den Streik verloren geben.“

Dezenter gehen naturgemäß die Gewerkschaftshistoriker in der Festschrift „50 Jahre Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft“, herausgegeben von Julius Uhlirs, über diesen Ausgang des Arbeitskampfes hinweg:

„Er erregte in ganz Österreich großes Aufsehen und wurde am 10. Mai (richtig: 10. Juli, A. R.) 1922 erfolgreich abgeschlossen.“¹²

Der einzige Erfolg, der tatsächlich für die Landarbeiter erreicht wurde, war die Lohnerhöhung um 110 Prozent – und die schlug für die christlichen Landarbeiter zu Buche, da sie mit deren Organisation vereinbart wurde. Daß es letztlich der sozialdemokratische Druck war, durch den dieses Zugeständnis an die christlichen Landarbeiter erreicht wurde, ist allerdings nicht untypisch: Genauso, wie der oberösterreichische Christliche Landarbeiterbund schon seine Entstehung der Angst der Bauernbündler vor einer sozialdemokratischen Organisation der Dienstboten verdankte, war auch dieses Mal der Druck von außerhalb, von den sozialdemokratischen Gegnern, entscheidend für einen Erfolg der christlichen Arbeitnehmervertretung, deren eigene Programmatik ja von „Klassenkampf“ nichts wissen wollte.

Anmerkungen

- ¹ Uhlirs, Julius (Hg.): 50 Jahre Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft. (= Das Landarbeiterarchiv, Jg. 11, Sondernummer, Heft 5/6). Wien 1956, S. 61 (149).
- ² „Landarbeiterbote“, 15.7.1922.
- ³ Mattl, Siegfried: Agrarstruktur/Bauernbewegung und Agrarpolitik in Österreich 1919-1929. Wien-Salzburg 1981, S. 121.
- ⁴ Bruckmüller, Ernst: Soziale Sicherheit für Bauern und Landarbeiter, in: Bruckmüller, E. / Sandgruber, R. / Stekl, H.: Soziale Sicherheit im Nachziehverfahren. Salzburg 1975, S. 15-129, hier S. 60 ff.
- ⁵ Staudinger, Anton: Pfarrchroniken als Quelle der Zeitgeschichte, in: Aspekte und Konflikte eines Kirchenhistorikers – Kirche und Welt in ihrer Begegnung. Hrsg. von Franz Loidl. Wien 1976, S. 197-219, hier S. 214.
- ⁶ Uhlirs (wie Anm. 1), S. 61.
- ⁷ „Landarbeiterbote“, 15.7.1922.
- ⁸ „Bauernzeitung“, 22.7.1922.
- ⁹ „Landarbeiterbote“, 15.7.1922.
- ¹⁰ Uhlirs (wie Anm. 1), S. 61f.
- ¹¹ „Bauernzeitung“, 29.7.1922.
- ¹² Uhlirs (wie Anm. 1), S. 62.

Johann Mayr

„... die schwierigen Arbeits- hände zum Bunde gereicht“

Leopold Reiter – Karl Spielbüchler: Sozial-
demokratische Politik für Bauern und Arbeiter

Die Sozialdemokratie war ab den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Partei des industriellen Fortschritts – agrarpolitische Vorstellungen und Strategien gediehen da eher im Schatten. Dennoch: Es gab sozialdemokratische Bauernpolitik und Bauernpolitiker, pragmatisch, auf die Alltagsbedürfnisse der „einfachen Leute“ abgestimmt, mit langem Atem, unspektakulär.

Am Montag, den 14. Jänner 1946 meldete das Parteiorgan der oberösterreichischen Sozialisten „Tagblatt“ über die erste Landeskonferenz der oberösterreichischen „Freien Arbeitsbauern“ in der Zweiten Republik:

„Bauern und Arbeiter, die sich solange nicht verstanden haben, haben sich nun gefunden und sich die schwierigen Arbeitshände zum Bunde gereicht.“

Was in Wirklichkeit im großen ein Wunsch bleiben sollte, war hinsichtlich zweier Organisationen bereits erfüllt: Die sozialdemokratischen Freien Arbeitsbauern standen schon lange im engsten Bündnis mit der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter, ja noch mehr, diese Bauernorganisation war aus der Gewerkschaft hervorgegangen. Denn die dort vereinigten Bauern waren größtenteils Tagelöhner oder Lohnarbeiter mit einem Stück Land, und andererseits hatten auch viele Landarbeiter ein Fleckchen Eigengrund; beide waren jedoch abhängig von Kapital, Großgrundbesitz und ihrer Hände Arbeit.

So auch zwei Männer, die sich bei dieser Landeskonferenz am 13. Jänner 1946 in Linz das erste und wahrscheinlich zugleich das letzte Mal trafen und die für den inneren Zusammenhang von sozialistischer Bauernorganisation und Landarbeitergewerkschaft typisch sind: der Arbeitsbauer Leopold Reiter und der Gewerkschafter Karl Spielbüchler¹.

Diese beiden Männer wurden denn auch als die zwei Referenten für Forstwirtschaft und Servitute (das heißt Nutzungsrechte in den staatlichen Forsten) in den ersten Vorstand der oberösterreichischen Arbeitsbauern in der Zweiten Republik gewählt.

Gewerkschaftsarbeit unter Land- und Forstarbeitern

Als Karl Spielbüchler am 22. Juni 1911 in Gosau geboren wurde, kaufte sich im selben Jahr der damals 32jährige Eisenbahner Leopold Reiter ein „kleines Sacherl“, genannt „Dornbauer“, mit 0,177 Hektar Grund in Spital am Pyhrn, im bergigen Süden Oberösterreichs, pachtete 1,48 Hektar dazu und begann im Nebenerwerb eine Landwirtschaft zu betreiben. Außerdem gehörten zum „Dornbauer“ einige Servitutsrechte von den Bundesforsten. All das war ausreichend, um eine Kuh, einige Geißen und Hühner zu halten sowie das notdürftigste für den Hausgebrauch anzupflanzen.

Leopold Reiter, geboren am 25. Oktober 1879, stammte vom 42 Hektar großen Oberrannergut, ebenfalls in Spital am Pyhrn. Er war eines von sieben weichenenden Geschwistern, verdingte sich längere Zeit als Tagelöhner, bis er eine Beschäftigung bei den k.k. Eisenbahnen fand. Das ermöglichte ihm, 1905 zu heiraten und eine Familie zu gründen. Seine Ehefrau Maria, die bereits 1928 verstarb, gebar 13 Kinder, von denen jedoch nur drei das Säuglingsalter überlebten. 1930 ging Leopold Reiter eine zweite Ehe ein, wobei seine Frau Sophie einen Sohn in diese Ehe mitbrachte.

Zum Kauf des „Dornbauer“ bewog ihn einerseits landwirtschaftliche Neigung, andererseits verdiente ein Hilfsarbeiter bei der Eisenbahn nicht ausreichend, um eine Familie versorgen zu können.

Politisiert worden im Sinne der Sozialdemokratie war Reiter bereits als Tagelöhner. Dort kam er auch mit gewerkschaftlichem Gedankengut in Berührung. Bei den Staatsbahnen wurde dieses Engagement intensiver, sodaß aus ihm einer der führenden sozialdemokratischen Funktionäre und Bildner in einer ländlichen Gegend wurde. Nichtsdestoweniger blieb bei Leopold Reiter, wie bei so vielen Landarbeitern, Tagelöhnern und Bauernkindern, der Wunsch nach landwirtschaftlichem Eigentum wach. Den konnte er sich nun erfüllen, was ihn aber auch veranlaßte, für die selbstarbeitenden Bauern sowie für die Pächter und die Servitutsberechtigten politisch einzutreten.

Karl Spielbüchler wurde hingegen in die Verhältnisse, die sich Leopold Reiter geschaffen hatte, schon hineingeboren: als zweites von sechs Kindern eines Forstarbeiters und Nebenerwerbsbauern in Gosau bei Gmunden. Die

Familie Spielbüchler hatte an die zwei Hektar Grund und ebenfalls Servitute von den Bundesforsten. Allerdings wurde Karl Spielbüchler schon früh mit sozialistischem Gedankengut vertraut, da sich bereits sein Vater der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter und ebenso der sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatte. Diesen Schritt vollzog Karl bei seinem Eintritt ins Berufsleben – ebenfalls als Forstarbeiter – und wurde nun außergewöhnlich aktiv. So übernahm er 1927 die Obmannstelle der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) in Gosau und 1929, also mit 18 Jahren, dieselbe Funktion für den gesamten Bezirk Gmunden. Eng damit verbunden waren seine ersten gewerkschaftlichen Aktivitäten bei den Forstarbeitern.

Spielbüchler hatte das für die damalige Zeit außergewöhnliche Glück, als Spitzenfunktionär der SAJ zu Partei- und Gewerkschaftsschulungen geschickt zu werden und so hervorragende Lehrer wie Otto Glöckel, Karl Seitz und Otto Bauer zu haben; letzterer widmete einen Teil seiner Forschung besonders der Verbreitung sozialistischer Ideen unter Landarbeitern und Kleinbauern.

Die ersten Aktionen, die Spielbüchler organisierte, galten der Abwehr der aufkommenden faschistischen Gefahr: sowohl des österreichischen Faschismus als auch, besonders ab 1932, des Nationalsozialismus.

Spielbüchler bemühte sich schon als junger Funktionär um ein gemeinsames Vorgehen von Landarbeitern und den Ebenseer Fabrikarbeitern. In der Folge des 12. Februar 1934 kam es in dem gut organisierten Bezirk Gmunden zu wirkungsvollen Aktionen. So wurden in Ebensee die Züge gestoppt, die Gendarmerie wurde entwaffnet. Doch drang bald Militär in den Bezirk vor und setzte dem Widerstand ein Ende.

Spielbüchler wurde in der Folge dreimal verhaftet, die Reisedokumente wurden ihm abgenommen. Trotzdem reiste er – mit dem Paß seines Bruders – als Delegierter des Salzkammerguts nach Brünn zur illegalen Konferenz der Sozialdemokraten, an der auch Otto Bauer, Julius Deutsch, Friedrich Adler, Bruno Kreisky und andere teilnahmen. Dort bekam er Anweisungen für die in Oberösterreich tätigen Revolutionären Sozialisten, die er an Edmund Aigner und Fritz Dametz weiterleiten sollte. Sein Begleiter und er merkten auf der Rückfahrt nach Österreich, daß sie beobachtet wurden, und hatten Mühe, in Linz die Spitzel abzuschütteln.

Die Tradition der Arbeiterbewegung im Salzkammergut war nach dem Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft stark genug, daß gleich eine schlagkräftige Organisation zur Verfügung stand. Karl Spielbüchler wurde von den Amerikanern als Bürgermeister von Gosau eingesetzt und in den nächsten 31 Jahren bei allen Wahlen in diesem Amt bestätigt.

Während der beiden Faschismen war Karl Spielbüchler – jetzt noch dazu für seine Frau Elfriede und die beiden Kinder mitverantwortlich – lange Zeit arbeitslos gewesen. Er mußte samt seiner Familie von der Kleinlandwirtschaft seiner Eltern miternährt werden, wo er auch arbeitete, sodaß er die Nöte des Kleinbauernstandes in der Praxis kennenlernte. Deswegen war es auch Wunsch der SPÖ, daß Spielbüchler nach dem Zweiten Weltkrieg als oberösterreichischer Vertreter der *Landarbeiter und Kleinbauern* in den Nationalrat einzog.

Der „Verband der Kleinbauern und Pächter“ in Oberösterreich

Daß den Bauern von der SPÖ damals so selbstverständlich eine Vertretung im Nationalrat zugebilligt wurde, war wiederum mit ein Verdienst von Leopold Reiter. Er hatte sich schon früher in der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter um die Belange der Kleinbesitzer angenommen und war führend dabei, als sich am 12. Juli 1925 der „Verband der Kleinbauern und Pächter“ in Oberösterreich aus dieser Gewerkschaft heraus gründete. Leopold Reiter wurde stellvertretender Obmann dieses Verbandes und blieb dies bis zu dessen zwangsweiser Auflösung in der Folge der Februarereignisse 1934 – die Organisation hatte sich mittlerweile in „Verband der freien Arbeitsbauern“ umbenannt.

Franz Wiesmair, Josef Breitenbaumer und Leopold Reiter – diese Namen sind sowohl mit der Gründung der Arbeitsbauern-Organisation 1925, mit deren Aktivitäten in der Ersten Republik, mit den ersten Zusammenkünften nach dem Zweiten Weltkrieg und mit der Wiedergründung des Verbandes 1946 verbunden. Die polizeiliche Anmeldung des Vereins nach dem Kriege erfolgte mit 8. April 1947 (polizeiliches Genehmigungsdatum), und als Proponenten und provisorischer Vereinsvorstand sind nur diese drei Namen protokollarisch vermerkt. Als der Verband seine offizielle Wiedergeburt erfuhr, war Leopold Reiter freilich bereits zwei Wochen verstorben.

Leopold Reiter war ein sehr aktiver Funktionär gewesen, und ein Pionier der Verbreitung sozialdemokratischen Gedankenguts in ländlichen Gebieten. So war er während der Ersten Republik Gemeinderat in Spital am Pyhrn und als Gemeindeausschußmitglied (heute Gemeindevorstand) der zuständige Referent für Straßenbau und -erhaltung.

In seinem persönlichen und politischen Handeln ging Reiter so korrekt und mit soviel Sachkompetenz vor – besonders was den Einsatz neuer Techniken und Arbeitsweisen in der Landwirtschaft betraf –, daß er sich zwar keine innige Zuneigung, aber Anerkennung und Respekt auch beim politischen Gegner verschaffen konnte.

Selbstverständlich war Leopold Reiter Ortsobmann der Freien Arbeitsbauern in Spital am Pyhrn, von der Gründung bis zum zwangsweisen Ende 1934. In dieser Funktion baute er mit anderen Bauern einen ersten Maschinenring auf, der sich durch Mitgliedsbeiträge erhielt. „Wollte ein Nicht-Vereinsmitglied eine Maschine leihen, mußte es warten bis die Mitglieder befriedigt waren und eine höhere Miete zahlen.“ Im Unterschied zu den heutigen Maschinenringen gab es keine Zentralverwaltungsstelle für die Geräte, sondern jeweils ein Mitglied war für Wartung und Verwaltung einer Maschine zuständig, wodurch sehr kostengünstig gearbeitet werden konnte.

Als großer Erfolg der Spitaler Arbeitsbauern wurde weiter gewertet, daß es Reiter gelang, in der örtlichen Konsumgenossenschaft eine kollegiale Fleischhauerei der Kleinbauern zu errichten und dadurch eine alte sozialistische Forderung zu verwirklichen: die direkte Verbindung von Produzenten und Konsumenten.

Reiters besonderes ortspolitisches Wirken galt aber der Vertretung der Bauern als Pächter und Servitutsberechtigter. Es war nur selbstverständlich, daß er der Ortsgruppenobmann des Servitutsberechtigtenverbandes und Exekutivkomiteemitglied des Alpenländischen Verbandes der Servitutsberechtigten „ALVESER“ war.

Dieser Verband umfaßte das Gebiet des steiermärkischen, salzburgischen und oberösterreichischen Salzkammgutes und hatte seinen Sitz in Gmunden und Bad Goisern. Er war überparteilich organisiert und wurde auch während der faschistischen Perioden nicht aufgelöst – beziehungsweise nach kurzzeitiger Aufhebung wieder bestätigt –, erfuhr jedoch allerlei Einschränkungen. In diesem Verband ging Reiter bis 1938 im Verein mit dem ehemaligen Landbündler Hutgrabner gegen Absichten des konservativen Bauernbundes, die die Rechte der Servitutsberechtigten geschmälert hätten, vehement vor. Genauso agierten beide – und das ist besonders interessant hinsichtlich Hutgrabner, der mittlerweile Kreisbauernführer geworden war – auf Angriffe gegen die Interessen der Pächter und Servitutsberechtigten zwischen 1938 und 1945.

Daß aber Leopold Reiter seiner Gesinnung auch für einen momentanen Vorteil nicht untreu wurde, geht daraus hervor, daß er der einzige Zahlstellenleiter der „ALVESER“ war, der zwischen 1934 und 1945 weder als Mitglied des Bauernbundes noch als Pg. (Parteigenosse) jemals angeschrieben oder eingeladen wurde, sondern stets als „lieber Freund“.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde unter sozialdemokratischer Führung und mit Beteiligung aller antinationalsozialistischen Kräfte in Spital am Pyhrn eine „Ordnungstruppe“ ins Leben gerufen. Sie kennzeichnete sich mit rot-weiß-roten Armbinden und sah es als ihre

Aufgabe an, Nazi-Terrorakte zu verhindern und die Kriegsgefangenen des nahegelegenen Lagers vor Unbill zu beschützen. Diese Tätigkeit war schon deswegen nicht ungefährlich, da in den letzten Kriegstagen auch immer wieder nazitreue Gruppierungen – zum Beispiel eine SS-Einheit – in das Gebirge verschlagen wurden, die mit letzter Brutalität gegen solche „verräterische“ Aktivitäten vorgingen. Die SS-Einheit wollte in Spital am Pyhrn noch im April 1945 drei Personen wegen Verrats liquidieren; zwei davon konnten, rechtzeitig gewarnt, fliehen, einer jedoch ließ sein Leben. Auch Leopold Reiter kam durch Denunziation nochmals in höchste Gefahr.

Reiters besonderes Anliegen war nun die Reaktivierung des „Verbandes der freien Arbeitsbauern“ in Oberösterreich und seiner Bezirks- und Ortsorganisation. Bereits im April 1946 wurde in Spital am Pyhrn wieder mit aktiver Werbung für sozialistische Bauernpolitik begonnen.

Am Ende von Reiters Leben stand ein Neubeginn seines wichtigsten politischen Anliegens: indem er zum zweiten Mal die oberösterreichische Landesorganisation des „Verbandes der freien Arbeitsbauern Österreichs“ mitbegründete.

Leopold Reiter verstarb am 25. März 1947 in seinem „Dornbauerngut“ an den Folgen eines Schlaganfalles.

Landarbeit im Wandel

Die eigentliche politische Karriere Karl Spielbüchlers begann erst nach dem Zweiten Weltkrieg. 1945 wurde er zum Bürgermeister von Gosau bestellt, zum Jahresende in den Nationalrat gewählt, außerdem war er Bezirks- und Ortsparteiobmann der SPÖ Gmunden beziehungsweise Gosau. Sein vorrangiges Wirkungsfeld blieben aber die Land- und Forstarbeiter. Als Zentralbetriebsratsobmann der Forstarbeiter in den Bundesforsten war er führend beim Kampf um das Land- und Forstarbeitergesetz im Nationalrat und „draußen“ in den Betrieben.

Karl Spielbüchler war ein kämpferischer Vertreter der Land- und Forstarbeiter. Das bewies seine Rolle beim großen Forstarbeiterstreik 1950 im Gefolge des 4. Lohn- und Preisabkommens: Konnten sich die Landarbeiter in Oberösterreich nach kürzeren Streiks im Juli 1950 einen annehmbaren Kollektivvertrag erkämpfen, so gelang das bei den Forstarbeitern nicht so einfach, und es kam zu einem Generalstreik von mehr als 20.000 Forstarbeitern in ganz Österreich; Spielbüchler stand bei seinen Salzkammer-

gutern an der Spitze. Vertreter der Arbeitgeber und der Behörden versuchten an seine öffentlichen Funktionen zu appellieren, als Aussperrungsandrohungen bei den Arbeitern nichts gefruchtet hatten. Sie wiesen auf die Vorkommnisse in der Folge der Industriearbeiterstreiks hin, bemühten die kommunistische Gefahr, vergeblich. Spielbüchler blieb mit den Streikenden unbeugsam, bis am 31. Oktober 1950 ein zufriedenstellendes Ergebnis gefunden werden konnte. Von Vorteil war natürlich, daß die Streikenden die Zentrale der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter hinter sich wußten. Dieser Streik war der am längsten andauernde Arbeitskampf der Zweiten Republik.

Die weitere Arbeit Spielbüchlers bestand nun darin, die Auswirkungen der technischen Umwälzungen für die Landarbeiter erträglich zu machen. Für viele bedeutete das einen Wechsel des Berufes auch in fortgeschrittenen Jahren. Und es galt, das Funktionieren der Land- und Forstarbeiter-Gewerkschaft als schlagkräftiger Organisation trotz des natürlichen Mitgliederschwundes zu sichern.

1971 trat Spielbüchler als Nationalratsabgeordneter wie auch als Zentralbetriebsrat der Forstarbeiter in den Ruhestand.

Die Mühen der Land- und Forstarbeit scheinen heute durch den Einsatz modernster Geräte Vergangenheit, genauso wie die Kämpfe und Anstrengungen der Generationen der Reiters und Spielbüchlers. Die Motive ihres Engagements sind freilich selbst unter sehr veränderten Bedingungen nicht überholt: auch schwierige Verhältnisse freier, solidarischer und lebenswerter zu gestalten.

Anmerkung

¹ Quellen:

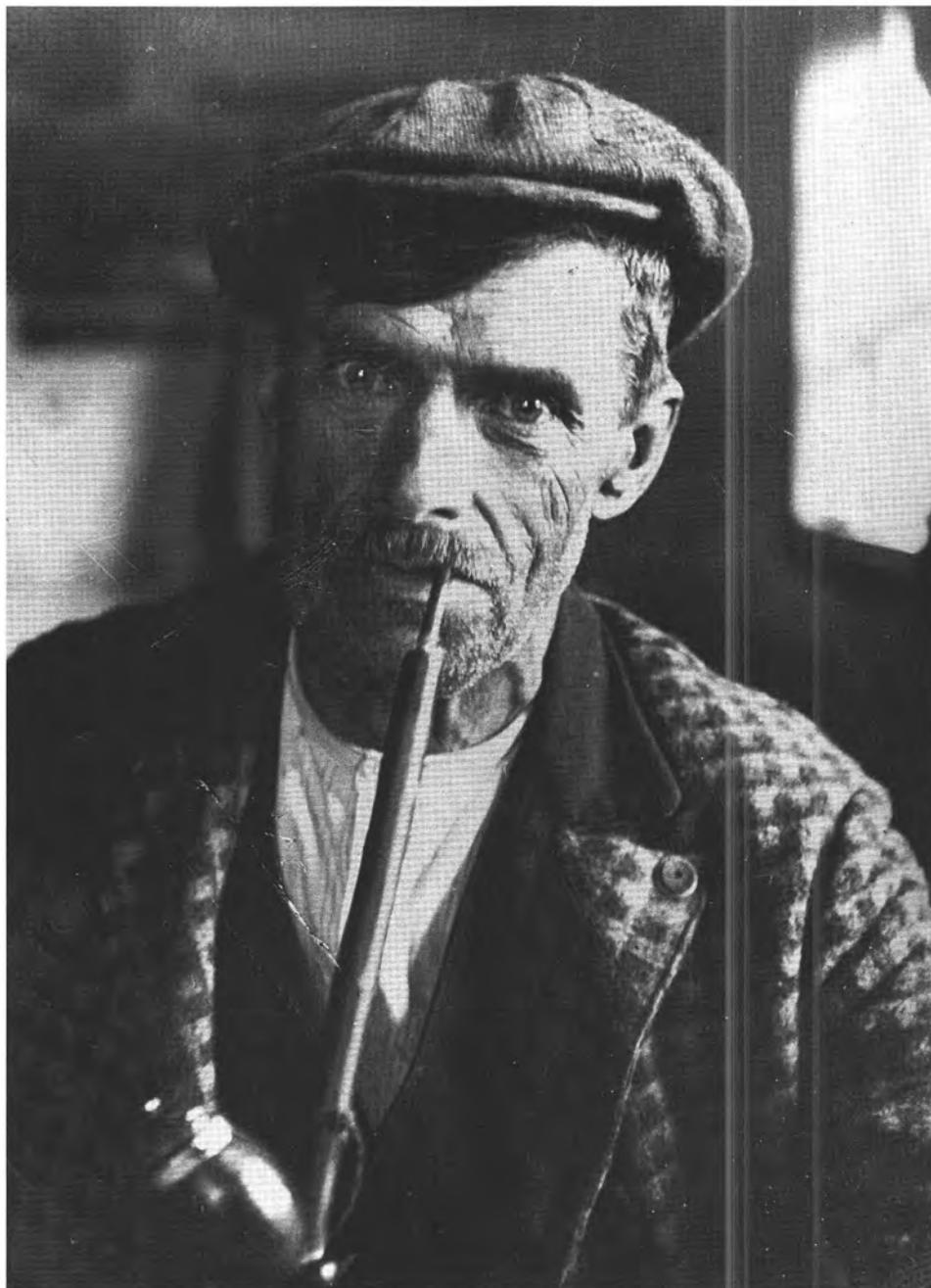
Zu Leopold Reiter:

1. Nachlaß von Leopold Reiter
2. Interviews mit Anna Reiter (Schwiegertochter), Spital am Pyhrn, 20. und 28.3.1989.
3. Interviews mit David Neuleitner (Zeitzeuge), Spital am Pyhrn, 20.3. und 17.4.1989.
4. „Der Kleinbauer und Pächter (später: Der Arbeitsbauer). Organ der freien Arbeitsbauern Oberösterreichs“ 1926-1930.

Zu Karl Spielbüchler:

1. Interviews mit Karl Spielbüchler, Linz, 14.3., 28.3. und 19.4.1989.
2. Uhlirs, Julius: 50 Jahre Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter (= Landarbeiter-Archiv, 11. Jg., Sondernummer, Heft 5/6). Wien 1956.
3. „Der Landbote. Fachblatt der Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft“.
4. „Salzkammergut-Zeitung“, Linz 1948 ff.

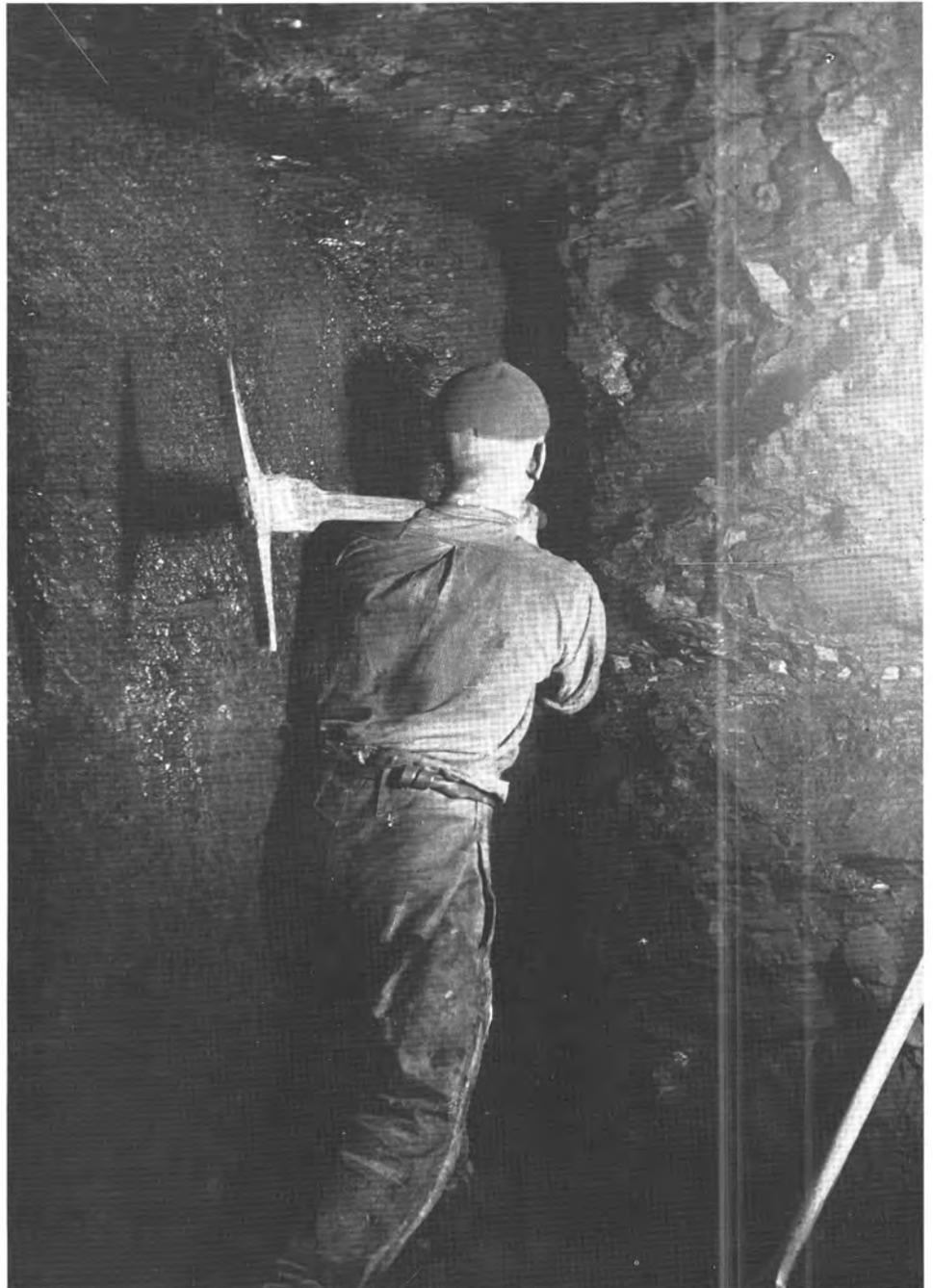
Orte mit sozialdemokratischer Mehrheit: „rote Inseln“ im „schwarzen“ Umland. Zum Beispiel die Kohlenbergbau-Orte des oberösterreichischen Hausruckviertels. Nach der Mitte des vergangenen Jahrhunderts begann dort, im Zusammenhang mit dem Bau der Westbahn, die Kohlenförderung. Zahlreiche Zuwanderer deutscher und tschechischer Zunge prägten dieses Milieu. Es war bis zum Ende des Ersten Weltkriegs noch stark katholisch bestimmt; die sozialdemokratischen Organisationen erlebten erst ab 1919 einen massiven Aufschwung.





Arbeit unter Tage:
Kohlenförderung im
Hausruckviertel in den
dreißiger Jahren.

Kohlenbergbau war körperliche Schwerstarbeit bis über die Schmerzgrenze: Das Schrämmen, daß heißt das Anbringen eines senkrechten Schlitzes in der Kohle für den nachfolgenden Ausbruch, war die wichtigste – und vielleicht auch anstrengendste – bergmännische Tätigkeit vor der Mechanisierung (Bild aus den zwanziger Jahren).





Keine „Männerarbeit“, die ohne Frauen auskäme: Sortiererinnen von Kohle vor dem Brecher in Thomasroith (Hausruckviertel/OÖ, zwanziger Jahre) ...

... und mit Jugendlichen in Kohlgrube, um 1925.



Die sozialdemokratische Bewegung erlebte ihren großen Aufschwung im Kohlenrevier nach 1918 – mit der ganzen Palette von Vereinen: von den Freidenkern (Ortsorganisation Holzleithen) ...



... bis zu den Arbeiter-Radfahrern: Der 12. November – der Republikfeiertag – und der 1. Mai waren die Tage, an denen die sozialdemokratischen Organisationen sich selbst und der Öffentlichkeit ihre Stärke vorführen wollten: ein eindrucksvoller Zug der Arbeiter-Radfahrerinnen und -Radfahrer von Kohlgrube.



Hubert Hummer

„Waun heit mei Vota auf-
stand, der sogat, ihr hoabts
den Hümme auf der Welt.
Des haum mir erkämpft...“

Ein Bericht zur politischen Sozialisation
im Kohlenbergbau-Revier

„Nicht betteln, nicht bitten
nur mutig gestritten!
Nie kämpft es sich schlecht
für Freiheit und Recht.“

Der Erste Weltkrieg war noch im Gange, und doch war über der Haustür der Familie Rockstroh in der Bergarbeiterkolonie Kohlgrube ein Holzschild mit dem obenstehenden Spruch angebracht. Der Gemeindefeldarzt legte Josef Rockstroh nahe, das Schild zu entfernen. Doch der weigerte sich.

„Er hat nichts gesagt, mein Vater, aber nachher, wie der draußen gewesen ist, hat er gesagt, es kommt gar nicht in Frage, daß ich das heruntergebe. Es ist die Freiheit, um die wir kämpfen“,

erinnert sich sein Sohn im Gespräch. Und fügt hinzu:

„Ich hab das damals schon verstanden ...“

Geschichte der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung ist immer auch ganz persönliche Geschichte – und in dieser Hinsicht unverwechselbar. An der Lebensgeschichte einer Bergarbeiterfamilie über drei Generationen wird deutlich, wie sehr die Erfahrung schwerer Arbeit, aber auch ein besonderes soziales und kulturelles Milieu im Kohlenbergbau Menschen politisch geprägt hat.

Einige Jahre vorher, bei Kriegsausbruch, hatte er mit dem Wort Krieg noch gar nichts Rechtes anfangen können. Eine weinende Nachbarin – meine Buben müssen jetzt sicher einrücken – und der aufgebrachte Vater, der immer gegen Krieg und Gewalt eingestellt war, blieben ihm aber in Erinnerung, ebenso wie der Umstand, daß damit beide in einem deutlichen Gegensatz zur allgemeinen Kriegsbegeisterung standen, die auch die Kolonie erfaßt hatte.

Anhand von Ausschnitten aus der Geschichte der Familie Rockstroh sollen im folgenden einige Ausprägungen des Bergarbeitermilieus beleuchtet werden. Als Grundlage dient ein mehrstündiges Interview, das 1982 geführt wurde. Der Erzähler wird im Text als Rockstroh III bezeichnet, sein Vater als Rockstroh II und sein Großvater als Rockstroh I.¹

Die Bergarbeiterkolonie Kohlgrube, als Hauptort des Geschehens, ist die älteste Kolonie der Hausruck-Bergbauregion, die im Schnittbereich der oberösterreichischen Bezirke Vöcklabruck, Ried im Innkreis und Grieskirchen liegt und vor allem die Gemeinden Geboltskirchen, Wolfsegg, Otnang-Thomasroith, Zell am Pettenfirst und Ampfwang umfaßt. In der letztgenannten Gemeinde wird trotz großer Schwierigkeiten auch gegenwärtig noch Kohle abgebaut.

Die Geschichte des Hausruck-Braunkohlenbergbaues begann im ausgehenden 18. Jahrhundert. Größere wirtschaftliche Bedeutung erlangte der Bergbau allerdings erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, unter anderem durch die Kapitalzuführung bei der Gründung der damaligen „Wolfsegg-Traunthaler-Kohlenwerks- und Eisenbahngesellschaft“ und durch die Anbindung des Hausruckgebietes an die Westbahn 1859-60. 1872 gingen die Kohlengruben in den Besitz des Steyrer Waffenfabrikanten Josef Werndl über, von dem sie 1911 ein Konsortium übernahm. In dieser Gesellschaft hatte in der Ersten Republik das Land Oberösterreich die Aktienmehrheit. 1945 wurde der Hausruck-Braunkohlenbergbau verstaatlicht.²

Vom Müller zum Bergmann: Im Dienst des Patriarchen

Rockstroh I kam in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts nach Kohlgrube. Im Unterschied zu vielen anderen Zuwanderern, die hauptsächlich aus Böhmen und Mähren stammten und meist einschlägige Arbeitserfahrung mitbrachten, kam er aus dem Egerland. Es handelt sich dabei um den ehemals deutschsprachigen Teil der heutigen Tschechoslowakei im Grenzgebiet zur heutigen Bundesrepublik Deutschland. Rockstroh I hatte den Beruf eines Müllers erlernt, war zuletzt in Dachau beschäftigt gewe-

sen, verlor seine Arbeit, hörte von seinen Brüdern vom Bergwerk in Kohlgrube und kam zu Fuß dorthin.

Als er mit etwa vierzig Jahren „auf die Kohle“ kam, war er für den Beginn der Bergarbeit schon relativ alt. Es verwundert daher nicht, daß ihm die Arbeit außerordentlich schwerfiel. Es war dabei nicht allein die ungewohnte körperliche Anstrengung, es waren die Umstände und der Charakter der Bergarbeit insgesamt, die ihn vor eine völlig neue Situation stellten.

Als Rockstroh I „ins Revier“ kam, bestand die Kolonie Kohlgrube schon, hatte aber noch keine entwickelte Struktur. Er wohnte in einem „Burschenzimmer“, einer Art Massenquartier für Ledige. Später bekam er zwei Zimmer und lebte mit seiner Frau und seinen neun Kindern auf circa 30 Quadratmetern.

Der Bergbau war in dieser Phase im Besitz Josef Werndls, der durch den Bau zahlreicher Arbeiterwohnhäuser, aber auch durch sein legeres Auftreten großes Ansehen bei den Bergarbeitern besaß. Werndl wußte sich als Patriarch zu inszenieren. Wenn er in der Kolonie erschien, begrüßte ihn die versammelte Belegschaft im Bergkittel. Besuche Werndls waren immer Feste mit Musik, Freibier und Belustigungen für die Kinder.

Seinen Lebensabend verbrachte das Ehepaar Rockstroh I in Vöcklabruck, wo ihr Enkel – Rockstroh III – seine Lehre absolvierte. Die häufigen Besuche benutzte der Großvater zu ausgiebigen Erzählungen. Unter den vielen Erinnerungen, die Rockstroh III an diese Gespräche hat, finden sich allerdings keine Hinweise auf politische Positionen, Äußerungen oder gar Aktivitäten von Rockstroh I.

Sozialdemokrat statt Aufseher: Im Dienst von Partei und Gewerkschaft

Der zweite Rockstroh unserer Familiengeschichte kam 1873 in Kohlgrube zur Welt. Im Unterschied zu vielen Söhnen der ersten Bergarbeitergeneration wird er nicht zum Bergarbeiter „geboren“. Wohl begann er nach der Schule im örtlichen Bergbauunternehmen zu arbeiten, allerdings in der sogenannten „Druckerei“, also im Verwaltungsbereich. Von 1894 bis 1897 war er beim Militär in der heutigen Tschechoslowakei. In dieser Zeit erfolgte seine Politisierung, seine Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichem und sozialdemokratischem Gedankengut. Als er, vermutlich 1897, verbotenerweise uniformiert an einer sozialdemokratischen Veranstaltung am Wenzelsplatz in Prag teilnahm und dabei gesehen wurde, verlor er seinen militärischen Rang als Zugführer. Ein Vorgesetzter erkannte zwar seine Fähigkeiten und nahm ihn zu sich in die Kanzlei, Rockstroh II kehrte aber schließlich nach Kohlgrube zurück, vor allem, weil sein Vater nicht genug verdiente, um die vielen Kinder ernähren zu können.

Aus finanziellen Gründen wechselte er nunmehr auch den Beruf und begann seine Laufbahn als Bergarbeiter. Auch ihm fiel die Arbeit schwer, sie war ihm nichts Selbstverständliches. Die Arbeitsbedingungen erkannte er als veränderbar – genauso veränderbar wie die sozialen und politischen Verhältnisse insgesamt: Parallel zu seiner Tätigkeit als Bergarbeiter begann er als gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Agitator zu wirken. Aus dieser Zeit stammen auch die ersten Berichte über politische Aktivitäten in Wolfsegg und Kohlgrube³, ohne daß darin jedoch der Name Rockstroh erwähnt wird.

Die politische Arbeit des Vaters ist es auch, die in den Erinnerungen von Rockstroh III eine zentrale Stelle einnimmt.

„Am Sonntag, wenn wir aufgestanden sind, ist die Mutter schon aufgewesen. Wo ist der Vater? ‚Der ist schon wieder in Holzleithen, Hausruckedt, Thomasroith ... Versammlungen abhalten.‘ Er ist erst wieder am Abend heimgekommen. Den ganzen Tag ist er aus gewesen. Jeden Sonntag. Er ist nie daheim gewesen. Oft ist er gar nicht heimgekommen, weil er verhaftet worden ist. Zum Beispiel im Siebener-Jahr (1907) haben sie ihn verhaftet. Ein Nachbar ist gekommen, der war auch organisiert, und sagt: ‚Du Rockstohin, Dein Mann kommt nicht, sie haben ihn wieder verhaftet.‘ Na ja, die Mutter hat wieder geweint. ‚Kann man nix machen. Gut, daß Du mir's gesagt hast.‘ Meistens haben sie ihn bald wieder ausgelassen. Damit er wieder arbeiten hat können.“

Aus vielen Erzählstellen werden die Selbstdisziplin des Vaters, die Härte gegen sich und die Familie, sein Fleiß und eine schlaue Sturheit, die Bergarbeitern allgemein eigen war, deutlich. In den meisten Bergarbeiterfamilien gab es ein strenges Ritual bei der Heimkehr des Vaters. Daß die gesamte Familie versammelt sein mußte, war selbstverständlich. Während sich viele Bergarbeiter nach dem Essen niederlegten oder im Garten und im „Stall“ arbeiteten, war bei Rockstroh nun zumeist „Schreibstunde“. Die Kinder machten unter der Aufsicht ihres Vaters, der ihren schulischen Fortgang genau kontrollierte, die Hausaufgaben, der Vater selbst erledigte die „Buchführung“ und den Schriftverkehr von Partei und Gewerkschaft. Beim Adressieren der Gewerkschaftszeitung mußten die Kinder mithelfen, allfällige Gespräche mit Genossen wurden zumindest teilweise in ihrer Gegenwart geführt.

„Der Vater hat uns erzählt, daß die sozialdemokratische Partei mehr Recht für den Arbeiter schafft. Mehr Wohlstand aufbaut. Die Christlichsozialen sind gegen uns, hat er uns damals schon gesagt.“

Die politische Tätigkeit wurde weder vom Unternehmen noch von der Kirche gern gesehen und neben offenen

Disziplinierungen gab es auch andere Versuche, Rockstroh II von seinen Ansichten abzubringen.

„Der Direktor (des Bergwerks, H.H.) hat zu meinem Vater gesagt: ‚Ich mache Sie zum Aufseher.‘ Mein Vater hat das aber nicht gemacht.“

Die Kirche versuchte ihren Einfluß auf den „Aufrührer“ indirekt, über die Kinder, geltend zu machen.

„Ihr wärt recht liebe Kinder, hat er (der Pfarrer, H.H.) zu uns gesagt, ihr wärt ja recht liebe Buben, aber Euer Vater...“

Die Gegenstrategie des Vaters baute bewußt auf den sozialen Unterschieden auf und verwendete sie als Argument, etwa, als der Pfarrer ihn schriftlich aufforderte, die Kinder in die Sonntagsmesse zu schicken.

„Die Bauernkinder sind jeden Sonntag in die Kirche gegangen, wir sind aber nicht gegangen, weil wir keine Schuhe gehabt haben und kein richtiges Gewand. Der Vater hat deswegen einmal einen Brief gekriegt, eh vom Pfarrer. ‚Wenn Du den Kindern Gewand und Schuhe kaufst, dann schick ich sie alle Sonntag in die Kirche‘, hat er ihm geantwortet.“

Das „Kleidungsargument“ ist dabei vermutlich nicht nur als schlaue Taktik zu verstehen. In der Familie Rockstroh II mischte sich das allgemeine Bestreben von Sozialdemokraten, durch eine ordentliche bürgerliche Kleidung Selbstbewußtsein und gesellschaftlichen Anspruch zu verdeutlichen, mit den berufsständischen Traditionen der Bergknappen, die im Tragen einer eigenen Uniform ihren sichtbaren Ausdruck gefunden haben.

Rockstroh III wird nach seinem Eintritt in den Beruf überdurchschnittlich viel für Kleidung ausgegeben und konnte im Gespräch, Jahrzehnte später, noch genaue Preise nennen.

Rockstroh III wurde in seiner Kindheit natürlich nicht nur durch die bisher angedeuteten unmittelbar politischen Elemente geprägt. Wahrscheinlich waren sie – trotz des Vaters – nicht einmal vorherrschend. Ohne daß hier ein differenziertes Bild gezeichnet werden kann, sei auf einige weitere Bestandteile hingewiesen.

In der Äußerung über den Kirchenbesuch ist schon ein Schlaglicht auf die Bedeutung der sozialen Unterschiede gefallen. Sie bestanden in erster Linie zwischen Bergarbeitern und Bauern sowie zwischen Bergarbeitern und Kleinbürgern, vor allem Angestellten. So wie die Kolonien im ländlichen Umfeld regelrechte Fremdkörper waren, stellten die Bergarbeiterkinder in den Schulen etwas „Fremdes“ dar. Zwar bildete sich der Gegensatz zwischen Kolonie und Umfeld erst unter den sozialen und politischen Bedingungen der Ersten Republik zur vollen Schärfe aus. „Fremd“ waren die Bergarbeiterkinder aber allemal dort, wo sie auch zahlenmäßig eine Minderheit darstellten.

Erschwerend kam vor dem Ersten Weltkrieg hinzu, daß die Bergarbeiter kein ausgeprägtes Selbstbewußtsein als eigene Klasse hatten und daß eine stützende Struktur – von Vereinen bis zur Werksschule und eigenen einflußreichen Vertretern im öffentlichen Leben – noch kaum existierte.

Die sozialen Unterschiede waren für die Kinder nicht nur an der Kleidung, sondern beispielsweise auch an der Wohnungsgröße sichtbar, an der unterschiedlichen Jause in der Schule „schmeckbar“ und an der ihnen entgegengebrachten Wertschätzung spürbar.

„Den Bauernkindern waren die Kolonistenkinder zuzuminder. Das waren ‚die Behm‘. Die haben keinen Wert gehabt gegenüber den Bauernkindern“.

so Frau Caroline Reisseg, die spätere Lebensgefährtin von Rockstroh III, die selbst von einem Bauernhof kam und die Kindheit aus dieser Perspektive erlebt hat.

„Die Bergarbeiter sind besitzlos gewesen, und die anderen haben Besitz gehabt“.

nennt Rockstroh III rückblickend einen zentralen Punkt. Dabei war die Situation der meisten Bauern gar nicht rosig; aber immerhin mußten sie auch während des Ersten Weltkriegs, als Rockstroh III seine Schulzeit absolvierte, nicht hungern. Für die Bergarbeiterfamilien jener Zeit hingegen war Hunger eine ständige Drohung, vor allem wenn der Vater verunglückte oder längere Zeit krank war. Auch die Familie Rockstroh II erlebte eine solche Phase. Beerenzupfen wurde zur Überlebenstechnik.

„Die Himbeeren haben wir dann in Bruckmühl verkauft. Der Grüner, der Jud, hat uns mehr bezahlt pro Kilo. Es war eine schwere Zeit.“

In den Erzählpassagen über die alltägliche Existenzsicherung taucht auch die Mutter auf. Sie schuf, wie unzählige andere Frauen auch, erst jene Voraussetzungen, die eine politische Arbeit möglich machten, und sie wurde gerade durch das politische Engagement fortwährend vor neue Schwierigkeiten gestellt. Obwohl sie die politische Einstellung ihres Mannes teilte, konnte ihr dessen Agitation nur Sorgen machen.

Die dritte Generation: Hoffnung, Niederlage, pragmatisches Gerechtigkeitsgefühl

So wenig wie Rockstroh II eine „normale“ Bergarbeiterlaufbahn durchgemacht hatte, wollte er eine solche für seinen Sohn, und dieser wollte sie auch nicht. Das unterscheidet diese Familie von vielen anderen. Rockstroh III

wünschte sich schon als Schüler, einen Beruf zu erlernen, und lag damit auf der Linie des Vaters, der meinte:

„In die Grube darfst Du mir nicht hinein.“

Entsprechend begann Rockstroh III eine Lehre als Schlosser in der Feilenfabrik Braun in Vöcklabruck. Lange Arbeitszeiten, kriegsbedingter Hunger und das überhebliche bis sadistische Verhalten von Offizieren einerseits, lange Gespräche mit dem Großvater andererseits blieben aus dieser Phase stark in Erinnerung. Man redete auch in der Werkstatt über den Krieg und gab dem Kaiser die Schuld daran.

Geradezu euphorisch wurde im „Revier“ die Gründung der Ersten Republik gefeiert. Rockstroh III begegnete auf dem Heimweg von Vöcklabruck den begeisterten Bergarbeitern, die, teilweise im Bergkittel, von Kohlgrube nach Wolfsegg zogen und immer wieder in den Ruf „Hoch die Freiheit“ einstimmten.

Vater Rockstroh wurde Arbeiterrat und organisierte den Tausch von Kohle gegen Getreide, das in der konsum-eigenen Mühle gemahlen wurde. Nach den ersten Wahlen wurde er erster sozialdemokratischer Bürgermeister von Wolfsegg und nutzte diese Position, um an der Verwirklichung seiner Ziele zu arbeiten.

1919 beendete Rockstroh III seine Lehre. Eigentlich wollte er nun bei der Eisenbahn beginnen. Seine Eltern rieten ihm aber wegen der schlechten Verdienstaussichten ab, und so nahm er 1920 eine Arbeit in der Werkstatt des Bergbauunternehmens auf. Im gleichen Jahr aß er seine erste Orange – eine Erinnerung, die sich tief eingepreßt hat – und trat der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft bei. In der Kolonie war er eher ein Außenseiter, der auf Mädchen „nicht reagiert“ hat, keinen Alkohol trank und stets gut gekleidet war. 1922 kaufte er sich, mit 20 Jahren, ein Fahrrad und trat dem 1920 gegründeten Arbeiterradfahrverein bei.

1926 verlor er bei einer großen „Abbauaktion“ des Werkes seine Arbeit. Ledige und Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes waren die Hauptbetroffenen. Das Werk machte Politik, viele seiner Aufsichtsorgane waren aktive Heimwehrmitglieder. Neben alltäglichen Repressalien wurden Entlassungen als politisches Hauptdruckmittel eingesetzt. Besondere Erregung in der Bevölkerung löste eine Entlassungswelle 1933 aus, bei der erfahrene Häuer aus politischen Gründen ihre Arbeit verloren und durch Bauernburschen aus der Umgebung ersetzt wurden.

Rockstroh III wollte neuerlich zur Bahn, wurde neuerlich von seinen Eltern zum Bleiben überredet und erhielt über Intervention seines Bürgermeistervaters wieder Arbeit im Werk: Allerdings eine minderqualifizierte und schlecht bezahlte.

1927 heiratete Rockstroh, und unter dem finanziellen Druck begann er nun mit der Arbeit „unter Tag“. Immer wieder durch kürzere oder längere Phasen „herausen“ unterbrochen, aber doch. Sieben Jahre lang. Bergarbeit war ihm nicht grundsätzlich fremd und doch fiel sie ihm, ähnlich wie seinem Großvater und seinem Vater, sehr schwer. Sie prägte sich tief in seine Erinnerung ein: Jede Charakterisierung und Bewertung von Arbeitsvorgängen vor und nach dieser Zeit bezieht sich in seinen Erzählungen auf die Arbeit unter Tag, auf die Anstrengung, die Gefahr, die Monotonie. Es handelte sich dabei um objektive Arbeitsumstände, die jedoch erst im Kontrast zu anderen Arbeitserfahrungen ihre besondere Kontur erhalten.

„Wer nicht im Bergbau aufwächst, hat Angst. Der echte Bergarbeiter nicht.“

Der echte Bergarbeiter war auch die Anstrengung eher gewohnt. Das Schieben der Hunte – der Wagen zur Beförderung der Kohle – und das „Schrämmen“ hinterließen bei Rockstroh den stärksten Eindruck. Beim Schrämmen brachten zwei Bergarbeiter, ein „Rechter“ und ein „Linker“, in vier bis fünf Stunden mit dem Schrämmeisen, einer Art Krampen, einen circa 80 bis 100 cm tiefen senkrechten Schlitz in der zähen Kohle an, damit diese dann ausgebrochen werden konnte. Vier bis fünf Stunden die gleiche, anstrengende Bewegung. Neulinge hatten mit argen Muskelschmerzen und blutigen Schultern zu rechnen.

Der Arbeitskollege im Berg wurde als „Kamerad“, das Zusammenarbeiten als „Kameradschaft“ bezeichnet.

Diese Kameradschaften fanden in vielen Fällen ihre Fortsetzung „über Tag“ und stellten ein wichtiges soziales Element im regionalen Leben dar. Die Einteilung der Kameradschaften wurde von der Werksleitung wohlweislich kaum gegen den Willen der Betroffenen durchgeführt, und wenn es dennoch geschah, etwa in den Phasen des Einsatzes von Bauernburschen, stieß es oft auf erheblichen Widerstand.

Im Unterschied zu den beruflichen Erfahrungen haben die politischen Ereignisse der zwanziger und dreißiger Jahre in den Erinnerungen von Rockstroh III nur relativ schwache Eindrücke hinterlassen – mit einer Ausnahme: die Tätigkeit der Heimwehr. Die Heimwehr konnte schließlich auch in den Bergarbeiterkolonien Fuß fassen, wobei es zwischen den einzelnen Orten deutliche Unterschiede gab. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und, damit zusammenhängend, die direkte Unterstützung der Heimwehr durch das Bergbauunternehmen sowie das Verhalten vieler Ingenieure, die allgemeine Not und auch die Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Partei nennt Rockstroh III dafür als Gründe.

Die wirtschaftliche Situation und die Politik der Heimwehr macht er auch verantwortlich für die Ereignisse des

12. Februar 1934, die im Hausruck zu besonders blutigen Auseinandersetzungen geführt haben.⁴ In Kohlgrube blieb es allerdings ruhig.

Auf dem Weg nach Wolfsegg traf Rockstroh III an jenem kritischen Tag zwei Kohlgrübler Kommunisten, die sich auf eigene Faust nach Holzleithen aufgemacht hatten. Er riet ihnen davon ab.

„Geht nicht hinüber, Ihr könnt ja nicht wissen, ob es Euch das Leben kostet. Geht wieder heim zu Eurer Familie. Fragen sie mich, wieso? Sag ich, mir ist einer begegnet von Holzleithen, und der hat gesagt, das Militär ist schon da. Rockstroh, hat er gesagt, aus ist es mit uns. Das Militär ist schon aufmarschiert. Die werden alle hinuntergeschossen.“

Die beiden Kommunisten drehten daraufhin um und gingen wieder heim. Rockstroh III setzte seinen Weg zu den Schwiegereltern fort, um dort seine Bienen zu versorgen ...

Die Erschütterungen des 12. Februar 1934 und der folgenden Wochen empfand Rockstroh III am stärksten als die Erschütterung seines Vaters. Für den brach seine Welt zusammen.

„Mein Vater hat gesagt, Jahrzehnte hab ich gekämpft um das, um die Demokratie, um die Freiheit – nicht wahr. Er ist zusammengebrochen mein Vater, sie haben ihn verhaftet und nach Vöcklabruck gebracht. Der Bezirkshauptmann hat gesagt, den Rockstroh lassen wir wieder aus, der hat immer für die Allgemeinheit ein Verständnis gehabt. Der kann heimgehen. So ist er heimgekommen, und ist zusammengebrochen. 1937 ist er gestorben. Er hat sich nicht mehr erholt.“

Die Atmosphäre in den Kolonien war vergiftet, viele Bergarbeiter verloren ihre Arbeit, wieder einmal wurden Bauernburschen eingestellt. Arbeitslosigkeit hieß Not, und Not hieß für viele Familien Betteln gehen. Die trostlosen Lebensumstände und der Haß auf die Heimwehr waren nach Rockstroh III auch die Hauptursachen dafür, daß 1938 die meisten im Revier in Hitler ihren Befreier sahen. Einige Schutzbündler warteten gar nicht so lange und gingen noch 1934 nach Deutschland in die Österreichische Legion.

Rockstroh III trat aus Angst um den Arbeitsplatz der Vaterländischen Front bei und stellte, wie die Sozialdemokratische Partei allgemein, die politische Arbeit ein. Allerdings nahm er mehrmals an illegalen Treffen in Vöcklabruck teil. Dort erzählte man von den Folterungen politischer Funktionäre im nationalsozialistischen Deutschland. Ein Onkel, der in Deutschland lebte und 1936 die Familie besuchte, bestätigte diese Informationen im wesentlichen und fügte hinzu:

„Josef, hat er gesagt, darfst aber nichts sagen, hat er gesagt, denn wenn Du etwas sagst, wirst Du aufgehängt. Ich sag Dir was, hat er gesagt, es wird ein Mordkrieg kommen. Soweit Dein Auge

reicht, hat er gesagt, lauter Hallen mit Panzern und Flugzeugen. Alles Kriegsmaterial. Es wird etwas Ungeheures werden, hat er gesagt.“

Diese Informationen und die Analyse des Faschismus in der sozialdemokratischen Presse vor 1934 ermöglichten es Rockstroh III nach eigener Einschätzung, den wahren Charakter des Nationalsozialismus zu erkennen und auf Distanz zum Regime zu gehen. Zwischen 1938 und 1945 versuchte er durch „totalen Arbeitseinsatz“, sich den diversen NS-Vereinnahmungsversuchen möglichst zu entziehen.

1945 wurde er vom Werk in das Angestelltenverhältnis übernommen. Er nahm seine politische Tätigkeit wieder auf; von 1945 bis 1967 war er sozialistischer Bürgermeister von Wolfsegg, 1984 ist er gestorben.

Seine eigenen Erzählungen und die Charakterisierungen durch andere zeigen ihn als „Pragmatiker“, der sich durch ein tief verankertes Gerechtigkeitsempfinden mehr als durch politische Überlegungen in seinem Handeln leiten ließ. In seinen Lebenserinnerungen betont er nicht die Brüche, sondern die Kontinuitäten, und in der Gegenüberstellung von „gestern“ und „heute“ legt er das Gewicht auf die nunmehrige Freiheit von Not:

„Den waun heit mei Vota aufstand, der sogat, ihr hoabts den Hümmi auf der Welt. Des haum mir erkämpft...“

Anmerkungen

- ¹ Josef Rockstroh I, 1838-1933; in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts aus dem Egerland zugewandert, vgl. Text; Josef Rockstroh II, 1873-1937, geboren in Kohlgrube, vgl. Text; Josef Rockstroh III, 1902-1984, geboren in Kohlgrube, vgl. Text. Wie auch im Text erwähnt wird, dominieren in den Erinnerungen des Erzählers jene an den Vater. Die Mutter bzw. die weiblichen Familienmitglieder kommen nur am Rande vor. Es fehlt hier der Platz, um diesen Umstand zu interpretieren. Das Verhältnis von Rockstroh III zu Frauen allgemein, die beherrschende Erscheinung des Vaters, der dem politisch interessierten Sohn imponiert, und die herkömmliche Wahrnehmung alltäglicher Hausfrauenarbeit, die selbst in Notzeiten als nichts Besonderes empfunden wird, haben jedenfalls damit zu tun.
- ² Zur Geschichte des Hausruck-Bergbaues siehe u.a.: Starke, Karl: Kohlenbergbau im oberösterreichischen Hausruck. Frühzeit 1760-1860. Dissertation, Salzburg 1988; Schaller, Alfred: 200 Jahre Hausruck-Kohlen-Bergbau, in: Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG (Hg.): 200 Jahre Wolfsegger Kohle, Festschrift. Ampflwang 1985, S. 13-61.
- ³ Vgl. die Berichte über eine Volksversammlung zum 1. Mai 1898 in Wolfsegg im sozialdemokratischen Wochenblatt „Wahrheit“ vom 24.4.1898.
- ⁴ Vgl. dazu Hummer, Hubert: Der Widerstand auf dem Land, in: Stadler, Karl R. (Hg.): „Es wird nicht mehr verhandelt...“. Der 12. Februar 1934 in Oberösterreich. Linz 1984, S. 57-81, hier S. 75-81; Kammerstätter, Peter: Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes am 12. Februar 1934 in Oberösterreich. Materialsammlung. Linz 1984 (Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung).



Arbeiterwohnhäuser im Kohlenbergbauort Thomasroith/Hausruckviertel, die sogenannten „Kasernen“, zwischen 1871 und 1873 errichtet.

Schick dich in die Welt hinein ... Christliche Arbeiterbewegung

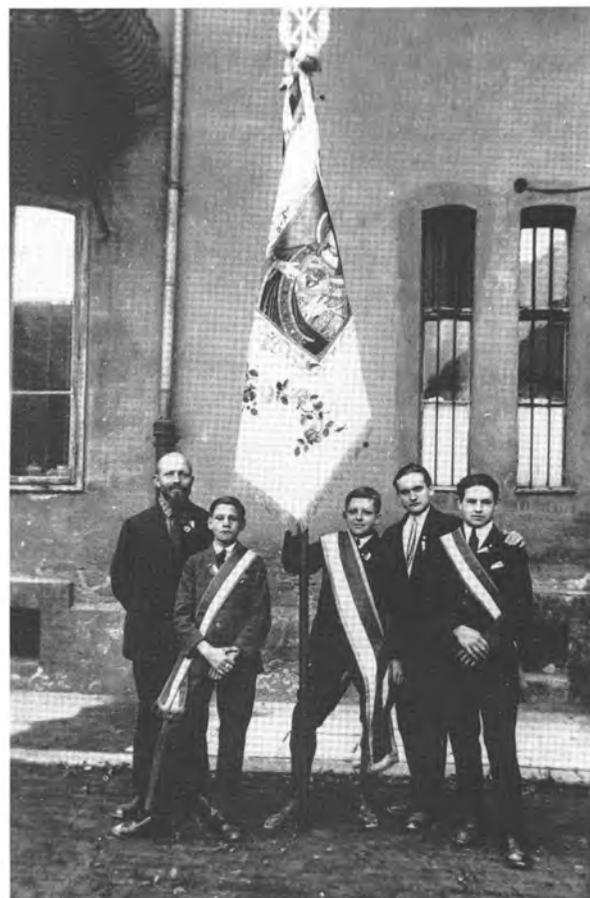
Grundsätzlich unter der Führung von Priestern: die katholische Arbeiterbewegung. 1911 (bis 1936) erschien mit der Wochenzeitung „Der Arbeiter“ ein eigenes Presseorgan für die westlichen Länder Österreichs.



Schon ab den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte sich die Kirche den Handwerksgesellen zugewandt: Durch die vom Priester Adolph Kolping initiierten Vereine sollten die Handwerksburschen zu einem christlichen Lebenswandel geführt werden.



Die Mittel hierfür waren Geselligkeit (oben: Sängerrunde des Kolpingvereins Innsbruck 1876) und religiöse Übungen. 1925 entsteht in Innsbruck auch ein Kolping-Lehrlingsverein.





Der Industriearbeiterschaft wendet sich die Kirche erst ab den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu: als klar wird, daß die „soziale Frage“ nicht allein durch eine „Wiederverchristlichung des Proletariats“ und durch Mildtätigkeit gelöst werden kann – Aufmarsch verschiedener christlicher Arbeitervereine zur Fahnenweihe des katholischen Arbeitervereins Innsbruck 1903.



Diese katholischen Arbeitervereine verstehen sich als „unpolitisch“. Durch die Betonung der Tradition und der angeblich immer schon gelebten sozialen Beziehungen sollen die Arbeiterinnen und Arbeiter vor der moralischen Zerrüttung durch Industriekapitalismus und modernes Leben bewahrt werden. Im Bild der katholische Arbeiterverein Ebensee im oberösterreichischen Salzkammergut vor 1914.

Die katholische Arbeiterbewegung war weniger „Bewegung“ als vielmehr der Versuch, Menschen verschiedener Berufsgruppen in die überbrachten sozialen Beziehungen einzubetten. Das geschah hauptsächlich durch ein recht geselliges Vereinsleben: Aufführung des Traditionsstückes „Peter Sigmay“ durch die Theatergruppe des katholischen Arbeitervereins Sillian/Osttirol 1924 ...



... oder durch Musikkapellen wie die des katholischen Arbeitervereins Traunkirchen im oberösterreichischen Salzkammergut 1929.



Manch Kleiner, um sich groß zu zeigen,
hat versucht emporzusteigen
auf ein hoch Gerüst;
ach wenn er doch wüßte,
daß man in der Höh' noch kleiner ist.

(„Der Arbeiter“ Nr. 26, 30. Juni 1921, S. 6 – Rubrik: Goldkörner)

Hast du im Tal ein sich'res Haus,
Dann wolle nie zu hoch hinaus.

(„Der Arbeiter“ Nr. 41, 21. Okt. 1920, S. 5 – Rubrik: Allerhand Wahrheiten)

Schick dich in die Welt hinein,
Denn dein Kopf ist viel zu klein,
Daß sich schick' die Welt hinein.

(„Der Arbeiter“ Nr. 40, 14. Okt. 1920, S. 7 – Rubrik: Sinnsprüche)

Die treu erfüllte Pflicht.

Sie macht der Menschen Leben
So eigen froh und licht.
Sie ist ein guter Engel –,
Die treu erfüllte Pflicht.

In trüben Lebensstunden,
Wenn alles wankt und bricht,
Gibt Halt und Trost und Stärke
Die treu erfüllte Pflicht.

Und wenn am Lebensende
Uns Furcht und Angst bewegt,
Ins Herz, das todesbange,
Sie stillen Frieden legt.

Dann eilt sie mit der Seele
Vor Gottes Angesicht;
Es öffnet ihr den Himmel
Die treu erfüllte Pflicht.

(„Der Arbeiter“ – Beilage „Der Bergfried“
Nr. 24, 16. Juni 1926)

Einem Tagelöhner

Lange Jahre sah ich dich
Führen deinen Spaten,
Und ein jeder Schaufelstich
Ist dir wohlgeraten.

Nie hat dir des Lebens Flucht
Bang gemacht, ich glaube –
Sorgtest für die fremde Frucht,
Für die fremde Traube.

Nie gelodert hat die Glut
Dir in eignem Herde,
Doch du fußttest fest und gut
Auf der Mutter Erde.

Nun hast du das Land erreicht,
Das du fleißig grubest,
Laste dir die Scholle leicht,
Die du täglich hubest!

(„Der Arbeiter“ – Beilage „Der Bergfried“
Nr. 35, 3. Sept. 1924, S. 139)

Sich in die Verhältnisse
fügen, das Oben und
Unten akzeptieren, die
„natürliche Ordnung“ zur
eigenen machen: Das
sollte ein zufriedenes und
gottgefälliges Leben
ermöglichen und in der
von materiellen Gegen-
sätzen zerissenen Gesell-
schaft Harmonie her-
stellen – Beispiele aus der
katholischen Zeitung „Der
Arbeiter“ in den zwanzig-
er Jahren.

Erst ab der Jahrhundertwende entwickelten sich aus den katholischen Arbeitervereinen eigene christliche Gewerkschaften – zum Beispiel die christliche Eisenbahnergewerkschaft, die in Kufstein/Tirol am 1. Juni 1930 das 25jährige Gründungsjubiläum ihrer Ortsgruppe feiert.



Marienlied der Industriearbeiter

Maria,
Wir haben nicht Zeit
Viel die Hände zu falten,
Der Alltag verschlingt unsre Kraft.
Wir haben nicht Zeit
Heil'ge Andacht zu halten,
In der unsre Seele von neuem sich strafft.

Maria,
Wir stehen des Nachts
Auf harter Arbeitswacht.
Die Hände greifen Maschinenhebel.
Der Werkhammerschlag
Gellt durch die Maiennacht,
Die Träume zerreißend wie Sonne den Nebel.

Maria,
Wir gedenken dein
Und spielen mit Händen rauh
Gewalt'ges Orgellied der Maschinen.
Dir soll es zu Ehren sein,
Du hohe königliche Frau,
Und deiner Verherrlichung dienen.

Klaus Haderlein
(„Volksruf“, vormals „Der Arbeiter“,
Nr. 22, 29. Mai 1935, S. 4)



Die katholische Arbeiterbewegung entwickelte innerhalb der Christlich-sozialen Partei kaum ein eigenes Profil und folgte dem antiparlamentarischen, autoritären Weg der Parteiführung. Das „Katholische“ war die klassenübergreifende umfassende Klammer: Meßfeier des katholischen Arbeitervereins in Wels mit dem Prälat und Bundeskanzler Ignaz Seipel um 1930.



Nach dem Februar 1934 glaubten die christlichen Gewerkschafter, ihre Hoffnungen im Aufbau des „Ständestaates“ erfüllen zu können. Sie blieben jedoch als Arbeitnehmervertreter kraft- und einflußlos: Die alte Ideologie der „natürlichen Ordnung“ – und Unterordnung – blieb dominierend, zum Beispiel bei der Veranstaltung des Kolpingvereins Kufstein 1935.

Bernhard Natter

Ein „Schutzdamm gegen die Sturmesfluten des Sozialismus“

Zur politischen Funktion der Bildungs- und Kulturarbeit der katholischen Arbeiterbewegung in Tirol vor 1934¹

Die christliche Arbeiterbewegung war vom Bemühen um eine Lebensführung in Geduld und Bescheidenheit stärker geprägt als vom Versuch, eigene Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen. Caritas statt Sozialpolitik: Das hat auch mit der Struktur der katholischen Arbeitervereine zu tun, die immer von Geistlichen und vielfach von Kleingewerbetreibenden oder Beamten bestimmt waren. Aus Tirol eine Nahaufnahme.

Bis ins letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ist eine organisierte christliche Arbeiterbewegung erst in Ansätzen festzustellen: Sie existierte vor allem in Form der katholischen Gesellenvereine, die ab der Jahrhundertmitte auch im deutschsprachigen Teil der Habsburgermonarchie auf Initiative des Kölner Schuhmachergesellen und Priesters Adolf Kolping gegründet worden waren. 1852 bildete sich in Innsbruck nach einer Agitationsreise Kolphings die erste Ortsgruppe in Tirol. Erzieherisches Hauptziel der unter kirchlichem Einfluß stehenden, an sozialromantischen Vorstellungen eines zünftisch-frommen Handwerks orientierten Gesellenvereine war es, jugendliche Handwerker dem politischen Katholizismus zu erhalten, sie gegen „Anfechtungen“ aus antikirchlichen Kreisen gefeit zu machen.

Den Problemen der Arbeiterschaft stand der Klerus weitgehend unentschlossen bis verständnislos gegenüber. Einer Organisierung der Arbeiter in eigenen Vereinen stand vielerorts das Schreckgespenst einer Verstärkung des „Klassenkampfes“ entgegen.² Erst die Sozialzyklika „Rerum novarum“ Papst Leos XIII. im Jahr 1891 bedeutete einen entscheidenden Anstoß zur vereinsmäßigen Erfassung der Arbeiterschaft. Der älteste und mit bis zu 800 Mitgliedern größte Tiroler Arbeiterverein, der für Innsbruck und Umgebung, wurde im selben Jahr gegründet.

Noch vor der Jahrhundertwende schlossen sich die einzelnen katholischen Arbeitervereine auf Landesebene zusammen, in Tirol im Jahre 1899. In den ersten Jahren nahmen diese Vereine auch die wirtschaftliche Interessenvertretung ihrer Mitglieder wahr. Die Herausbildung von Fachvereinen innerhalb der katholischen Arbeitervereinsbewegung war der erste Schritt zur Entwicklung eigenständiger christlicher Gewerkschaften: 1909 wurde die „Zentralkommission der Christlichen Gewerkschaften Österreichs“ geschaffen.

Damit waren jene beiden Organisationsteile gegeben, die im wesentlichen die katholische Arbeiterbewegung auch in der Zwischenkriegszeit bildeten – wie „*Leib und Seele im menschlichen Leben*“³: einerseits die christlichen Gewerkschaften, die für materielle Belange, und andererseits die katholischen „Standesvereine“ der Arbeiter/innen und Angestellten, die besonders für weltanschauliche und kulturpolitische Fragen zuständig waren.

Die christlichen Gewerkschaften erreichten in Tirol, nach Vorarlberg, im Verhältnis zu den sozialdemokratischen freien Gewerkschaften die größte relative Mitgliederstärke aller österreichischen Bundesländer: 1926 kamen sie auf 26,6 Prozent der Stärke der sozialdemokratischen Gewerkschaften, 1932 auf 55,0 Prozent.⁴ Sie blieben aber auch in Tirol eine – wenngleich im Laufe der Zwischenkriegszeit stärker werdende – Minderheit innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Absolut zählten sie zwischen knapp 4000 und 7000 Mitgliedern.⁵

Alle konfessionellen „Standesvereine“ der Arbeiterschaft zusammen kommen in Tirol auf ähnliche Mitgliederzahlen wie die christlichen Gewerkschaften. Die katholischen Arbeitervereine organisierten Anfang der dreißiger Jahre etwas mehr als 4000 Männer in über 70 Vereinen. Der „Verband erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen Tirols“, der erst nach dem Ersten Weltkrieg unter der Patronanz der Arbeitervereine gegründet worden war, erreichte bei einem Höchststand von 15 Ortsgruppen, davon allein sechs in Innsbruck und Umgebung, bis zu 2000 Frauen. Die katholischen Jugendhorte und Burschenvereine, meist zusammengefaßt im Tiroler Diözesanverband des „Reichsbundes der katholischen deutschen Jugend Österreichs“, zählten auch Arbeiterjugendliche zu ihren Mitgliedern und wurden von den katholischen Arbeitervereinen als ihre Nachwuchsorganisation betrachtet.

Ein „öffentliches Glaubensbekenntnis“

Entsprechend der Arbeitsteilung innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung verfolgten die katholischen Arbeitervereine vor allem weltanschauliche Ziele.⁶ Laut Tiroler Einheitsstatut war es ihr Hauptzweck, „die Mit-

glieder im religiös-sittlichen Leben zu fördern“. Diesem Ziel entsprach der auch organisatorisch verankerte starke Einfluß der kirchlichen Autorität. An der Spitze der katholischen Arbeitervereine stand ein katholischer Geistlicher, meist der Ortspfarrer oder -kooperator. Dieser Präses des Vereins wurde laut Einheitsstatut „vom Diözesanbischof bzw. (sic) in dessen Auftrage vom Diözesanpräses ernannt“, der ebenfalls vom Bischof bestellt wurde.

Katholische Ideen, die in den Arbeitervereinen gefördert werden sollten, hatten nicht nur die Bedeutung einer persönlichen Weltanschauung, sondern beanspruchten den Rang allein selig machender Zielvorstellungen gerade auch für den gesellschaftlich-politischen Bereich. Die „Pfleger christlicher Kultur“ wird zur „Pfleger“ des wichtigsten „Unterscheidungsmerkmals“⁷ gegenüber der als „gottlos“ gebrandmarkten Sozialdemokratie. Religion als „Seele der Arbeiterbewegung“⁸ wird zur Ideologie der Integration nach innen und zum Hebel der Abgrenzung gegenüber nicht-katholischen politischen und kulturellen Strömungen und Bewegungen: die katholischen Arbeitervereine als „Schutzdamm gegen die Sturmesfluten des Sozialismus“⁹.

Mittel dieser politischen Immunisierung sind verschiedene Formen religiöser Bildung. Selbst auf den ersten Blick unpolitisch wirkenden religiösen Veranstaltungen kommt in diesem Zusammenhang (partei)politische Bedeutung zu. Das gilt für die gemeinsame Feier der Kommunion in den Vereinen – die Generalkommunion –, auf die der Tiroler Landesverband besonderen Wert legte¹⁰, genauso wie für die Teilnahme des ganzen Vereins an kirchlichen Festen, für die Veranstaltung von Arbeiter-Predigten, -Wallfahrten, -Einkehrtagen, -Exerzitien oder apologetischen Vorträgen.

Der politische Charakter religiöser Veranstaltungen wird deutlich etwa bei der Wallfahrt der katholischen Arbeitervereine von Landeck und Pfunds nach Kaltenbrunn im Jahre 1927, bei der der Bezirkspräses „in temperamentvoller Weise über den Sozialismus als religiöse und wirtschaftliche Gefahr“ sprach¹¹. Die jährlich veranstalteten „reinen Standesexerzitien“ hatten besonders „diejenigen Arbeiter“ als Zielgruppe, „die mitten im Kampf stehen und viel mit Gegnern zu tun haben“¹².

Die Feier- und Festkultur katholischer Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendvereine in Tirol orientierte sich am kirchlichen Festkalender – einmal abgesehen von Veranstaltungen wie Familienabenden, die dem vereinsinternen Zusammenhalt, der Geselligkeit und Unterhaltung dienten. Die konfessionellen „Standesvereine“ beteiligten sich an den großen Kirchenfesten mit Öffentlichkeitscharakter – besonders an Fronleichnam und dem in Tirol als katholisch-landespatriotisches Fest begangenen Herz-Jesu-Sonntag, öfters auch an Maria Himmelfahrt, Christkönig und an den öffentlichen Festen in einzelnen Pfarreien, wie

Patrozinien, Primizen oder Priesterjubiläen. Die über die unmittelbare Kirchengemeinde hinausgehende Öffentlichkeit – hergestellt durch Prozessionen auf öffentlichen Straßen, den gemeinsamen Einzug verschiedener Vereinigungen in die Kirche oder durch die häufig von Arbeiter- und Burschenvereinsmitgliedern entzündeten Höhenfeuer in der Nacht des Herz-Jesu-Festes – und das geschlossene Auftreten der verschiedenen Gruppierungen des katholischen Lagers machten den Demonstrationscharakter dieser Feste aus.

Durch das Mitführen der Vereinsfahnen wurde das gemeinschaftliche Auftreten der katholischen „Standesvereine“ noch einmal symbolisch betont. Das war mehr als nur „ein feierliches öffentliches Glaubensbekenntnis“, wie der katholische Arbeiterverein Schwaz seine alljährliche Teilnahme an verschiedenen Prozessionen bezeichnete¹³. Denn die korporative Teilnahme an Kirchenfesten mit Öffentlichkeitscharakter war in der polarisierten parteipolitischen Situation der Zwischenkriegszeit ein wesentliches Zeichen der erstrangigen Bedeutung der Lagerzugehörigkeit für die katholische Arbeiterbewegung. Zentral war die Einbindung in das von bürgerlichen und bäuerlichen Interessen beherrschte christlichsozial-konservative Lager. Das *Katholische* bildet die gemeinsame Klammer der christlichen Arbeiterinnen und Arbeiter, nicht die klassenmäßige Bindung an die Arbeiterbewegung, die zum Großteil sozialdemokratisch orientiert war. Das wurde demonstrativ zur Schau gestellt.

So gibt zum Beispiel der Chronist des katholischen Arbeitervereins Hall seiner Freude darüber Ausdruck, daß die geschlossene Teilnahme des Arbeitervereins und des Jugendhorts an der Fronleichnamsprozession „Aufsehen erregt“ habe, auch wenn sie, „wie nicht anders zu erwarten war, von der ‚Sozi-Jugend‘ angeflegelt“ worden seien¹⁴.

Auf der kulturellen Ebene wurde das versinnbildlicht und – noch wichtiger – die emotionale Grundlage dafür gelegt, was auf der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Ebene schließlich auch vollzogen wurde: die prinzipielle Loyalität zum katholisch-konservativen Lager selbst dann noch, als Arbeiterrechte auf dem Weg in den Austrofaschismus zunehmend beschnitten wurden.

1. Mai - „Mit dem Rosenkranz in der Hand“

Die 1.-Mai-Feier war die einzige Festaktivität der katholischen Arbeiterbewegung, die zur symbolischen Abgrenzung von der Sozialdemokratie erst bewußt inszeniert werden mußte. Sie wurde zunächst nicht vom kirchlichen Festkalender, dem traditionellen religiösen Repertoire, sondern von den linken Resttraditionen bestimmt. Der

1. Mai als wichtigster Kampf- und Festtag der organisierten Arbeiterschaft, als Werbetag für den Sozialismus und die Forderungen des Proletariats, konnte von der christlichen Arbeiterbewegung nicht mehr ignoriert werden, nachdem er 1919 auf Betreiben der Sozialdemokraten in Österreich zum Staatsfeiertag erklärt worden war. Aus den regelmäßig wiederkehrenden Begründungen für die Einführung von Gegen-Maifeiern in der katholischen Arbeiterbewegung wird deutlich, daß sie sich unter dem Zugzwang gefühlt hat, „aus der Not des Staatsfeiertages eine Tugend“ zu machen¹⁵.

Den oftmals in drastischen Bildern beschriebenen sozialdemokratischen Maiaufmärschen, den „Klassenkampf- und Klassenhaßtagen“¹⁶, begannen die katholischen Arbeitervereine in Tirol in den zwanziger Jahren ihre eigenen Maifeiern entgegenzustellen. Sie benützten kirchliche Formen und Themen zur Gestaltung des 1. Mai „in religiöser Weise“¹⁷. Festgottesdienst mit Festpredigt und Generalkommunion, durch den kollektiven Einzug der Vereine mit ihren Fahnen in die Kirche als öffentliches Ereignis markiert, gehörten in vielen Tiroler Orten zum Minimalprogramm. Zusätzlich veranstalteten einige Arbeitervereine Versammlungen und Marienwallfahrten und nahmen gemeinsam an der ersten Maiandacht teil – „nicht ... mit dem roten Parteiabzeichen im Knopfloch, sondern mit dem Rosenkranz in der Hand“¹⁸.

Inhaltlich ging es jeweils um den 1. Mai als „Beginn des lieblichsten Marienmonates“ und als „Erinnerungstag der sozialen Botschaft des großen Arbeiterpapstes Leo XIII.“¹⁹. In den Marien- und Enzyklikafeiern stellten die katholischen Arbeitervereine der Utopie einer sozialen Revolution ihren Glauben an die Lösung der sozialen Frage durch individuelle Karitas und „Versöhnung“ der „Stände“ entgegen. Ihr gesellschaftspolitisches „Maiprogramm“ war „das praktische Christentum“²⁰, der „Marienfrühling inniger Marienliebe“²¹.

„Politik der Krippe“

Aus der Bedeutung bestimmter kirchlicher Feste und des Lebens ausgewählter Heiliger wurden Verhaltensmaximen für Arbeiter abgeleitet.

Weihnachten galt in den katholischen Arbeitervereinen als spezifisches „Arbeiterfest“, ja als „der Geburtstag der christlichen Arbeiterbewegung“ schlechthin²². Denn zum einen sei „der Weltheiland der Pflegesohn eines Arbeiters und 30 Jahre lang selbst Arbeiter“ gewesen²³, zum anderen seien die Hirten „die Arbeiter der damaligen Zeit“ gewesen²⁴. Die biblische Weihnachtsgeschichte wird zu einem allgemeingültigen Modell zur Lösung der sozialen Frage. Weihnachten wird gedeutet als „das Fest der echten und

rechten Gemeinschaftsgesinnung²⁵, aus der allein „der soziale Ständefrieden“²⁶ erwachsen könne.

Kritisiert werden mit dieser „Politik der Krippe“ „Verbitterung und Haß der einzelnen Stände gegeneinander“²⁷, die Ausdruck des „vollkommenen Versagen(s) des Liberalismus und Sozialismus“²⁸ seien. Soziale Probleme werden zu individuell-moralischen verkürzt: Der Weihnachtsfrieden müsse zuerst „in uns“ sein, so der Appell an die Arbeiter, dann erst könne er „in der Gesellschaft“²⁹ wirksam werden. Die soziale Frage wird – um ihre polit-ökonomische Dimension gekappt – zu einem Problem der Armut gemacht, die durch individuelle Fürsorge, durch christliche Nächstenliebe in den Griff zu bekommen sei: Hoffnung auf Barmherzigkeit statt einer Strategie gesellschaftspolitischer Veränderung.

Eine stehende Einrichtung bei Weihnachtsfeiern in den Tiroler Vereinen war die Versteigerung des Christbaumes zur Auffüllung der Vereinskasse, bei der gut situierte Ehrengäste und Gönner des jeweiligen Vereins ihre Nächstenliebe öffentlich unter Beweis stellen und dafür oft überschwenglichen Dank einheimen konnten. Dem entsprach die Absicht vieler Vereinsvorstände, das Weihnachtsfest durch die Anwesenheit möglichst vieler Prominenter – die in Berichten penibel vermerkt wird – „zu einem Familienfest des arbeitenden Volkes aller Stände“ zu machen: Die gemeinsame Christbaumfeier von Arbeitern mit dem Bürgermeister, Bauern, Gewerbetreibenden, Beamten und Lehrern in einem katholischen Arbeiterverein wie Arzl bei Imst³⁰ wurde zur Demonstration der „Ständeveröhnung“ im Sinne der „Weihnachtsliebe“.

Gerade die Verzahnung solcher – für sich genommen – unbedeutender alltagskultureller Muster der Unterordnung und der Harmonisierung mit regelmäßig und vergrößert wiederholten Versatzstücken der katholischen Soziallehre, die durch die Berufung auf die Bibel mit göttlicher Autorität umgeben und damit menschlicher Kritik entzogen erscheinen soll, machte solche Veranstaltungen politisch sehr wirksam: Sie sprachen gerade das Gefühl an, und keineswegs in erster Linie den Verstand.

„Josef der Arbeiter“

Aus den Lebensbildern von Heiligen wurden Verhaltensleitlinien für Arbeiter herausdestilliert. Neben dem heiligen Josef, der bedeutendsten Heiligenfigur für die katholische Arbeiterbewegung, wurde vor allem dem heiligen Franziskus – als „Arbeiter Franz“, als „Arbeiterführer Franziskus“ –, aber auch „Jesus dem Arbeiter“ eine besondere Vorbildfunktion für die Arbeiterschaft zugewiesen.

Der Heilige Josef war bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts „als Mittel im Klassenkampf – im Klas-

senkampf von oben – ... als der katholische Sozialheilige par excellence aufgebaut“ worden, forciert durch ein päpstliches Dekret Pius' IX 1870.³¹

Der Josefitag wurde in den Tiroler Arbeiter- und Gesellenvereinen als „Hauptfest“³² begangen, in der Regel mit Festmesse, Generalkommunion und Festversammlung und der Namensgratulation „an alle Josef des Vereines“³³. Der heilige Josef als „Patron unseres Landes, sowie der katholischen Arbeiterschaft im besonderen“³⁴, bildete meist auch das zentrale Motiv auf den Arbeitervereinsfahnen.

Zum einen diente der Josefskult der religiösen Legitimation politischer Feindbilder und des Dogmas der Lagerbindung: „St. Josef als Arbeiterführer“ für „die große Gegenwartsfrage, den Geisterkampf, der sich letzten Endes in der Frage: ob Katholizismus, ob Bolschewismus“ entscheiden müsse³⁵; zum anderen diente er der Vorstellung eines Tugendkatalogs für die Arbeiter.

„Josef der Arbeiter“ gilt als Vorbild, weil er „diesen bescheidenen Lebensstand verherrlichte ... mit den hervorragendsten Tugenden“³⁶. Jede Art von Arbeit wird als gottgewollt verklärt; damit soll indirekt der Kritik an schlechten Arbeitsbedingungen von vornherein der Boden entzogen werden. „Arbeitswille“³⁷, „Fleiß“, „Zufriedenheit“³⁸, „nicht Forderung, sondern Verzichtleistung“³⁹, Geringschätzung auch noch so bescheidener materieller Güter heißen die auf den Josefsfeiern vielbeschworenen Tugenden eines katholischen Arbeiters.

„An Josef sollen wir lernen, die vergänglichen Dinge im Licht der ewigen Güter und der himmlischen Belohnung zu sehen und zu gebrauchen“⁴⁰.

Die aus dem Leben von Heiligen abgeleiteten Verhaltensmaximen bilden einen (klein)bürgerlichen Tugendkatalog, geprägt durch die religiöse Überhöhung von Arbeitsmoral – Arbeit als „Gottesdienst“ – und zusätzlich geforderte Tugenden wie Opferhaltung, Zufriedenheit, Unterordnung oder bedingungslose Anerkennung von Autoritäten. Die Jenseitsverheißung, das Versprechen eines „ewigen Lebens“ als Ersatz und Belohnung gerade für ein besonders tristes Leben vor dem Tod bedeutete den Versuch, materielle Ansprüche ruhigzustellen.

Die etwa anhand von vorbildhaften Heiligenfiguren versuchte Verpflichtung der Arbeiterschaft auf diese Tugenden war zudem als Barriere gegen proletarische Bewußtseinsbildung gedacht – gegen „Klassenkampf“ und „Klassenhaß“.

Die in den Tiroler Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen angestrebte Verkleinbürgerlichung hängt eng mit der Sozialstruktur der führenden Mitglieder der katholischen Arbeitervereine zusammen. Die Dominanz von Angehörigen kleingewerblicher Berufe sowie von Beamten und Angestellten in den Vorständen katholischer Arbeiter-

vereine⁴¹ und deren starke Präsenz selbst an der Basis der Vereine begünstigten die Orientierung auf die rückwärts-gewandte Utopie einer harmonischen, berufsständisch gegliederten, hierarchisch strukturierten Mittelstandsgesellschaft kleiner Besitzer. Die von der katholischen Soziallehre vorgezeichnete und in den Arbeitervereinen vertretene Entproletarisierungsidee – bezeichnend für das Krisenbewußtsein und die Deklassierungängste kleinbürgerlicher Schichten nach 1918 – entsprach zugleich katholisch-konservativ, bäuerlich und kleingewerblich geprägten Bewußtseinslagen eines Teils der Tiroler Arbeiterschaft.

Anmerkungen

- ¹ Die vorliegende Arbeit stützt sich auf einen Beitrag zu einem Forschungsprojekt zur Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung in Tirol (Jubiläumssondensprojekt Nr. 2397); Natter, Bernhard: „Verchristlichung“ und „Verkleinbürgerlichung“. Organisation und Funktion der Bildungs- und Kulturarbeit der christlichen Arbeiterbewegung in Tirol. Innsbruck: unveröff. Manus. 1986. Eine ausführlichere Darstellung und die entsprechenden Literaturverweise finden sich dort.
- ² Stubenvoll, Karl: Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1918 bis 1933. Organisation, Politik, Ideologie. Dissertation Wien 1982, S. 10.
- ³ „Der Arbeiter“ Nr. 46/1929, S. 2. „Der Arbeiter“ war das Verbandsorgan der christlichen Arbeiterbewegung in den österreichischen Alpenländern. Von 1911 bis 1936 – ab 1933 unter dem Namen „Volksruf“ – erschien die Wochenzeitung in Innsbruck.
- ⁴ Stubenvoll (wie Anm. 2), S. 157.
- ⁵ Ebd., S. 156.
- ⁶ Nach 1918 sind nur noch Reste einer wirtschaftlichen Interessenvertretung in den Arbeitervereinen festzustellen. Nach den Tätigkeitsberichten des Tiroler Landesverbandes der katholischen Arbeitervereine umfaßte diese vor allem Rechtsberatung und -hilfe. 1924 wurde eine Verbandssterbekasse eingeführt, nachdem die frühere Einrichtung mit dem Ersten Weltkrieg aufgelassen worden war, noch bevor sie richtig funktioniert hatte. Die Krankenzuschußkasse dürfte nach 1918 kaum mehr als auf dem Papier bestanden haben. Auch genossenschaftliche Selbsthilfeeinrichtungen der katholischen Arbeitervereine im Handelsbereich kamen über bescheidene Anfänge nicht hinaus.
- ⁷ „Der Arbeiter“ 23/1929, S. 2.
- ⁸ „Der Arbeiter“ 34/1921, S. 1.

⁹ „Der Arbeiter“ 12/1924, S. 3.

¹⁰ Die Anzahl der durchgeführten Generalkommunionen in den einzelnen Vereinen wird in den Jahresstatistiken penibel aufgeführt. Vereine, in denen keine Generalkommunionen stattfanden, werden in den Tätigkeitsberichten besonders gerügt.

¹¹ „Der Arbeiter“ 38/1927, S. 7.

¹² „Der Arbeiter“ 36/1931, S. 6.

¹³ „Der Arbeiter“ 22/1929, S. 6.

¹⁴ „Der Arbeiter“ 22/1920, S. 6.

¹⁵ „Der Arbeiter“ 18/1930, S. 1.

¹⁶ „Der Arbeiter“ 15/1922, S. 4.

¹⁷ „Der Arbeiter“ 17/1924, S. 4.

¹⁸ „Der Arbeiter“ 18/1926, S. 5.

¹⁹ „Der Arbeiter“ 17/1926, S. 1.

²⁰ „Der Arbeiter“ 18/1930, S. 1.

²¹ „Der Arbeiter“ 16/1920, S. 1.

²² „Der Arbeiter“ 51/1926, S. 1.

²³ „Der Arbeiter“ 55/1919, S. 1.

²⁴ „Der Arbeiter“ 50/1920, S. 2.

²⁵ „Der Arbeiter“ 51/1925, S. 1.

²⁶ „Der Arbeiter“ 51/1924, S. 1.

²⁷ Ebd.

²⁸ „Der Arbeiter“ 51/1925, S. 1.

²⁹ „Der Arbeiter“ 51/1924, S. 1.

³⁰ „Der Arbeiter“ 3/1931, S. 7.

³¹ Korff, Gottfried: Heiligenverehrung und soziale Frage. Zur Ideologisierung der populären Frömmigkeit im späten 19. Jahrhundert, in: Wiegelmann, Günter (Hg.): Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Göttingen 1973, S. 102-111, hier S. 103.

³² „Der Arbeiter“ 1/1920, S. 2.

³³ „Der Arbeiter“ 12/1921, S. 5.

³⁴ „Der Arbeiter“ 16/1919, S. 6.

³⁵ „Der Arbeiter“ 16/1931, S. 6.

³⁶ „Der Arbeiter“ 33/1920, S. 2.

³⁷ „Der Arbeiter“ 16/1919, S. 5.

³⁸ „Der Arbeiter“ 20/1924, S. 4.

³⁹ „Der Arbeiter“ 16/1921, S. 9.

⁴⁰ „Der Arbeiter“ 15/1921, S. 1.

⁴¹ So war zum Beispiel der Obmann des katholischen Arbeitervereines in Hall Faßmaler und Vergolder („Der Arbeiter“ 20/1920, S. 6), in Wörgl Schneidermeister („Der Arbeiter“ 43/1925, S. 6), in Hopfgarten Schmiedemeister („Der Arbeiter“ 41/1929, S. 6), in Innsbruck-St. Nikolaus Maschinenmeister und Landtagsabgeordneter („Der Arbeiter“ 40/1920, S. 10), in Imsterberg Bundesbahnangestellter („Der Arbeiter“ 16/1930, S. 5), in Landeck Verschubmeister, der dortige Obmannstellvertreter war Schulleiter („Der Arbeiter“ 3/1926, S. 4), in St. Johann in Tirol Betriebsleiter des Elektrizitätswerkes („Volksruf“ 27/1935, S. 7).

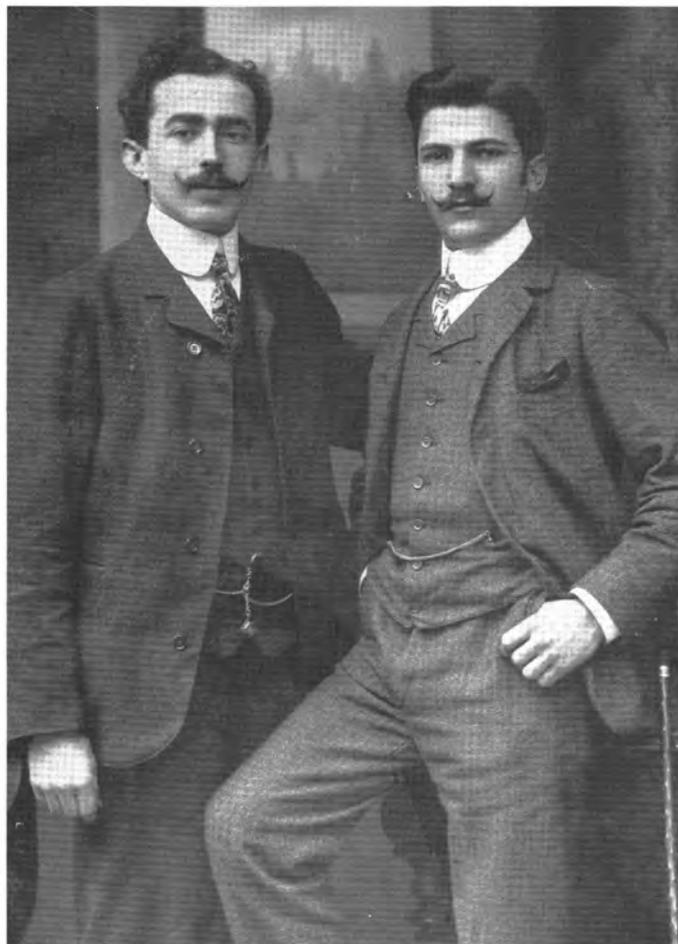
Bruchlinien der Gesellschaft: Antisemitismus, Sittlichkeit, Heimat



Industrialisierung hieß: soziale Umwälzung, Modernisierung, Verlust der Tradition - und Arbeiterbewegung. Eine Reaktion auf diese Umwälzungen war ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein zunehmender Antisemitismus. Er war, aus christlicher Tradition, Welterklärung und Erlösungsverheißung zugleich: An allem Übel seien die Juden schuld, mit ihrem Verschwinden würde die Welt errettet sein.

Antisemitismus war bis in die Zwischenkriegszeit ein Stück kulturelle Normalität, die auch ihren vereinsmäßigen Ausdruck fand: Antisemitenausflug per Schiff nach Melk am 24. Juni 1894.

Ein Schuhmachergeselle auf der Wanderschaft, in Basel um 1907: Samuel Spindler (links im Bild), 1882 in Galizien in der österreichisch-ungarischen Monarchie geboren.



Er lässt sich in Bregenz nieder und gründet mit seiner Frau Maria eine Familie, der zwei Töchter entstammen: Fanny und Mili.





Für einen Zuwanderer nicht ungewöhnlich ist das Engagement in der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft: Als Textilarbeitersekretär betreibt Samuel Spindler gewerkschaftliche Bildungsarbeit (Dornbirn, in den zwanziger Jahren).



Anfang der dreißiger Jahre: Aus dem lebensbejahenden wandernden Gesellen ist ein sozialdemokratischer Funktionär geworden, der eine bescheidene Karriere gemacht hat – und dessen Gesicht nicht mehr von Optimismus, sondern von Rückschlägen und Enttäuschung gezeichnet ist.

Eveline Böckle

Landfremd, sozialdemokratisch, jüdisch

Die dreifache Ausgrenzung des Samuel Spindler

Der Antisemit erfindet die Adressaten seiner Vorurteile je nach Bedarf ständig neu. Was lag da näher, als zu versuchen, die aufstrebende Sozialdemokratie – gerade in konservativen Regionen – als „jüdisch“ zu denunzieren? So wurden Menschen auf der Suche nach Heimat zu „Fremden“ gemacht – mit tödlicher Konsequenz.

„Ein Jude in der Bregenzer Stadtvertretung. Auch das hat es einmal gegeben, natürlich in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Vor genau 25 Jahren erhielten die Sozialdemokraten die Möglichkeit, Vertreter in den Gemeindefuss zu entsenden. Diese wählten in Bregenz zwei Vertreter, darunter den polnischen Juden Samuel Spindler. Alle Nichtsozialdemokraten in der Stadtvertretung lehnten es ab, neben einem Juden zu sitzen, aber die Sozialdemokraten legten Wert darauf, ausgerechnet diesen jüdischen Galizianer als ihren geistigen Führer in die Selbstverwaltungskörperschaft der damaligen Landeshauptstadt zu entsenden. Heimische Arbeiter – auch wenn sie sich zu den Marxisten bekannten – wären sicher niemals auf den Gedanken gekommen, ausgerechnet einen Juden aus dem Osten als ihren Vertreter zu wählen. Wenn man mit ihnen den Fall besprach, merkte man deutlich, wie peinlich ihnen dieser Genosse Samuel Spindler war. Aber die verjudete Führung der Marxisten in Wien hatte einfach angeordnet, daß ihr Rassegenosse die Roten in Bregenz zu vertreten habe. Die Gegner der Marxisten konnten sich über diese Wahl nur freuen, denn sie hat manchem Sozialdemokraten die Augen geöffnet. Samuel Spindler war der erste und der letzte Jude, der im Rathaus der Stadt Bregenz mitreden durfte.“¹

Als das geschrieben wurde, im Dezember 1943, hatten die Nationalsozialisten das Reden. Insofern vermag der gehässige Kommentar zu einem Mann wie Samuel Spindler im „Vorarlberger Tagblatt“ nicht zu erstaunen. Höchstens macht es betroffen, daß an solche Bemerkungen eine idyllische Schilderung des winterlichen Bodenseeufers anschließt.

Damit wurde beides – Rührung angesichts hungriger Möwen, Verachtung für einen Menschen – nicht nur nebeneinander, sondern in gewisser Weise gleichgestellt: eines so selbstverständlich, so nebensächlich wie das andere.

Für die Monstrosität dieser Vereinigung von Standpunkten dürfte die Masse derjenigen, die zu Weihnachten 1943 ein „Vorarlberger Tagblatt“ zu lesen bekamen, nicht sensibel gewesen sein. Das ist anzunehmen. Wer diesen Mangel an Sensibilität allein als Resultat der nationalsozialistischen Propaganda deuten möchte, liegt freilich falsch. Er war nicht gänzlich neu, hatte vielmehr Tradition.

Einen Schlüssel zu dieser Vorgeschichte liefert die oben angeführte Notiz zu Samuel Spindler, wenn es da heißt:

„Heimische Arbeiter – auch wenn sie sich zu den Marxisten bekannten – wären sicher niemals auf den Gedanken gekommen, ausgerechnet einen Juden aus dem Osten als ihren Vertreter zu wählen.“

Sätze dieser Art waren in Vorarlberg schon in den vier Jahrzehnten vor dem „Anschluß“ Österreichs an Hitlers Deutschland oft gefallen. Und es waren viele nicht „auf den Gedanken gekommen“, sie in Frage zu stellen.

„Landfremd“

Die Industrialisierung Vorarlbergs brachte es mit sich, daß in den aufstrebenden Betrieben nicht nur „heimische“ Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt wurden, sondern auch viele Menschen aus anderen Gebieten. Ihnen allen gegenüber – besonders ausgeprägt freilich gegenüber den Zuwanderern aus italienischsprachigen Gebieten – entstand aus politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Motiven ein Klima der Ablehnung und der Ausgrenzung von seiten der „Einheimischen“.² Auch der Zuwanderer Samuel Spindler wurde mit diesem in Vorarlberg herrschenden gesellschaftlichen Klima konfrontiert.

Samuel Spindler wurde 1882 in Maidan/Sredni, einer kleinen Ortschaft im Galizien der österreichisch-ungarischen Monarchie, als uneheliches Kind der Chana Spindel geboren. Er gehörte wie seine Mutter der jüdischen Religionsgemeinschaft an. Die Verhältnisse, in denen er aufwuchs, dürften ärmlich gewesen sein. Doch war es ihm möglich, sich eine Bildung anzueignen, die zumindest das Lesen und Schreiben der deutschen Sprache umfaßt haben mußte. Mit 15 Jahren verließ Samuel Spindler seinen Geburtsort, um sich als wandernder Handwerksbursche oder Reisender durchzubringen.

Seine Wanderschaft führte ihn durch Gebiete Deutschlands, Hollands und der Schweiz. Im Großherzogtum Baden des Deutschen Reichs geriet Samuel Spindler 1902

in Konflikt mit den Gesetzen und kam in Haft – das Schicksal vieler wandernder Handwerksburschen aus der Unterschicht.

Auch in Österreich-Ungarn lief gegen Samuel Spindler ein Verfahren, hier wegen des „Verbrechens der Stellungsfucht“. Er hatte sich zwar vom Ausland aus mehrmals schriftlich wegen der Stellungsangelegenheit an die österreichischen Behörden gewendet, diese aber reagierten auf seine Schritte erst, als er sich freiwillig stellte – im Juni 1904 in Bregenz. Hier wurde festgehalten, daß er falsche Personalien angegeben hatte, nämlich das falsche Datum und den falschen Ort seiner Geburt. Da dies von den Behörden rechtlich nicht weiter verfolgt oder bestraft wurde, muß es Samuel Spindler gelungen sein, darzulegen, daß er seinen richtigen Geburtstag und -ort nicht gefälscht, sondern nicht gewußt hatte. Für jemanden aus der Unterschicht war solche Unkenntnis nichts Außergewöhnliches. Nach der Verbüßung einer Haftstrafe ging Samuel Spindler in die Schweiz, 1907 kehrte er nach Bregenz zurück.³

Mit seiner Niederlassung in Vorarlberg scheint Samuel Spindler in mancher Hinsicht den Schlußstrich unter sein bisheriges Leben gezogen zu haben. Deutlich wird dies in einer vorläufig zwar nicht offiziellen, aber doch konsequent durchgehaltenen Namensänderung. Er hieß wie seine Mutter mit Nachnamen Spindel, wandelte diesen aber in Spindler um. Die Vorzeichen, unter denen diese Namensänderung geschah, lassen sich erahnen: „Spindler“ hatte für Vorarlberger Ohren einen eher vertrauten – und damit auch vertrauenswürdigeren – Klang als der Name „Spindel“, in dem die fremde Herkunft und für besonders „Hellhörige“ auch die jüdische Abstammung seines Trägers mittönten.

Samuel Spindlers Verhalten trägt also die Züge einer dem Selbstschutz dienenden Verschleierung. Davon war nicht nur sein Familienname betroffen. Er verfuhr auch mit seinem Vornamen in einer Weise, die ihn als „Brandzeichen“ außer Kraft setzen sollte: Wenn er unterschrieb, dann mit dem zu „S.“ abgekürzten Vornamen.⁴ Diese Vorgangsweise wird erst dann so recht verständlich, wenn man sich den in Vorarlberg verbreiteten und von den tonangebenden politischen Gruppen – Christlichsozialen und Deutschnationalen – getragenen Antisemitismus vor Augen hält.

Daß sich Samuel Spindler von der jüdischen Religion abgewandt hat, darf allerdings nicht vorrangig als Versuch gesehen werden, sich den in Vorarlberg herrschenden Verhältnissen anzupassen, um sich vor ihnen zu schützen. Im Jahre 1912 ließ sich Samuel Spindler in Bregenz evangelisch taufen.⁵ Damit war er durchaus noch gesellschaftlichem Druck ausgesetzt, lebte er doch in einer Gegend, die vorwiegend katholisch war und in der das

katholische Glaubensbekenntnis weitgehend als Prüfstein für die Annehmbarkeit einer Person gewertet wurde.

Anstoß hätte es wohl erregt, wenn Samuel Spindlers Vorstrafen publik geworden wären. Diesem seinem Vorleben anhaftenden Makel versuchte Samuel Spindler dadurch beizukommen, daß er ihn verschwieg – zumindest vor öffentlichen Stellen. Eine Zeit hindurch gelang ihm das auch. Allerdings mußte er dafür in Kauf nehmen, daß er lange keine Papiere ausgestellt bekam, die ihm das Heimatrecht in Bregenz verbürgt hätten.

Sozialdemokratisch

Für Samuel Spindler gab es in Vorarlberg viel, an das er aneckte, und wenig, das ihn dazu ermunterte, sich daheim und wohl zu fühlen. Etwas von dem wenigen war die Bekanntschaft mit der Bregenzerin Maria Vobr. Als das Paar heiraten wollte, ging das nicht, ohne daß es auf die Engherzigkeit der damaligen Gesellschaftsordnung stieß.

Maria Vobr und Samuel Spindler gehörten nicht der gleichen Glaubensgemeinschaft an. Eheschließungen konnten aber nur konfessionell vollzogen werden. Zivilehen waren in ganz besonderen Ausnahmefällen möglich, unter die Samuel Spindler und Maria Vobr aber nicht fielen. Eine weitere, rechtlich allerdings nicht anerkannte Möglichkeit war es, sich von einem von der katholischen Kirche abgefallenen Geistlichen trauen zu lassen: Die aus dieser Zeremonie herrührende Verbindung wurde als „Salzburger Ehe“ bezeichnet. Eine solche gingen Samuel Spindler und Maria Vobr 1911 ein.

Diese beiden Menschen waren nicht nur durch die gegenseitige Zuneigung verbunden, sondern auch durch ein gemeinsames politisches Engagement. Sie waren Sozialdemokraten. Maria Vobr-Spindler war in der sozialdemokratischen Frauenorganisation von Bregenz aktiv. Sie wurde Mutter zweier Kinder. Ihr blieb wenig Zeit für politisches Wirken: Sie starb jung, 1915.

Nach dem Tod Maria Vobrs mußte Samuel Spindler seine beiden Töchter in Pflege geben. Das ältere Mädchen nahm eine Freundin Maria Vobrs auf, die wahrscheinlich Sozialdemokratin war oder zumindest der Sozialdemokratie nahestand. Für die jüngere Tochter fand Samuel Spindler einen Pflegeplatz im Bregenzer „Marienheim“, einer katholisch geführten Institution.⁶

Zwischen der Leiterin und Eigentümerin des „Marienheims“, Agathe Fessler, und Bregenzer Sozialdemokraten, darunter Samuel Spindler, war es 1910 zu einer Auseinandersetzung gekommen. Was diesen schließlich einigermaßen versöhnlich beigelegten Streit anbelangt, so ist er eher geeignet, eine Ausnahme von der Regel als die Regel selbst zu zeigen. Die den „Christlichen Arbeiterinnen-Ver-

ein“ fördernde Agathe Fessler besuchte sozialdemokratische Veranstaltungen, meldete sich dort zu Wort und legte sich sogar engagiert mit der sozialdemokratischen Presse an. Das war ungewöhnlich, nicht nur für eine Frau. Dementsprechend viel Aufmerksamkeit und Raum wurde dieser Auseinandersetzung in der sozialdemokratischen Parteizeitung „Vorarlberger Wacht“ geschenkt. Agathe Fessler beklagte sich nun, daß die in der „Vorarlberger Wacht“ gedruckten Erwiderungen anonym erschienen.

„Wenn jeder Korrespondent der Vorarlberger Wacht seinen Namen hergeben würde, wo es sich doch durchwegs nur um Arbeiter handelt, dann wäre es ein wirkliches Wunder, wenn er noch auf seinem Posten bleiben könnte, speziell wenn er z. B. in einem christlichsozialen Geschäft wäre“

– damit verteidigten sich die Berichterstatter gegen Agathe Fesslers Vorwurf. Sie reagierte mit einem gewissen Verständnis, aber auch mit – im Grunde nicht angebrachtem – Unglauben:

„Es muß jedoch schon ein vernagelter Kopf sein, der einem Manne es verübelt, wenn er offen seiner Meinung Ausdruck gibt, wenn sie auch entgegengesetzter Richtung ist.“

Diesen aufgeklärten Standpunkt scheinen nur wenige mit der Leiterin des „Marienheims“ geteilt zu haben. Diese Frau aber nahm ihn ernst: Als sie eine Tochter ihres durch den Tod seiner Frau in Not geratenen politischen Widersachers Samuel Spindler im „Marienheim“ in Pflege nahm, stellte sie das unter Beweis.⁷

Wie sich Samuel Spindlers Hinwendung zur Sozialdemokratie vollzogen hat, läßt sich im einzelnen nicht darstellen. Es ist aber schwerlich zu bezweifeln, daß es Samuel Spindler aus eigener Erfahrung – mit dem Unterschichtendasein, mit der Obrigkeit – notwendig und wünschenswert schien, die bedrückende Gesellschaftsordnung zu verändern.

In der sozialdemokratischen Bewegung fand er einen Rückhalt, einen Platz, wo ihm seine Daseinsberechtigung wegen seiner „Fremdheit“, seiner jüdischen Herkunft oder seiner verbüßten Gefängnisstrafen nicht streitig gemacht wurde. Als Sozialdemokrat konnte er seine gesellschaftliche Randexistenz zwar nicht aufheben. Aber er konnte hoffen und darauf hinarbeiten, sie zu beseitigen. Samuel Spindler brachte sein politischer Einsatz auch einen Gewinn an sozialem Ansehen.

Den Lebensunterhalt verdiente Samuel Spindler seit 1907 als Schuhmachergehilfe – im sozialdemokratischen Bregenzer Konsumverein. Die systematische Durchsicht des ersten Jahrganges der 1910 gegründeten Parteizeitung „Vorarlberger Wacht. Organ für das arbeitende Volk in Vorarlberg“ läßt ein Bild von Samuel Spindlers enger Verbundenheit mit der sozialdemokratischen Partei entstehen:

Er tritt als Agitator in Erscheinung, als Adressat für Anmeldungen von Veranstaltungen und als Kassier bei Sammelaktionen. Auch von seiner Verwicklung in Querelen mit den Christlichsozialen ist zu erfahren. Besonders häufig ist von Samuel Spindlers Einsatz in der sozialdemokratischen Frauenbewegung die Rede. Er tritt als Redner bei Frauenversammlungen auf, bei kleineren ebenso wie bei dem als Großereignis gefeierten Besuch Adelheid Popp in Vorarlberg.

1914 wurde Samuel Spindler zum Militär eingezogen, aber bald wegen seines schlechten Gesundheitszustandes vom Kriegsdienst befreit.

Auf einer sozialdemokratischen Versammlung in Bregenz am 11. November 1918, einen Tag vor der Ausrufung der Republik, beantragte Samuel Spindler die Wahl eines Arbeiterrates. Acht Männer und vier Frauen wurden gewählt – sie sollten sich besonders um die „Erreichung einer besseren Vertretung der Arbeiterschaft in der Stadtvertretung“ bemühen. Am 4. Dezember 1918 verfügte der Staatsrat der jungen Republik eine Ergänzung der Gemeindevertretungen durch Arbeitervertreter. Am 30. Dezember 1918 gaben in Bregenz die Parteien die von ihnen gewählten Vertreter bekannt; unter den sozialdemokratischen befand sich Samuel Spindler.

Seine Wahl erregte bei den Bürgerlichen Anstoß. Ein christlichsozialer Stadtrat bezeichnete ihn in einer öffentlichen Sitzung als einen „galizianischen Juden“ und damit als unwürdig, in der Gemeindevertretung mitzuarbeiten.⁸

Samuel Spindler trat in seiner neuen Funktion vor allem für die Beseitigung der drängenden Nahrungsmittelnot und für die angemessenere Entlohnung der Bregenzer Stadtarbeiter ein. Nach der ersten Gemeindewahl 1919 schied er aus der Stadtvertretung aus.

Er wirkte weiterhin als Einberufer von Versammlungen und Agitator. Beim Streik der Textilarbeiter in der ersten Maihälfte des Jahres 1921 fungierte er als Textilarbeitersekretär der freien Gewerkschaften.⁹ Um das Jahr 1925 wurde Samuel Spindler Vorarlberger Landessekretär der Union der Textilarbeiter.¹⁰

Am 18. Juni 1921 konstituierte sich die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg. Samuel Spindler wurde als Mitglied des Ausschusses für Sozialpolitik bestimmt. Nach den im Oktober 1926 abgehaltenen zweiten Arbeiterkammerwahlen behielt Samuel Spindler seine Funktion im Ausschuß für Sozialpolitik, dazu kam ein Sitz im Volkswirtschaftsausschuß.¹¹

Samuel Spindler übernahm neben seinen Aufgaben in den freien Gewerkschaften die des Obmannes des Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Vorarlbergs.¹² Seit wann er diese Funktion innehatte, ist unklar. Er verlor sie, als die Christlichsoziale Volkspartei der Ersten Republik durch eine „ständestaatliche“ Dik-

tatur das Ende bereitete. Im Dezember 1933 wurde die Neuordnung der Kammer für Arbeiter und Angestellte verordnet.¹³ Samuel Spindler verlor seine Funktionen. Das Verbot der Sozialdemokratie im Februar 1934 bedeutete das endgültige Aus für sein bisheriges politisches Engagement.

„Jüdisch“

Schläge – wenn auch nicht so vernichtende wie die der Jahre 1933 und 1934 – hatte Samuel Spindler in der Ersten Republik viele eingesteckt. Wer sich politisch profilierte, hatte damit zu rechnen, daß er oder sie angegriffen würde. In der Bekämpfung des Sozialdemokraten Samuel Spindler wendeten seine Gegner eine Methode an, die ihm letztlich keine Gegenwehr ermöglichte. Diese Methode war der Antisemitismus.

Die Belege für die mehr oder weniger offene Feindseligkeit gegen Juden sowie für Ausschreitungen gegen sie sind, soweit sie Vorarlberg betreffen, in einer von Werner Dreier herausgegebenen Regionalstudie gesammelt.¹⁴ Sie erfaßt den Zeitraum vom 13. Jahrhundert bis in die jüngste Vergangenheit.

Samuel Spindler war nicht Jude, sondern evangelischer Christ, als er 1918 als „galizianischer Jude“ bezeichnet wurde. Das Wort „Jude“ hatte für den Mann, der es auf Samuel Spindler anwendete, nicht den Rang einer bloßen Bezeichnung; der christlichsoziale Stadtvertreter verwendete es als Beschimpfung.

Welche Vorstellungen Albert Ölz mit „Jude“ verknüpfte, das scheint Samuel Spindler ziemlich klar gewesen zu sein. Er verwahrte sich gegen sie in einem „Offenen Brief an Herrn Stadtrat Albert Ölz, Kaufmann in Bregenz“¹⁵. „Dieser bezeichnenden, boshaften und unwahren Verdächtigung meiner Person“, wie es Samuel Spindler ausdrückte, hielt er entgegen, daß er der evangelischen Religionsgemeinschaft angehöre, seit dem „7. Lebensjahre deutsche Erziehung hatte, mit dem 15. Lebensjahre schon auf die Wanderschaft ging“ und nicht mehr an seinen Geburtsort zurückgekehrt sei, daß er in Bregenz seit 1907 das rechtschaffene Leben „eines pflichtbewußten Arbeiters“ führe und als „deutschösterreichischer Staatsbürger ... Wähler und wählbar“ sei.

Haß auf Juden war salonfähig. „Der radikale Antisemitismus – in Vorarlberg de facto ein ‚Antisemitismus ohne Juden!‘ – wurde zu einem Bestandteil der alltäglichen politischen Kultur gemacht.“¹⁶ Die Sozialdemokraten hatten ihren Anteil an dieser politischen Kultur. In Samuel Spindlers Verteidigung gegen die Ölzschen Anwürfe fällt kein Wort darüber, daß der Antisemitismus nicht nur gegenüber seiner Person, sondern gegenüber jedem

Menschen einer „bezeichnenden, boshaften und unwahren Verdächtigung“ gleichkommt.

Kurze Zeit, nachdem Samuel Spindler so spektakulär angegriffen worden war, findet sich eine Erklärung in der „Vorarlberger Wacht“ zur Haltung von Sozialdemokraten gegenüber den Juden:

„Der jüdische Sozialdemokrat steht ständig auf dem Kriegsfuße mit seinem Glaubensgenossen und bekämpft eben durch die Sozialdemokratie die Gesellschaftsordnung, die dem jüdischen Kapitalisten die ungerechten Gewinne bringt.“¹⁷

Der – defensive – Antisemitismus der „Linken“ existierte. Zum Programmpunkt erhoben wurde er aber nicht von ihnen. Die Christlichsoziale Volkspartei Vorarlbergs hingegen legt sich ausdrücklich auf die entschiedene Bekämpfung der „Vorherrschaft des Judentums“ fest.¹⁸ Die antisemitische Vorstellungswelt kommt nicht aus ohne die Idee der jüdischen Vorherrschaft.

„Die Christlichsozialen und die Deutschnationalen schimpften oft auf die Juden und meinten die Sozialdemokraten.“¹⁹ Kein Wunder also, daß sich der Stadtrat Ölz nicht dazu veranlaßt sah, sich bei Samuel Spindler zu entschuldigen. Dessen Ruf blieb geschädigt. Das wog im kleinstädtischen Milieu von Bregenz umso schwerer. Der Vorfall in der Bregenzer Stadtvertretung machte schnell die Runde. Daß Samuel Spindler 1919 nicht mehr zur Wahl in den Bregenzer Stadtrat kandidierte, darf damit in Zusammenhang gebracht werden.

Die Gegner der Sozialdemokratie hatten sich auf Samuel Spindler eingeschossen. Den Arbeiterkammerwahlen 1921 ging ein Wahlkampf voraus, der von den Christlichsozialen mit antisemitischen Slogans geführt wurde. Da hieß es im „Vorarlberger Volksblatt“:

„VORARLBERGER, wählt die judenreine und judenfreie Liste: Christliche Gewerkschaften!“²⁰

Welche Liste nicht als „judenrein“ und „judenfrei“ zu betrachten sei, wurde den Lesern und Leserinnen des „Vorarlberger Volksblatts“ leicht faßlich serviert. Denn für die freien Gewerkschaften kandidierte und warb unter anderem Samuel Spindler. Seiner Wahlagitation schenkte das „Volksblatt“ ein besonderes Augenmerk:

„Wie aufgeregt die Sozialdemokraten über ihre ‚Aussichten‘ bei den bevorstehenden Wahlen sind, ergibt sich aus folgendem. Herr S p i n d l e r (Samuel aus Galizien) kommt schon ganz aus der Fassung über den leisesten Widerspruch, den einer seiner Zuhörer ihm schuldig zu sein glaubte.“²¹

Die antisemitische Hetze verhinderte nicht den Gewinn der Mehrheit für die freien Gewerkschaften.

Im Wahlkampf zu den zweiten Vorarlberger Arbeiterkammerwahlen 1926 wendeten die Christlichsozialen die

selben Methoden an wie beim ersten. Hier wurde das Bild von einem „Judentum“ gezeichnet, das „in gleicher Weise die freien Gewerkschaften und das Unternehmertum führt“²² und von dem die Gefahr ausgehe, daß „das Volk ... immer mehr vom ostjüdischen Geist verseucht, seine christlich-deutsche Kultur verlieren und reif für den asiatischen Bolschewismus“ werde.²³

Solche Zitate könnten ebensogut aus einem nationalsozialistischen Flugblatt stammen – mit einer kleinen Einschränkung freilich, die das Wort „christlich“ auferlegt. Als Beiwort für die „Religion der Liebe“ macht es keinen Sinn.

Die den Christlichsozialen erwünschte Ausschaltung eines Mannes wie Samuel Spindler konnte 1934 vollzogen werden. Er mußte seinen Lebensinhalt, den Kampf für eine sozialdemokratische Gesellschaft, aufgeben. Es wurde still um ihn.

Als im März 1938 die Truppen des „Dritten Reiches“ Österreich annektierten, war Samuel Spindler ein kranker Mann. Die Lebensweise, zu der er im Austrofaschismus gezwungen war, war entwürdigend. Das Dasein, das ihm der Nationalsozialismus zugedachte, die Verdammnis.

Anfang November 1942 wurde Samuel Spindler auf dem Posten der Gestapo Bregenz aufgefordert, Aussagen über seine ehemaligen Genossen zu machen. Sollte er dazu nicht bereit sein, hole die Gestapo ihn am Samstag, den 11. November ab. In der Nacht vom 10. auf den 11. November 1942 tötete sich Samuel Spindler.²⁴

Ein Jahr nach seinem Begräbnis auf dem evangelischen Friedhof in Bregenz druckte das „Vorarlberger Tagblatt“ jene denkwürdigen Zeilen:

„Ein Jude in der Bregenzer Stadtverwaltung. Auch das hat es einmal gegeben...“²⁵

Anmerkungen

¹ „Vorarlberger Tagblatt“, 24.12.1943.

² Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert. Bregenz 1988, S. 270, S. 274-277, S. 346-349; Oberkofler, Gerhard: Anfänge – Die Vorarlberger Arbeiterbewegung bis 1890. Vom Arbeiterbildungsverein zur Arbeiterpartei. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung, Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 22-72, hier S. 27; Sutterlütli, Robert: Italiener in Vorarlberg 1870-1914. Materielle Not und sozialer Widerstand, in: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung, Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 133-157.

³ Vorarlberger Landesarchiv (Bregenz), VLReg. Prs. 698/1928; „Vorarlberger Wacht“, 3.1.1919.

⁴ „Vorarlberger Wacht“, 3.1.1919; Stadtarchiv Bregenz, Anwesenheitslisten der Verhandlungsschriften zu den Gemeindefachausschußsitzungen vom 22.2.1919 bis 28.5.1919.

⁵ Taufbuch der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Bregenz.

⁶ Gespräch mit Emilie und Ernst Pruner, Bregenz, 25.4.1987; zu Maria Vobr siehe Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus. Die

Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg (1889-1918). Diss. Univ. Wien 1988.

⁷ „Vorarlberger Wacht“, 4.5., 2.6., 9.6.1910.

⁸ „Vorarlberger Volksblatt“, 1.1.1919.

⁹ „Vorarlberger Volksblatt“, 11.5.1921.

¹⁰ Wanner, Gerhard: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1921-1938. Ein Beitrag zur Vorarlberger Arbeiterbewegung. Feldkirch o.J. (1978), S. 112.

¹¹ Ebd., S. 20, S. 51.

¹² Vorarlberger Landesarchiv (Bregenz), VLReg. Prs. 265/1933.

¹³ Wanner (wie Anm. 10), S. 92.

¹⁴ Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung. Bregenz 1988.

¹⁵ „Vorarlberger Wacht“, 3.1.1919.

¹⁶ Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und „Führer“. Vorarlberg im Umbruch 1918-1938. Bregenz 1986, S. 197.

¹⁷ „Vorarlberger Wacht“, 1.1.1919, zitiert nach Dreier (wie Anm. 16), S. 196.

¹⁸ Dreier (wie Anm. 16), S. 193.

¹⁹ Ebd., S. 194.

²⁰ „Vorarlberger Volksblatt“, 24.4.1921.

²¹ Ebd.

²² „Vorarlberger Volksblatt“, 21.10.1926, zit. nach Wanner (wie Anm. 10), S. 45.

²³ „Vorarlberger Volksblatt“, 16.10.1926, zit. nach Wanner (wie Anm. 10), S. 44.

²⁴ Gespräch mit Emilie und Ernst Pruner, Bregenz, 25.4.1987; Egger, Gernot: Rassistische Verfolgung – Juden und Zigeuner/Roma, in: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 195-203, hier S. 198.

²⁵ Wie Anm. 1.



Samuel Spindler als Sekretär der Freien Textilarbeitergewerkschaft, in den späten zwanziger Jahren.

Fragen der Sittlichkeit, der Körperlichkeit und letztlich der gesellschaftlichen Rolle der Frau schufen einen weiteren tiefen Bruch zwischen dem katholisch-konservativen und dem sozialdemokratisch-liberalen Lager. In den großen Städten war diese Kluft im Alltagsleben wenig bemerkbar, doch in den Dörfern und Kleinstädten bedeutete sie einen spürbaren kulturellen Bruch: „Modernisierer“ gegen „Traditionalisten“ – das Kampffeld reichte von der Ehe bis zum Sport...

“ KATHOLISCHE LEITSÄTZE UND WEISUNGEN
ZU VERSCHIEDENEN
MODERNEN SITTLICHKEITSFRAGEN
Schreiben des österreichischen Episkopats, Jänner 1926
(*Wiener Diözesanblatt, 10. Juli 1926*)

Die Entsittlichung unseres Volkes schreitet unheimlich voran. ...

Das Turnen muß nach Geschlechtern getrennt geschehen und der Turnunterricht muß von Lehrkräften des gleichen Geschlechtes wie die Turnenden erteilt werden. Die Turnkleidung darf das Schamgefühl nicht verletzen. Badeanzug beim Turnunterricht ist für Knaben wie für Mädchen nicht zu dulden. Nacktübungen jeglicher Art sind zu verwerfen. – Für die Mädchen ist jede Turnkleidung abzulehnen, die die Körperformen aufdringlich betont oder sonst für weibliche Eigenart unangemessen ist. Mädchenturnen soll nur in Hallen oder auf Plätzen veranstaltet werden, wo die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. ...

Vor dem gemeinsamen Wandern von Jungen und Mädchen wird eindringlich gewarnt ... “



Stein des Anstoßes in der konservativen Umgebung und Anspruch auf ein selbstbestimmtes Verhältnis zum eigenen Körper: Frauenturngruppe des Arbeiterturnvereins Hallein (Salzburg) um 1930.



Die Mädchen-Reigen-
gruppe des Arbeiter-
turnvereins Bregenz;
Naturfreunde bei einem
Schiausflug.





Neue Körperlichkeit: Naturfreunde und Arbeiterturner propagierten die Befreiung des Körpers; das christlichsoziale „Vorarlberger Volksblatt“ vom 19. August 1921, zum Beispiel, forderte angesichts solcher Bilder das Einschreiten der Bergwacht gegen die „in allen Abstufungen auftretende Nacktkultur“.



Damals für viele Konservative eine Provokation: Werbelauf Salzburger Arbeiterturner am 1. Mai 1925.

Die Frage der „Sittlichkeit“ reichte weiter als nur zum Verständnis von Moral: Welche Rolle sollten, welche Rolle durften Frauen im politischen Leben spielen? Etwa die Schneidermeisterstochter Maria Psychär, später Gattin des Lokomotivführers Anton Ducia (Bild 1919) ...



... eine Frau mit sechs Kindern (rechts im Bild Maria Ducia, mit Ehemann Anton und Schwiegermutter Julia) und durchaus selbständigen politischen wie wirtschaftlichen Ambitionen ...





... eine Frau, die in Lienz in Osttirol dem „Aktionskomitee der Freien Politischen Frauen-Organisation“ angehörte (linkes Bild, dritte von rechts stehend) und die während der ganzen Zwischenkriegszeit als Sozialdemokratin an führender Stelle aktiv war (unten: Tiroler Landesfrauenkomitee, Innsbruck, um 1930 – Maria Ducia in der ersten Reihe zweite von links).



Andrea Mayr

„Geh deine Bahn und laß die Leute schwätzen“

Leben und Politik der Tiroler Landtagsabgeordneten
Maria Ducia (1875-1959)¹

Die Sozialdemokratie war männlich. Das galt erst recht für die sozialdemokratische Bewegung in den ländlichen Gebieten. Wo hatten die Frauen da ihren Platz, wenn sie die Rede von Friedrich Engels ernst nahmen, wonach die Emanzipation der Frau der Gradmesser für die Emanzipation der ganzen Gesellschaft sei?

Eine Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Tirols wäre ohne eine Auseinandersetzung mit Maria Ducia unvollständig: Ducia stellte jahrzehntelang ihre Arbeit in den Dienst der Partei, kämpfte für die Befreiung der Proletarier/innen und für eine menschlichere Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der die Frauen den Männern in allen Belangen gleichgestellt, die Klassengegensätze überwunden sind und Frieden statt Krieg herrscht. Für diese Ziele war sie bereit, ihre Kraft, ihre Intelligenz und ihren Willen einzusetzen.

Maria Ducia sprach selten über ihre Kindheit und Jugend. Sie wurde am 25. April 1875 als Tochter des Schneidermeisters Psychär und seiner Frau Maria in Innsbruck geboren. Bis zu ihrem vierten Lebensjahr war sie bei Bauern in Sistrans in Pflege – damals war es üblich, Kinder aus der Stadt aufs Land zu geben –, wo sie nach eigenen Aussagen eine glückliche Zeit verbrachte. Nach dem Besuch der Volksschule war sie kurze Zeit als Verkäuferin tätig, bis sie 16jährig aufgrund familiärer Streitereien von zu Hause weglief, nach Südtirol.

1898 gebar sie in St. Gallen in der Schweiz ihr erstes Kind, einen Knaben, den sie bei Bauern in Pflege gab. Als alleinstehende Mutter war es ihr nicht möglich, das Kind bei sich zu behalten, da sie für ihren Lebensunterhalt sorgen mußte. Sie arbeitete in München als Tabakfabriksarbeiterin und belegte dort einen Abendkurs an der Kunstakademie. 1900 brachte sie in München ein Mädchen zur Welt, mit dem sie zurück nach Innsbruck ging.

Die Zuagroaste: Erste Jahre in Lienz

Lienz, in Osttirol, war um die Jahrhundertwende eine Stadt mit etwa 4500 Einwohnern, geprägt von kleinen Gewerbe- und Handelsbetrieben, aufkommendem Fremdenverkehr und bäuerlichem Umfeld. Dementsprechend war auch die Bevölkerung streng katholisch, kleinbürgerlich und konservativ.

Nur die Eisenbahner lockerten das traditionelle Kleinstadtleben ab den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein bißchen auf. Mit dem Bau der Pustertalbahn zwischen Lienz und Franzensfeste kam es zur Stationierung von Bahnpersonal in der Kleinstadt.² Die Herkunft aus allen Teilen der Donaumonarchie, der häufige Wechsel der Einsatzorte und die damit zusammenhängende größere Lebenserfahrung bestimmten das Bewußtsein dieser Berufsgruppe. Im Gegensatz zur bäuerlichen und kleinstädtischen Bevölkerung waren den Eisenbahnern sozialdemokratische Ideen nicht fremd. Wie überall in Tirol, waren sie auch in Lienz die wichtigsten Träger der Arbeiter/innenbewegung.

Das Zusammenleben von fortschrittlichen Bahnbediensteten und konservativ-katholisch gesinnten Lienzern gestaltete sich nicht einfach. Die verschärften Kontrollen des Staates gegenüber den sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisationen unterstützten die ablehnende Haltung der Einheimischen.³

Mit dem Auftrag ihres Innsbrucker Dienstgebers Eugen Walter, in Lienz eine Filiale seines Möbelgeschäfts zu errichten, ging Maria Ducia um 1900 nach Osttirol. Die berufliche Verantwortung als Geschäftsführerin und die Konfrontation der zwar auch aus kleinbürgerlich-katholischen Verhältnissen stammenden, aber doch „großstadtgewohnten“ Ducia mit den Lienzener Verhältnissen veränderten ihr Leben grundlegend.

1903 heiratete sie den Lokomotivführer Anton Ducia. Diese Ehe mit dem „roten“ Eisenbahner machte Maria Ducia eine Aufnahme in die Lienzener Bürgerschaft unmöglich. Zwischen 1903 und 1906 gebar sie drei Mädchen und einen Knaben. Neben ihren Aufgaben als Mutter und Hausfrau führte sie ihr Geschäft weiter – sie hatte es inzwischen zur Gänze von Eugen Walter übernommen. Dem Weiblichkeitsideal der Kleinstädter, die die Frauen ausschließlich bei den Kindern und hinterm Herd wissen wollten, entsprach damit Ducia nicht mehr.

Angeekelt war sie nicht nur als Eisenbahnerfrau, sondern auch als Frau in einem ausgesprochenen Männerberuf. Ein unfairer Konkurrenzkampf der christlichsozialen Tischlergenossenschaft zwang Ducia, ihr Möbelgeschäft zu schließen. Die Selbständigkeit einer Frau schien den männlichen Berufskollegen ein Dorn im Auge gewesen zu sein. An Ducias Fähigkeiten als Geschäftsfrau zweifelten

allerdings einige von ihnen nicht: 1907 wurde sie als Verkäuferin für die neue Möbelverkaufsstelle der Genossenschaft vorgeschlagen. Der Großteil der Beteiligten stimmte jedoch für einen männlichen Verkäufer.⁴

Mit dieser Entscheidung wurde Ducia endgültig aus ihrem Beruf gedrängt, was ihr blieb, waren große finanzielle Belastungen aus dem ruinierten Betrieb.

In den folgenden Jahren widmete sie sich ausschließlich ihren sechs Kindern, einschließlich der zwei unehelichen. Die Familie konnte aufgrund der Verschuldung mehr schlecht als recht vom Lohn des Familienoberhauptes leben. Auch die damaligen Wohnverhältnisse für die einfache Bevölkerung waren beengt. Anfangs lebten die Ducias in einem privaten Mietshaus, später übersiedelten sie in ein Personalhaus der Südbahngesellschaft am Stadtrand von Lienz. Dort lebte die achtköpfige Familie in einer 60 Quadratmeter großen Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnung.

Die Freisinnige: Politische Anfänge in Lienz

Für Frauen war in Lienz bis 1910 eine sozialdemokratische Organisierung schwer möglich. Es gab dort weder einen Arbeiterinnenbildungsverein noch eine Frauensektion der Gewerkschaft.

Außerhalb solcher Organisationsformen war eine politische Vereinstätigkeit für Frauen nach dem § 30 des Vereinsgesetzes verboten. Der verhältnismäßig späte Beginn von Ducias politischer Tätigkeit – sie war 35 – kann auf diese fehlenden Möglichkeiten in Lienz zurückgeführt werden. Informationen über die Sozialdemokratische Partei und deren Ziele bezog sie bis dahin aus dem Gewerkschaftsblatt ihres Ehemannes.

Möglichkeiten für eine Politisierung der Frauen entstanden in Lienz mit dem reichsweiten Ausbau der freien politischen Frauenorganisation. Auf dem Parteitag in Reichenberg 1909 wurde jene Organisation als Teil der Sozialdemokratischen Partei anerkannt. Die unterste Einheit bildete das örtliche Frauenaktionskomitee, dem folgten die Landesfrauenkomitees mit den Landesvertrauenspersonen und das Frauenreichskomitee. Alle zwei Jahre tagte die Frauenreichskonferenz und legte ihre Beschlüsse dem Parteitag zur Annahme vor. Die Funktion dieser Frauenorganisation bestand von allem darin, „die Frauen der Partei zuzuführen“.

Dieser Organisation fehlte als politischem Frauenverein jegliche gesetzliche Grundlage gemäß § 30 des Vereinsgesetzes. Allerdings fiel dies den Behörden anfänglich nicht auf. Als die Polizei später mit Verhaftungen reagierte, gelangten den Frauen Freisprüche, indem sie vor Gericht ihre Treffen mit den unpolitischen „Fünf-Uhr-Tees“ der bürgerlichen Frauen verglichen.⁵

Im Mai 1910 kam die Sekretärin des Frauenreichskomitees, Gabriele Proft, im Rahmen einer großangelegten Agitationsfahrt auch nach Lienz. Ziel solcher Veranstaltungen war die Aufklärung vor allem nicht erwerbstätiger Frauen – erwerbstätige konnten auch von der Gewerkschaft angesprochen werden – über die Notwendigkeit einer politischen Organisierung. Profts Auftritt war ein Erfolg: 60 Lienzerinnen, vorwiegend Ehefrauen der Bahnbediensteten, schlossen sich zusammen und gründeten ein Frauenkomitee, das erste dieser Art in Tirol.⁶ Als Angehörige dieser Frauengruppe wurden sie auch gleichzeitig Parteimitglieder. Maria Ducia wurde zur Schriftführerin gewählt, ein Jahr später folgte sie Marie Dedeck als Vorsitzende.

Welche Gründe waren für Ducias Interesse an der Sozialdemokratischen Partei ausschlaggebend? Sicher ihre persönlichen Erfahrungen, als Frau, Mutter zweier unehelicher Kinder, Tabakfabriksarbeiterin, berufstätige Frau in Lienz und als Ehefrau eines Eisenbahners zu den gesellschaftlich Benachteiligten zu gehören. Zum andern erkannte sie die zunehmende Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die sozialdemokratische Bewegung bot Maria Ducia die Chance, sich gegen jene Mißstände, für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Frauen einzusetzen.

Anfänglich trafen sich die sozialdemokratischen Lienzerinnen regelmäßig in ihren Wohnungen, um einer polizeilichen Kontrolle zu entgehen. Ducia klärte die Anwesenden über die Ideen und Ziele der Arbeiter/innenbewegung und über die Rolle der Frauen im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung auf. Die „Arbeiterinnenzeitung“ aus Wien war Ducias wichtigste Informationsquelle für ihre Vorträge.

Ihr erster öffentlicher Auftritt fiel in die Zeit der Lebensmittelteuerung im Winter 1910/11: Dagegen organisierte die österreichische Arbeiter/innenschaft Aktionen. Als Maria Ducia in Lienz auf einer Demonstration gegen die Fleischteuerung eine Rede hielt, wurde sie – im Gegensatz zu ihren männlichen Parteikollegen – von der lokalen Presse angegriffen. Das liberale deutschnationale Wochenblatt „Lienzer Zeitung“ vermerkte ironisch, daß

„die vorzüglich auswendiggelernte Rede glatt vom Stapel ging, die Zuhörer von Satz zu Satz begeisterte“,

und polemisierte weiter,

„daß der Freisinn unserer Frauen und Mädchen (gemeint sind die Mitglieder der politischen Frauenorganisation, A. M.) die allerbeste Vertretung in der Fleischfrage genießt“.⁷

Nicht nur mit Spott, sondern auch mit Haß reagierte ein Teil der Bevölkerung auf die Sozialdemokratin Ducia. Für

einen den christlichsozialen Lienzern nicht genehmen Kinderumzug anlässlich eines Maifestes wurde sie als Verantwortliche mit einer Geldstrafe belangt. Das sonderbare Strafverfahren – es fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit in einer Amtsstube statt – beschrieb Ducia 1912 ausführlich im Tiroler Parteiorgan, der „Volkszeitung“.⁸

Mit ihrer politischen Tätigkeit brachte sie nicht nur einmal das traditionelle Frauenbild der Lienzer Bevölkerung ins Wanken. Die Unvereinbarkeit ihrer Aufgaben als Politikerin und als Mutter von sechs Kindern lag nach herkömmlichen Vorstellungen klar auf der Hand. „Tratschereien“ und Beschimpfungen blieben nicht aus. Sogar im Tiroler Landtag der Zwischenkriegszeit wurden die Gerüchte aus jener Zeit von einem Osttiroler christlichsozialen Abgeordneten wieder aufgewärmt:

„Bei uns hat man gesagt, daß die Kindererziehung bei der Frau Ducia nicht sie, sondern ihr Mann zu besorgen hat.“

Diesen Vorwürfen widersprach Maria Ducia aufs heftigste:

„Mein Mann war Lokomotivführer und hat seinen Dienst immer brav gemacht und meine Kinder habe ich selbst erzogen. In dem Augenblick aber als es bekannt wurde, daß eine Frau sozialdemokratisch sich betätige, da haben sich die christlichsozialen Blätter und einer der verstorbenen süßschnautzigen Kooperatoren bemüht, irgend etwas zu finden, wie sie diese Frau herunterreißen könnten, die in diese kohlschwarze Gegend vielleicht einen anderen Schimmer hineinbringen könnte.“⁹

Auch Ducia war also der traditionellen Rollenzuteilung auf Mann und Frau verhaftet, wenn sie alle ihre Kräfte aufbot, um neben ihrer politischen Arbeit noch Haushalt und Kindererziehung zu bewältigen.

Seine Mutter – so ihr Sohn Toni Ducia – habe sich in Lienz nie richtig wohl gefühlt. Äußeres Zeichen ihrer Distanz war, daß sie nie den dortigen Dialekt annahm.

Als 1919 die ganze Familie nach Innsbruck übersiedelte, weil Ducia beruflich dorthin versetzt wurde, war das für Maria Ducia eine große Erleichterung, politisch und emotional.

„Ihr Lebensinteresse gebietet den Frauen, politische Rechte zu erringen“ Frauenpolitik in Tirol 1911-1919

Maria Ducia lernte die „Grundbegriffe des politischen Handwerks“ in einer Zeit, als den Frauen vom Gesetz weder eine politische Vereinstätigkeit noch das Stimmrecht zugebilligt war. 1907 wurde bei den Reichsratswahlen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Männer ab dem 24. Lebensjahr wirksam. Zugunsten der Arbeiter in den eigenen Reihen verzichteten die sozial-

demokratischen Funktionärinnen während des Wahlrechtskampfes auf ihre Stimmrechtsforderung. Nach 1907 setzte sich auch die Parteiführung für das Frauenwahlrecht ein.

Maria Ducia erhielt entscheidende Anstöße für eine Politik von Frauen für Frauen auf den von ihr regelmäßig besuchten Frauenreichskonferenzen ab 1911. Aufmerksam verfolgte sie die Referate von Therese Schlesinger und Emmy Freundlich zur Organisations-, Agitations- und Bildungsarbeit für Proletarierinnen. Entschlossen, in Tirol eine Landesfrauenorganisation aufzubauen, kehrte sie von der Frauenreichskonferenz 1911 in Innsbruck nach Lienz zurück. Der finanzielle Aufwand für die Teilnahme an solchen Frauenkonferenzen und Parteitag wurde für die Angehörige eines Eisenbahners durch die verbilligte Bahnfahrt verringert.

1912 war es dann soweit: Gemeinsam mit einigen Frauen aus Nordtirol berief Maria Ducia die erste Landesfrauenkonferenz ein. Ducia, wohl eine der fähigsten Frauen der Tiroler Sozialdemokratinnen, wurde Landesvertrauensperson und Mitglied im sechsköpfigen Landesfrauenkomitee. Ihre wichtigsten Aufgaben bestanden in der Kontaktaufnahme zum Frauenreichskomitee, der Unterstützung der örtlichen Frauengruppen und der Berichterstattung auf Landesparteitagen über die Entwicklung der Organisation.

Das Vorherrschen kleinbürgerlicher und bäuerlicher Lebensformen in Tirol beziehungsweise das Fehlen größerer Industriegebiete erschwerte ein gezieltes Ansprechen der Frauen. Außerdem war ein Großteil der Tirolerinnen von katholischen Wert- und Moralvorstellungen geprägt. Deshalb beschränkten sich die Funktionärinnen in ihrer Werbung vorerst auf die Ehefrauen der bereits sozialdemokratischen Genossen. Die Männer sollten helfen, den Frauen den Sozialismus näherzubringen.¹⁰

Besonderes Augenmerk legte Ducia auf die Bildungsarbeit innerhalb der Frauenorganisation. In Form von Lesekreisen und Funktionärinnenkursen sollten den interessierten Frauen die Grundfragen sozialistischen Denkens und der Sozialpolitik vermittelt werden.

1912 besuchte sie die Parteischule in Klagenfurt. Bildung war für sie einer der Grundpfeiler für die Befreiung der Arbeiter/innenklasse. Deshalb nutzte sie jede freie Minute zum Selbststudium: Während ihre Kinder klein waren, am Küchentisch; später zog sie sich in ihr Zimmer zurück oder ging in ein Kaffeehaus, um ungestört Zeitungen und Bücher zu lesen.

Ducias Interesse an Literatur war breit gefächert: In ihrem Bücherregal standen neben politischen Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels oder August Bebel die Werke berühmter Dichter und Schriftsteller wie Johann Wolfgang Goethe, Friedrich Schiller, William Shakespeare,

Dante Alighieri oder Jean-Jacques Rousseau. Ihr Sohn Toni erinnerte sich daran, daß ihm seine Mutter mit Begeisterung aus Goethes „Faust“ vorgelesen hatte. Gelesenes, das sie bewegte, notierte sie in kleine Taschenkalender und ergänzte es durch eigene Überlegungen. Diese kleinen Büchlein, beinahe bis zur Unleserlichkeit vollgeschrieben, sind die einzigen schriftlichen Zeugnisse von Maria Ducia.

Ducia war eine „Vollblutpolitikerin“ geworden. Sie hielt im ganzen Land, von Meran bis Landeck, Vorträge mit der Absicht, der Frauenbewegung eine breite Basis aufzubauen. Das gelang ihr auch.

Ihre Arbeit wurde durch den Ersten Weltkrieg erschwert. Neben dem häufigen Ausfall der Verkehrsmittel behinderten die enorme Belastung der Frauen, die ihre Männer in der Wirtschaft und als Ernährer der Kinder ersetzen mußten sowie die katastrophale Hungersnot einen Fortschritt der Frauenorganisation. Das Elend, die Verantwortung der Frauen und der ungebrochene Kampfgeist ist denn auch der Inhalt von Ducias Rede auf der großen Friedenskundgebung der österreichischen Arbeiter/innen-schaft 1917 in Innsbruck:

„Aber die Frauen dürfen sich nicht von Schmerz beherrschen lassen; sie müssen erkennen, daß sie in der Zukunft eine ganz veränderte Stellung im Wirtschaftsleben einnehmen werden und daß ihnen ihr Lebensinteresse gebietet, politisches Recht zu erringen, um sich gegen die mannigfache Ausbeutung, der die Frauen am schwersten ausgesetzt sind, zu wehren und den Kampf um ein besseres Dasein wirksam führen zu können. ... mit Entschiedenheit wollen wir den Kampf führen, um die politische Gleichberechtigung.“¹¹

„Ich entziehe ihnen das Wort“ Im Tiroler Landtag 1919-1934

Nach der Ausrufung der Republik 1918 wurde den Frauen endlich das Wahlrecht und die Mitgliedschaft in gesetzgebenden Körperschaften zuerkannt. Im Tiroler Landtag waren zwei Frauen vertreten, eine Sozialdemokratin (ab 1929 zwei) und eine aus dem christlichsozialen Lager.

15 Jahre lang setzte sich Maria Ducia als Abgeordnete für die Interessen der Arbeiter/innen, Kleinbauern und -bäuerinnen und der Angestellten ein. In eindringlichen Reden wandte sie sich gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Vormachtstellung der katholischen Kirche, vor allem in der Schule, die faschistische Heimatwehr, den aufkommenden Nationalsozialismus und die Schützen sowie gegen die ungerechte Verteilung der Steuergelder durch die christlichsoziale Landesregierung. Sie forderte die Verwendung des Budgets für den Ausbau

des sozialen Fürsorgewesens (Invaliden-, Arbeitslosen-, Jugend- und Witwenfürsorge).

Ducia verstand sich als Vertreterin der Frauen im Tiroler Landtag. Oft thematisierte sie den Nachrang der Frauen trotz der so hart erkämpften Gleichberechtigung. Sie beantragte auch vergeblich die Aufhebung des Lehrerinnenzölibats – bei einer Heirat mußten die Lehrerinnen ihren Beruf aufgeben – und des § 144 des Strafgesetzes, also der Ahndung der Schwangerschaftsunterbrechung.

Maria Ducia war in Landtagssitzungen trotz ihrer Schlagfertigkeit häufig das Opfer von Beschimpfungen, Diskriminierungen und Polemiken der bürgerlichen Männergarde in den Landtagsbänken. Sie wurde nicht nur als Sozialdemokratin, sondern auch als Frau und Privatperson angegriffen. Im Vergleich zu ihren männlichen Parteikollegen hatte sie auch geringere Chancen, ihre Anträge durchzubringen. Nicht selten wurde ihr vom Vorsitzenden des Landtags gedroht: „Ich entziehe Ihnen das Wort!“

Keine Frauenrechtlerin Das Frauenbild von Maria Ducia

Die Sozialdemokratinnen ordneten die Geschlechterfrage der Klassenfrage unter. Sie verstanden sich als Angehörige der Arbeiterklasse, die ebenso wie die arbeitenden Männer vom kapitalistischen Bürgertum ausgebeutet werden. Sie sahen sich im Gegensatz zu den bürgerlich-radikalen Frauenrechtlerinnen. Diese wollten eine Befreiung der Frauen in ihrem eigenen Interesse, und nicht wie die Sozialdemokratinnen im Interesse der gesamten Gesellschaft. So distanzierte sich auch Maria Ducia von jenen Frauen und formulierte das gemeinsame Anliegen von Mann und Frau:

„Miteinander, Männer und Frauen, wollen wir uns die bessere Zukunft erarbeiten.“¹²

Die gesellschaftlich wichtigste Aufgabe der Frau sah Ducia darin, „daß jede Mutter die Aufgabe auf sich nimmt und Kinder ungezählt in die Welt setzt!“¹³ – vorausgesetzt die

sozialen Bedingungen erlauben es. Diese – wenn auch überspitzte – Formulierung verweist auf das konservative Frauenbild der Sozialdemokratinnen, obwohl sie sich von den bürgerlichen Vorstellungen schärfstens abgrenzten.

Maria Ducia war die herausragendste Frau der Tiroler Sozialdemokratischen Partei in der Zwischenkriegszeit. Sie machte „Parteikarriere“ aufgrund ihrer ausgeprägten Persönlichkeit, Bildung, Redegewandtheit, organisatorischen Fähigkeit und Erfahrung. Dieser Aufstieg bedeutete aber Loyalität und Parteidisziplin der *Frau* Maria Ducia.

Mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei 1934 beendete Ducia ihre politische Laufbahn. Ihren Lebensabend verbrachte sie in der gemeinsamen Wohnung mit ihrer Tochter Malie und deren Familie in Innsbruck.

Am 15. Mai 1959 starb sie 84jährig.

Anmerkungen

¹ Das Zitat ist der Anfang des Gedichts „Geh deine Bahn“ von Hermann Greulich, in Anlehnung an das Motto im Vorwort zur ersten Auflage des „Kapital“, Band 1, von Karl Marx, in: Österreichischer Arbeiter-Notizkalender 1912, Wien o.J., S. 3 (Nachlaß Maria Ducia).

² Vgl. Pizzinini, Meinrad: Lienz. Das große Stadtbuch. Lienz 1982, S. 319 f. und 341 f.

³ Vgl. Oberkofler, Gerhard: Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des 2. Weltkrieges (2. Aufl.) 1986, S. 113 und 140.

⁴ Vgl. „Volkszeitung. Organ für das arbeitende Volk in Tirol“, 7.8.1907.

⁵ Zur Entwicklung der freien politischen Frauenorganisation siehe die Darstellungen von Popp, Adelheid: Der Weg zur Höhe. Die Sozialdemokratische Frauenbewegung Österreichs (2. Auflage). Wien 1930, S. 86 f.; Protokoll der 4. Frauenkonferenz in Innsbruck 1911, in: Protokoll des Parteitages: Verhandlungen des Parteitages der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Abgehalten in Innsbruck vom 29.10.-2.11.1911. Wien 1911, S. 340-382, hier S. 367.

⁶ Vgl. „Volkszeitung“, 13.5. und 15.6.1910.

⁷ „Lienzer Zeitung“, 1.10.1910.

⁸ Vgl. „Volkszeitung“, 13.8.1912.

⁹ Stenographische Berichte des Tiroler Landtages. 19. Sitzung vom 29.1.1926, S. 426.

¹⁰ Vgl. „Volkszeitung“, 26.3.1912.

¹¹ „Volkszeitung“, 3.5.1917.

¹² Die Frau und die Partei. Rede der Abgeordneten Ducia auf dem Parteitag 1932, in: „Volkszeitung“, 19.11.1932.

¹³ Stenographische Berichte des Tiroler Landtages. 8. Sitzung vom 17.12.1929, S. 128.



Eine dritte Bruchlinie: „Heimat“. Diese Bruchlinie wurde vor allem mit der Zuwanderung im Gefolge der Industrialisierung aktualisiert: Wer waren die „Einheimischen“, wer waren die „Fremden“? – Fremd sein ist eine Frage der Definition. Und der politischen Machtverhältnisse.

Die katholische Arbeiterbewegung nimmt die „Heimat“ durch den Appell an die Tradition für sich in Beschlag: Fahne des Arbeiterjugendheims Innsbruck 1901 (Stadtarchiv Innsbruck – Photosammlung).



Die Inanspruchnahme der Tradition geschieht gerade auch durch die Schützen: Eine Schützenabordnung des „Katholischen Arbeitervereins Innsbruck und Umgebung“ bei einem Aufmarsch in Hötting in den dreißiger Jahren.

Die Tracht ist das Kleid der Heimat. Tracht tragen bedeutet deshalb der Heimat treu sein.
(Motto des ersten Vaterländischen Trachtenfests in Bludenz, Pfingsten 1935)

Die Sozialdemokratie ist – zumindest in ihrem Anspruch – internationalistisch: Sie will Heimat für alle schaffen. Und sie hat deshalb auch immer Platz für Zuwanderer und „Fremde“. Im Bild Angehörige des Republikanischen Schutzbundes in ihren Uniformen, beim Anmarsch auf Haag im Hausruckviertel/Oberösterreich 1929.



Die Heimat-Frage wird, wie der Antisemitismus, besonders akut im Frühjahr 1919: Die politischen Eliten der konservativen Länder mobilisieren gegen das „rote Wien“ – Antizentralismus als Antisozialismus.

„Wem soll denn Oberösterreich gehören, wenn nicht den Oberösterreichern? Wollen denn unsere Sozialdemokraten ihr eigenes Heimatland jemand Fremden ausliefern, und wäre es selbst das rote Wien? Auf diesem Wege würden ihnen selbst viele ihrer eigenen Anhänger nicht folgen. ... Die Herrschaft Wiens über die Länder muß mit der Auflösung der Monarchie zu Ende sein, wir wollen künftig freie Länder in der freien Republik sein, wie der demokratische Gedanke es erheischt.“

„Linzer Volksblatt“, 21. Mai 1919 (nach der Landtagswahl)

Die Frage, wem das Land gehört, scheint nach dem Februar 1934 entschieden: Der Katholische Gesellenverein in Innsbruck präsentiert bei einer Festveranstaltung am 4. Oktober 1936 als lebendes Bild die „Huldigung an Frau Austria“ – mit verschiedenen Landeswappen, Doppeladler (links) und Kaiserpaar (rechts).



Markus Barnay

„Echte Vorarlberger“ und „fremde Bettler“

Bildung von Landesbewußtsein und
Ausgrenzung von Zuwanderern in Vorarlberg
im 19. und 20. Jahrhundert

Das Land Vorarlberg zählt seit mehr als hundert Jahren – neben Wien – zu den höchstindustrialisierten Regionen Österreichs. In dieser Zeit wurde Vorarlberg zugleich zu einem klassischen Ziel-land der Arbeitseinwanderung. Seit dem ausgehenden 19. Jahr- hundert stellen die Zuwanderer aus anderen österreichischen Regionen wie auch aus anderen Staaten ständig einen Anteil von etwa 10 bis 20 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Angesichts dieser Verhältnisse erstaunt die traditionelle Schwä- che der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Dominanz der christlichen, die sich beispielsweise in einer absoluten Mehrheit des ÖAAB in der Vorarlberger Arbeiterkammer seit 1974, aber auch im geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad – 30 Pro- zent gegenüber 60 Prozent im österreichischen Durchschnitt – äußert. Auch die Ergebnisse der Landtagswahlen – hier erzielten die Katholisch-Konservativen beziehungsweise Christlichsozialen seit 1870 durchgehend die absolute Mehrheit der Stimmen und Mandate – entsprechen nicht unbedingt den Erwartungen hin- sichtlich der politischen Struktur eines Landes, das einen Beschäf- tigungsanteil zwischen 46 Prozent (1910) und 56 Prozent (1980) in Industrie und Gewerbe aufweist.¹

Industrialisierung und Zuwanderung sind siamesische Zwillinge: Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Gleichzeitig wurden von den alt- eingewachsenen politischen Eliten immer auch Strategien zur Ausgrenzung dieser Zuwanderer ent- wickelt. Doch „Fremd- sein“ ist nichts Natür- liches. Fremde und Ein- heimische haben eines gemeinsam: Sie werden nicht vorgefunden, son- dern erfunden.

Einer der Gründe für diese Entwicklung ist sicher die besondere Form der Industrialisierung Vorarlbergs: Von Anfang an dominierte hier die Textilindustrie, die sich in ihrer Standortwahl zu allererst am Zugang zur Wasserkraft orientierte. Das führte zu einer über die beiden Haupttäler Walgau und Rheintal verstreuten Ansiedlung der Fabriken. Dadurch entstanden keine industriellen Ballungszentren, wenngleich einige Gemeinden wie Rieden, Hard, Kennelbach, Dornbirn, Feldkirch, Bürs und Bludenz einen besonders hohen Industrialisierungsgrad aufwiesen. Dabei erhielt sich in Vorarlberg relativ lang eine Form der Doppel-Beschäftigung, bei der sich Fabrikarbeiter zugleich auf eigenem landwirtschaftlichen Grund als Nebenerwerbslandwirte betätigten. Die Folge: Der Proletarisierungsgrad blieb relativ gering; die soziale Kontrolle und Einbindung in der dörflichen Umgebung blieb trotz der Industrialisierung aufrecht.

Ebenso wichtig wie die sozialen Verhältnisse sind die politischen Strukturen in Vorarlberg gewesen: Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts konnte sich hier der Klerus als starke politische Kraft etablieren, die vor allem auch im ideologischen Bereich wirksam wurde. So bildete sich parallel zur Industrialisierung ein ethnisch-regionales Bewußtsein in Form eines „alemannischen“ Landesbewußtseins heraus, das maßgeblich von den Interessen der herrschenden Elite bestimmt wurde.

Eines der wesentlichen Merkmale dieses Landesbewußtseins ist die Abgrenzung sowohl gegen die österreichische Bevölkerung östlich des Arlbergs als auch gegen Zuwanderer-Minderheiten im Lande selbst.

Die Tradition der Ausgrenzung

Ausgrenzungsversuche unter ethnisch-regionalen oder religiösen Vorzeichen gab es freilich nicht erst mit dem Beginn der Arbeitszuwanderung, sondern schon lange vorher. So ist in Vorarlberg eine jahrhundertealte Tradition des Antisemitismus festzustellen. Er wurde insbesondere von den vorarlbergischen Landständen – jenen Stadt- und Dorfoberen, die die Gerichtsbarkeit und andere öffentliche Funktionen innehatten – geschürt und aufrechterhalten: Die jüdischen Bürger galten in ihren Augen als Fremde, deren Vertreibung aus dem Land eines der kontinuierlichsten Ziele der landständischen Politik war.²

Wer sich zur angestammten Bevölkerung des Landes zählen darf und wer nicht, war auch Gegenstand der öffentlichen Diskussion in den Jahren 1848/49. Einige Liberale hatten nach dem März-Aufstand in Wien eine neue Wahlordnung für Vorarlberg gefordert und ihren Aufruf mit „mehrere patriotische Unterländer“ unterzeichnet.³ Die Antwort folgte prompt:

„Die sich so nennenden Patrioten leben zwar im Unterlande, gehören aber nicht Alle nach Geburt, Keiner der Gesinnung nach unserem Lande an“,

stellten „einige Vorarlberger“ in der folgenden Ausgabe des „Bregenzer Wochenblattes“ fest.⁴

Mit einem Appell an die „Herzen der Vaterlandsfreunde“ wurde 1861 auch die konservative Bewegung gegen die Liberalen gestartet. Letzteren war es nach der Einrichtung eines eigenen Landtages für Vorarlberg dank des Zensus-Wahlrechtes gelungen, die politische Macht im Lande zu übernehmen. Die liberale Elite der Fabrikanten und Intellektuellen war weitgehend identisch mit den Gründern der evangelischen Gemeinde, die nach dem Erlaß des Protestantententes im Jahr 1861 errichtet werden konnte. Genau gegen diese Gründung und gegen das Protestantententent allgemein richtete sich eine Plakat- und Unterschriftenaktion des späteren Landtagsabgeordneten Josef Anton Ölz, der forderte,

„daß dem Lande Vorarlberg die Glaubenseinheit erhalten werde und die Protestanten von der Ansäßigmachung ausgeschlossen bleiben.“⁵

Richtete sich diese Initiative zumindest vordergründig noch gegen *Andersgläubige*, so standen bald darauf *Andersdenkende* im Mittelpunkt der katholisch-konservativen Agitation, wobei das Verhältnis der politischen Gegner zur katholischen Religion stets in die Propaganda miteinbezogen wurde: Der Bauer und Dichter Franz Michael Felder beispielsweise, wegen seiner sozialreformerischen Ideen ein Dorn im Auge der Mächtigen, wurde als „Freimaurer“ denunziert⁶, den Liberalen wurde entweder „Gottlosigkeit“ oder die Zusammenarbeit mit Juden angelastet.⁷

Im Vordergrund der klerikal-konservativen Propaganda stand zunächst der Kampf gegen die Liberalen. Tatsächlich gelang es den Konservativen mit Hilfe ihrer Zeitung „Vorarlberger Volksblatt“ – gegründet 1868 – und durch den Aufbau katholischer Vereine, sogenannter „Kasinos“ – in zahlreichen Vorarlberger Gemeinden eine starke politische Stimmung zu ihren Gunsten zu erzeugen. Die Angriffe gegen die Liberalen standen dabei – und dies ist in unserem Zusammenhang besonders wichtig – stets unter anti-kapitalistischen Vorzeichen, war es doch das liberale Besitzbürgertum, mit einem Großteil der Fabrikanten, das den Machtbestrebungen der Konservativen im Wege stand.

Bei den Landtagswahlen 1870 konnten die Klerikal-Konservativen die Früchte ihrer Arbeit ernten: Sie stellten die politische Machtverteilung im Landtag auf den Kopf, indem sie mit nunmehr 15 Abgeordneten vier Liberalen gegenüber saßen – gegenüber 14 Liberalen und fünf Konservativen in der vorhergehenden Wahlperiode.

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten gelang es den Konservativen, in der Vorarlberger Bevölkerung ein Gemeinsamkeitsbewußtsein zu erzeugen, das eng mit den Anliegen der katholischen Kirche und der Konservativen Partei verknüpft war.

Die Abwehr des „Fremden“

Das auf diese Weise entstehende Landesbewußtsein enthielt als zentrale Bestandteile die Abgrenzung nach außen und die Ausgrenzung von Gruppen im Inneren. Betroffen davon waren neben den erwähnten *Andersgläubigen* und *Andersdenkenden* vor allem auch die Arbeitszuwanderer: Ab etwa 1870, vor allem aber im Zusammenhang mit dem Bau der Arlbergbahn 1880-1884 erfolgte der erste große Einwanderungsschub von italienischsprachigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die in der Bauwirtschaft beziehungsweise in der Textilindustrie als stark belastbare und billige Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Diese „fremden Bettler“, die dank ihres geringen Lohnes tatsächlich bisweilen gezwungen waren, zu betteln, um ihr Überleben zu sichern, galten nicht nur in der konservativen Propaganda als Symbol für die Auswüchse der Industrialisierung, sie lieferten auch der einheimischen Bevölkerung eine deutliche „Erfahrung des Fremden“. Diese Erfahrung wirkte für die Einheimischen in besonderem Maße identitätsstiftend: Um sich seiner selbst bewußt zu werden, braucht man das „Fremde“.

Die in diesem Zusammenhang entwickelten Vorurteile über die „Fremden“ hatten drei Zielrichtungen:

- Sie richteten sich wirtschaftlich gegen die Arbeitszuwanderer als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt;
- sie richteten sich politisch gegen die liberalen Fabrikanten, die die Zuwanderer ins Land geholt hatten;
- sie richteten sich kulturell gegen die vermeintliche Bedrohung festgefügt sozialer Zuordnungen, symbolisiert in „Stamm“ oder „Rasse“, durch die von der Industrie angeworbenen Fremden.

1885 brachte der katholisch-konservative Landtagsabgeordnete Martin Thurnher ein „Gesetz über die Besteuerung der Auswärtigen“ im Landtag ein – als „Schutz gegen die Überschwemmung des Landes von Welschen“, wie Thurnher in seinen Lebenserinnerungen schreibt.⁸

Mit dem Auftreten der Sozialdemokraten kam ein weiteres Motiv für die Ausgrenzung der Zuwanderer hinzu: deren angebliche politische Orientierung. 1908 zum Beispiel konstatierte das „Vorarlberger Volksblatt“

„zwei betäubende Umstände, nämlich, daß die Verwelschung der Stadt Bludenz riesige Fortschritte macht und diese Südländer ihrer Menge und Stärke sich bewußt sind, und weiters, daß

der Großteil derselben der sozialdemokratischen Partei anhängt oder gar schon verschrieben ist.“⁹

In Wirklichkeit waren die Arbeitszuwanderer zwar bei weitem nicht so sehr der Sozialdemokratie verschrieben, wie das „Volksblatt“ befürchtete,¹⁰ aber die Gleichsetzung von „Fremden“ und Sozialdemokraten wurde nun von den Konservativen systematisch betrieben.

„Heimatlose“ Sozialdemokraten

Zunächst hatten die Konservativen zwar noch relativ gelassen auf das Auftreten der Sozialdemokraten reagiert, die 1890 eine erste Landesorganisation der SDAP für Tirol und Vorarlberg gegründet hatten. Spätestens seit der Gründung des sozialdemokratischen „Politischen Vereins für Vorarlberg“ 1893 aber wetterten die Konservativen gegen „die Pläne einer religionsfeindlichen vaterlandslosen internationalen Umsturzpartei“.¹¹ Sie antworteten mit der Gründung eines „Christlichsozialen Volksvereins“ und erster christlicher Arbeitervereine.

Die Ausgrenzung der Sozialdemokraten aus der Vorarlberger „Gemeinschaft“ fiel den Konservativen dabei relativ leicht, stützte sich die neue Partei doch überwiegend auf zugewanderte Handwerker und Arbeiter, die aufgrund ihrer besonderen Situation früher als die einheimischen ein Klassenbewußtsein entwickelten und ihre Anliegen gemeinsam zu vertreten suchten. Die meisten der führenden Genossen der ersten drei Jahrzehnte – Johann Coufal, Ignaz Leimgruber, Franz Pechota, Coloman Markart, Hermann Leibfried und Eduard Ertl – waren nicht in Vorarlberg geboren. Den Konservativen und deren „Vorarlberger Volksblatt“ galten diese Männer – unabhängig von ihrer Aufenthaltszeit im Lande – als „landfremde“ und „heimatlose Gesellen“.

Der konservative Antisozialismus wurde zudem bereits Ende des 19. Jahrhunderts mit einem ausgeprägten Antisemitismus verknüpft – ein Element, das bis zur Ausschaltung der organisierten Sozialdemokratie 1934 ein fester Bestandteil der politischen Propaganda der Konservativen blieb. So bezeichnete etwa ein Redakteur des „Vorarlberger Volksblatts“ den Herausgeber der sozialdemokratischen „Vorarlberger Wacht“ 1911 als „fremden jüdischen Sozialdemokraten schlimmster Sorte“.¹² Als der „Volksblatt“-Redakteur im darauf folgenden Beleidigungsprozeß freigesprochen wurde, kommentierte seine Zeitung:

„Die christliche Weltanschauung hatte sich gegen die volksfremde jüdisch-sozialistische zu verteidigen. Ein glänzender Sieg der christlichen Lebensauffassung war das Ergebnis der Auseinandersetzung.“¹³

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde diese Art der Ausgrenzung der Sozialdemokraten noch verstärkt. Mit der Ausrufung der Republik und der ersten Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten geriet die Bundeshauptstadt Wien als Regierungssitz in das Visier der konservativen Propaganda – im „Vorarlberger Volksblatt“ wurde nun in immer neuen Varianten die „Gewaltherrschaft der Wiener Juden- und Sozialistenregierung“ beklagt.¹⁴

Juden und Sozialisten wurden zu Sündenböcken für den verlorenen Krieg gemacht; die Gleichsetzung von Sozialismus, Bolschewismus und Judentum wurde auch auf die einheimischen Sozialdemokraten übertragen: Sie galten den Konservativen als „90prozentige Moskauer, die kein Österreichtum kennen“¹⁵ und gegen die das „bodenständige, alteingesessene Vorarlbergertum“¹⁶ notfalls mit Waffengewalt geschützt werden müsse. Das geschah, als der „Heimatsdienst“ gemeinsam mit dem Bundesheer im Juli 1927 den Verkehrsstreik niederschlug, was das „Volksblatt“ zu folgendem Kommentar veranlaßte:

„Nieder mit dem landfremden Bolschewismus, Gott schütze unsere liebe Heimat vor dem Arlberg!“¹⁷

Vom Umgang mit Zuwanderern

Von solchen Ausgrenzungsversuchen unter ethnisch-regionalen Vorzeichen waren nach 1918 nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Arbeitszuwanderer allgemein betroffen.

Bereits 1918 forderte die Landesregierung die Bevölkerung auf, beim Schutz der Grenzen mitzuhelfen

„gegen den Strom der fremden Massen, die von den Fronten zurückfluten, ... sowie überhaupt vor allen jenen, die nicht zu uns gehören, die uns nicht nützen, die aber wohl unsere an sich knappen Vorräte mit aufzehren würden“.¹⁸

Zu jenen Personen, „die uns nicht nützen“, wurden später auch unbemittelte Arbeitslose gezählt. Wenn sie aus anderen Bundesländern stammten, wurden sie ab 1933 auf Weisung der Landesregierung aufgegriffen und per Schub „abgeschafft“. Im ganzen Land wurden solche Arbeitslose

„zusammengefangen, in Arreste gesteckt (und) ... willkürlich auf fünf Jahre des Landes verwiesen und wie Landstreicher auf den Schub geschickt. Dabei handelt es sich zum Teil um Arbeitslose, die seit Jahren in Vorarlberg ansässig sind und entweder die Arbeitslosenunterstützung oder die Notstands-aushilfe beziehen.“¹⁹

Anfang des Jahres 1933 wurden allein aus dem Bezirk Bludenz 266 Erwachsene und eine unbekannte Zahl von Kindern abgeschoben.²⁰

Integration und Ausgrenzung nach 1945

Trotz aller schrecklichen Erfahrungen mit dem national-sozialistischen Regime blieb die Blut-und-Boden-Ideologie mit ihren rassenbiologischen Vorstellungen, die auch das ethnisch-regionale Selbstverständnis in Vorarlberg mitbestimmten, nach 1945 keineswegs tabu. Schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Vorarlberg-Bewußtsein in Form eines alemannischen „Stammes-Bewußtseins“ wiederbelebt.²¹ Die damit verbundenen Ausgrenzungsversuche richteten sich nunmehr gegen die neuen Arbeitszuwanderer, die zunächst aus anderen Bundesländern – vor allem aus Kärnten und der Steiermark – nach Vorarlberg kamen. Zwar wurden die Ressentiments gegen diese „Innerösterreicher“ weniger offensiv und weniger öffentlich als früher propagiert, aber eine Bevölkerung, deren Mißtrauen gegen alles „Fremde“ seit Jahrzehnten gefördert worden war, hätte auch ohne offizielle Unterstützung für den Weiterbestand verbreiteter Vorurteile gesorgt.

Aktionen wie jene des obersten Landesbeamten, Landesamtsdirektor Elmar Grabherr, der in einem als „Alemannen-Erlass“ berühmt gewordenen amtsinternen Rundschreiben empfahl, bei Stellenbesetzungen im Landesdienst, bei der Vergabe von Fördermitteln und dergleichen in erster Linie die „landsmannschaftliche Herkunft“ der Bewerber zu berücksichtigen, die sich durch „objektive Tatsachen wie Abstammung (siehe hier u.a. auch Familiennamen), Geburtsort, ehem. Besitz des Heimatrechtes, langjähriger Aufenthalt, Beherrschung der Mundart usw.“²² bestimme, förderten nicht eben die Integrationsbereitschaft gegenüber den Zuwanderern. Und noch 1980 stützte sich die Initiative „Pro Vorarlberg“ bei ihren Bemühungen um mehr Autonomie für das Land Vorarlberg auf traditionelle Klischees von den vorarlbergisch-alemannischen Tugenden, was bei manchen ehemaligen Zuwanderern nicht eben auf großes Verständnis stieß.²³

Wenn sich im Verhältnis zwischen „echten Vorarlbergern“ und „fremden Bettlern“ nach 1945 etwas wesentlich verändert hat, so ist das die gesellschaftlich-politische Stellung der Sozialdemokratie: Sozialdemokraten, denen die herrschende Elite noch während der Ersten Republik das Heimatrecht weitgehend bestritten hatte, wurden zunehmend ins politische Leben und in Institutionen des Landes eingebunden.

Doch was für die Partei – und, nach Gründung der Einheitsgewerkschaft ÖGB, natürlich auch für die Gewerkschaften – galt, konnten die einzelnen Arbeitszuwanderer noch lange nicht für sich beanspruchen. Obwohl dringend benötigt und entsprechend intensiv angeworben, wurden sie vor allem als Konjunkturpuffer benützt. Dies gilt insbesondere für die fremdsprachigen Einwanderer – in erster

Linie Jugoslawen und, inzwischen mehrheitlich, Türken –, die, anders als österreichische Staatsbürger, noch heute mit einem ähnlichen Schicksal rechnen müssen wie ihre deutschsprachigen Kollegen vor 60 Jahren: arbeitslos und in der Folge abgeschoben zu werden.²⁴

Welche Ängste und Vorurteile hier nach wie vor im Zeichen ethnisch-regionaler Eigenständigkeit geschürt werden, zeigt beispielhaft eine Äußerung des bereits zitierten Landesamtsdirektors Grabherr in einer Broschüre aus dem Jahr 1981 über die „Übervölkerung“ Vorarlbergs:

„Dieses Ergebnis ist aber zum geringeren Teil der Geburtenfreudigkeit der Vorarlberger zuzuschreiben, sondern es beruht wesentlich auf einer maßlosen Zuwanderung, insbesondere von Ausländern und auf ihren Geburten.“²⁵

Solche kulturell, politisch oder religiös motivierte Fremdenfeindlichkeit ändert freilich nichts am Ergebnis der historischen Entwicklung: Vorarlberg erlebte einen wirtschaftlichen Aufschwung, der ohne die ausgegrenzten und diskriminierten Arbeitszuwanderer nicht möglich gewesen wäre.

Anmerkungen

- ¹ Siehe Kuhn, Elmar: Industrialisierung am See. In: Schott, Dieter/Trapp, Werner (Hg.): Seegründe. Beiträge zur Geschichte des Bodenseeraums. Weingarten 1984, S. 167-209, hier S. 206; Wifo-Berichte zur Wirtschaftslage (Wirtschaftsforschungsinstitut) 1981.
- ² Siehe Burmeister, Karl Heinz: „... daß die Judenschaft auf ewige Zeiten aus unseren Vorarlbergischen Herrschaften abgeschafft und ausgerottet bleibe...“ – Die Judenpolitik der Vorarlberger Landstände, in: Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung. Bregenz 1988, S. 19-64.
- ³ Bregenzer Wochenblatt Nr. 14, 7.4.1848.
- ⁴ Bregenzer Wochenblatt Nr. 15, 14.4.1848, Beilage.
- ⁵ Zit. n. Haffner, Leo: Die Aufklärung und die Konservativen. Ein Beitrag zur Geschichte der Katholisch-Konservativen Partei in Vorarlberg. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlber-

ger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 10-31, hier S. 22; siehe auch: Olschbaur, Wolfgang: Zur Gründungsgeschichte der evangelischen Gemeinde in Vorarlberg. In: Olschbaur, Wolfgang/Schwarz Karl (Hg.): Evangelisch in Vorarlberg. Festschrift zum Gemeindejubiläum. Bregenz 1987, S. 22-35.

- ⁶ Felder, Franz Michael: Vermischte Schriften. Sämtliche Werke, Bd. 8. Bregenz 1979, S. 234 ff. und 243.
- ⁷ Vgl. Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert. Bregenz 1988, S. 225.
- ⁸ Haffner, Leo: „Der Liberalismus bringt keinen Segen.“ Martin Thurnher – ein Leben für den Konservativismus. In: Bundschuh, Werner/Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 83-121, hier S. 116.
- ⁹ Zit. n. Sutterlütli, Robert: Italiener in Vorarlberg 1870-1914: Materielle Not und sozialer Widerstand, in: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 133-157, hier S. 145.
- ¹⁰ Vgl. Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker. Zur Geschichte der Dornbirner Sozialdemokratie in der Monarchie. In: Bundschuh, Werner/Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 122-168, hier S. 150-158.
- ¹¹ Zit. n. Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Band IV. Wien-Köln-Graz 1982, S. 261.
- ¹² „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 140, 21.6.1911.
- ¹³ „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 283, 10.12.1911.
- ¹⁴ „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 277, 1.12.1918.
- ¹⁵ „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 82, 9.4.1927.
- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 165, 21.7.1927.
- ¹⁸ „Vorarlberger Volksblatt“ Nr. 255, 6.11.1918.
- ¹⁹ „Vorarlberger Wacht“, 26.1.1933, zit. n. Walser, Harald: Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP, in: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 96-106, hier S. 99.
- ²⁰ Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und „Führer“. Vorarlberg im Umbruch 1918-1938. Bregenz 1986, S. 42 und 150.
- ²¹ Vgl. Barnay (wie Anm. 7), S. 463-470.
- ²² Vorarlberger Landesregierung, Zl. Prs.-592/1 vom 16.5.1961.
- ²³ Vgl. Barnay, Markus: Pro Vorarlberg – Eine regionalistische Initiative. Bregenz 1983.
- ²⁴ Greussing, Kurt: Die Bestimmung des Fremden – Hundert Jahre „Gastarbeit“ in Vorarlberg. In: Bauböck, Rainer u.a. (Hg.): ... und raus bist du! – Ethnische Minderheiten in der Politik. Wien 1988, S. 185-197, hier S. 194 f.
- ²⁵ Grabherr, Elmar: Vorarlberger Land. Vorarlberger Merkhefte, Bd. 1. Bregenz 1981, S. 52 f.

Wehr der Heimat – Schutz der Republik



Nach dem Ersten Weltkrieg wurden sie mit Hilfe extrem rechts stehender Kräfte aus Bayern aufgerüstet: Die Heimwehren, die Wehrverbände des katholisch-konservativen und des deutschnationalen Bürgertums.



Die Heimwehr hatte einen starken Rückhalt in den ländlichen und kleinstädtischen Regionen: Ausflug der Heimwehrrortsgruppe Rohrbach im Mühlkreis/ Oberösterreich Anfang der dreißiger Jahre.



Der Rückbezug auf die ständische Ordnung des Mittelalters wird auch für Werbephotos inszeniert: Maschinengewehr-Abteilung der Heimatwehrgruppe Sillian in Osttirol.

Gegen die Sozialdemokratie ist die Heimatwehr erfolgreich: Besonders bei der Niederschlagung des Verkehrsstreiks nach dem Justizpalastbrand am 15. Juli 1927 – Innsbrucker Heimatwehr in Bereitschaft.



Vor einem anderen Gegner versagt sie, genauso wie der antidemokratische Kurs der christlich-sozialen Partei insgesamt: Am 6./7. Mai 1933 muß die Heimatwehr in Innsbruck die eigene Landesleitung gegen Nationalsozialisten schützen ...



... die vor den vorbeimarschierenden Heimwehrmännern offen ihre Stärke demonstrieren (Bilder: Stadtarchiv Innsbruck – Photosammlung).





Der Republikanische Schutzbund, die Wehrorganisation der Sozialdemokratie, hat es von der Mitte der zwanziger bis Anfang der dreißiger Jahre in den westlichen Bundesländern zu keiner der Heimwehr vergleichbaren Stärke gebracht: Schutzbund Bürmoos, Salzburg, um 1930.



Es war eher eine schlecht ausgerüstete Ordnergruppe zum Schutz sozialdemokratischer Versammlungen als ein Bund zum Schutz der Republik: Halleiner Schutzbündler bei einer Übung Anfang der dreißiger Jahre.

Die Schutzbundgruppe Bischofshofen verfügte über eigene, etwas alpin wirkende Uniformen.



Kleinere Organisationen zogen keine scharfe Grenze zwischen Wehrhaftigkeit und Geselligkeit: Schutzbündler aus Freistadt/Oberösterreich mit ihren Frauen in den dreißiger Jahren ...



... und Aufmarsch der Schutzbündler aus dem Ort Letten bei Steyr/OÖ.





„Rote Insel“ Ebensee im oberösterreichischen Salzkammergut: Traditionen des Protestantismus und des Salzbergbaus (links im Bild, 1929) schafften ein Gegenmilieu zum konservativen politischen Katholizismus.



Die kleine, geographisch recht abgeschlossene Gemeinde hat natürlich ihren Arbeiterturnverein ...



... und eine Ortsgruppe des Republikanischen Schutzbunds.

Am 12. Februar 1934, dem Beginn der bewaffneten Auseinandersetzung um die Erhaltung der Demokratie in Österreich, demonstrieren Arbeiterinnen und Arbeiter vor dem Ebenseer Gemeindeamt.



Die Straße nach Traunkirchen wird verbarrikadiert. Ebensee ist in der Hand der „Roten“.



Erst am 15. Februar rückt das Bundesheer, nach einer Drohung mit Artilleriebeschuß, in die Ortschaft ein.



Wolfgang Quatember

Generalstreik im Dorf

Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes
im Februar 1934 in Ebensee

Ebensee ist eine stark industrialisierte, trotzdem ländlich geprägte Gemeinde im oberösterreichischen Salzkammergut, am Südufer des Traunsees. Zu Land ist der Ort nur durch die Bahn und eine Straße erschlossen, deren Trassen zum Teil in stark abfallende Bergänge eingeschnitten sind.

Regionale politische und kulturelle Bedingungen, etwa die lange Tradition der Arbeiterbewegung im Salzkammergut¹, und die besondere industrielle Infrastruktur Ebensees mit drei Großbetrieben – Solvay, Saline, Weberei und Spinnerei – machten die Sozialdemokratie zur vorherrschenden Kraft im gesellschaftlichen Leben des Ortes. Ebensee muß neben Steyrermühl und Laakirchen als „proletarisches Zentrum“² des Salzkammergutes bezeichnet werden. So konnten die Ebenseer Sozialdemokraten bei der letzten oberösterreichischen Landtagswahl der Ersten Republik am 19. April 1931 56 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen und stellten mit Max Zieger den Bürgermeister.

Natürlich stand die Ebenseer Arbeiterschaft auch unter dem Einfluß der eklatanten Wirtschaftskrise. Zu Beginn des Jahres 1934 sind bei einer Gesamteinwohnerzahl von rund 9000 Personen etwa 1000 ohne Arbeit³, viele davon schon jahrelang ausgesteuert, also ohne jede Unterstützung.

Aktuell ging die militärische Auseinandersetzung für die Sozialdemokratie im Februar 1934 in Wien und Linz verloren. Doch verloren hat die Sozialdemokratie in Wirklichkeit auf dem Land: weil es dem Republikanischen Schutzbund nicht gelang, Heimwehr und Militär zu binden und damit vom Marsch auf Wien abzuhalten. Eine Ausnahme: Ebensee.

In Ebensee herrscht schon Jahre vor dem für die Sozialdemokratie letztlich verhängnisvollen Abwehrkampf gegen die austrofaschistische Diktatur ein gespanntes Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und der Heimwehr. Am 15. Dezember 1929 formiert sich eine spontane Arbeiterdemonstration gegen die Ebenseer Heimwehler, die von einer Bezirkstagung aus Bad Ischl zurückkommen. Der Gendarmerie fällt, wie in diesen Jahren so oft, die unrühmliche Rolle zu, die Arbeiter mit Waffengewalt auseinanderzutreiben, wobei mehrere Menschen verletzt werden.⁴

Ebenso solidarisch protestieren 300 bis 400 Ebenseer Arbeiterfrauen gegen Heimwehrkreisführer Rittmeister Weller und zwingen ihn, den Gemüseverkauf am Ebenseer Wochenmarkt einzustellen. Dem Heimwehrführer wurde mit der offiziellen Begründung, er behindere den Straßenverkehr, der Warenverkauf verboten. In Wahrheit aber hatte sich Weller durch heimliche Waffenlieferungen an die Ebenseer Heimwehr den Zorn der Arbeiter und Arbeiterinnen zugezogen.⁵

Nicht zuletzt stellen die propagandistisch gezielten Aufmärsche der Heimwehren für die Arbeiter eine ständige Provokation dar. Daneben nimmt die Gendarmerie nach der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, am 31. März 1933, auch in Ebensee ständig Waffensuchen bei den ehemaligen Mitgliedern vor.

In Ebensee genügt in dieser spannungsgeladenen Situation der geringste Anlaß, um einen Konflikt von größerer Tragweite zwischen den politischen Gegnern auszulösen. Noch am 10. Februar 1934 erscheint in der Ebenseer Bürgermeisterkanzlei eine sozialdemokratische Abordnung und drängt Bürgermeister Zieger, eine Petition an den oberösterreichischen Landeshauptmann Dr. Schlegel abzuschicken. Zieger ersucht darin das Landesoberhaupt, „zumindest unser Land Oberösterreich vor einem Blutvergießen zu verschonen“ und „unser Vaterland vor einer Katastrophe zu bewahren“.⁶

Streik und Barrikaden

Bürgermeister Ziegers Befürchtungen erfüllen sich früher als erwartet. Als man in Ebensee von der Gegenwehr des Republikanischen Schutzbundes in Linz erfährt, gehen am 12. Februar etwa um die Mittagszeit sämtliche Arbeiter der Ebenseer Großbetriebe zum Generalstreik über. Nach langen Beratungen im Arbeiterheim über die weitere Vorgangsweise setzt der Salinenbetriebsrat Josef Neuhauser den Vorschlag durch, vorerst eine abwartende Haltung einzunehmen. Am Abend und in den Nachtstunden postieren sich daraufhin Schutzbündler und Wehrturmer am Ortseingang, wo man Heimwehrabteilungen aus Richtung Gmunden erwartet.

Am Dienstag, dem 13. Februar, ist schon bei Tagesanbruch überall in Ebensee die Kundmachung über die Verhängung des Standrechtes zu lesen. In den Betrieben wird jedoch wieder gearbeitet. Daß zu diesem Zeitpunkt die führenden Arbeiterfunktionäre Neuhauser und Fritz Hirnböck bereits verhaftet sind, und die Schutzbundführung in jüngere Hände übergeht, mag dazu beigetragen haben, die Arbeiter am Mittwoch zu offensiveren Maßnahmen zu bewegen: Mehrere hundert Arbeitslose erzwingen wiederum die Arbeitseinstellung in den Ebenseer Betrieben. Die Straße nach Traunkirchen wird mit Bäumen verbarrikadiert. Der Ebenseer Gendarmerieposten wird besetzt und den Beamten sowie politischen Gegnern werden, sofern sie nicht ohnehin schon auf Bergwegen beziehungsweise per Schiff den Ort verlassen haben, die Waffen abgenommen. Während in den übrigen Widerstandszentren Österreichs der Arbeiterabwehrkampf durch Heimwehr und Militär bereits niedergeworfen ist, befindet sich Ebensee am Mittwoch, dem 14. Februar, in der Hand der Arbeiter.

Da die Telefonverbindung nach Ebensee nicht unterbrochen ist, wird von bürgerlicher Seite die Linzer Sicherheitsdirektion über die Lage informiert, ein Bataillon Infanterie sowie das Mühlviertler Heimwehrregiment werden nach Ebensee beordert. Den ursprünglichen Plan der Truppenkommandanten Kattauer und Revertera, über Gmunden nach Ebensee vorzudringen, läßt man aufgrund der befürchteten Sprengung der Bahnlinie fallen und legt die Anmarschrouten über Selzthal, Stainach-Irdning, Bad Ischl, also von Süden her, fest. Oberstleutnant Kattauer arbeitet, infolge übertriebener Lageberichte ungenügend informiert, einen genauen Angriffsplan aus, da er bewaffneten Widerstand erwartet. Am Donnerstag, dem 15. Februar, um 7.30 Uhr treffen die Regierungstruppen in Bad Ischl ein.

Kapitulation vor der Artillerie

Die Ebenseer Schutzbündler, die mit einem so massiven Militäraufgebot nicht gerechnet haben, ziehen sich in den Ortsteil Rindbach zum Almhausberg zurück. Ein effektiver Widerstand hätte mit der äußerst mangelhaften Bewaffnung der Arbeiter unmöglich geleistet werden können und nur sinnlose Opfer gefordert. Einziges Todesopfer des Februaraufstandes in Ebensee bleibt der junge Schutzbundführer Anton Nußbaumer, der alle Verantwortung auf sich nimmt und Selbstmord begeht.

Inzwischen sind Kattauer und Revertera in Steinkogl, fünf Kilometer von Ebensee entfernt, eingetroffen. Kattauer läßt durch den interimsmäßig eingesetzten Ortsverwalter Anton Stadler verlautbaren, daß Ebensee unter schweres

Artilleriefeuer genommen werde, sollte nur der geringste Widerstand spürbar sein. Außerdem hätten sich sämtliche Schutzbündler zu stellen und die Waffen abzuliefern.

Im Laufe des Nachmittags werden etwa hundert Arbeiter, Schutzbundangehörige und Betriebsräte festgenommen und in den Garderoben und im Keller des Turnsaals in der Bürgerschule gefangengehalten. Am Freitag, dem 16. Februar, deutet alles auf eine bevorstehende Exekution eines Teils der Arbeiter hin, da sich mehrere Männer an der Außenwand des Turnsaals aufstellen müssen und einige besonders fanatische Heimwehrmänner deren Erschießung fordern. Oberstleutnant Kattauer beläßt es jedoch, nicht zuletzt auch aufgrund der Intervention des Führers der Vaterländischen Front, Josef Mittendorfer, bei einer mahnenden Ansprache. Da kein Blut geflossen sei, stimme er der Enthaltung der Arbeiter zu, die Anführer würden sich jedoch vor einem Gericht zu verantworten haben.

Die Ebenseer Heimwehr läßt es sich in den folgenden Tagen nicht nehmen, Eigentum der Arbeiterbewegung, etwa das unter großen Entbehrungen errichtete Arbeiterheim, zu plündern. Bücher aus der Arbeiterbibliothek werden nach „fachgerechter Sichtung“ in den See gewor-

fen, sämtliche sozialdemokratischen Vereine aufgelöst und enteignet, sogar die Naturfreunde hütten werden beschlagnahmt. Darüber hinaus verlieren zahlreiche Arbeiter ihren Posten; auch Bürgermeister Zieger wird in Haft genommen und ohne rechtlichen Anspruch auf eine Pension seines Amtes enthoben.

In den folgenden Gerichtsverhandlungen gegen Ebenseer Schutzbundangehörige werden Haftstrafen bis zu einem Jahr ausgesprochen.

Anmerkungen

- ¹ Siehe Baron, Gerhard: Der Beginn. Die Anfänge der Arbeiterbildungsvereine in Oberösterreich. Linz 1971.
- ² Hummer, Hubert: Region und Widerstand, in: Hummer, H./ Kannonier, R./ Kepplinger, B. (Hg.): Die Pflicht zum Widerstand. Festschrift Peter Kammerstätter zum 75. Geburtstag, Wien-Linz-Zürich 1986, S. 118.
- ³ Ahammer, Friedrich: Februar 1934 im Salzkammergut. Seminararbeit Univ. Salzburg 1975, S. 24.
- ⁴ Vgl. auch Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. München 1983, S. 354.
- ⁵ Vgl. „Salzkammergutzeitung“, 22.9.1929 und 13.10.1929; Gemeindevorschauprotokolle Ebensee 1929/1930.
- ⁶ Brief von Bürgermeister Zieger an Landeshauptmann Dr. Schlegel vom 11.2.1934, Archiv Widerstandsmuseum Ebensee.



Freitag, 16. Februar 1934: gefangene Schutzbündler an der Wand des Turnsaals der Bürgerschule Ebensee.

Franz Steinmaßl

Scheidewege

Der Februar 1934 und die Folgen: Drei politische Lebensbilder aus dem Unteren Mühlviertel

Nach der Niederlage der Sozialdemokratie in den Februartämpfen und der Errichtung der austrofaschistischen Diktatur schieden sich die Wege vieler Sozialdemokraten. Ein Teil ging zu den Kommunisten – die KP erlebte einen merkbaren organisatorischen Aufschwung, wobei das rasche Anwachsen der Mitgliederzahlen der illegalen Arbeit nicht immer förderlich war und oft zur Aufdeckung durch die Behörden führte. Dennoch: Nach 1934 ist die KP auch in den westlichen Bundesländern zeitweilig zu einem bemerkenswerten Faktor der Arbeiterbewegung geworden.

Es gab die Anpassung an die politischen Verhältnisse; und es gab den Übergang zu jener oppositionellen Strömung, die in Wort und Tat am radikalsten auftrat: zu den Nationalsozialisten. Keine gute Zeit für gradlinige Biographien...

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bildete auch vor 1933/34 nicht jenes geschlossene „Lager“, wie es sowohl ihre führenden Repräsentanten als auch der politische Gegner glauben machen woll(t)en. Gerade in den ländlichen Gebieten, etwa im Mühlviertel, reichte die Spannweite von einer solid-loyalen Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen in den Gemeinden bis zu den radikalen Klassenkampfparolen, insbesondere beim Republikanischen Schutzbund und den jüngeren Parteimitgliedern.

Konnte unter den Bedingungen der Legalität aber doch noch eine weitgehend geschlossene, wenn auch nicht einheitliche Bewegung aufrechterhalten werden, so sind die Auflösungserscheinungen nach dem Februar 1934 nicht zu übersehen. Diese gehen in drei Richtungen, die auch durch die nachfolgenden Lebensbilder dargestellt werden sollen: in die linke Illegalität, zur Vaterländischen Front beziehungsweise Heimwehr und auch zu den Nationalsozialisten. Die drei in der Folge geschilderten Einzelschicksale sind keineswegs Einzelfälle: Sie sind, soweit dies individuelle Schicksale sein können, repräsentativ für Strömungen, die wir in der Arbeiterbewegung, nicht nur im Bezirk Freistadt in Oberösterreich, antreffen.

Es hat aber auch noch eine vierte Entwicklung gegeben, die sich freilich der Darstellung weitgehend entzieht: das Verstummen. Aus den bitteren Erfahrungen von 1933/34 heraus haben zahlreiche Funktionäre, Mitglieder und Instinktsozialisten die politische Arbeit überhaupt eingestellt, haben den Kopf eingezogen und ihr Überleben unter den harten materiellen Bedingungen der dreißiger Jahre durch mehr oder minder deutliche Anpassung an die Verhältnisse abzusichern gesucht.

1. Hans Eibensteiner – Der Weg in den linken Untergrund

Hans Eibensteiner, Jahrgang 1898, war der Sohn eines Freistädter Zimmermannes. Sein Bruder Peter, der heute noch lebt, beschreibt die Kindheit als ärmlich, da der Vater den Winter über immer arbeitslos war. Das brachte die Familie stets an den Rand der Not.

Hans wird Brauereiarbeiter und erlebt vermutlich in der Freistädter Brau-Commune seine entscheidende politische Prägung: Denn die Brauereiarbeiter waren – gemeinsam mit den Arbeitern in den Steinbrüchen – eine der ältesten sozialistischen Betriebsgruppen in Freistadt.

In den zwanziger Jahren finden wir die Eibensteiner-Buben in der Stadtpartei Freistadt und ihren Kultur- und Freizeitorganisationen, die gerade in diesen Jahren einen rasanten Aufschwung nehmen. Fotos des ARBÖ-Freistadt zeigen Hans Eibensteiner als schlanken jungen Mann mit kantigem Schädel, rabiatem Haarschopf und einer Körperhaltung, die immer leicht dramatisch wirkt und so Kampfbereitschaft und Führungsanspruch andeutet.

Mit gut 30 Jahren wird Hans Eibensteiner Stadtparteiobmann. Zugleich ist er Bezirkskommandant des Schutzbundes und stellvertretender Kommandant in Freistadt.¹

Am 12. Februar 1934 wird Hans Eibensteiner über „höheren Befehl“ verhaftet. Der Freistädter Schutzbund ist führerlos, und die meist jungen Mitglieder fahren auf eigene Faust mit dem Geld aus der Kasse der Sozialistischen Arbeiterjugend nach Mauthausen, dem vereinbarten Treffpunkt im Unteren Mühlviertel. Bei der Heimreise werden sie alle in Pregarten festgenommen.

Hans Eibensteiner bleibt zehn Tage in Haft, wird aber nachher – wie seine Genossen – von der Gendarmerie ständig kontrolliert. Peter Eibensteiner:

„Wenn wir nur einen Schritt aus der Stadt hinausgemacht haben, war schon ein Kiwerer da und hat uns gefragt, wohin es denn geht.“

Außerdem war er mit dem 12. Februar aus der Brauerei entlassen worden und von da an bis 1938 die meiste Zeit arbeitslos.

Hier empfiehlt sich ein Innehalten, um einen Blick auf die politische Landschaft in und um Freistadt und auf die Freistädter Sozialdemokraten zu werfen:

Bei den Gemeinderatswahlen 1929 hatten die Sozialdemokraten sechs von 24 Mandaten errungen. 13 Mandate hielten die Christlichsozialen, vier die Großdeutschen und eines die NSDAP. Im ganzen Bezirk Freistadt lag der Mandatsanteil der Sozialdemokraten bei 13 Prozent. Die für die demokratische Linke erfolgreichsten Wahlen, die Nationalratswahlen von 1930, hatten ihr in Freistadt 28, im ganzen Bezirk 17 Prozent der Stimmen gebracht.²

Wurde die Organisation in den zwanziger Jahren konsequent auf- und ausgebaut, so sind ab etwa 1930 massive Einbrüche festzustellen: Die Schutzbund-Abteilungen von Kefermarkt und Tragwein hatten sich bis 1934 ebenso aufgelöst wie zahlreiche Ortsorganisationen in den stark konservativen östlichen Landgemeinden des Bezirkes.

Dazu war die Bewegung keineswegs so einheitlich, wie es die Legende unter dem Stichwort „Lagermentalität“ haben möchte: Eine von der Bezirkshauptmannschaft Freistadt vermutlich 1933 erstellte Liste beschreibt insgesamt 36 sozialdemokratische Funktionäre: Von ihnen werden elf als „radikal“ bzw. „fanatisch“ eingestuft, drei weitere als „stramm“. Die übrigen werden mit „ruhig und zurückhaltend“, „gemäßigt“, „anständig“ usw. charakterisiert.³

Auch in Freistadt dürfte die Mehrzahl der Funktionäre der gemäßigten Richtung zuzuordnen sein. Als ab den dreißiger Jahren die radikalen Jungen aus der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) stärker in die Partei drängen, mauern die etablierten Funktionäre massiv.⁴

Vermutlich aufgrund dieser Spannungen ist bereits 1932 der sozialdemokratische Vizebürgermeister zurück- und aus der Partei ausgetreten. Damals war auch der Rücktritt von zwei weiteren sozialdemokratischen Gemeinderäten erwartet worden.⁵

Am 12. Februar wird nur mehr eine Minderheit, vorwiegend aus der SAJ, aktiv. Der große Rest war bereits verstimmt.

Und wie orientierungslos auch die radikale Gruppe war, belegt der Zustand ihrer Waffen: Der Freistädter Schutzbund verfügte über ein MG und fünf bis sechs Karabiner, auch über Munition. Die Waffen wurden von einem Versteck ins andere gekarrt, zuletzt noch am Morgen des 12. Februar. Es fanden auch – zumindest bis 1933 – immer wieder paramilitärische Übungen statt. Nur: Diese Waffen waren völlig ungepflegt, verrostet und schlicht unbrauchbar.⁶ Offensichtlich hatten diese Waffen dem radikalen Flügel einen psychischen Rückhalt gegeben, aber letztlich hat niemand daran geglaubt, sie auch wirklich einsetzen zu müssen.

Zusammengeschmolzen auf ein kleines Häufchen, haben jetzt, unmittelbar nach den Februartagen 1934, die Freistädter Schutzbündler ihre große Zeit: Denn über die nahe Grenze müssen die verfolgten Genossen aus allen Teilen des Landes in Sicherheit gebracht werden. Peter Eibensteiner:

„Kaum waren wir zu Hause, sind sie schon gekommen, nach Freistadt, zum Eibensteiner. Den Hans haben wir aber gar nicht mehr gehen lassen, der war von uns allen am meisten gefährdet, aber seine Frau ist öfter mitgegangen. Die meisten waren auf Gelöbnis entlassen worden.“

Die alten Schmugglerpfade, zum Teil schon Jahrhunderte bekannt, werden aktiviert: über Zulissen nach Oberhaid, über Leopoldschlag nach Zettwig, über Sandl nach Buchers. Peter Eibensteiner:

„Die ersten waren die Leschanz-Buben, die so geschossen haben auf dem Freinberg droben, und die Lotte Hirsch, die Sekretärin vom Richard Bernaschek. Insgesamt werden es 40 oder 50 Personen gewesen sein, die wir hinübergebracht haben.“

Im Frühjahr 1935 gibt es eine neue politische Entwicklung. Denn im April wurde – wie der Staatsanwalt ein halbes Jahr später schrieb – „über Anregung aus der Tschechoslowakei eine sogenannte Fünfergruppe der Kommunistischen Partei“ gegründet:

„Als Vorsteher ist Johann Eibensteiner anzusehen. Er hat alle Mitgliedsbeiträge einkassiert. Der Zweck der Fünfergruppe war hauptsächlich darin gelegen, die komm. Propaganda in Österreich zu fördern.“⁷

Initiator dieser Gruppe war der geflüchtete Schutzbündlerführer Karl Wagner aus Salzburg, der unter dem Decknamen „Lassov“ den Kontakt mit den Freistädtern über den Konsumleiter von Oberhaid, Kohlroß, hergestellt hat.⁸ Kohlroß war 1934 eine wichtige Anlaufstelle für die fliehenden Schutzbündler gewesen.

Im Frühjahr und Sommer 1935 kommt es zu mindestens fünf größeren Transporten von Propagandamaterial, wobei die letzte Sendung allein ein Gewicht von 78 Kilogramm hatte. Soweit die Transporte schriftlich avisiert wurden, geschah das durch harmlos scheinende Briefe, die Kohlroß an die Näherin Rosa Kreindl in Freistadt schrieb. Die Freistädter Gruppe besorgte dann den Kontakt mit dem linken Untergrund in Linz, der für den Weitertransport sorgte.

Im August 1935 fliegt diese Gruppe auf. Aus Freistadt werden sechs Personen verhaftet. Die Erhebungen der Sicherheitsbehörden und die nachfolgenden Verhaftungen erstrecken sich aber auch auf Linz und Wien.

Am 15. Oktober 1935 findet vor dem Linzer Landesgericht ein Schwurgerichtsprozeß gegen sechs Freistädter Angeklagte statt, von denen vier wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu Haftstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr (Eibensteiner) verurteilt, jedoch von der Anklage des Hochverrates freigesprochen werden.⁹

Zwei der damaligen Weggefährten Eibensteiners sollen hier kurz skizziert werden:

Johann Miesenberger stammte aus der Freistädter SAJ, war beim Schmuggel in jede Richtung beteiligt, wurde im Untergrund Kommunist und ging später in die DDR, wo er hoher Funktionär der SED wurde.¹⁰

Othmar Fenzl stammte aus Wien und war Schuhmacher in der Nähe von Freistadt. Vermutlich schon vor 1933/34 Kommunist, schloß er sich erst in diesen Jahren dem Freistädter Untergrund an. Er war vermutlich der konsequenteste Kämpfer gegen den Austrofaschismus in dieser Gegend. Die Gendarmerie- und Gerichtsakten dieser Jahre jedenfalls sind voll mit Verfahren gegen ihn. Nach 1936 kämpfte Fenzl bei den Interbrigaden in Spanien und wurde am 28. August 1941 in das KZ Dachau eingeliefert. Ende 1943/Anfang 1944 kam er – vermutlich in einer „Bewährungskompanie“ – an die Ostfront, wo er im Sommer 1944 zu den Sowjets überlief. Die Gestapo verhaftete seine Eltern und zwei Schwestern. Der Vater wurde im Februar 1945 im KZ Dachau hingerichtet. Othmar Fenzl lebte nach dem Krieg im Waldviertel, wo er vor einigen Jahren auch gestorben ist.¹¹

Mit diesem Prozeß verstummt der linke Untergrund in Freistadt, bleibt aber stigmatisiert. Peter Eibensteiner:

„Wir waren vollkommen verachtet.“

Und seine Frau, die frühere Rosa Kreindl, berichtet noch über die Nazi-Zeit:

„Wir waren ja Gezeichnete.“

Unter den ersten rund 60 „Schutzhäftlingen“ des März 1938, nach der nationalsozialistischen Machtübernahme, befindet sich wieder Hans Eibensteiner gemeinsam mit einigen Freunden vom ehemals radikalen Flügel der Partei. Die Haft dauert aber nur einige Tage, dann wird er wieder in der Brauerei angestellt, muß aber bald einrücken.

Sein Sohn Hermann, selber auch bei der Wehrmacht, schildert die Einstellung jener, die ihren inneren Widerstand gegen die Nazi nie aufgegeben haben:

„Der Grundsatz lautete: Melde dich nirgends freiwillig. Manchmal, selten genug, hätten dabei durchaus Vorteile herausgeschaut, aber da sind wir ganz konsequent geblieben.“

Im Sommer 1944 bildet sich in Freistadt die Widerstandsbewegung „Neues Freies Österreich“. Eibensteiner arbeitet nicht aktiv in der Gruppe mit, spendet aber einmal einige Reichsmark. Wie sehr sich in der Zwischenzeit das Klima in Freistadt geändert hat, belegt die Tatsache, daß Eibensteiner nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes von der Widerstandsgruppe, die mehrheitlich aus ehemaligen Christlichsozialen bestand, als Leiter der Freistädter Brau-Commune vorgesehen war.

Seine Geldspende wird ihm fast zum Verhängnis: Denn Ludwig Hermentin, der Leiter dieser Gruppe, hat Spendenlisten angelegt, wenn auch dürftig getarnt. Als die Gruppe im Oktober 1944 aufliegt, findet die Gestapo auch die Spendenlisten, und Hans Eibensteiner, noch immer

Soldat, kommt nach Linz ins Militärgefängnis. Während zwei weitere Mitglieder dieser Gruppe, ebenfalls Wehrmachtsangehörige, vom Militärgericht zum Tode verurteilt, jedoch nicht mehr hingerichtet werden, soll Eibensteiner in den letzten Kriegstagen mit einer Bewährungseinheit wieder an die Front. Aber das Kriegsende kommt schneller; Hans Eibensteiner erlebt es in der Linzer Auhofkaserne.¹² Er kehrt sofort nach Freistadt zurück und beginnt mit dem Wiederaufbau der Partei. Er wird erster Bezirksobmann der SPÖ, Vizebürgermeister in Freistadt und sozialistischer Bundesrat. Er stirbt, hochgeachtet von allen Bevölkerungsgruppen, 1956.

2. Ludwig Hermentin – Anpassung in der Vaterländischen Front

Ludwig Hermentin wurde 1896 in Böhmischeschlag nahe der Mühlviertler Gemeinde Rainbach geboren. Er wurde Kanzleihilfe bei der Bundesbahngrenzstation in Summerau und wuchs dort in das sozialdemokratische Milieu der Eisenbahner hinein. 1928 Gründungsobmann der Freistädter Mietervereinigung, vertritt er zwischen Mitte 1928 und dem März 1930 13 Mitglieder gegen gerichtliche Wohnungskündigungen. Aber bereits hier zeigt sich, daß seine politische Grundhaltung auf Verständigung abzielt: in zahlreichen Mietstreitigkeiten kann er einen außergerichtlichen Vergleich erreichen.

Trotzdem dürfte er in Freistadt in diesen Jahren die Funktion eines „Anwalts der kleinen Leute“ gehabt haben, denn er hat auch andere Beschwerden, etwa in Alimentationsachen, verfaßt. Von seinen Gegnern – und die gab es in all den Jahren – wurde ihm dies als „Winkelschreiberei“ angelastet: Das Freistädter Bezirksgericht sprach ihn aber 1931 von einer diesbezüglichen Anklage frei.¹³

Anfang der dreißiger Jahre wurde Hermentin, der 1927 von der Eisenbahn nach einer Intrige zwangspensioniert worden war, zum Leiter der (Land-)Arbeiterkrankenkasse in Freistadt bestellt. Damit zählte er zu den bedeutendsten Beamten der kleinen Bezirksstadt, war er doch für die Sozialversicherung der damals noch zahlreichen bäuerlichen Dienstboten zuständig.

In diesen Jahren scheint er sich aber auch von seiner politischen Heimat, der Sozialdemokratie, entfernt zu haben. Jedenfalls ist er bereits im Jänner 1934 im Lager der Vaterländischen Front und der Heimwehr. Die Motive für diese Entwicklung sind bis heute unklar. Seine Witwe erklärt sie allein aus der Angst um die berufliche Existenz, die für einen Alleinverdiener mit drei kleinen Kindern zweifellos bestand, noch dazu auf einem Posten, der – zumindest ab 1933 – stark von den christlichsozialen Bauern abhängig war.

Aber sowohl seine ehemaligen sozialdemokratischen Genossen als auch zahlreiche Christlichsoziale in Freistadt sehen in ihm den opportunistischen Streber, der seine politischen Überzeugungen der beruflichen Sicherheit opfert. Sozialdemokraten vom radikalen Flügel erinnern sich seiner – auch nach all dem, was später geschah – noch heute mit offener Verachtung.

Im selben Jänner 1934 kommt es zu einem Zwischenfall, der ein Licht auf einen Grundsatz Hermentins wirft, dem er bis zu seinem Tod treu bleiben sollte: Er ist ein konsequenter Feind der Nationalsozialisten.

Am 22. Jänner 1934 wurde eine größere Zahl illegaler Freistädter Nationalsozialisten vom Bahnhof aus in des Anhaltelager Wöllersdorf geschickt. Dieser Abtransport aber wurde zu einer massiven Kundgebung der illegalen Nazi aus Freistadt und Umgebung. Hermentin selber, der gerade mit dem Zug aus Summerau in Freistadt eingetroffen war, schilderte diesen Vorfall so:

„Bei Einfahrt des Zuges brausten uns stürmische Heil- und Heil-Hitler-Rufe entgegen. Auch das Horst Wessel-Lied und das Lied ‚Deutschland, Deutschland über alles!‘ wurden gesungen beziehungsweise gebrüllt. Der Bahnhof Freistadt war geradezu von Demonstranten umstellt. Gendarmerie und Hilfspolizei patrouillierten am Perron und Bahnkörper, doch kümmerte dies die demonstrierende Menge nicht. Immer und immer wieder brachen stürmisch Heil- und Heil-Hitler-Rufe los.“

Besonders empörte Hermentin, daß der höchstrangige anwesende Behördenvertreter, Dr. Gustav Brachmann von der Bezirkshauptmannschaft Freistadt, nicht dagegen einschritt. Ja, er meinte sogar gesehen zu haben, daß Brachmann die Festnahme eines dieser Illegalen durch einen Gendarmen ausdrücklich mißbilligte.

Hermentin jedenfalls hatte den für einen angeblichen Opportunisten erstaunlichen Mut, Dr. Brachmann anzuzeigen, weil der sich in seinen Augen zum Komplizen der Nazi gemacht hatte. Brachmann seinerseits zeigte Hermentin einmal mehr wegen angeblicher Winkelschreiberei an. Das ganze ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Beide wurden vom Bezirksgericht in Pregarten freigesprochen.

Hermentin begnügt sich nicht mit dem Beitritt zur Vaterländischen Front (VF). Nach dem Februar 1934 wird er Bezirksreferent der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“, jener Plattform der VF, die sich um die Arbeiter kümmern sollte, ohne jemals wirklich zu einem Arbeiterflügel in der VF zu werden. Die bisher aufgefundenen Quellen über seine Tätigkeit in dieser Funktion sind spärlich und beschränken sich auf einige Zeitungsartikel, die darauf hinweisen, daß seine Hauptsorge der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit galt.

Wie er gehen nach dem Februar 1934 nicht wenige Arbeiter und Sozialdemokraten nach rechts, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Da sind zunächst die praktisch durchwegs sozialdemokratischen Eisenbahner, die als öffentlich Bedienstete der Vaterländischen Front beitreten müssen, ohne daß das über ihre innerliche politische Entwicklung viel aussagt.

Eine andere Variante sind die ebenfalls klar sozialdemokratisch dominierten starken Gruppen der Forstarbeiter in Sandl und Königswiesen. Sie treten geschlossen der christlichen Forstarbeitergewerkschaft bei und schaffen es so, weiterhin verlässliche Sozialdemokraten als Betriebsräte zu behalten.¹⁴

Und schließlich kommt es auch zu individuellen Übertritten: In Kefermarkt wird ein ehemaliger sozialdemokratischer Funktionär („sehr gemäßigt“) Arbeitervertreter im neuen ständischen Gemeinderat. Sein Ersatzmann war früher ebenfalls ein „Roter“ gewesen. In St. Oswald wird ein ehemaliger Sozialdemokrat sogar Obmann-Stellvertreter in der VF.

Im März 1938 gehört auch Ludwig Hermentin zu den ersten „Schutzhäftlingen“ des NS-Regimes. Die Schutzhaft dauert vermutlich nur wenige Tage, und er kann auch seinen Posten als Leiter der Landkrankenkasse in Freistadt behalten. Drei seiner Söhne fallen im Krieg.

Bis 1944 hören wir wenig von ihm. Dann aber, vermutlich im Frühsommer 1944, beginnt er mit dem Aufbau einer Widerstandsgruppe in Freistadt und Umgebung. Offensichtlich war es ihm zwischen 1934 und 1938 tatsächlich gelungen, sehr tragfähige Bindungen mit dem Freistädter Bürgertum aufzubauen und trotzdem seinen sozialdemokratischen Stallgeruch nicht zu verlieren.

Diese Freistädter Gruppe „Neues Freies Österreich“ gehört zu den wenigen Organisationen, die das traditionelle Links-Rechts-Schema des österreichischen Widerstandes durchbrechen.¹⁵ In ihr finden wir ein breites politisches Spektrum, das praktisch die zweite österreichische Republik vorwegnimmt: Die stärkste Gruppe stellt das Freistädter Bürgertum. Dieses Bürgertum ist schon seit den dreißiger Jahren tief gespalten in ein katholisch-konservatives und ein nationalsozialistisches Lager.¹⁶

Die katholisch-konservative Gruppe hat ihr Österreich-Bewußtsein offensichtlich erst nach 1938 entdeckt. Denn bis dahin hat sie getreulich die christlichsoziale Deutschtümelei mitgetragen. Schon 1910, bei einem Landtagswahlkampf, wurde der christlichsoziale Kandidat als „katholisch und kerndeutsch“ präsentiert, sein liberaler Gegenkandidat als „Judenliberaler“ diskreditiert.

Aus dem gleichen Lager stammte der ehemalige christlichsoziale Landtagsabgeordnete Leopold Kotzmann, der damals in Sandl und Windhaag als Gemeindegewerkschaft wirkte. Er verschaffte der Gruppe wichtige Kontakte in

die Reihen der traditionell sozialdemokratischen Sandler Forstarbeiter.

Neben diesen katholisch-konservativen Freistädter Bürgern finden wir in der Widerstandsgruppe eine Reihe von Sozialdemokraten, unter ihnen einen desertierten Wehrmachtsangehörigen. Ebenso gehört ihr der Fleischhauermeister Preidel an, früher Obmann der Stadtgruppe des monarchistischen „Reichsbundes der Österreicher“, in Freistadt überall als der „kaiser-treue Preidel“ bekannt. Wir finden in ihr Konrad Richter, ein Gründungsmitglied der NSDAP Freistadt, die es bereits seit den frühen zwanziger Jahren gab, ebenso den ehemaligen großdeutschen Gemeinderat und Notar Hiris, der 1932 aus seiner Partei ausgetreten war und sein Mandat zurückgelegt hatte.

Der Linzer Verbindungsmann der Freistädter Gruppe, Willibald Thallinger, war höchstwahrscheinlich ein Kommunist. Thallinger dürfte auch den Kontakt zu Hermentin hergestellt und den Aufbau der Gruppe initiiert haben. Über die Tätigkeit der Gruppe gibt es bis jetzt nur ungenaue Hinweise. Aber unabhängig voneinander berichten Zeitzeugen, daß es über Linz und Wien einen Kontakt mit den westlichen Alliierten gegeben hat. Von diesen war – vermutlich für den Herbst 1944 – eine Luftlandeoperation im Mühlviertel geplant. Der Widerstandsgruppe wäre die Aufgabe zugefallen, die zivile Verwaltung schlagartig mit verlässlichen Österreichern zu besetzen. Die wenigen erhaltenen Originaldokumente der Gruppe weisen jedenfalls in diese Richtung. Sie enthalten zwei Listen, in denen die wichtigsten Behörden- und Wirtschaftsfunktionen – überwiegend auf Mitglieder dieser Gruppe – aufgeteilt werden.

Zum engeren, informierten Kreis dürften etwa zehn Personen gezählt haben. Insgesamt hatten vielleicht an die 50 Personen Kontakt zur Gruppe, wenn auch meist nur in Form von Geldspenden, deren Zweck aber bis heute im dunkeln bleibt.

Anlässlich einer Hausdurchsuchung bei Willibald Thallinger in Linz kommt die Gestapo der Gruppe auf die Spur. Thallinger wird – vermutlich nach schwersten Mißhandlungen und Nikotinentzug, der den starken Raucher besonders hart traf – gezwungen, den Gestapo-Beamten Haller in die Gruppe einzuschleusen. Er bringt Haller zu Hermentin nach Freistadt und stellt ihn als Vertreter der neuen oberösterreichischen Landesregierung vor.

Zu dem, was dann geschieht, gibt es zwei Versionen: Die erste besagt, Hermentin habe in seiner Vertrauensseligkeit Haller sofort in alles eingeweiht; die zweite: Hermentin habe den Braten gerochen, und erst später habe die Gestapo sein Wissen aus ihm herausgeprügelt.

Ich halte die erste Version für die wahrscheinlichere, denn so aufrecht Hermentin in seinem Widerstand gegen die Nazi war, so wenig Erfahrung hatte er in der Konspi-

ration: In seinem Schreibtisch in der Kanzlei der Krankenkasse lagen noch am 9. Oktober 1944, dem Tage seiner Verhaftung, schriftliche Unterlagen des Widerstandes, darunter eine Spendenliste, so schlicht getarnt, daß ich selber sie auf den ersten Blick als solche dechiffrieren konnte.

Als der in konspirativer Arbeit erfahrene Hans Eibensteiner erfährt, daß überhaupt Spendenlisten angelegt worden sind, schlägt er die Hände über dem Kopf zusammen und sagt:

„Da hättet ihr euch ja gleich selber aufhängen können!“

Daß diese Dokumente der Gestapo nicht in die Hände gefallen sind, ist dem Mut eines Sechzehnjährigen zu verdanken. Hellmut Heidlberger war damals Kanzleilehrling bei Hermentin. Sein Vater, ein gut österreichischer Gendarm, war 1938 strafversetzt worden, und Hellmut war zwar nicht in die Interna des Widerstandes eingeweiht, wurde aber gelegentlich zu Botengängen eingesetzt. Der helle Kopf konnte sich bald ausmalen, was da gespielt wurde.

Nachdem sein Chef am Vormittag verhaftet worden war, durchsuchte er in der Mittagszeit, als er allein in der Kanzlei war, dessen Schreibtisch und versteckte alle ihm verdächtigen Schriftstücke im Aktenlager. Dort hat er sie nach seiner Rückkehr aus der Haft im Mai 1945 tatsächlich wieder gefunden.

Die erste Verhaftungswelle vom 9. bis 11. Oktober 1944 erfaßte gut 30 Personen, unter ihnen mindestens acht Frauen. Insgesamt wurden in diesem Zusammenhang bis zum 1. Jänner 1945 weit über 50 Personen in Freistadt und Umgebung verhaftet; von 55 sind die Namen bekannt.

Freilich ist darunter auch eine Reihe von Personen, die von der ganzen Sache überhaupt keine Ahnung hatten.

Hermentin wird bereits in den ersten Stunden seiner Haft grausam mißhandelt. Er wird an seiner Krawatte aufgehängt, daß er beinahe daran erstickt und bereits in Freistadt mit einem Spiegelscherben seinen ersten Selbstmordversuch unternimmt.

Der „harte Kern“ der Gruppe ist von der Gestapo sicher schwerst mißhandelt worden. Von Hermentins Freund Leopold Kotzmann berichtet der spätere Vizebürgermeister von Sandl, Leopold Riepl:

„Kotzmann muß Fürchterliches mitgemacht haben. Er war früher ein stattlicher Mann mit schwarzen Haaren gewesen, jetzt war er schlohweiß und gebrochen. Unmittelbar nach der Verhandlung konnten wir kurz miteinander reden. Er hat mir dabei Abbitte geleistet für seine Aussagen. Ich glaube, er hatte im Gesicht sogar Narben.“

Kotzmann war innerlich so zerstört, daß er mit Leopold Riepl seinen besten Freund vor dem Militärgericht so

schwer belastete, daß dieser zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil wurde aber nicht mehr vollstreckt.

Am 27./28. Februar tagte in Linz der Volksgerichtshof. Acht Freistädter, unter ihnen Ludwig Hermentin, und der Linzer Thallinger werden wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Ihre Anwälte setzen ein Gnadengesuch an die Reichskanzlei auf, das jedoch vor Kriegsende nicht mehr behandelt wird.

Der letzte Akt dieses Dramas steht in klarem Gegensatz selbst zu den NS-Gesetzen und ist darüber hinaus ein österreichischer Skandal: Am 26. April 1945 setzt sich Ministerialdirigent Dr. Krützner vom Reichsjustizministerium aus dem schwer umkämpften Berlin nach Linz ab und ordnet gegenüber dem Oberstaatsanwalt Dr. Oskar Wetzl die Hinrichtung der Freistädter und weiterer fünf Personen an.

Er hatte keinen schriftlichen Befehl aus Berlin mitgebracht und erteilte Dr. Wetzl den Auftrag nur mündlich. Erst Dr. Wetzl wandelte diesen Auftrag in einen schriftlichen Befehl um: Damit begann die gnadenlose Maschinerie zu laufen.

Am 1. Mai 1945 wurden die 13 Delinquenten mit einem Bus zur Militärschießstätte nach Treffling gebracht und dort von 16- und 17jährigen Hitlerbuben erschossen. Der Notar Hiris starb kurz nach Kriegsende, am 20. Mai 1945, an den Folgen der Gestapo-Haft.

Von den beteiligten Tätern wurde später lediglich der Gestapo-Mann Johann Haller zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Die ganze mörderische Seilschaft der Linzer Staatsanwälte, die in derselben Zeit noch die Todesurteile gegen fünf Bürger aus der Mühlviertler Gemeinde Peilstein durchgezogen hatten, ging straffrei aus. Auch zwei gegen Dr. Krützner in Berlin angestrebte Verfahren wurden von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

In Freistadt erhielten die Toten des 1. Mai, nachdem sie zuerst in einem Massengrab verscharrt worden waren, zwar ein würdiges Begräbnis, aber bis heute erinnert weder ein Denkmal noch eine Straßenbezeichnung an diese mutigen Frauen und Männer.

3. Franz Kelischek – Vom Soldatenrat zum NS-Bürgermeister

Franz Kelischek stammt aus Königswiesen, einer Marktgemeinde im östlichen Mühlviertel, hart an der Grenze zu Niederösterreich. Dort wird er 1884 als Sohn eines Gastwirtes geboren. Damit gehören die Kelischeks zu den Königswiesener Marktbürgern, was auch die Entwicklung seiner Geschwister zeigt: Ein Bruder wird Priester, einer bekommt ein Sägewerk samt Holzhandel, verarmt aber infolge der Inflation in den frühen zwanziger Jahren und

wird 1934 wegen Wechselreiterei strafrechtlich verurteilt. Eine Schwester führt einen Gemischtwarenhandel in Königswiesen.

Der hochbegabte Franz studiert in Wien Philosophie und verkehrt in den Kreisen linksintellektueller Studenten. Seine Dissertation über Hegel wird zwar noch fertig und auch approbiert, noch vor der Promotion aber muß er im Ersten Weltkrieg einrücken. Aus dieser Zeit weiß man wenig von ihm, außer, daß er eine Geschichte seines Regiments verfaßt hat.

Im November 1918 rüstet er als Zugführer in Linz ab. Er wird sofort im Soldatenrat aktiv und zu dessen Sprecher gewählt. In diesen drei Linzer Jahren arbeitet er eng mit dem Räteflügel der oberösterreichischen Sozialdemokratie zusammen: mit Richard Strasser, Eduard Euler, Ludwig Mehr und den Brüdern Ludwig und Richard Bernaschek.¹⁷

Die Hauptaufgabe der Räte in der großen Notzeit unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war es, die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern. Die Ablieferungsverpflichtungen der Bauern werden rigoros kontrolliert, nicht wenige Stück Vieh werden bei lieferungsunwilligen Bauern beschlagnahmt. In diesen Jahren bildet sich endgültig der tiefe Graben zwischen den Bauern und der organisierten Arbeiterschaft heraus, der die politische Kultur bis weit in die sechziger und siebziger Jahre herauf prägen sollte.

Aber nicht nur bei den Bauern werden Lebensmittel requiriert.

„Der spätere Gendarmerieoberst Renoldner, damals ein einfacher Gendarm, hat mir einmal erzählt, daß in der Conrad-Kaserne in Linz noch ein großes Lebensmittel-Depot aus dem Krieg war, das die Gendarmerie nicht herausrücken wollte. Der Soldatenrat war nahe daran, die Kaserne mit Waffengewalt zu erobern, bevor die Gendarmen doch nachgegeben haben.“¹⁸

Zweifellos war die Politik der Arbeiter- und Soldatenräte in diesen ersten Nachkriegsjahren zwar radikal, aber keineswegs geradlinig. Der aus der russischen Revolution stammende Rätegedanke, im benachbarten Bayern kurzfristig ebenso praktiziert wie in Ungarn, steht im krassen Gegensatz zur repräsentativen Demokratie, die sich in den Parlamenten entfaltet. Aber die oberösterreichischen Räte gehen beide – gegensätzlichen – Wege; Strasser und Euler kommen in den Landtag. Kelischek wird Mitglied des Linzer Gemeinderats. Außerdem läßt er sich als Sprecher des Soldatenrates von der Landesregierung besolden und einen Dienstwagen zur Verfügung stellen.

Trotzdem dürfte Kelischek am zähesten gegen die Entwicklung hin zum Parlamentarismus angekämpft haben: Resigniert legt er im Februar 1921 seine beiden Funktionen zurück, nicht ohne bei einem Abschiedsabend seine Genossen an ihre „revolutionäre Aufgabe“ zu erinnern.¹⁹

Er kehrt nach Königswiesen zurück – ein schwieriges politisches Terrain. Während der ganzen Zeit der Ersten Republik gibt es dort keinen einzigen sozialdemokratischen Gemeinderat, bei Landtags- und Nationalratswahlen erreichen die Sozialdemokraten im besten Falle sechs bis sieben Prozent der Stimmen, obwohl sich um 1927 die zahlenmäßig relativ starke Gruppe der Holzarbeiter sozialdemokratisch organisiert.

„Es hat immer geheißt, in Königswiesen gibt es gerade drei Rote: den Kelischek, einen Wagner und einen pensionierten Gendarmen.“²⁰

Die politische Kultur dieser Landgemeinden macht Kelischek, den Intellektuellen, zum Außenseiter. Sie ist zutiefst von den patriarchalischen Strukturen des bäuerlichen Lebens geprägt. Die politischen Entscheidungen fallen in einem kleinen Kreis bäuerlicher und gewerblicher Funktionäre und orientieren sich an deren Interessen. Wer nichts hat, hat auch nichts zu reden – bis 1919 hatten die Habichtse nicht einmal ein Wahlrecht für Landtag und Gemeinde.

Die politische Kultur ist zwar stockkonservativ, bäuerlich-patriarchalisch, aber nie wirklich faschistisch, auch nicht austro. Bei den Wahlen 1930 und 1931 überschreiten die Heimwehren, die als „Heimatblock“ antreten, in Königswiesen nie die statistisch wahrnehmbare Größe von einem Prozent.

Offensichtlich ist sich Franz Kelischek sehr rasch darüber im klaren, auf welchem verlorenem Posten er hier steht. Er verzichtet auf jede politische Betätigung, kandidiert nie für den Gemeinderat. Seine politischen Äußerungen wirken oft von oben herab und arrogant, verraten sein Wissen darum, daß er doch keine Chance hat, verstanden zu werden, entspringen einer geistigen Isolation, nicht wirklichem Hochmut.

Materiell entwickelt er sich zu einem Lebenskünstler.

„Wovon er wirklich gelebt hat, weiß ich auch nicht. Er war zwar Kontrolleur bei der Krankenkasse, aber da hat er sicher nicht viel verdient. Und was er sonst gemacht hat, kann ich nicht sagen.“²¹

Wann genau er von den Linken zu den Deutschnationalen wechselte, ist nicht bekannt, vermutlich in den Jahren 1933/34 oder knapp später. Die großdeutschen Visionen waren ja nach dem Niedergang der Linken die einzig noch verbleibenden, vor allem in den klerikal-konservativen ländlichen Gebieten. Denn die Vaterländische Front war nie eine geistige Bewegung gewesen, hat nie die Phantasien der Menschen angeregt. Sie war immer betulich kleinmütig, defensiv nach links und rechts, in ihrem Elan gebremst von den zahlreichen Zwangsmitgliedern, vor allem aus dem öffentlichen Dienst, die im besten Fall „Pflichterfüllung“, nie aber Engagement einbrachten.

Neben den Sozialdemokraten mußten 1934 auch die Großdeutschen und die Landbündler aus dem öffentlichen Leben ausscheiden. Und in diesem neuen Untergrund findet jene Radikalisierung statt, die im März 1938 angeblich so überraschend an die Oberfläche tritt. Nicht wenige alte Sozialdemokraten bezeugen heute noch die emotionale Nähe zu den damaligen Nationalsozialisten in der gemeinsamen Erfahrung der Illegalität. Und hat nicht auch ein Richard Bernaschek, der Linzer Schutzbundführer und Säulenheilige der Parteilinken, unmittelbar nach seiner Flucht aus dem Linzer Landesgericht in München mit Theo Habicht verhandelt – bereit, sich mit Tod und Teufel zu verbünden im Kampf gegen den verhaßten grünen Faschismus des Dollfuß- und Heimwehrstaates?

Das nach der Februar-Revolution verstärkt einsetzende Bemühen der Nazi um die nun heimatlos gewordene Arbeiterschaft trägt Früchte. Bereits am 27. März 1934 berichtet der Gendarmerieposten Neumarkt, daß die illegale Ortsgruppe der NSDAP nunmehr auch durch ehemalige Sozialdemokraten verstärkt wird. Und der Posten Tragwein meldet unter demselben Datum:

„Die aufgelöste NSDAP und die SdP zeigen gegenseitig ein gutes Einvernehmen, und es besteht der dringende Verdacht, daß sie heimlich gegen die Regierung arbeiten.“²²

Besonders deutlich wird diese Entwicklung später auch bei den Eisenbahnern im Raum Pregarten/Wartberg/Gaisbach: Unmittelbar nach dem März 1938 kommt es gerade im Eisenbahnmilieu zu zahlreichen NS-feindlichen Delikten. Andererseits rekrutiert sich die SA-Pregarten sehr stark aus Eisenbahnern, die sich 1944 massiv an Mißhandlungen polnischer und ukrainischer Landarbeiter beteiligen.²³

Franz Kelischek wird nach dem Februar-Abkommen von Berchtesgaden Volkspolitischer Referent in der Vaterländischen Front Königswiesen – die Volkspolitischen Referate sollen die illegalen Nazi integrieren und werden zu deren Plattform. Das Bürgermeisteramt erhält Kelischek dann vermutlich im Laufe des Jahres 1938, jedenfalls aber noch nicht im März.

Es sind von ihm keine Übergriffe auf politische Gegner bekannt; auch nach 1945 sind keine diesbezüglichen Anzeigen erstattet worden. Alle Berichte aus Königswiesen deuten darauf hin, daß es dort nicht zu jenem total verhetzten Klima gekommen ist, das wir aus anderen Mühlviertler Gemeinden sehr wohl kennen.

„Ein Erlebnis mit Kelischek möchte ich noch erzählen, das ich im Geschäft meiner Mutter selber gehabt habe: Dort hat ihn eine

kleine Bäuerin angesprochen. Ihr Mann war eingerückt, sie hatten kein Fleisch mehr im Haus, durften aber auch kein Schwein schlachten. Das hat sie ihm vorgejammert. Kelischek, der erkannte, was sie von ihm wollte, sagte nur: „Schau, Frau, *erlauben* kann ich Dir das nicht.“²⁴

Als nach der Befreiung das Mühlviertel von den Sowjettruppen besetzt wurde, sollte auch Kelischek deportiert werden. Er war aber schon seit Jahren schwer asthmalidend.

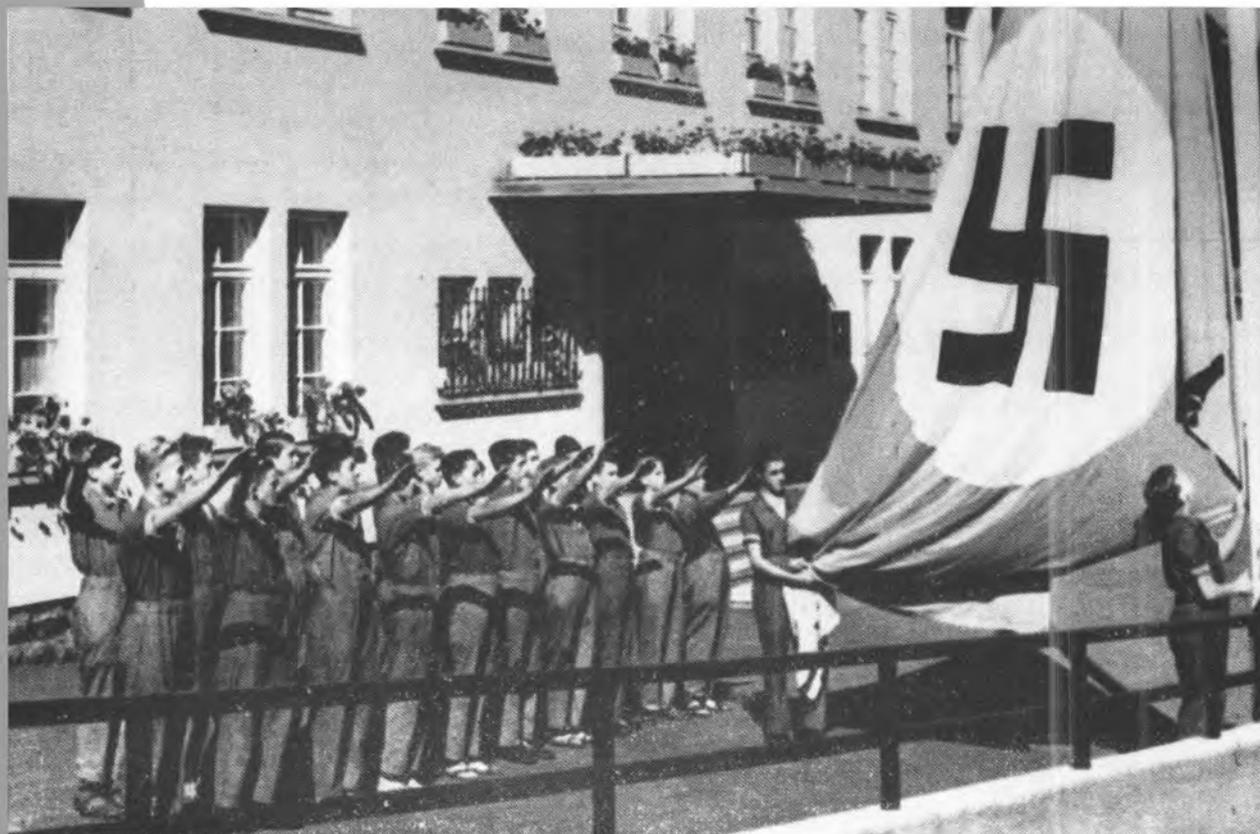
„Die Russen haben ihn die Straße zum Marktplatz hinaufgetrieben. Er bekam überhaupt keine Luft mehr, und wenn, dann hörte man seinen Atem weithin pfeifen. Immer wieder ist er hingefallen, aber sie haben ihn aufgerissen und weitergetrieben, bis sie es dann aufgegeben haben.“²⁵

Kelischek blieb in Königswiesen, wo er am 26. Februar 1946 gestorben ist.

Anmerkungen

- ¹ Kammerstätter, Peter: Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes am 12. Februar 1934 in Oberösterreich, Linz 1984 (Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung), S. 801 ff.
- ² Steinmaßl, Franz: Das Hakenkreuz im Hügelland. Nationalsozialismus, Widerstand und Verfolgung im Bezirk Freistadt 1938-1945. Grünbach 1988, S. 28 ff.
- ³ Oberösterreichisches Landesarchiv, BH Freistadt, Hs. 673.
- ⁴ Kammerstätter (wie Anm. 1), S. 812.
- ⁵ „Linzer Wochenblatt“, 31.3.1932.
- ⁶ Kammerstätter (wie Anm. 1), S. 816.
- ⁷ Anklageschrift der Staatsanwaltschaft an das Landesgericht Linz, 4 St. 3169/35, Kopie im Besitz der Arbeiterkammer Freistadt.
- ⁸ Bericht der BH Freistadt an die SD. für Oberösterreich vom 3.8.1935, Oberösterreichisches Landesarchiv, BH Freistadt Hs. 678.
- ⁹ Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes, Nr. 12.215.
- ¹⁰ Kammerstätter (wie Anm. 1), S. 806.
- ¹¹ Steinmaßl (wie Anm. 2), S. 230 f. und S. 240.
- ¹² Ebd., S. 147 ff.
- ¹³ Oberösterreichisches Landesarchiv, BG. Pregarten, Sch. 3.
- ¹⁴ Landesgericht Linz, Zl. Vg 8 Vr 6536/47, S. 70.
- ¹⁵ Neugebauer, Wolfgang: Diverse Widerstandsgruppen, in: Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Band 2. Wien 1982, S. 356.
- ¹⁶ Alle weiteren Angaben bei Steinmaßl (wie Anm. 2), S. 120 ff.
- ¹⁷ Slapnicka, Harry: Oberösterreich von der Monarchie zur Republik. Linz 1979; ders.: Oberösterreich. Die politische Führungsschicht 1918-1938. Linz 1976, S. 145; weiters persönliche Informationen von OLGR Dr. Max Weichselbaumer (Linz), einem Neffen Franz Kelischeks.
- ¹⁸ Information Dr. Weichselbaumer, Linz.
- ¹⁹ Slapnicka: Führungsschicht (wie Anm. 17), S. 146.
- ²⁰ Wie Anm. 18.
- ²¹ Ebd.
- ²² Steinmaßl (wie Anm. 2), S. 42 ff.
- ²³ Ebd., S. 299 ff. und S. 408 ff.
- ²⁴ Wie Anm. 18.
- ²⁵ Ebd.

Vom Proletarier zum Soldaten der Arbeit



Arbeit und Brot hatten die Nationalsozialisten bei ihrer Machtübernahme im März 1938 versprochen. Sie brachten eine noch nie dagewesene Militarisierung von Arbeit und Alltag.



Standardbilder der dreißiger Jahre – Wegbereiter des NS-Systems: Arbeitslose auf dem Arbeitsamt ...



... und Armenauspeisung – irgendwo in Österreich. Arbeitslosigkeit machte die Menschen nicht revolutionär, sondern resigniert.

Rüstungskonjunktur und Arbeitsbeschaffungsprogramme verringerten bis Ende 1938 die Arbeitslosigkeit in Österreich drastisch. Von Anfang an stand dabei die Militarisierung des Alltags- und Arbeitslebens auf dem Programm – Aufmarsch des Reichsarbeitsdienstes in Vöcklabruck 1939.



Aus Proletariern werden Soldaten – nicht nur bei der Arbeit, sondern ganz echt, im Krieg ab Herbst 1939.





Für viele Dorfbewohner aus der Umgebung von Linz, die bei den neu entstehenden Hermann-Göring-Werken (nach dem Krieg: VOEST) beschäftigt werden, beginnt die Industriearbeiter-Existenz mit dem Drill des Militärs: Lehrlinge 1942 ...



... und Schießübungen auf dem Werksgelände unter der Aufsicht von NS-Funktionären – eine häufige „Freizeitbeschäftigung“ in größeren Betrieben.

Und immer wieder heißt es antreten zum Appell: Flaggenhissung nach dem deutschen Einmarsch in Paris im Sommer 1940 auf dem Gelände einer Textilfirma in Bregenz.



Winter 1943/44: „Arbeit für den Sieg“ – 60 und mehr Stunden in der Woche, mit ständigen Strafandrohungen wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin und zunehmender Beanspruchung durch „freiwillige“ Spenden und Arbeitseinsätze.

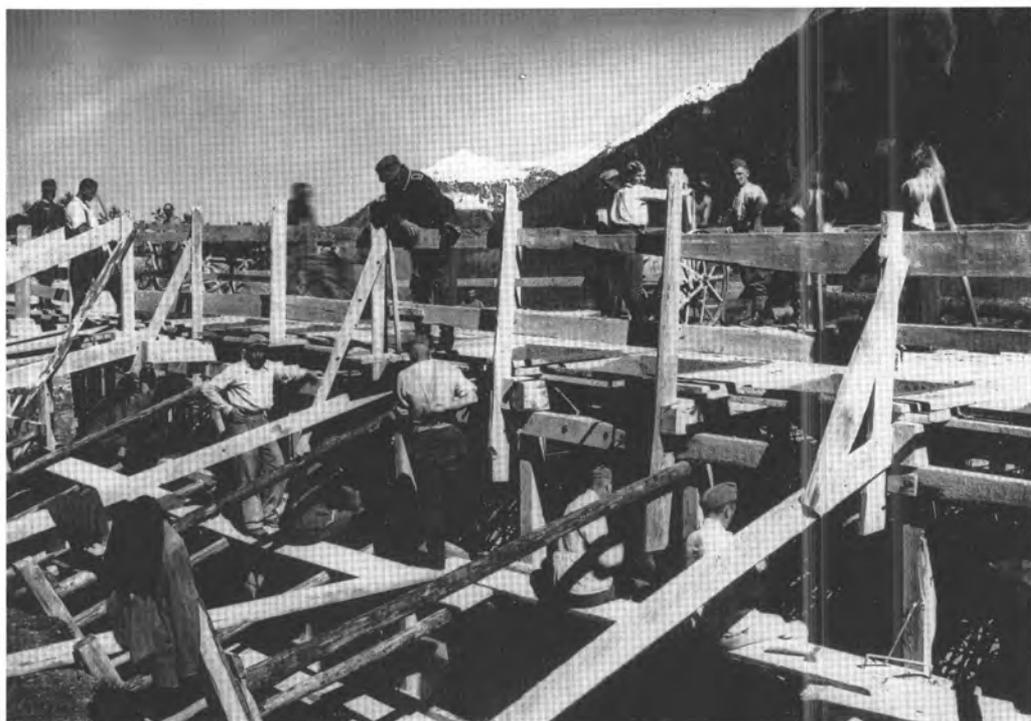




Die nationalsozialistischen Herrscher organisierten den größten Sklaveneinsatz der Geschichte: Hunderttausende Fremd- und Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene wurden nach Deutschland und in die „Ostmark“ gebracht. In Steinbrüchen (links: Marmorgewinnung am Untersberg in Salzburg) und bei Kraftwerksprojekten in den Gebirgsregionen Westösterreichs, in der Landwirtschaft und in Metallbetrieben wurden sie eingesetzt. Bild unten: Ankunft polnischer Kriegsgefangener in Partenen/Montafon im Winter 1939/40 zum Bau des Kraftwerks Obervermunt. Im Hintergrund die zynische Parole: „Daß wir bauen, danken wir dem Führer!“



Arbeit unter militärischer Aufsicht beim Kraftwerksbau im Hochgebirge (in Vorarlberg 1941) ...



... und französische Kriegsgefangene beim Brückenbau in Badgastein 1941.





1944 waren ein Drittel der industriell-gewerblichen Arbeitskräfte in Gebieten wie Oberösterreich oder Vorarlberg Fremd- bzw. Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene. Darunter zahlreiche junge Frauen, etwa die aus der Ukraine verschleppte Nadja Revjenko, Zwangsarbeiterin in einem Textilbetrieb 1943.



Fremdarbeiter, aber auch Einheimische kamen zu Tausenden in „Arbeits-erziehungslager“ – Anhaltelager der Gestapo zur „Korrektur von Arbeitsbummelanten“. Mit körperlicher Schwerstarbeit über mehrere Monate wurden damit Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin geahndet – und die Betroffenen dann zur Abschreckung der Kollegen an ihren alten Arbeitsplatz zurückgestellt: „Arbeits-erziehungslager“ Reichenau bei Innsbruck (Aufnahme nach dem Krieg: Stadtarchiv Innsbruck, Photosammlung).

Auch unter den Bedingungen der Diktatur gibt es Arbeiterbewegung: eine Bewegung der Widersetzlichkeit und der Auflehnung, der Arbeitsverweigerung und des Widerstands gegen Disziplinierung. Ein Beispiel für Tausende: Natalina Checcoli, 1943/44 in einem Betrieb im Oberen Inntal beschäftigt. Eine Frau des „kleinen Widerstands“ – wie viele andere auch: „Verlassen des Arbeitsplatzes“, „schlechte Arbeitsleistungen“, „ungebührliches Benehmen“, „Nichtaufsuchen des Luftschutzraumes“ – immer wieder Verweise, Geldstrafen und schließlich die Gestapo: Das hieß Einlieferung in ein KZ.



Name: Checcoli Natalina Alter: 24.12.1923 ✓

Fähigkeit: Weberei / MC

Bemerkungen:

Lohn: Aulemlohn 2,45 RM

Eintrittszeitpunkt: 9.11.43

Fam. Verh.: ledig

Pflichting:

*17.7.44
Gestapo*

	Verweisung	Wahrgeld	Sovetisen
Am 8.12.43 mit einem Verweis bestraft, wegen Verlassen des Arbeitsplatzes	<i>mit volle zu - 1 zahlend 1850g Hilfsfürwartin</i>	<i>1 Monat Kontroll</i>	<i>Am 1.6.44 in die Haftkammer geführt.</i>
Am 23.12.43 wegen des gleichen Vergehens mit Ausgangsentzug bestraft.	<i>jetzt 2 Monate inlaube hat</i>	<i>1 ? Fabrik Kontroll</i>	
Am 16.3.44 mit Rm 5,00 bestraft, wegen schlechter Arbeitsleistung und ungeb. Benehmen.			
Am 23.3.44 Ausgehverbot, wegen Nichtaufsuchen des Luftschutzraumes			
<i>Am 29.12.43 mit Rm 1,- bestraft</i>			
<i>Am 16.3.44 mit Rm 2,50 wegen Arbeit</i>			
<i>Am 25.4.44 mit Rm 1,-</i>			
<i>Am 3.5.44 Entzug d. Erlaubniskarte</i>			
<i>Am 8.5.44 Aufhebung des Erlaubnis</i>			
<i>Am 2.12.43 Verweis</i>			
<i>Am 3.4.44 Verweis</i>			
<i>Am 9.4.44 Rm 1,- Inzahlung</i>			
<i>Am 31.5.44 - 1.5.44 Arrest (Landrat)</i>			
<i>11.7.44 Gestapo</i>			



KZ-Häftlinge aus Mauthausen sind nach den Luftangriffen auf die Hermann-Göring-Werke zu Aufräumarbeiten abkommandiert.



Trotz der Zerstörungen durch Fliegerangriffe bleiben im westlichen Österreich wichtige Wirtschaftseinrichtungen erhalten, die ihre Existenz dem Schweiß und oft dem Leben fremder Arbeiterinnen und Arbeiter verdanken – Industrieanlagen, Straßenbauten, Kraftwerke: zentrale Voraussetzungen für den Wirtschaftsaufschwung im Westen nach 1945.

Nach 1945: Die Roten am Land – zu Hause?

Die Hoffnung der sozialdemokratischen Partei, nach dem Kriegsende 1945 in den Dörfern rasch Fuß zu fassen, wird enttäuscht. Die politischen Lager erweisen sich nicht weniger verfestigt als vor dem Krieg. Nur mühsam gewinnen die Roten am Land Terrain, etwa durch die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse im Salzburger Land.





Die Arbeiterbewegung ändert sich, Traditionen werden brüchig: Mitglieder der Sozialistischen Jugend auf ihren Motorrädern beim Maiaufmarsch in Freistadt/Oberösterreich 1947...



... und die „Alten“ mit den Traditionsfahnen des Arbeiterradfahrvereins am 1. Mai 1950 in Salzburg-Stadt.

Wiederaufbauhoffnungen und Optimismus prägen die Nachkriegsjahre – auch politisch: 1. Mai 1946 in Bludenz.



In ihren programmatischen Aussagen steht die Sozialdemokratie in den ländlichen Regionen Österreichs nach dem Krieg, wie früher schon in ihrer Geschichte, zwischen den Forderungen der hehren Theorie – „Planwirtschaft besiegt Arbeitslosigkeit“ (Bregenz um 1950) – und den Anforderungen der Verhältnisse, die stark kleinbetrieblich geprägt sind.





Der Einsatz moderner Werbemittel erlaubt es, mehr Menschen zu erreichen, doch die Argumentation muß zur Parole werden: Lautsprecherwagen vor dem SPÖ-Parteihaus der Salzburger Landesorganisation (heute Franz-Peyerl-Haus), in den ersten Nachkriegsjahren.



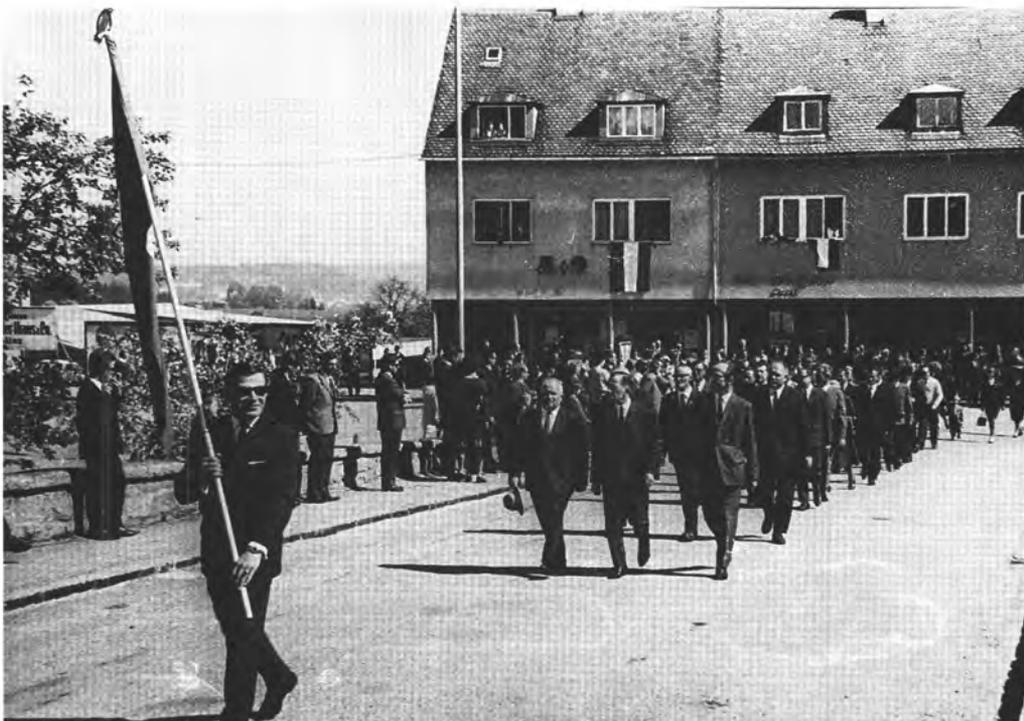
Am 27. Mai 1951 wird der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Theodor Körner, in der Zweiten Republik erstmalig vom Volk, zum Bundespräsidenten gewählt. Seine Wahlreisen führen ihn durch ganz Österreich – auch ins Salzburger Land in den Pongau.

Auch in den fünfziger Jahren bleiben die Aufzüge zum 1. Mai ein Indikator politischer Veränderung: Das Fahrrad, das einen so prominenten Platz in der sozialdemokratischen Vereinskultur hatte, wird zum Alltagsgegenstand.



Auch Kinder haben eins: Der leise Beginn der Wohlstandsgesellschaft.





Die sechziger Jahre: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zwischen trotzigem Traditionalismus und Aufbruch zur „modernen Partei“ – beides wird demonstriert am 1. Mai 1966 in Lenzing/Oberösterreich.

Die siebziger Jahre: Franz Jonas, hier bei einer Wahlreise in Lend im Pinzgau (Salzburg), wird am 25. April 1971 wieder zum Bundespräsidenten gewählt.



Und am 10. Oktober desselben Jahres erreicht die SPÖ unter Bruno Kreisky bei Nationalratswahlen zum ersten Mal in ihrer Geschichte die absolute Mehrheit. „Die Roten“ sind jetzt auch am Land zu Hause.

Erika Thurner

Vom proletarischen Insel- Dasein zum Leben im „Roten Salzburg“

Salzburger Impressionen
nach dem Zweiten Weltkrieg

Stadt und Land Salzburg wecken Assoziationen von einer bürgerlich-konservativen Gesellschaft. Diese Bilder entstehen vor dem aktuellen Hintergrund einer Hochkultur- und Fremdenverkehrs-atmosphäre. Sie beruhen historisch auf bürgerlichen Geschichtsdarstellungen – Darstellungen, die das *andere Salzburg*, die Geschichte der arbeitenden Menschen, ihres Alltages und ihrer Lebensräume weitgehend ausklammern oder verklären.

So mag es überraschen, daß die Sozialdemokratie in Salzburg schon in der Ersten Republik zweitstärkste Wählerpartei wurde. Etwa ein Drittel der wahlberechtigten Salzburgerinnen und Salzburger gab damals die Stimme *den Roten*. Dennoch war die Sozialdemokratie in einer katholisch-konservativen beziehungsweise deutsch-nationalen Öffentlichkeit schwach vertreten.

Den Entwicklungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie waren durch die Wirtschafts- und Sozialstruktur enge Grenzen gesetzt. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte die Landwirtschaft. Das Land blieb von der Industrialisierung nahezu unberührt. Der Wirtschaftsaufschwung verlief in hohem Ausmaß über den Fremdenverkehr. Es gab nicht einmal ein Dutzend Großbetriebe im ganzen Land.

Daß die Sozialdemokratie im westlichen Österreich kaum irgendwo die „Absolute“ machen würde, das war bald nach 1945 klar. Wenn es schon nicht um die Macht ging, um was ging's dann? Antworten aus Salzburg.

Die Arbeiterschaft war auf gewerbliche Klein- und Kleinstbetriebe aufgesplittert. Salzburg hatte kein städtisches Industrieproletariat, kaum eine gewachsene Industriearbeiterschaft. Eisenbahner und Verkehrsbedienstete bildeten als größte geschlossene Berufsgruppe das Gerüst der Salzburger Sozialdemokratie.

Die Salzburger Proletarier/innen lebten und arbeiteten in den Eisenbahnknotenpunkten, in den wenigen Industrie- und Bergbaugemeinden. In den Land- und Gebirgsregionen ließen diese Arbeiterhochburgen den Eindruck fremdartiger proletarischer Inseln entstehen. Die sozialdemokratischen Vereine gaben Mitgliedern und Wählern auch in der Provinz Rückenstärkung. Das proletarische Insel-Dasein von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beziehungsweise ihr Gefühl, *Menschen zweiter Klasse* zu sein, wandelte sich aber erst in der Zweiten Republik – mit der veränderten Stellung der SPÖ als staatstragender Partei. Allerdings sehr langsam. In konservativen Landgemeinden kam die Erkenntnis, daß *„Rote“ auch Menschen sind*, mit deutlicher Verzögerung.¹

„Kein Dorf ohne sozialistische Wähler!“

November 1945: Nationalrats- und Landtagswahlen in Salzburg

„So ein Ergebnis, so eine Aufwärtsentwicklung für die sozialistische Bewegung war in der geschichtlichen Entwicklung noch nie zu verzeichnen. ... Zum ersten Mal hat die Sozialistische Partei auch erhebliche Fortschritte auf dem flachen Lande gemacht. Es gibt im Lande Salzburg keine Gemeinde mehr, in der nicht Sozialisten wären. Es gibt kein Dorf mehr – und sei es das einsamste Gebirgsdorf – in dem nicht sozialistische Wähler sind.“²

So euphorisch berichtete das sozialistische „Demokratische Volksblatt“ über den Wahlausgang im November 1945. Die Meldung beruht zwar auf Tatsachen. Zu ergänzen ist allerdings, daß die Sozialistische Partei weit hinter ihren Erwartungen zurückblieb. Sie war weder mit dem österreichischen noch mit dem Salzburger Ergebnis zufrieden. Auf Bundesebene hatte man gehofft, stärkste Partei zu werden.

Der Salzburger SPÖ war die Position des Zweitstärksten sicher. Doch auch hier hatte die Landesorganisation zumindest in einigen Gemeinden mit besseren Ergebnissen gerechnet. Das Salzburger Gesamtergebnis – 56,7 Prozent ÖVP, 39,5 Prozent SPÖ, 3,8 Prozent KPÖ – macht die Dominanz und den Vorsprung der ÖVP als politisch bestimmender Kraft im Lande nicht deutlich genug.

So konnte die Volkspartei in 86 der damals 111 Gemeinden die Mehrheit der Stimmen der Wahlberechtigten auf

ihr Konto verbuchen. Manche Orte wiesen einen drastischen Vorsprung der Volkspartei auf. Die Ergebnisse einiger Flachgauer oder Lungauer Gemeinden kamen einer ÖVP-Alleinherrschaft gleich.

Dagegen gab es nur zwei eindeutige SPÖ-Mehrheitsgemeinden im ganzen Land: Bischofshofen und Mühlbach am Hochkönig. In den wenigen roten Hochburgen gingen der SPÖ zudem noch Wähler/innen an die linke Konkurrenzpartei, die Kommunisten, verloren. Zwölf Salzburger Gemeinden konnten aufgrund der Wahlergebnisse ab 1946 sozialistisch verwaltet werden: Grödig (Flachgau), Hallein (Tennengau), Badgastein, Bad Hofgastein, Bischofshofen, Kleinarl, Mühlbach, Schwarzach, Werfen (alle Pongau), Kaprun, Lend und Uttendorf (Pinzgau). Mit Ausnahme von Kleinarl und Kaprun handelte es sich um die *traditionell roten Orte* im Land.

Die Sozialistische Partei konnte jedenfalls froh sein, daß es 1945 noch keine Wahlen zu den Gemeindevertretungen gab. Diese fanden erst wieder 1949 statt.

In mancher Kleingemeinde wäre es schwierig geworden, die Bedingungen für eine Kandidatur zu erfüllen. Diese lauteten: zum einen die für eine Kandidatur notwendigen fünfundzwanzig Unterschriften zusammenzubringen, zum anderen genügend sozialistische Gemeinderatskandidat(inn)en zu finden.

1949 konnten diese Voraussetzungen in acht Gemeinden noch nicht erfüllt werden. Das Zittern um genügend Kandidaten und die Hoffnung auf deren Mut und Standfestigkeit begleiteten regelmäßig die Wahlvorbereitungen der Sozialisten. Und das bis in die sechziger Jahre hinein. So manchen Kandidaten hat noch vor der Wahl oder auch hinterher die Zivilcourage wieder verlassen.

„Erst in den sechziger Jahren haben wir in allen Gemeinden kandidieren können. Ich kann mich noch erinnern, da waren wir ganz stolz drauf, daß wir in solchen Dörfern wie Lessach oder Göriach einen Kandidaten gefunden haben, *einen*, und höchstens *einen Ersatzmann*.“³

Diese „Not am Mann“ konnte notfalls auch durch Frauen abgeschwächt werden. Die Genossen am Land galt es aber eigens davon zu unterrichten, daß sich auch Frauen für diese Funktion eignen:

„Werte Genossen! Im Punkt 3a unseres Rundschreibens vom 15. Juni 1964 haben wir empfohlen, bei der Auswahl der Kandidaten jene Parteimitglieder aufzustellen, die für die örtliche Gemeindepolitik die nötige Erfahrung und entsprechende Eignung mitbringen. Unter den Parteimitgliedern befinden sich in manchen Lokalorganisationen *auch Frauen*, die diese Voraussetzung erfüllen, und daher bei der Auswahl der Kandidaten möglichst berücksichtigt werden sollen.“⁴

SPÖ – was soll das sein?

Adolf Schärf? – kenn' ich nicht!

Probleme einer zentralistischen Partei

Zurück zum Jahr 1945. In der Parteizentrale in Wien hatte man sich gleich nach Kriegsende für den Namen *Sozialistische Partei* entschieden. Nur in der beigefügten Klammer wurde anfangs noch auf die unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Partei hingewiesen: „*Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten*“.

In der Salzburger Partei wurde die Namensänderung nicht sofort akzeptiert. Man wollte weiterhin Sozialdemokrat/in sein. Viele Dokumente weisen darauf hin, daß es längerer Zeit bedurfte, bis man sich an diese Neubezeichnung gewöhnt hat. Der neue Name war 1945 selbst den eingefleischten Genossen und Genossinnen noch wenig vertraut, ganz zu schweigen von der Abkürzung *S.P.Ö.*

Dieser Informationsrückstand wurde offensichtlich in Wien übersehen. So fand das Namenskürzel *S.P.Ö.* bereits Verwendung auf den Wahlzetteln im November 1945. Nach den Wahlen kamen Salzburger Funktionäre zu der Überzeugung, daß der Sozialistischen Partei dadurch Stimmen verloren gegangen waren. Einige Menschen – vermutlich auch in anderen Teilen Österreichs – wußten zu diesem Zeitpunkt tatsächlich nicht, was sich hinter den drei Buchstaben verbarg. Andere wurden in der Wahlzelle durch die Abkürzungen der Parteinamen verwirrt. Schließlich waren die Österreicher und Österreicherinnen an freie demokratische Wahlen nicht mehr gewöhnt.⁵

Das Einverständnis mit dem neuen Namen war in Salzburg nur halbherzig erfolgt. Wieder müssen wir vorblenden in die sechziger Jahre. Nach dem „Prager Frühling“ und dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in der Tschechoslowakei 1968 entzündete sich in der Salzburger Parteispitze eine Namensdiskussion. Durch die Rückbenennung in „*Sozialdemokratische Partei*“ wollte man sich stärker von den sozialistischen Ostblockländern abgrenzen.

Die Rückkehr zum alten Namen blieb – wie wir wissen – nur ein *Salzburger Traum*.⁶

Der Vorwurf eines leichtfertigen Umgangs mit dem noch ungewohnten Parteinamen bei den 45er Wahlen war aber nicht die einzige Kritik an den Wiener Parteifreunden. Der Großteil der Wahlpropaganda – Plakate, Broschüren und Flugblätter – erschien für Salzburg als unbrauchbar:

„... nur für Wien und die Ostzone geeignet: sie schadet mehr, als sie nützt.“⁷

Es verfestigte sich der Eindruck, daß sich die Wiener Parteiverantwortlichen keine Vorstellung von den Salzburger Verhältnissen machen konnten oder wollten. Sie nahmen

viel zu wenig Rücksicht auf das sehr andersartige Parteivolk in der „Provinz“. Mit der Wiener Parteiverbung konnte die SPÖ bei den kleinen Leuten am Land wenig Sympathien gewinnen.

„Die Kleinbauern und Häuselleut' fühlen sich doch betroffen und brüskiert, wenn alle *Hausbesitzer* als *Besitzbürger* und *Klassenfeinde* angegriffen werden. Schließlich sind sie doch auch Hausbesitzer.“⁸

Die Unzufriedenheit erstreckte sich auch auf Wahlplakate, die die Parteiführer aus Wien darstellten. Im Pinzgau, dem zweitstärksten SPÖ-Bezirk im Land, war man einhellig der Meinung:

„Das sind Köpfe, von denen die Leute am Land draußen überhaupt nicht wissen, wer die sind.“⁹

Das hatte seine Ursachen in der langen Phase der Illegalität der Sozialdemokratie während Faschismus und Krieg, im schmalen Informationsfluß und in den beschränkten Medienmöglichkeiten. Die Leute kannten höchstens Karl Renner, Karl Seitz und eventuell noch Rosa Jochmann. So sollte beispielsweise Adolf Schärf, der Bundesvorsitzende der SPÖ und Vizekanzler, erst viel später bei den Bundespräsidentenwahlen 1957 den Menschen am Land und im Gebirge ein Begriff werden.

Morgenröte in Salzburg

Die Landeshauptstadt als Organisationszentrum der SPÖ

Die Salzburger SPÖ hatte 1945 dennoch Grund zur Euphorie: In der Landeshauptstadt war sie zur stärksten Partei geworden. Die SPÖ-Stimmen aus den 1935 eingemeindeten Arbeitervororten Gnigl, Itzling und Maxglan hatten den Sieg ermöglicht. Dieses Ergebnis sollte auch für die zukünftige organisatorische Entwicklung bedeutungsvoll sein. Allein der Umstand, daß nun mit Anton Neumayr ein *roter Bürgermeister* im Rathaus saß, hob das Selbstwertgefühl der Genossen und Genossinnen. Trotzdem blieb die Innenstadt *bürgerlich*. Arbeiterbevölkerung und SP-Mitglieder blieben im Zentrum der Stadt eine Minderheit. Nur an den Arbeiterfesttagen – beispielsweise am 1. Mai – gehörte auch die Innenstadt ihnen.

Die Maiaufmärsche waren sozialdemokratische Machtdemonstrationen. Man wollte dabei nicht nur der harten Arbeiterkämpfe der Vergangenheit gedenken, sondern der bürgerlichen Öffentlichkeit die Stärke von Partei und Organisation vor Augen führen. Dies war nach dem Zweiten Weltkrieg ein Unsicherheitsfaktor. Würde es gelingen, genügend Frauen und Männer zum Marschieren zu bringen?

Das sozialistische Milieu ließ sich trotz der langjährigen Unterbrechung tatsächlich wieder mobilisieren. Die Menschen rückten in alter Geschlossenheit zusammen und erlebten sich einmal mehr als Teil jener Gegengesellschaft, die noch immer in Kontrast zur bürgerlichen Gesellschaft stand.

Diese gewaltigen Arbeiterdemonstrationen waren vielen Salzburgern ein Dorn im Auge. Das Verhalten der SPÖler wurde von der Stadt-ÖVP geradezu als Provokation verstanden. So hatten sich die Obus-Fahrer die Frechheit erlaubt, öffentliche Verkehrsmittel mit roten Fähnchen zu schmücken. Ab 1950 wurden nur noch rot-weiß-rote Fahnen gestattet.¹⁰

Auch mit der Kirche entstanden Probleme. Die Schlußkundgebung der Parteiveranstaltung am Residenzplatz, dem Herz der Innenstadt, hatte symbolischen Charakter: Der Residenzplatz befindet sich neben dem Salzburger Dom. Das Erzbischöfliche Ordinariat empfand dies als störend. Dort zeigte man sich erst zufrieden, als die SPÖ auf den Residenzplatz verzichtete:

„Von Seite der katholischen Kirche wurde es als angenehm empfunden, daß Sie im vergangenen Jahr am 1. Mai (1954) den Schlußakt Ihrer Maifeier vom Residenzplatz an eine andere Stelle verlegt haben. Da heuer der 1. Mai auf einen Sonntag trifft, würden wir es sehr begrüßen, wenn auch dieses Jahr der Residenzplatz nicht beansprucht würde, umso mehr, da die sonntägliche Gottesdienstordnung im Dom mit dem Schlußakt Ihrer Veranstaltung kollidierte.“¹¹

Aufschwung der Organisation in den Landregionen

Erfolge konnte die Salzburger SPÖ auch bei der Mitgliederwerbung verbuchen. Schon Ende 1945 verfügte sie mit 10.347 Mitgliedern über nur geringfügig weniger als im Jahre 1932. Bis 1949 konnte die Mitgliederzahl nahezu verdoppelt werden. Der Bundes-SPÖ gelang es dagegen erst wieder in den fünfziger Jahren, den Mitgliederstand der Zeit vor 1933/34 zu erreichen.

Der Bevölkerungszuwachs und die Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur spielten ebenso eine Rolle wie die neue Stellung der SPÖ. Als staatstragende Mitglieder- und Wählerpartei, die mehrheitsfähig werden wollte, mußte sie über eine reine Arbeiterpartei hinauswachsen. Das neue Image: eine *wahre Volkspartei*, die alle hart arbeitenden Menschen vertritt. Dabei galt es, schwierige Seiltänze zwischen links- und rechtssozialistischen Positionen zu absolvieren. Für die Kernschichten mußte die SPÖ die Rolle einer noch immer klassenkämpferischen Partei erfüllen. Am Land wiederum war man peinlich

bemüht, das Bild einer eigentumsfeindlichen Verstaatlichungspartei zu verwischen.

Damit wurde es möglich, bereits nach 1945 auch in andere Schichten vorzudringen. Der Vormarsch aufs Land war, gemessen an den Ausgangsbedingungen, eindrucksvoll. In einem Fremdenverkehrsland wie Salzburg trug die von der SPÖ angestrebte „Modernisierung der Landgemeinden“ zu dieser Entwicklung wesentlich bei.

Früher war es in nur knapp der Hälfte der Salzburger Gemeinden – ansatzweise – möglich gewesen, ein sozialistisches Organisationsleben zu entfalten. Bis Ende 1945 verfügte nun fast jeder Ort über eine eigene SP-Lokalorganisation. Selbst in „kohlschwarzen“ Gemeinden war es gelungen, die für eine Lokalgruppe notwendigen fünf Sozialist/inn/en zusammenzubringen.

Vor allem in den organisationsschwachen Bezirken, im Flachgau, Lungau, aber auch in Kleingemeinden anderer Regionen handelte es sich oft um Mini-Organisationen. Sie standen auf wackligen Beinen und waren ständig vom Zerfall bedroht. Mitunter konnte ein rühriger Lokalobmann – Frauen gab es nicht in dieser Funktion – die Auflösung zeitlich hinauszögern. Aufzuhalten war sie zumeist nicht einmal durch eine massive Unterstützung von seiten des Landesparteisekretärs:

„Einmal mußte ich als Versammlungsredner nach Hollersbach (Oberpinzgau). Für Samstagabend hatten sie die Versammlung geplant. Von Salzburg aus war das damals eine Weltreise. Mittags bin ich weggefahren nach Zell am See, damit ich bis halb sieben dort hinaufkomm'. Eiskalt war's damals. Und wie ich hinaufkomm', erwartet mich im Versammlungs-Wirtshaus unser Obmann und der Wirt. Die Rede hab' ich mir sparen können. ... Am Sonntag ging's dann wieder zurück. Im ganzen hatte ich zwei Leute gesehen, den ‚schwarzen‘ Wirt und den ‚roten‘ Obmann. Und das war dann unser Wochenend-Vergnügen.“¹²

Der soziale Druck und die Furcht vor Ortsautoritäten und Nachbarn haben sozialistische Aktivitäten verhindert oder eingeschränkt. Nachteile, die sich *Rote* durch ein SPÖ-Engagement einhandelten, wirkten abschreckend. Das fing schon mit einem unverbindlichen Versammlungsbesuch an. So wurden in Fusch an der Glocknerstraße die SPÖ-Versammlungen in einem abgeschlossenen Extrastüberl durchgeführt, um die Teilnehmer vor den Blicken der anderen Wirtshaus-Gäste zu schützen.

„Da ist dann aber einer von der ÖVP dringesessen und hat alle aufgeschrieben.“¹³

Fusch war eine ÖVP-Gemeinde mit zahlreichen Großbauern. Doch durch Kraftwerks- und Straßenbau verfügte der Ort schon aus der Zeit der Ersten Republik über ein gewisses Arbeiterpotential.

In ihrem angestammten Terrain begegnete die ÖVP den sozialistischen Organisationsversuchen mit Behinderungen, Einschüchterungen und Überlistungen. Eine erfolgreiche Methode war das gleichzeitige Ansetzen von Veranstaltungen. So wurde in Straßwalchen für den Zeitpunkt der SPÖ-Veranstaltung eine ÖVP-Bauernversammlung einberufen, „wo sich jeder Bauer mit Unterschrift verpflichten mußte zu kommen, weil das neue Viehbliefungskontingent festgesetzt würde“.¹⁴

In solchen Fällen wunderten sich die SPÖ-Funktionäre nicht einmal, wenn kein einziger Bauer in die SP-Verammlung kam.

Trotz dieser Hürden führten konkrete Erlebnisse im Alltag und die Politik der SPÖ Menschen aus der Landbevölkerung in die Sozialistische Partei. Zunächst vereinzelt, dann etwas zahlreicher: Landarbeiter und Landarbeiterinnen, Forstarbeiter und in geringem Maß auch Klein- und Bergbauern.

Zwei Beispiele aus dem Salzburger Land sollen diese Politisierungserfahrungen zeigen.

Streik in Hütttau - das hat's noch nie gegeben!

Der Streik wird als Agitationsmaßnahme, als Kampfmittel um Arbeiterrechte mehr mit der Frühzeit der Arbeiterbewegung und mit der Ersten Republik in Verbindung gebracht. Weniger mit der Zweiten Republik. Am Land gingen die Uhren anders! Im Salzburger Pongau hatte der Forstarbeiterstreik 1950 Bewegung und Aufregung in die Bevölkerung gebracht. So auch in Hütttau, einem Ort mit wenig Arbeitsplätzen. Der Großteil der Bevölkerung mußte auspendeln. Das rote Bischofshofen bot begrenzte Möglichkeiten.

Daneben war die Forstwirtschaft eine beliebte und notwendige Nebenerwerbsquelle für die Kleinbauern. Die Löhne ließen allerdings zu wünschen übrig. Die Waldbesitzer weigerten sich aber konsequent, über jegliche Lohnerhöhung zu verhandeln. So traten auch die Hüttauer Forstarbeiter in einen österreichweiten, vom Gewerkschaftsbund unterstützten Streik.

„Da hab' ich gesehen, es gibt bei uns demokratische Spielregeln, der Arbeiter hat ein Recht. Das ist ja damals erstmalig richtig zum Ausdruck gekommen. In der Ersten Republik ein Streik in unserem Gebiet, das war undenkbar! ... Und damals ist dann eigentlich die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter in unserem Gebiet so richtig aufgebaut worden. Da sind dann alle organisiert gewesen. ... Für uns, für die Gewerkschaft, war damals Streik ja fast ein Fremdwort.

Zu der Zeit hatten wir in Hütttau 18 ständige Forstarbeiter. Und

der Brüggler, mein Nachbar, der ist Betriebsrat gewesen. ... Der Brüggler ist dann draußen gewesen in Salzburg bei der Gewerkschaftskonferenz, und ich hab ihn dann am Bahnhof abgeholt. Ich war sein Stellvertreter, und bei uns ist's schon auf des Messers Schneide gestanden. Wir hatten vier Wochen eisern gestreikt. Oft war uns wirklich nicht gut zumute. Im ganzen Bezirk waren schließlich 80 Forstarbeiter. Und wenn das schiefeht, dann kannst auswandern! Und als ich den Brüggler vom Zug abhole, da war gerade der Förster am Bahnhof ... und hat zu uns gesagt: ‚Es streikt's umsonst. Krieg'n werd's zum Schluß die Entlassung und verdienen tat's nix.‘

Der Brüggler hat ihm dann mit lächelndem Mund gesagt: ‚Herr Oberförster, da tan's eahna täusch'n. Das Geld hab' ich in der Tasch'n. Die Leut' werden bezahlt!‘

Da hat er uns angeschaut wie der Ochs vorm neuen Tor. ... Das war unser *einzig* Streik, den wir durchgezogen haben. Später sind die Lohnerhöhungen immer in Lohnverhandlungen durchgegangen.“¹⁵

Haflinger oder Noriker? – aufs richtige Pferd gesetzt...

Fusch an der Glocknerstraße wurde bereits erwähnt. In diesem Pinzgauer Ort waren sogar Kleinbauern für die SPÖ zu interessieren. Bei den Kraftwerks- und Straßenbauten hatten auch sie einen Nebenerwerb gefunden.

Die Abgrenzung der eingesessenen Bauern gegenüber der Arbeiterbevölkerung war nicht ganz so schroff. Ähnlichkeiten im Lebenszusammenhang wurden hier leichter wahrgenommen, so auch die Unterdrückung durch lokale Autoritäten. Das waren vorwiegend Großbauern, Funktionäre des ÖVP-Bauernbundes, die gleichzeitig politische Ämter bekleideten.

Bereits die Wahlergebnisse 1949 demonstrierten einen Emanzipationsakt eines Teils der Bevölkerung gegenüber diesen Dorfpersönlichkeiten. Noch deutlicher wurde dies bei den Landarbeiterkammer- und Bauernkammerwahlen 1950. Die SPÖ konnte bei diesen Wahlen im Pinzgau gut abschneiden. Sie hatte durch ein fortschrittliches Landarbeiterrecht und durch die Demokratisierung der Bauernkammer Wahlanreize geschaffen.

Darüber hinaus konnte der SPÖ-Arbeitsbauernbund die Zuchterlaubnis für den „Haflinger“ erfolgreich durchkämpfen. Dabei handelte es sich um ein besonderes Anliegen der Bergbauern, denn bis dahin waren nur die „Pinzgauer Noriker“ zugelassen gewesen. Und die waren für viele Bergbauernhöfe ungeeignet.

„Unser Obmann vom Arbeitsbauernbund, der Meißnitzer, der hat das mit den Haflingern durchgesetzt. Da waren ja gerade

die Pinzgauer Bauern vom Bauernbund so maßgebend mit ihren Norikern. Die haben da ja ihr Monopol drauf gehabt. Da hat's Riesenseinsetzungen gegeben. Aber für die vielen kleineren Bauern, gerade für die Bergbauern, war das so wichtig. Der Bergbauer tut sich ja hart mit dem schweren Noriker, und der Haflinger ist einfach ein Gebirgspferd. ... Damals ist dieses Monopol gebrochen worden. Die waren ja stur vom Bauernbund, weil's das in der Hand hatten und daran verdient haben.“¹⁶

Im Pinzgau, im Pongau und sogar im Lungau, dem bäuerlichsten Bezirk, kam es zu Organisationszuwächsen, zu Gewerkschaftsbeitritten und zu Stimmengewinnen bei den politischen oder Interessenvertretungswahlen. Im großen und ganzen mußte die Salzburger SPÖ dennoch die Bemühungen um eine umfassende Gewinnung der Bauern als gescheitert ansehen. Die sozialpsychologischen Barrieren waren letztlich kaum zu durchbrechen.

Die sozialistischen Funktionäre hatten aber schon früh erkannt, daß es nicht nur darum ging, Mitglieder und Wähler/innen zu gewinnen. Es ging vielmehr darum, etwas zu tun,

„damit die *Gehässigkeit gegen uns Rote am Land aufhört*. Und wenn nun die Bauern gemerkt haben, daß wir etwas für sie tun, dann haben wir zu einer besseren Stimmung am Land beigetragen.“¹⁷

Anmerkungen

- ¹ Literatur dazu: Bauer, Ingrid (Hg.): Von der alten Solidarität zur neuen sozialen Frage. Ein Salzburger Bilderlesebuch. 100 Jahre Sozialdemokratie. Wien 1988; Thurner, Erika: „Nach '45 war man als ‚Rote‘/‚Roter‘ auch ein Mensch.“ Der Wiederaufbau der Salzburger Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg. Materialien zur Arbeiterbewegung 53. Wien 1989 (im Erscheinen).
- ² „Demokratisches Volksblatt“, 27.11.1945.
- ³ Interview mit Karl Steinocher, Salzburg, SK III, Tonarchiv Karl-Steinocher-Fonds (= KStF).
- ⁴ Archiv KStF., Nachrichtendienst für die Sozialistischen Gemeindevertreter im Lande Salzburg, 22.6.1964.
- ⁵ Ebd. und Zentrales Parteiarchiv der SPÖ, Wien (= ZA-Wien), Korrespondenz, 27.4.1949, 29.4.1949; Sozialdemokratische Partei/Sbg, an den Reichsparteivorstand, 14.7.1945; Interviews mit Ruprecht Ott, Mauterndorf, und Johann Embacher, Bischofshofen (RO I/EH I, KStF.).
- ⁶ Ardel, Rudolf G.: Die Sozialistische Partei, in: Zwink, Eberhard (Hg.): Die Ära Lechner, „Sonderpublikationen“ Nr. 71, Schriftenreihe des Landespressebüros. Salzburg 1988, S. 268.
- ⁷ Archiv KStF., Antrag an den Landesparteitag, 7.5.1948; Landeskongress-Protokoll, 20.1.1951.
- ⁸ ZA-Wien, Brief vom 15.10.1952.
- ⁹ Archiv KStF., Landeskongress-Protokoll, 20.1.1951.
- ¹⁰ Ebd., Landesparteivertretungssitzung, 19.11.1949; Interview Therese Kaltenegger, Salzburg (KT II, KStF.).
- ¹¹ Ebd., Brief, 7.4.1955.
- ¹² Steinocher (wie Anm. 3).
- ¹³ Interview mit Volkhardt Duxner, Fusch (DV I, KStF.).
- ¹⁴ Archiv KStF., Ordner Flachgau, 3.7.1949.
- ¹⁵ Interview mit Christian Hirscher, Hüttau (HC I, KStF.).
- ¹⁶ Steinocher (wie Anm. 3).
- ¹⁷ Ebd.



Einsichten. Aussichten.



Fabriksarbeit – eine Frauenlaufbahn? Einsichten in westösterreichische Textil- und Metallbetriebe in den siebziger und achtziger Jahren.

Fabriksarbeit? Das ist kein Thema. Wie es „drinnen“ aussieht, will offenbar kaum jemand mehr so richtig wissen.

Der technische Fortschritt, die Vorstellung vom computerisierten Büro, verdrängt die Fabrikwelt aus dem Bewußtsein – obwohl die neue mikroelektronische Technik dort zu den massivsten Veränderungen führt.



Fabriksarbeit steht nur als Beispiel für eine Vielzahl von Branchen. Die Folgen der mikroelektronischen Revolution sind überall spürbar: Rapider Produktivitäts- und Rationalisierungsfortschritt auf der einen Seite – auf der anderen Seite werden die, deren Arbeit diesen Fortschritt erst wirksam werden läßt, materiell oft an den Rand und aus dem öffentlichen Bewußtsein gedrängt.





Welchen Verlauf diese Entwicklung nimmt und wie sie politisch bewältigt wird, ist noch unklar: Wahrscheinlich sind neue Spaltungs- und Splittierungsprozesse: Spaltungsprozesse der Gesellschaft, indem eine große Gruppe über sichere Arbeitsplätze und gute Einkommen verfügt, während eine beträchtliche Minderheit von den Launen der Konjunktur abhängt oder überhaupt an den Rand gedrängt ist. Und Splittierungsprozesse infolge einer neuen Vereinzelung der Arbeit (z.B. durch Bildschirm-Heimarbeit), die keine gemeinsame Vertretung von Interessen zulässt.

Hildegard Fraueneder

Arbeite, Frau, die Freude kommt von selbst!

Frauenalltag von 1945 bis heute

Erwerbsarbeit von Frauen ist grundsätzlich Teilzeitarbeit: acht Stunden lang. Die nächsten acht Stunden gehören der Familie. Verhältnisse, die sich weniger wandeln als vielmehr verbreiten. Und die schon längst nicht mehr das Charakteristikum bestimmter Milieus sind, seien sie städtisch oder ländlich.

Geschichten über die als „frauenspezifisch“ verstandenen Bereiche des Lebens gibt es viele; sie sind facettenreich und viel-ansichtig. Daß historische Fakten selbstredend wären, ist eine Mär. Frauen erzählen aus ihrem Leben.

Nachkriegsalltag – Frauen organisieren das Überleben; sie besorgen Nahrungsmittel und Heizmaterial, stehen Schlange beim Abholen der Lebensmittelkarten, auf die nur jene Anspruch haben, die auch einen Beschäftigungsnachweis erbringen können. Für die anderen bleibt das städtische Wirtschaftsamt, das Sammeln von Beeren und Pilzen, der Tausch- und der Schwarzhandel.

Bekleidung, Heizmaterial und Strom sind rationiert: Sechs Kilowattstunden für zwei Familien bedeuten eine halbe Kochstunde täglich. In Salzburg sind nur drei Prozent der benötigten Koch- und Heizherde vorhanden. Die Ofenröhren wurden längst anderwertig gebraucht. Über dem Notwendigsten steht eine kapitulierende Verwaltung – parallel zu ihr stehen Schleich und Handel. Im Schleich kostet ein Kilogramm Zucker soviel, daß eine Hilfsarbeiterin in der Papierfabrik Hallein dafür zwei Tage lang arbeiten muß.

Später wird das Bild des Wirtschaftswunders, der stolze Blick zurück auf den gelungenen Wiederaufbau, Zeitungen und Publikationen füllen. Der Blick zurück ist männlich: Haben die Frauen ihre Leistungen etwa schon vergessen? Sicher nicht vergessen, aber anders gesehen. Als Ersatz.

Mit der Heimkehr der Männer aus dem Krieg und aus der Gefangenschaft sollte sich vieles wieder verändern – doch die Störungen herkömmlicher sozialer Beziehungen saßen tief. Die zurückgekehrte „patriarchale Autorität“ bangte um Anerkennung seitens der fremdgewordenen Frauen und Kinder. Die Uninformiertheit des Mannes über die Geschehnisse während seiner Abwesenheit nährte Verdächtigungen. Das Wissen um die Stärke und die Fähigkeiten der Frau auf der einen Seite, dem gegenüber das Verblassen des Nimbus männlicher Überlegenheit – eine Pattsituation.

An das Ausmaß der Tragödien in Tausenden Familien erinnern nur mehr die damals geschriebenen Leserinnenbriefe. Öffentlich wurden dagegen die hohen Scheidungsraten – allen voran die der während des Krieges geschlossenen Ehen in den westlichen Bundesländern.

Die tiefe Krise der Institution Ehe und Familie beunruhigte: Die zunehmenden Geschlechtskrankheiten, sexuelle Verweigerungen von Frauen und zuletzt die „Chocolate-Girls“ wurden mit dieser Krise in Zusammenhang gebracht – die weibliche Sexualität wurde somit zu einem „Operationsfeld“ politischer und psychologischer Strategien; sie wurde zum Angriffsobjekt und zugleich zum Heilmittel. Ärzte und Gesellschaftstherapeuten sahen in der Frau – so Siegfried Mattl – „das beste und zumeist einzig wirksame Heilmittel für die wunde Seele der Heimkehrer“.

Die geforderte Liebe, Geduld und Opferbereitschaft bedeutete den Verzicht auf berufliche und soziale Emanzipation, nicht aber auf Erwerbstätigkeit, die ökonomisch notwendig war. Die damals als „natürlich gegeben“ betrachteten weiblichen Eigenschaften dienten der Verfestigung von Stereotypen sozialer Rollen und der Wiederherstellung traditioneller Beziehungsmuster.

Die „Reprivatisierung“ der Frau

Die Tätigkeitsbereiche der Frau heißen heute Beruf und/oder Familie. Sie sind klar definiert und trennbarer, nicht mehr verwischt wie in den chaotischen Nachkriegsjahren, was damals aber nicht hieß: weniger umfassend. Die Frau ist jetzt Verantwortliche für das Heim. Hausarbeit wird noch immer nicht unter „Arbeit“ gefaßt – dafür spricht man mehr über Doppel- und Dreifachbelastung.

Die Sehnsucht nach Frieden wollte erfüllt werden im lang ersehnten eigenen Heim. Nicht bloße Wohnung sollte das sein, sondern ein Ort, an welchem alle Werte, die durch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen wieder in Gefahr geraten könnten, gewahrt und gepflegt werden wollten: Geborgenheit, Friede, Liebe, Sattsein, Wärme, Zufriedenheit. Was dem „Öffent-

lichen“ nicht mehr anvertraut werden konnte, wurde zur privat zu verwirklichenden Hoffnung.

Gleichzeitig wurden diese Bereiche immer weniger öffentlich. Ernähren, Kleiden und Heizen waren in der Nachkriegszeit ein allgemein wichtiger gesellschaftlicher Faktor gewesen – die Frauen waren in der Öffentlichkeit präsent. Sie organisierten den Schleichhandel, ebenso wie sie Hungerdemonstrationen veranstalteten, Petitionen an die Politiker verfaßten. Mit der Normalisierung der Ernährungsfrage verschwanden ihnen für lange Zeit die Motive für politische Aktivitäten.

Das sogenannte Wirtschaftswunder, mit ausgelöst von der Marshallplan-Hilfe, wurde meßbar im Vergleich der Konsummöglichkeiten und Lebensbedingungen mit den früheren Verhältnissen. Alle physischen und psychischen Anstrengungen und Aufwendungen konzentrierten sich auf das Wohnen, das Heim, die Freizeit – die Möglichkeiten der Nutznießung jedoch waren geschlechtsspezifisch sehr unterschiedlich. Frauen blieben für das allgemeine Wohlempfinden der Familie zuständig: Die Schaffung von Familienatmosphäre verlangt, daß die Arbeit aus Liebe gemacht wird, und verschweigt, daß die liebevollen Leistungen zur Arbeit werden.

Arbeitsplatz Haushalt: Rationalisierung und Intensivierung

Die Hausarbeit schien vorerst durch die Technisierung und Rationalisierung, durch leicht zu pflegende Materialien abzunehmen und besser bewältigbar zu werden. Gestiegen sind aber die Anforderungen.

Die erste Rationalisierungswelle der Haushalte war bereits in den zwanziger Jahren erfolgt; im Unterschied zu den fünfziger Jahren war sie noch von revolutionär-utopischen Vorstellungen begleitet gewesen: Mit Hilfe von Kollektiveinrichtungen – zentrale Waschküche, Großküche, Speisesaal, Lesesaal, Spielraum usw. – wollten sozialistische Politiker/innen die Einzelhaushalte auflösen, um damit der Arbeiterschaft erstmals ein besseres, „wirkliches“ Familienleben zu ermöglichen. Auch die ersten Großbauten der Nachkriegszeit wurden noch mit einer zentralen Waschküche ausgestattet; diese wurde in den sechziger Jahren von der „gemeinsam“ zu nutzenden Tiefgarage abgelöst.

Damit wurde ein Großteil der Reproduktionsarbeit endgültig in die eigenen vier Wände verbannt, und zugleich wurden Räume und Orte, die Kommunikationsstätten von Frauen hätten sein können, verhindert. Konnte sich eine Familie die Anschaffung von Haushaltsgeräten einmal leisten, so veränderten sich gleichzeitig auch die Bedürfnisse: Die Wäsche wird öfter gewaschen und

gebügelt, mindestens einmal pro Tag wird ein warmes Essen bereitet, stets frische Lebensmittel werden besorgt und – täglich herrsche Ordnung und Sauberkeit.

Diese „Professionalisierung“ brachte anstelle einer Aufwertung von Hausarbeit Monotonie und Alltagsstreß mit sich.

Auch vom Zuwachs an Freizeit blieben Frauen ausgeschlossen. Die durch kürzere Arbeitszeiten entstehenden „Lücken“ wurden durch erhöhte Reproduktionsbedürfnisse der Kinder und der Männer ausgefüllt. Zwar sind in den städtischen Familien weniger Kinder zu betreuen, vervielfältigt jedoch haben sich die Aufgaben der Erziehung. Neben einer allgemeinen Intensivierung der Eltern-Kind-Beziehung wird der Bereich der außerschulischen „Nachbetreuung“ zu einem weiteren Aufgabenfeld der Eltern, meist der Mütter.

1961 wurde das heutige Karenzurlaubsgesetz wirksam. Gleichzeitig wurden ab diesem Zeitpunkt viele Betriebskindergärten und öffentliche Kinderkrippen geschlossen. An die Stelle familienbegleitender Maßnahmen trat die Idealisierung der mütterlichen Erziehung – die große Bedeutung des Stillens wird hervorgehoben, eine Unzahl „fachgerechter“ Betreuungsrichtlinien wird publiziert, Entwicklungsstufen des Kleinkindes sollen nun von den Müttern nach-überprüft werden, der „Intelligenztest“ für Kinder kommt in Mode.

Und überall ist sie aufspürbar in jenen Jahrzehnten des Wirtschaftswunders: die „Hygienisierung“, in deren Bann jeglicher Handlungsbereich, selbst der der Gefühle und der Sexualität, gerät. Das „moderne“ Leben will repräsentiert sein mit einer Souveränität, die alle dahinterstehende Mühe übertüncht. In den Wohnungen herrscht sterile Sauberkeit; die Küche, die eine Arbeitsküche ist, bleibt isoliert, allein die Durchreiche stellt die Verbindung zum Wohn- und Eßbereich dar; die Kleinheit der Wohnung erfordert rationelle Mehrzweckmöbel – Kasten- und Sofabetten werden tagsüber als bequeme Couchen angeboten. Spuren, an denen Arbeit oder körperbezogene Bedürfnisse ablesbar wären, werden peinlichst vermieden, ähnlich den Körpergerüchen, die mit Deodorants und Schweißblättern getilgt werden. Der Versuch des Unsichtbar-machens ist zusätzliche Mühe.

Anpassung an ein Verhältnis?

So eindimensional sei das alles nicht gewesen, so einfach seien die Konsequenzen, ein modernes Leben führen zu wollen, nicht zu beschreiben?

Sicher, unzulänglich wäre es, Räume und Orte nicht anzuführen, an denen die beschriebene Modernisierung erst viel später passierte, sich dann aber auch anders aus-

drückte. Vom Land, dort, wo traditionelle Wertvorstellungen Abhängigkeiten der Frauen verstärkten und wo vor allem kaum Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Familie bestanden, von dort „flüchteten“ die Hoffnungen auf ein unabhängiges Leben in die Städte und Ballungszentren.

Unabhängig war das Leben dann in den wenigsten Fällen, vor allem bei unselbständiger Erwerbstätigkeit, die meist die einzige Möglichkeit für die ohne berufliche Ausbildung gebliebenen Bauerntöchter war. Unselbständig aber wären sie auch zu Hause, am Hof, geblieben, um in den Statistiken als „mithelfendes Familienmitglied“ geführt zu werden. Besser und attraktiver war es schon, eigenes Geld zu verdienen, um den Genuß von Arbeitsenden, Urlaub, Freizeit – von „Luxus“ – auszukosten.

Sozusagen als Umkehrung „versank“ das Landleben aus der Sicht der Städter in eine Idylle. Was durch den Raster des modernen Lebens fällt, kommt als Sehnsucht wieder zum Vorschein. Dort, wo die Souveränität des modernen Lebens aussetzt, beginnt das Heimweh nach althergebrachten Werten, althergebrachten Lebensweisen – beginnt die Konjunktur der Heimatfilme und der Heimatromane.

Jahrzehnte später erst wird das Bild der Idylle auf die Probe gestellt werden; der Urlaub am Bauernhof hält Einzug in die Freizeitgestaltung der Städter.

Aber wo sind jene Brüche auszumachen, jene Zeit- und Raumstellen, an denen eine Änderung der weiblichen Zuständigkeit für die gesamte Reproduktionstätigkeit sichtbar hervorträte? Sicher nicht in der räumlichen Gegenüberstellung Stadt-Land. Eher schon zeitlich – aber allemal in Grenzen. In einer Publikation der Arbeitsmarktverwaltung zum „Frauenmonat März 1989“ ist zu lesen, daß auch die jüngste Generation von Vätern noch nicht viel an der Doppel- und Dreifachbelastung berufstätiger Frauen zu ändern vermochte. Umfragen bestätigen, was für viele von uns Alltag ist.

Männer übernehmen kleinere Reparaturen, entscheiden über größere Anschaffungen, sie bestimmen den Urlaubsort und die abonnierte Tageszeitung; ihre Beschäftigung mit den Kindern beschränkt sich auf die Zeit zwischen Rückkehr vom Arbeitsplatz und Beginn der „Zeit im Bild“. Unterschiede zwischen berufstätigen Frauen und Hausfrauen sind hinsichtlich der Zuständigkeit für die Reproduktionstätigkeiten kaum auszumachen.

Was von Vorteil für Männer ist, ist von Nachteil für Frauen. Zu einfach?! Richtiger wäre es schon, den Begriff „Teufelskreis“ zu verwenden. Er fängt bei der Zuständigkeit für die Reproduktionsarbeit an; diese bedingt die niedrigen Löhne am Arbeitsmarkt mit; das erhöht die Abhängigkeit der Frauen von der Ehe; die wiederum gewährleistet unbezahlte Dienstleistungen der Frauen, was die

Wahlmöglichkeit dieser Frauen auf dem Arbeitsmarkt auf ein Minimum reduziert...

Der Frauen vordergründigstes Merkmal ist das Funktionieren als Ausgleich – ihr Einsatz auf dem Arbeitsmarkt richtet sich nach der wirtschaftlichen Lage allgemein und nach der des Privathaushaltes; ihre – unbezahlte und unsichtbare – Instandhaltungsarbeit, wie Hausarbeit, Konsumarbeit, Beziehungsarbeit, dient darüber hinaus als Puffer für Krisen: Verdient der Mann weniger oder wird er arbeitslos, so muß dies im Haus aufgefangen werden; gibt es weniger Kinderbetreuungsstellen, so müssen die Frauen es ausgleichen; wird das Leben teurer, so müssen sie rationaler wirtschaften.

Man redet nicht darüber. Es heißt, es würde auch nichts ändern. Man muß fertig werden damit, ohnedies, es ist nun einmal die Wirklichkeit. Anpassung an ein Verhältnis.

Über allem spannt sich ein unsichtbares Netz – genannt: die Frauenfrage. Und wo, so fragt man sich, bleibt die Frau...¹

Frauen berichten aus ihrem Leben²

Der Tagesablauf...

Frau B.: „ $\frac{1}{4}$ nach 4 Uhr aufstehen; mein Mann schnell heraus aus dem Bett; um 5 Uhr fährt er weg; schnell geh´ weiter, ich muß ihm das Tor aufmachen. Er kommt aus dem Bett nicht heraus, er hat nämlich Zucker und weiß Gott noch alles. Da muß ich ihm schon alles herrichten, die Diät und dann die Jause, kumm, kumm, geh weiter ... Um $\frac{1}{4}$ nach 5 Uhr gehe ich weg von zu Hause, um 6 Uhr fährt mein Bus. Dann komme ich an, dann geht´s eh schon los... Dann bis um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr, dann gemma ham. Dann geht´s noch zu Hause weiter. Einkaufen – meistens schon auf dem Heimweg, dös liegt am Weg, das geht schneller, dann für den Mann kochen, G´schirr abwaschen, zusammenräumen, dann ist es 8 Uhr abends, und dann sitzt man sich auch mal nieder, und jede Frau weiß, daß man müd´ ist und daß man dann nicht so leicht aufsteht.“

Frau F.: „Also ich stehe um 6 Uhr früh auf, dann wecke ich meine Kinder. Die gehen dann zur Schule. Vor ein paar Jahren hab´ ich noch einen dritten gehabt, der ist dann in die Lehre gegangen... Mein Arbeitstag in der Fabrik fängt erst um 2 Uhr nachmittags an. Den hab ich mir deshalb gewählt, damit ich vormittags meinen Haushalt machen kann, und wenn ich abends heimkomme, dann wasche ich mich und gehe ins Bett... Aber am Vormittag ist der ganze Haushalt herzurichten, einkaufen. Ich bin zwar allein, ohne Mann, aber die Kinder gehen in die Schule; kochen, abwaschen. Wenn meine Kinder nach

Hause kommen, nehmen sie sich das selbst. Ich räume, soweit es geht, die Wohnung auf...“

Frau T.: „Ich steh´ morgens um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr auf. Wenn ich Überstunden mache, stehe ich um ein bis zwei Stunden früher auf. Ich arbeite halbtags, aus dem Grund, damit ich nachmittags beim Kind sein kann. Wenn ich Überstunden mache, fange ich um $\frac{3}{4}$ 6 Uhr an, manchmal schon um $\frac{3}{4}$ 5 Uhr, sonst um $\frac{3}{4}$ 7 Uhr, und arbeite bis 12 Uhr. Dann hole ich mein Kind von der Schule ab und bringe es heim...“

Mittagessen vorbereiten, gemeinsam Mittagessen, dann setzt sich das Kind zur Aufgabe. Ich wasche ab, räum´ die Sachen weg, die in der Früh liegengeblieben sind, in der Früh versorgt´s nämlich mein Mann. Der fangt erst um 7 Uhr an. Mit der Kleidung ist mein Mann nicht so in der Höh´, wie und was, da haben wir schon öfters Schwierigkeiten gehabt, da hilft deswegen auch die Oma...

Bei uns ist dies überhaupt so in der Familie, daß das ganze aufs Kind konzentriert ist. Bin ich am Nachmittag einmal nicht unterwegs, dann koche ich, weil um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr mein Gatte heimkommt. Dann können wir gemeinsam Mittagessen. Und anschließend, wenn wir gemeinsam gegessen haben, geh´ ich einkaufen für den nächsten Tag oder für die nächsten zwei Tage, je nachdem. Dann wasche ich das Geschirr ab, wobei mir mein Mann oft hilft, das ist sehr lieb. Er hilft mir auch wegräumen, oder er kontrolliert die Hausaufgaben vom Kind. Wenn ich dann den Haushalt fertig habe, mache ich Schneiderarbeiten. Ich mache die komplette Garderobe für meine Tochter und auch für mich, weil ich auch nur halbtags arbeite, und mein Mann auch nicht viel verdient, weil er Staatsangestellter ist, und der Staat zahlt sehr wenig. Ich meine, da verdienen manche Frauen mehr als mein Mann, obwohl er einen sehr verantwortungsreichen Beruf hat ... Meistens um 9 bis 10 Uhr am Abend geh´ ich ins Bett. Wenn ich früher aufstehe, wenn ich um $\frac{3}{4}$ 5 Uhr anfang´, dann ist das Fernsehen gestrichen, weil ich da sowieso früher ins Bett gehe, denn man ist dann nervös und überbelastet. Und wer leidet darunter? – die Familie! Man schimpft gleich mit dem Kind, wenn irgend etwas ist, beim Mann ist es dasselbe. Er sagt dann, es wäre besser, wenn ich daheimbleiben könnt´, aber ich meine, es ist halt, weil man einen gewissen Lebensstandard hat, den man auch halten will, und da muß halt die Frau Geld verdienen.“

Frau E.: „... Ja, eben, dann denkst dir, ja warum immer ich. Eine Frau muß doch genauso arbeiten, und Schichtarbeit ist sehr belastend. Er kommt heim, hat seine Zeitung und sein Flascherl Bier auf dem Tisch. Ich kann das aber ein ganzes Jahr nicht tun, daß ich mich hinsetz´ zum Tisch und Zeitung lese!“

Bei Schicht ist das ein furchtbar langer Tag. Wenn ich Frühschicht habe, steh ich um $\frac{1}{4}$ nach 4 Uhr auf: am Abend komme ich dann aber auch nicht um das früher ins Bett.

Am nächsten Tag geht mir dann der Schlaf ab. So ein Schichtbetrieb ist eine furchtbare Belastung für eine Frau.“

Frau N.: „Bei uns ist das so: Mein Mann ist auch Schichtarbeiter und kommt um 2 Uhr nachmittags heim, ich komm aber erst um 3 Uhr heim. Dann sitzt er schon da und wartet mit einem Heißhunger, daß er was zum Essen kriegt. Jetzt muß aber noch aufpassen, das darf er nicht essen, das auch nicht...“

Frau W.: „Mein Mann wartet ja auch. Wenn ich alleine wär, würde ich halt nachmittags um 1 Uhr nichts kochen. Und würde mich halt einmal eine Stunde ausruhen. Wenn man aber miteinander heimfährt, kann ich mich nicht hinsetzen und sagen, du, ich bin jetzt müde. Er will ja was essen, ich seh's ja eh ein. Was soll er mir dann auch helfen, für zwei Personen. Aber dies ist schon: Eine Schichtarbeit ist eine starke Belastung für eine Frau.“

Freizeit und Urlaub...

Frau D.: „Ich war noch nie auf Urlaub! Erstens wegen der Kinder, und zweitens wegen dem Geld... Das ist nicht so leicht. Und ich will gar kein anderer Mensch sein.“

Frau N.: „Ja, Urlaub gehört dazu.“

Frau M.: „Ich brauche keinen Urlaub.“

Frau D.: „Ich denke 13 Jahre zurück, und wir waren noch kein einziges Mal auf Urlaub.“

Frau E.: „Wir waren zwei Tage in Mondsee.“

Frau A.: „Es ist halt der Betriebsurlaub auch ein sehr großes Problem. Wenn der Mann woanders beschäftigt ist, wer gibt da nach? Es gibt auch viele Fälle, in denen dadurch überhaupt alles vermasselt wird, überhaupt, wenn wer kleine Kinder hat.“

Frau W.: „Bei uns war Betriebsurlaub in einer Woche, in der noch Schule war. Das ist ja erst kein Urlaub, weil ich da wegen der Kinder aufstehen muß.“

Anmerkungen

¹ Literaturhinweise:

Bauer, Ingrid (Hg.): 100 Jahre Sozialdemokratie. Von der alten Solidarität zur neuen sozialen Frage. Ein Salzburger Bilderlesebuch. Wien 1988.

Cortolezis, Katharina / Gerlitz, Gudrun / Nagl, Melitta (Hg.): mixer mikro mischmaschine. Zum gesellschaftlichen Stellenwert von Frauenarbeit. Wien 1985.

Frauenaktionsmonat März 1989, in: „Arbeitsmarkt“ Nr. 2, März 1989, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien.

Hausa, Horst: Familie, in: Strukturen der sozialen Ungleichheit, Sozialbericht, Teil II. Institut für Höhere Studien, Wien 1978.

Madlener, Maria / Starzer, Grete / Weidenholzer, Josef: Die Situation der Fabrikarbeiterin in Oberösterreich. Erfahrungsberichte vom Studientag am 15. März 1980 an der Universität Linz, Wien 1980.

Mattl, Siegfried: Die Rückkehr der Liebe. Wissensproduktion zur „Frauenfrage“ im Österreich der 40er und 50er Jahre, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 16. Jg. (1987), Heft 4, S. 363-378.

Sieder, Reinhard: Hausarbeit oder: die „andere Seite“ der Lohnarbeit, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde, 11. Jg. (1981), Heft 3, S. 90-97.

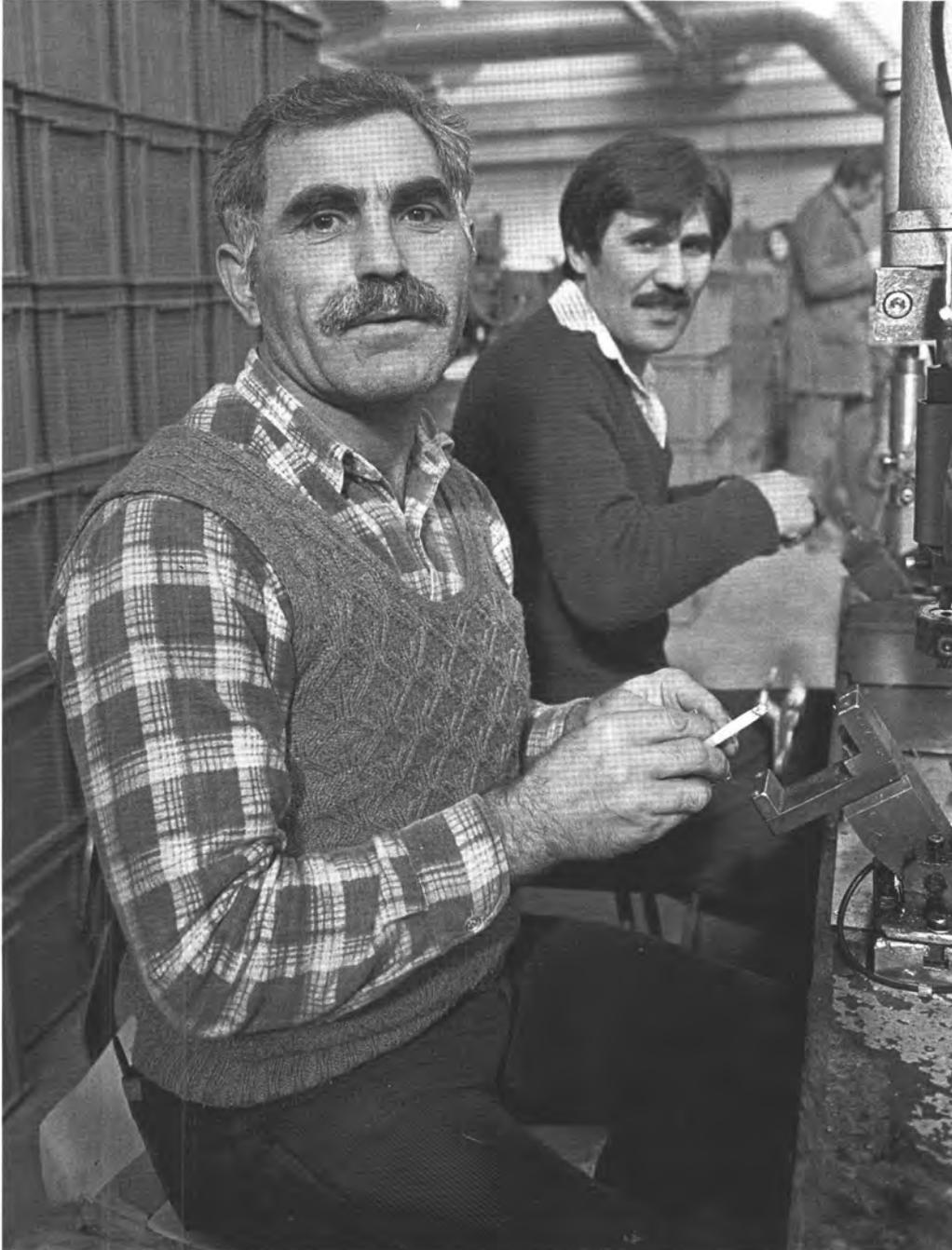
„Zwischen Mutterkreuz und Minirock“. Frauenalltag in Österreich von 1945 bis 1962, hrsg. von der studentischen Projektgruppe „Ausstellung“. Salzburg 1985 (Ausstellungskatalog).

Quellenmaterial:

Alle (Frauen-)Zeitschriften und diverse Tageszeitungen von 1945 bis heute.

Die eigene Lebensgeschichte, die der Mutter, die der Freundinnen...

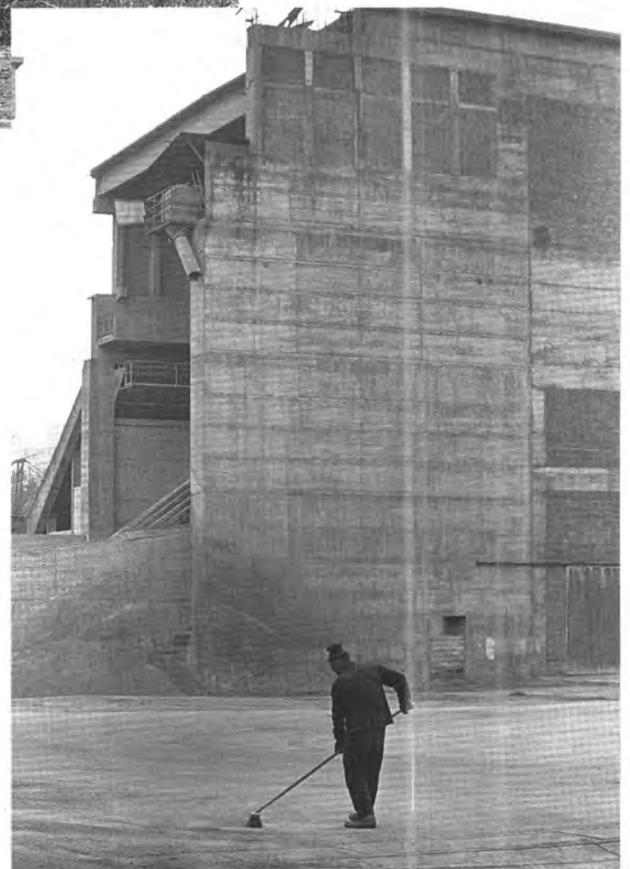
² Alle Zitate aus: Madlener, Maria / Starzer, Grete / Weidenholzer, Josef: Die Situation der Fabrikarbeiterin in Oberösterreich. Erfahrungsberichte vom Studientag am 15. März 1980 an der Universität Linz. Wien 1980.

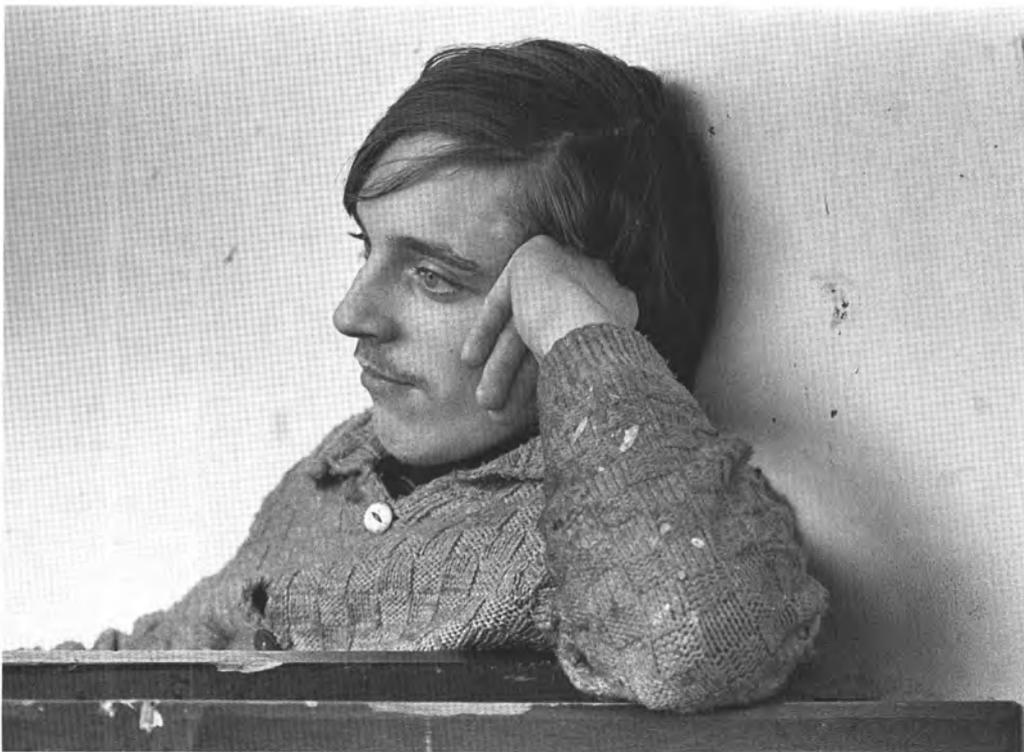


Land-Leben: Die Unterschiede zur Stadt werden eingeebnet durch Fernsehen, Fremdenverkehr und Disco. Die alten Kämpfe sind wohl ausgefochten, neue stehen an: Ausländische Arbeitskräfte stellen rund fünf Prozent der unselbständig Beschäftigten Österreichs. Ihre Kinder – die Angehörigen der „zweiten Generation“ – wollen hier bleiben. Und sie werden dringend benötigt – als Arbeiter/innen und als Konsumenten: Zeit, daß aus „Gästen“ Bürger werden.

Oder Arbeitslosigkeit: Wird ihre Drohung im Wechselspiel der Konjunkturen wirksam bleiben? Zwanzig Millionen Menschen sind heute allein in Westeuropa arbeitslos. Dabei wächst der gesellschaftliche Reichtum ständig. Doch die Chance, durch den Verteilungsschlüssel Lohnarbeit etwas davon zu bekommen, wird für viele immer kleiner.

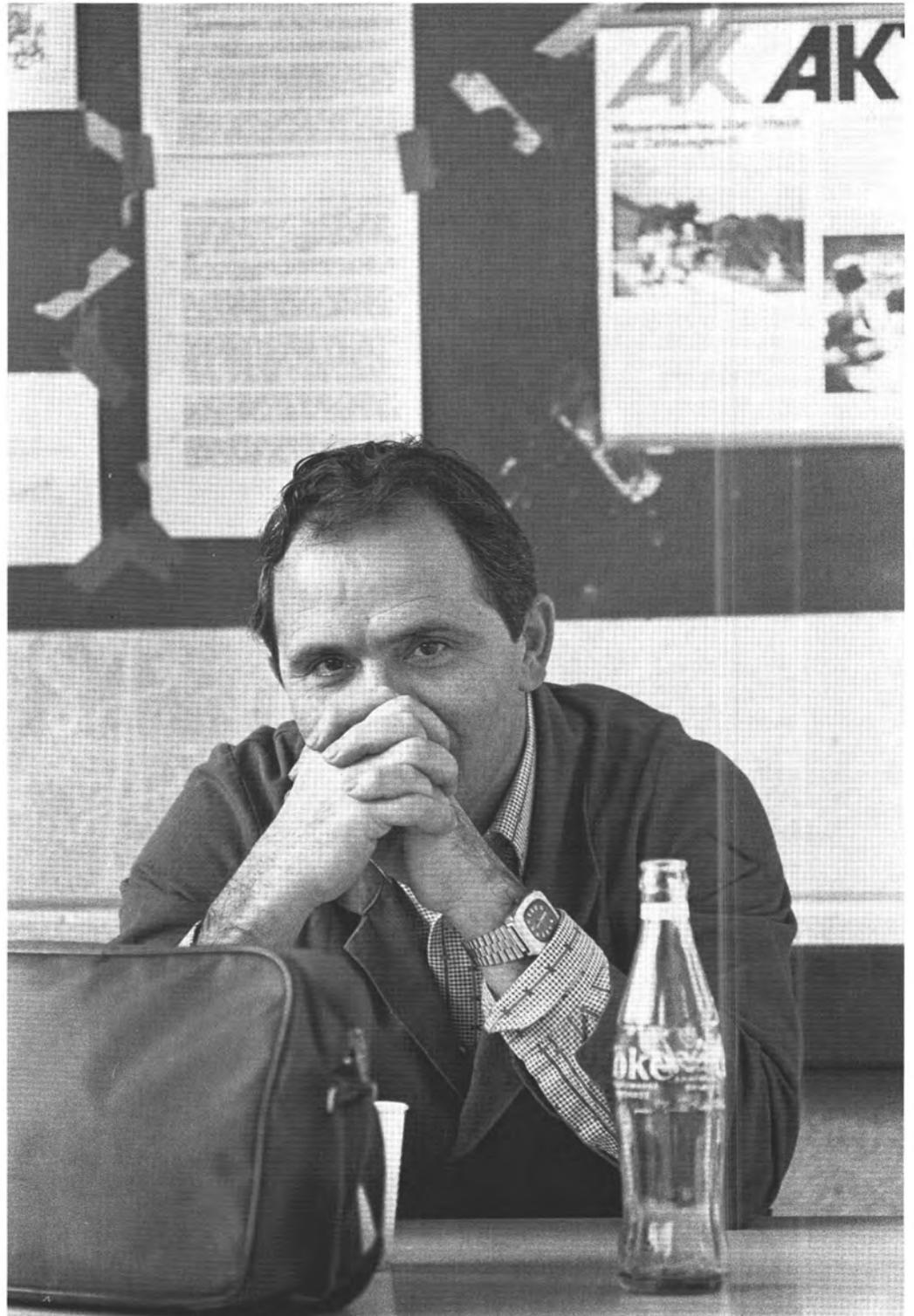
Geht der Erwerbsgesellschaft angesichts des Fortschritts der Automatisierung die Arbeit aus? Natürlich nicht: Umweltschutz, soziale Dienste, Ausbau des öffentlichen Verkehrs – da ist genug zu tun. Das ist eine Sache des Hausverstandes. Und der gesellschaftlichen Machtverhältnisse.





Oder Streß, Rationalisierungsdruck, Gesundheitsbelastung, Jahre der Nachtarbeit, die zu Lichtjahren werden: Heißt das, daß alles beim alten bleibt? Daß die Produktivität der Arbeit ständig wächst, ihre Inhalte jedoch verarmen? Daß Lebenschancen und Einkommen in unserer Gesellschaft immer ungleicher verteilt werden?

Etwas ändern kann nur, wer politisch handelt.
Das ist Einsichtssache.



Bildquellen

- AAKT Archiv der Arbeiterkammer für Tirol, Innsbruck
- HAK Bregenz Historischer Arbeitskreis der Landeshauptstadt Bregenz
- IWK OÖ Institut für Wissenschaft und Kunst – Oberösterreich, Linz
- LBI Salzburg Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Salzburg
- MAW Archiv des Museums Industrielle Arbeitswelt, Steyr/OÖ
- S. 8 Heimatmuseum Mittersill
- S. 9 o. Salzburger Museum Carolino Augusteum, Salzburg
- S. 9 u. Salzburger Museum Carolino Augusteum, Salzburg
- S. 10 o. Salzburger Landesinstitut für Volkskunde, Salzburg
- S. 10 u. Herr Kopp, Rauris/Sbg.
- S. 11 Salzburger Landesinstitut für Volkskunde, Salzburg
- S. 12 o. Gottfried Panholzer, Prambachkirchen / IWK OÖ
- S. 12 u. Dr. Wilhelm Meusburger, Bregenz
- S. 17 Vorarlberger Landesmuseum, Bregenz
- S. 18 Friedrich Weichselbaumer, Steyr / MAW
- S. 19 o. Fotoarchiv Fuchs, Bürmoos / LBI Salzburg
- S. 19 u. Heimatmuseum Kufstein
- S. 20 o. Gemeindearchiv Oberndorf/Sbg.
- S. 20 u. Montanmuseum Böckstein/Sbg.
- S. 21 o. Gemeindearchiv Oberndorf/Sbg.
- S. 21 M. MAW
- S. 21 u. L. Finta, Stoob im Burgenland / HAK Bregenz
- S. 28 Aus: „Kitzbüheler Anzeiger“, 10.12.1966
- S. 35 AAKT
- S. 36 o. Dr. Egon Sinz, Kennelbach/Vbg.
- S. 36 u. Martha Bernardi, Wien
- S. 37 o. Dr. Egon Sinz, Kennelbach/Vbg.
- S. 37 u. Josef Wiesinger, Freistadt / Stadtarchiv St. Pölten
- S. 38 o. Aus: Materiali di Lavoro Nr. 2 und 3, Rovereto 1983, S. 154
- S. 38 u. Ebd., S. 107
- S. 43 Christine Schnepf, Steyr / MAW
- S. 44 o. Stadtarchiv Dornbirn
- S. 44 u. Stadtarchiv Dornbirn
- S. 45 Franz Aigenbauer, Linz / MAW
- S. 46 Fa. Redtenbacher, Scharnstein / MAW
- S. 47 o. Oberösterreichisches Landesarchiv, Linz
- S. 47 u. Fa. Redtenbacher, Scharnstein / MAW
- S. 48 o. Archiv der Marktgemeinde Lustenau
- S. 48 M. MAW
- S. 48 u. MAW
- S. 49 o. Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wiener Neustadt
- S. 49 M. HAK Bregenz
- S. 49 u. Ferdinand Stroppa, Bludenz / HAK Bregenz
- S. 54 Heimathaus Steyr
- S. 55-56 Oberösterreichisches Landesarchiv, Linz
- S. 62-63 LBI Salzburg
- S. 64 o. LBI Salzburg
- S. 64 u. Ludwig Mayrhofer / IWK OÖ
- S. 65 o. Josef Stubinger, Gunskirchen / MAW
- S. 65 M. LBI Salzburg
- S. 65 u. Fotoarchiv Fuchs, Bürmoos / LBI Salzburg
- S. 66-67 Alt-LAbg. Franz Zoller, Bludenz
- S. 68 o. Hubert Hummer, Thürnau / Josef Gruber, Schörfling
- S. 68 u. Karl Lugmayr, Linz / MAW
- S. 69 o. Ludwig Pruner, Bregenz / HAK Bregenz
- S. 69 u. LBI Salzburg
- S. 70 o. LBI Salzburg
- S. 70 u. IWK OÖ
- S. 71 o. LBI Salzburg
- S. 71 u. Dr. Rosi Hirschegger, Innsbruck / AAKT
- S. 72 Dr. Rosi Hirschegger, Innsbruck / AAKT
- S. 73 Helfried Posch, Bad Wimsbach / MAW
- S. 74 Fam. Neumayer, Maishofen im Pinzgau
- S. 78 o. Gemeindearchiv Oberndorf/Sbg.
- S. 78 M. Frieda Freinschlag, Ottenschlag / MAW
- S. 78 u. Gemeindearchiv Oberndorf/Sbg.
- S. 79 Christina Nöbauer, Fotoarchiv „Innergebirg“, Gries im Pinzgau
- S. 80 o. Fam. Weiß, Pfarrkirchen i. Mk./OÖ
- S. 80 u. AAKT
- S. 88-92 Hubert Hummer, Thürnau / Josef Gruber, Schörfling

- S. 98 Dr. Karl Starke, Vöcklabruck
S. 99 LBI Salzburg
S. 100 Ewald Cambruzzi, Innsbruck / AAKT
S. 101 o. Ewald Cambruzzi, Innsbruck / AAKT
S. 101 u. Diözesanbildstelle Linz
S. 102 o. Gemeindeamt Sillian / AAKT
S. 102 u. Diözesanbildstelle Linz
S. 104 AAKT
S. 105 o. Diözesanbildstelle Linz
S. 105 u. Kolping-Chronik Kufstein / AAKT
S. 111 Stiftsarchiv Melk / Stadtarchiv St. Pölten
S. 112-113 Emilie und Ernst Pruner, Bregenz
S. 119 Emilie und Ernst Pruner, Bregenz
S. 121 LBI Salzburg
S. 122 o. Emilie und Ernst Pruner, Bregenz / HAK Bregenz
S. 122 u. Alt-BR Anton Mayrhauser, Bregenz / HAK Bregenz
S. 123 o. Emilie und Ernst Pruner, Bregenz / HAK Bregenz
S. 123 u. LBI Salzburg
S. 124-125 AAKT
S. 131 o. Stadtarchiv Innsbruck – Photosammlung
S. 131 u. Gottfried Lintner, Innsbruck / AAKT
S. 132 o. Franz Aigenbauer, Linz / IWK OÖ
S. 132 u. Ewald Cambruzzi, Innsbruck / AAKT
S. 138 Aus: Heimatschutz in Österreich, Wien 1934
S. 139 o. Franziska Schneeberger, Salzburg
S. 139 u. Aus: Heimatschutz in Österreich. Wien 1934
S. 140 Stadtarchiv Innsbruck – Photosammlung
S. 141 o. Fotoarchiv Fuchs, Bürmoos. / LBI Salzburg
S. 141 u. LBI Salzburg
S. 142 o. LBI Salzburg
S. 142 M. Hermann Eibensteiner, Freistadt / IWK OÖ
S. 142 u. MAW
S. 143 o. Karl Lugmayr, Linz / MAW
S. 143 M. Archiv Widerstandsmuseum Ebensee
S. 143 u. Archiv Widerstandsmuseum Ebensee
S. 144 o. Archiv Widerstandsmuseum Ebensee
S. 144 M. Oberösterreichisches Landesarchiv, Linz
S. 144 u. Oberösterreichisches Landesarchiv, Linz
S. 147 Oberösterreichisches Landesarchiv, Linz
S. 156 Vorarlberger Landesbibliothek, Bregenz / HAK Bregenz
S. 157 IWK OÖ
S. 158 o. Lois Sattleder / IWK OÖ
S. 158 u. Aus: 75 Jahre Steyr-Werke, Wien 1939, S. 83
S. 159 MAW
S. 160 Vorarlberger Landesbibliothek, Bregenz / HAK Bregenz
S. 161 o. Salzburger Landesinstitut für Volkskunde, Salzburg
S. 161 u. Reg.-Rat Adolf Bösch, Lustenau / HAK Bregenz
S. 162 o. HAK Bregenz
S. 162 u. Heimatmuseum Badgastein
S. 163 o. Meinrad Pichler, Bregenz / HAK Bregenz
S. 163 u. Stadtarchiv Innsbruck – Photosammlung
S. 164 Privatbesitz Tirol
S. 165 MAW
S. 166 LBI Salzburg
S. 167 o. IWK OÖ
S. 167 u. LBI Salzburg
S. 168 o. Alt-LAbg. Franz Zoller, Bludenz / HAK Bregenz
S. 168 u. Emilie und Ernst Pruner, Bregenz / HAK Bregenz
S. 169 LBI Salzburg
S. 170 Fotoarchiv Fuchs, Bürmoos / LBI Salzburg
S. 171 Lois Sattleder / IWK OÖ
S. 172 LBI Salzburg
S. 178 LBI Salzburg
S. 179-181 Nikolaus Walter, Bildberichterstatter, Feldkirch
S. 187-190 Nikolaus Walter, Bildberichterstatter, Feldkirch

Autorinnen und Autoren

Markus BARNAY, geb. 1957, Studium der Politikwissenschaft in Wien und Berlin-West, lebt als freier Journalist in Freiburg/Breisgau (BRD) und Bregenz.

Eveline BÖCKLE, geb. 1962, Studium der Geschichte und Germanistik in Innsbruck, wohnt in Dornbirn und Innsbruck.

Hildegard FRAUENEDER, geb. 1961, Studium der Kunstgeschichte und Geschichte in Salzburg, Arbeitsschwerpunkt feministische Geschichtsforschung, lebt in Salzburg.

Kurt GREUSSING, geb. 1946, Studium der Iranistik und der Politikwissenschaft in Berlin-West, freischaffender Projektarbeiter, wohnt in Dornbirn.

Hanns HAAS, geb. 1943, Universitätsdozent in Salzburg, Arbeitsschwerpunkt Regionalgeschichte, lebt in Salzburg und Wien.

Hubert HUMMER, geb. 1952, Lehramtsstudium, Arbeitsschwerpunkt Geschichte der Bergarbeiter, lebt als Erwachsenenbildner in Thürnau/Kirchberg-Thening und Linz.

Andrea MAYR, geb. 1963, Studium der Geschichte und Germanistik in Innsbruck, Arbeitsschwerpunkt sozialdemokratische Frauenbewegung in Tirol bis 1934, wohnt in Innsbruck.

Johann MAYR, geb. 1946, Lehre eines Gas- und Wasserleitungsinstallateurs, Studium der Germanistik, Geschichte und Rechtswissenschaften, Arbeitsschwerpunkt Geschichte der Agrarpolitik, Mitarbeiter des Museums Industrielle Arbeitswelt, wohnt in Linz.

Wolfgang MEIXNER, geb. 1961, Studium der Volkskunde/Europäische Ethnologie in Innsbruck, lebt als Mitarbeiter wissenschaftlicher Projekte in Patsch bei Innsbruck.

Bernhard NATTER, geb. 1954, Studium der Geschichte und Anglistik in Innsbruck, Arbeitsschwerpunkt Praxis der politischen Bildung, wohnt in Innsbruck.

Wolfgang QUATEMBER, geb. 1961, Germanistik- und Publizistik-Studium in Salzburg, arbeitet am Aufbau eines „Widerstandsmuseums“ in Ebensee und wohnt in Traunkirchen/OÖ.

Margot RAUCH, geb. 1958, Studium der Geschichte und Germanistik, Arbeitsschwerpunkt italienische Arbeitswanderung vor 1914 und Südtirol-Option, lebt in Innsbruck.

Andreas RESCH, geb. 1962, Studium der Geschichte und Germanistik in Graz und Wien, arbeitet am Aufbau von Museen in Ebensee und Scharnstein, wohnt in Wien und Scharnstein/OÖ.

Franziska SCHNEEBERGER, geb. 1960, Studium Geschichte und Latein, Assistentin am Institut für Geschichte der Universität Salzburg, Arbeitsschwerpunkt ländliche Sozialgeschichte, lebt in Salzburg.

Franz STEINMASSL, geb. 1952, gelernter Kaufmann und Sozialarbeiter, lebt als Geschichtsarbeiter in Helbetschlag/Grünbach bei Freistadt/OÖ.

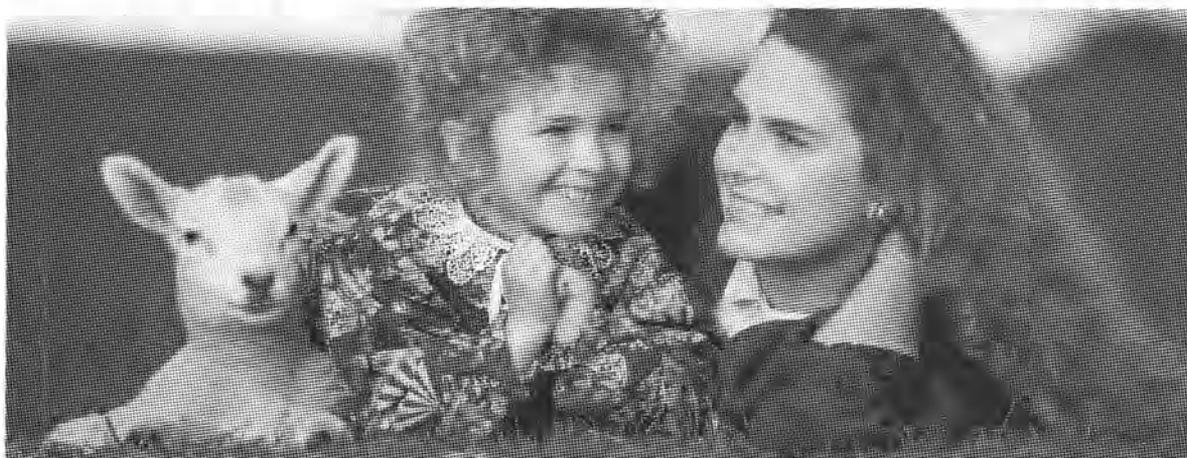
Josef STOCKINGER, geb. 1961, Studium der Geschichte und Politologie in Salzburg, Arbeitsschwerpunkt Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung im Raum Steyr, lebt in Steyr.

Erika THURNER, geb. 1952, Historikerin, Mitarbeiterin am Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Salzburg und Assistentin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Linz, lebt in Linz und Salzburg.

Harald WALSER, geb. 1953, Studium der Geschichte und Germanistik in Innsbruck, Arbeitsschwerpunkt Sozialgeschichte der NS-Zeit in Vorarlberg, wohnt in Altsch/Vorarlberg.

Udo B. WIESINGER, geb. 1949, Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz, Arbeitsschwerpunkt „Geschichte von unten“, Mitarbeiter des Museums Industrielle Arbeitswelt in Steyr.

Die Landesbank ist "Hypo"

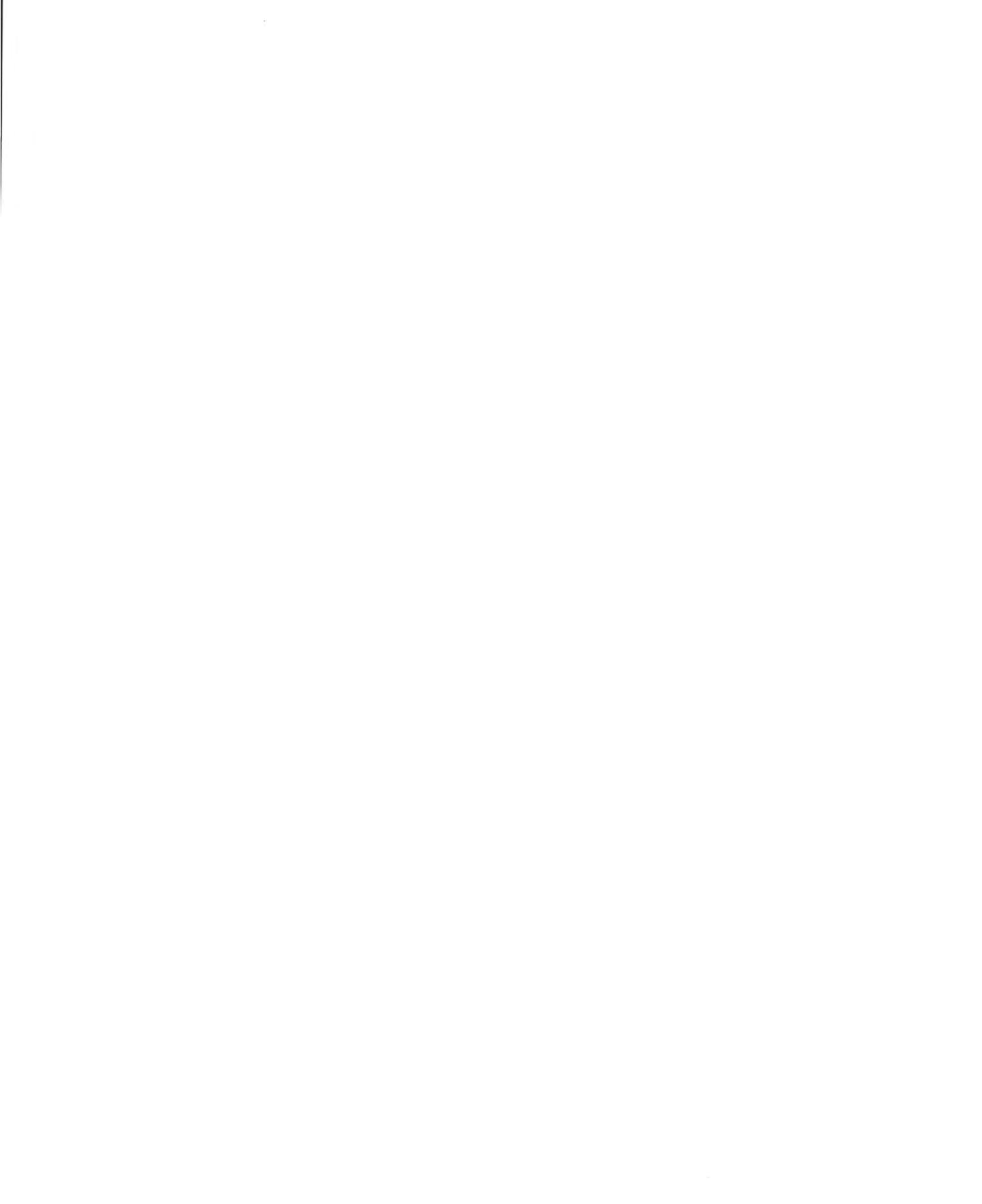


Weil sie die Bank für groß
und klein ist.

Oberösterreichische
LANDESBANK



OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK, 4010 LINZ, LANDSTRASSE 38 (0732) 27 28 51-0
Linz · Puchenu · Ried i. L. · Wels · Vöcklabruck



«Losert eroberte der Sozialdemokratie einen Stützpunkt nach dem anderen, und überall wo er im flachen Land und im Gebirge auftauchte, mobilisierte der Pfarrer in trauter Eintracht mit Bürgermeister und Lehrer die „katholische Mehrheit“ gegen die angeblich gottlose Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Verein „Zukunft“ fand häufig verschlossene Wirtshaussäle – weil der Pfarrer den Wirt unter Druck setzte. Die Ortshierarchie versuchte mit bürokratischen Tricks, die erste sozialdemokratische Versammlung in Dienten zu verhindern. Kanzelreden immunisierten das heimische Volk mit geistiger Speise gegen die Roten. Eine in Taxenbach verbreitete Flugschrift warnte vor der „sozialistischen Schlaraffen-Gesellschaft“, welche sündhaft den Himmel auf Erden suche.»
(Hanns Haas)

ISBN 3-900971-01-3

MUSEUM INDUSTRIELLE ARBEITSWELT